Dienstag, 25. Februar 1986 - D ＊＊＊

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 47 - 9.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38.00 bfr. Dänemark 8,75 dkr. Frankreich 7.00 F. Griechenland 140 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 275.00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 115 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts.

exklusiv in der WELT:



Wer sich mit der Sicherheit des Westens befaßt, der muß – so schreibt Helmut Schmidt in diesem Teil der WELT-Serie aus seinem Buch „Eine Strategie für den Westen“ – sechs militärstrategische Prinzipien beachten. Der ehemalige Bundeskanzler zieht das Fazit: Unsere gegenwärtige Strategie überzeugt weder Politiker, noch Öffentlichkeit oder die Eliten. Seite 8

Die SPD ist, seit sie nicht mehr in Bonn an der Regierung ist, in der Sicherheitspolitik innerlich zerrissen, besonders in der Frage der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI), schreibt Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) in einem Beitrag für die WELT. Er setzt damit aus seiner Sicht die Diskussion um die Sicherheitspolitik fort. Seite 9

POLITIK

Brief: Moskau hat das Schreiben erhalten, in dem US-Präsident Ronald Reagan den Abbau aller amerikanischen und sowjetischen Mittelstrecken-Raketen in Europa bis zum Jahr 1989 als ersten Schritt zu umfassender Abrüstung empfiehlt. (S. 12)

Ausreise: Politische Motive werden seltener, persönliche Beweggründe überwiegen, wenn Pfarrer sich dazu entscheiden, aus der „DDR“ in den Westen überzusiedeln. (S. 5)

Peru: 2500 Personen sind in Lima während einer Großfahndung festgenommen worden – Reaktion der Regierung auf die Attentatswelle vom vergangenen Wochenende, bei der auch die deutsche Botschaft Ziel eines Bombenanschlags gewesen war.

Libanon: Im vorwiegend von Christen bewohnten Ostteil von Beirut hat die Explosion einer Autobombe fünf Menschenleben gefordert. Zwölf Personen wurden verletzt; ein Wohnhaus ging in Flammen auf. Im Westen der Stadt kam es zu Feuergefechten.

Tarife: Die erste Runde der Verhandlungen für die eine Million Bauarbeiter ist nach zweieinhalb Stunden ergebnislos zu Ende gegangen. Die IG Bau fordert Lohn- und Gehaltserhöhungen von 5,8 Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten.

Ermittlungen: Die Staatsanwaltschaft Koblenz hat nunmehr offiziell die Ermittlungen gegen Bundeskanzler Kohl wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage aufgenommen.

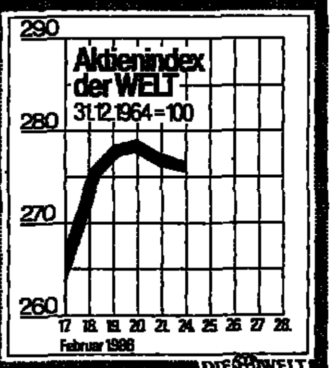
Gorleben: In der Nähe von Gorleben ist mit der Rodung eines 17 Hektar großen Waldstücks begonnen worden, auf dem 1,2 Millionen Kubikmeter Salz aus dem geplanten atomaren Endlager im dortigen Salzstock abgelagert werden sollen. Das Areal war weiträumig abgeriegelt.

Iran: In Teheran sind ohne Angabe von Gründen fünf Franzosen, darunter ein Diplomat, verhaftet worden – offensichtlich eine Reaktion auf die Ausweisung von vier Iranern nach den jüngsten Bombenanschlägen in Paris.

WIRTSCHAFT

Kohlepfennig: Die neue Lage am Energiemarkt führt zu Diskussionen darüber, ob und in welchem Umfang der Kohlepfennig erhöht werden sollte. Die Bundesregierung wird aufgefordert, „möglichst bald zu entscheiden“. Mit der Talfahrt des Dollars wachse der Finanzbedarf für den Preisausgleich. (S. 13)

Börse: Mit einem flauen Geschäft begann die Woche an den Aktienmärkten. In guter Verfassung präsentierte sich weiterhin der Rentenmarkt. WELT-Aktienindex *276,98 (277,36)*. BHF Rentenindex 106,166 (105,891). BHF Performance Index 101,966 (101,675). Dollarmittelkurs 2,2880 (2,3155) Mark. Goldpreis pro Feinunze 341,80 (343,35) Dollar.



KULTUR

Ergreifend: Still, gedankenvoll, ideenhaft – so präsentiert die Berliner Schaubühne Platons Fassung des „Phaidon“. Wolf Redl führt Regie. (S. 23)

Widerstand: Zur Hamburger Uraufführung der Kammeroper „Die Weiße Rose“ – Ein Interview mit dem Dresdner Komponisten Udo Zimmermann. (S. 23)

SPORT

Segeln: Jörg und Eckart Diesch (Kiel/Friedrichshafen) wurden vor Rio de Janeiro Segel-Weltmeister in der olympischen Flying-Dutchman-Klasse.

Tennis: Der Tschechoslowake Ivan Lendl gewann durch einen 3:6, 6:1, 7:6, 6:4-Sieg über den Schweden Mats Wilander das Turnier von Boca West (Florida).

AUS ALLER WELT



Mode: „Neue Feminität“ – Körperbewußtsein – heißt das Motto der Saison. Die Modedesigner haben den weiblichen Körper wiederentdeckt. Kurze knieumspielende Röcke, Korsagen vor allem für den Abend, breite Gürtel sind wichtiges Accessoire. Neue Effekte kommen über Raffinesse in Stoffen und Farben und deren Kombination. Es ist nicht die Zeit modischer Revolution. (S.24)

Leserbriefe und Personalien Seite 10
Umwelt – Forschung – Technik Seite 20
Fernsehen Seite 22
Wetter: Kalt S. 24

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Corazon Aquino vor dem Ziel. USA: Marcos muß abdanken

Übernimmt die Oppositionsführerin heute die Präsidentschaft der Philippinen?

DW. Manila

Der Herrschaftsbereich des philippinischen Präsidenten Marcos ist gestern offenbar auf den Präsidialpalast Malacanang zusammengeschmolzen. Nachdem der stellvertretende Generalstabschef Fidel Ramos und Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile sich am Samstag gegen Marcos aufgelehnt hatten, laufen immer mehr ehemalige Anhänger des Präsidenten zur Opposition über. In einem Hilferuf während eines Telefoninterviews mit einer Fernsehgesellschaft versuchte Marcos gestern noch einmal, seine Anhänger zu mobilisieren. Er rief sie auf, ihm bei der Verteidigung des Präsidentenpalastes mit Waffengewalt zur Hilfe zu kommen.

Außerhalb des Gebäudes gab es allerdings mehrere Anzeichen für die vollständige Entmachtung des Präsidenten. Am Morgen hatte der rebellierende Verteidigungsminister Enrile im katholischen Rundfunksender „Radio Veritas“ verkündet, es sei eine Übergangsregierung mit der Oppositionsführerin Corazon Aquino an der Spitze gebildet worden. Nach unbestätigten Meldungen soll Frau Aquino heute morgen um 8.00 Uhr Ortszeit zum Präsidenten und ihr Mitstreiter im Wahlkampf, Salvador Laurel, zum Vizepräsidenten gewählt werden. Offenbar hat die Opposition im philippinischen Parlament jetzt die Mehrheit der Wahlmännerstimmen, so daß die Wahl von „Cory“ Aquino gesichert scheint.

Auch die Vereinigten Staaten haben gestern die Bildung einer neuen Regierung in Manila gefordert. In seiner bisher deutlichsten Stellungnahme forderte das Weiße Haus Marcos indirekt zum Rücktritt auf. „Versuche, das Leben des gegenwärtigen Regimes mit Gewalt zu verlängern, sind nutzlos“, sagte der Sprecher von Präsident Reagan, Larry Speaks, in Washington. Wie erst jetzt bekannt wurde, hatten die Amerikaner bereits am Samstag damit begonnen, alle 35 auf dem philippinischen US-Luftwaffenstützpunkt Clark stationierten Kampfflugzeuge nach Südjapan zu verlegen.

SEITE 3:
Weitere Beiträge

Die Machtverschiebung auf den Philippinen wurde gestern morgen ungewollt im Fernsehen dokumentiert, als die Sendung mit einer Rede von Marcos, in der er den Ausnahmezustand über das Land verhängt und den rebellierenden Streitkräften Vergeltung angedroht hatte, plötzlich abgeschaltet wurde. Generalleutnant Fidel Ramos hatte die Fernsehstation mit seinen Leuten übernommen. Am Nachmittag wurde bereits eine Erklärung verlesen, in der Ramos den Streitkräften für ihre Zurückhaltung dankte und zum Verzicht auf Gewalt aufrief.

Einer der prominentesten Überläufer gestern war der offizielle Sprecher von Marcos, Adrian Cristobal. Die Entscheidung, alle seine Ämter aufzugeben, sagte er gestern in Manila, habe er getroffen, nachdem Marcos darauf beharrt hatte, am Dienstag den Amtseid für eine weitere sechsjährige Amtszeit als Präsident leisten zu wollen. Aus dem Präsidialpalast verlautete jedoch, die Arbeiten einer Tribüne für die geplante Vereidigung Marcos' seien eingestellt worden.

DER KOMMENTAR

Pazifische Krise

HERBERT KREMP

Die Amerikaner haben Marcos mit einem imperativischen Satz zum Rücktritt aufgefordert. Die Herrschaft seiner Familie über die 7100 Inseln der Philippinen scheint beendet. Die Bischöfe halten mahnend den Krummstab über die Szene. Ob der Autokratie nun die Demokratie folgt, ist fraglich.

Wer das rassengemischte Volk der Philippinen kennt, schätzt seine Lebensart. Kriegerische Tugenden sind selten. Zehn seiner zwanzig Jahre regierte Marcos unumschränkt. Zu seinen Anhängern gehörten auch die Generale, die nun die Seite wechselten. Marcos besaß die Armee, ließ aber die Sicherheitskräfte unter dem Kommando des Revolutions-Generals Ramos die Kellerarbeit verrichten. Manila ist ein kochender Wasserkopf. Austragungsort asiatischer Schlachtszenen à la Phnom Penh war die Stadt nie.

Nach Marcos haben die USA mit Frau Aquino zu tun. Auch sie stammt, wie ihr ermordeter Mann, aus einer „Familie“. Ihre Bewegung ist nicht kommunistisch, aber niemand weiß, welche Einflüsse den Weg der unpolitischen Witwe begleiten. Die kommunistische Guerilla und die muslimische Sezession im Süden binden große Teile der Armee. Die mangelhafte Vorbereitung der Opposition und die Auseinandersetzungen, die jetzt in der Umgebung von Frau Aquino aufbrechen werden, verstärken die Unsicherheit.

Für die USA sind die Philippinen ein wichtiger Stützpunkt. Wenn sie unter der neuen Ägide Subic Bay und Clark Field verlieren, bieten andere Inseln Ersatz. Das kostet Zeit. Entscheidend ist jedoch, wem die Philippinen sich in Zukunft öffnen, wem sie sich verschließen. Washington sieht sich im Pazifik zum erstenmal seit langem einer schweren Krise gegenüber, die Kräfte der Aufmerksamkeit und Strategie von anderen Plätzen abziehen.

SPD-Linke gegen Wiedervereinigung

Vorstoß für Grundgesetz-Änderung / Engelhard warnt vor Angriff auf die Verfassung

PETER PHILIPPS, Bonn

Die jüngste Tagung der im „Frankfurter Kreis“ zusammengeschlossenen SPD-Linken in Oer-Erkenschwick hat einer Gruppe um den Kölner Bundestagsabgeordneten Konrad Gilges offenbar Auftrieb gegeben: Die Vorstellungen von Gilges, daß es „notwendig“ sei, „auf Dauer von der Existenz zweier deutscher Staaten auszugehen“, um „eine europäische Friedensordnung zu schaffen“, traf partiell auf positive Resonanz. Gilges hat jetzt in der „Neuen Presse“ (Hannover) angekündigt, für den SPD-Bundesparteitag im August den Antrag zu stellen: „Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands muß als Ziel aufgegeben werden“, das Grundgesetz geändert werden.

Aber wie bereits im Oktober, als Gilges erstmals an die Öffentlichkeit trat, zeigte sich auch jetzt: Unterstützung erhält der Kölner nur aus dem zweiten und dritten Glied der Partei. Lediglich der Lübecker Bundestagsabgeordnete Hiller hatte im Mai 1985 auch gefordert, das Wiedervereinigungsgebot durch ein „Friedensgebot“ zu ersetzen. Der heutige Präses der EKD-Synode, Jürgen Schmude (SPD), hatte hingegen zur gleichen Zeit zwar mit Blick auf die Grundgesetz-Präambel gefordert, „aus den Erfahrungen der 40 Jahre Konsequenzen zu ziehen“ und als Wegmarke den Grundlagenvertrag genannt. Doch bereits am nächsten Tag war von Schmude dies dahingehend ausgelegt worden, daß es ihm nicht um Änderung des Grundgesetzes gehe, sondern um „eine weite Interpretation der Präambel“. Eine Verfassungsänderung wäre „erst die äußerste Konsequenz“. Und auf Gilges' erste Präsentation im Oktober vergangenen Jahres sagte Schmude zur WELT: „Gilges steht sehr oft in einer Einzelposition.“

Jetzt meldete sich nur der Stellvertretende Vorsitzende der zur Zeit ohnehin desolaten Berliner SPD, Norbert Meisner als Unterstützer der Gilges-Position zu Worte. Meisner: „Die Forderung nach der staatlichen Einheit Deutschlands verhindert eine sichere Friedensordnung in Europa.“

In allen West- und Ostverträgen der Bundesrepublik Deutschland wird von den derzeitigen Grenzen in Europa ausgegangen – ohne eine friedliche Änderung auszuschließen. Dies bezieht sich auf ein Zusammenwachsen in der Europäischen Gemeinschaft wie auf die Chance der deutschen Wiedervereinigung. Und nun fordert Gilges zur Untermauerung seiner Forderung, „ohne Wenn und Aber die bestehenden Grenzen anzuerkennen“. Er sieht „zunehmenden Opportunismus in dieser Frage“ und meint, daß es auf „überschaubare Zeit“ keine Chance zur Wiedervereinigung gebe.

Justizminister Engelhard warnte: „Die Präambel erhebt die Wiedervereinigung des deutschen Volkes zum unantastbaren verfassungsrechtlichen Gebot.“ Sie genieße als „Staatsziel ersten Ranges Dauergarantie“ und könne auch nicht mit Zwei-Drittel-Mehrheit abgeschafft werden.

Dollinger bedauert Diskussion um Ruhnau

„Im Augenblick keinerlei personelle Frage“ bei der Deutschen Lufthansa / WELT-Gespräch

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Bei der Deutschen Lufthansa stellt sich für Bundesverkehrsminister Werner Dollinger „im Augenblick keinerlei personelle Frage“. So reagierte der Minister in einem Gespräch mit der WELT auf die Spekulationen, daß der Vertrag mit dem Vorstandsvorsitzenden der Lufthansa, Heinz Ruhnau, der im nächsten Jahr ausläuft, nicht verlängert würde. Anlaß dafür, daß die Lufthansa und Ruhnau ins Gerede gekommen sind, ist eine „Schieflage“ bei der Wechselkursabsicherung. „Ich bedauere, daß man daraus sofort Personalfragen abgeleitet hat“, betonte Dollinger.

Anfang vergangenen Jahres hatte die Lufthansa 13 Flugzeuge, davon drei Jumbos, bei der amerikanischen Fluggesellschaft Boeing bestellt, die in diesem Jahr ausgeliefert werden sollen. Da der Dollarkurs damals stieg, beschaffte sich die Lufthansa bereits vor einem Jahr für die Hälfte des Kaufpreises die amerikanische Währung. Die Rechnung ging nicht auf, nachdem der Dollarkurs in den folgenden Monaten nach unten rutschte. Ohne die Absicherung hätte die Lufthansa nach Angaben von Insidern die Maschinen zu den heutigen Wechselkursen um 220 bis 230 Millionen Mark billiger beziehen können.

Zu diesen Zahlen „kann“ Dollinger noch keine Auskunft geben. Denn der Aufsichtsratsvorsitzende, der Vorstandsvorsitzende der Landesbank Schleswig-Holstein, Gerd Lausen, lasse im Zusammenhang mit dem Jahresabschluß auch dieses von der Prüfungsgesellschaft Treuarbeit untersuchen. „Wenn diese Zahlen vorliegen, dann kann ich erst näheres darüber sagen.“ Angeschlagen sei das Unternehmen nicht. „Denn der Jahresabschluß für 1985 wird nach allen Auskünften des Vorstandsvorsitzenden ein sehr guter sein.“ In der vergangenen Woche hatte Dollinger Ruhnau und Lausen sowie seinen Staatssekretär Alfred Bayer, der Mitglied des Aufsichtsrats ist, zu sich nach Bad Wörishofen gerufen, wo er bis zum Wochenende kurte.

Auf die Frage, ob nach dem, was er bisher wisse, ein schuldhaftes Handeln vorliege, antwortete Dollinger: „Darüber habe ich noch kein Urteil.“ Und weiter: „Im Augenblick gibt es für mich keinen Schuldspruch und es gibt für mich auch keine Personalfrage in diesem Zeitpunkt.“ Bei den Prüfungen, die jetzt angestellt werden, handele es sich um ganz nüchterne betriebswirtschaftliche Überlegungen. Und wieder: „Ich bedaure, daß man daraus sofort Personalfragen abgeleitet hat.“ Ein Wechselkursrisiko gebe es bei allen Auslandsgeschäften.

Über die Vertragsverlängerung für Ruhnau sollte auf der nächsten Aufsichtsratssitzung Anfang April entschieden werden. Denn es gibt eine Regelung, so Dollinger, daß ein Jahr vor Ablauf des Vertrages „man wissen läßt, wie man denkt“. Auf die Frage, ob es bei dem Termin bleiben werde, antwortete Dollinger: „Ich nehme an, daß sich an diesem Datum nichts ändern wird.“ Allerdings seien in seinem Haus Personalfragen bisher nicht erörtert worden. „Wir haben ja noch etwas Zeit.“

Für die SED ist Rosenthal nicht Spitze

HANS-R. KARUTZ, Berlin

„Dalli-Dalli“ ist den Propagandisten in Ost-Berlin nicht geheuer: Mit einem Rundumschlag wetterte jetzt die Sektion Journalistik an der Leipziger Universität gegen westliche Showmaster – Lieblingskinder auch der „DDR“-Zuschauer. In einer Analyse von TV-Unterhaltungssendungen in der Bundesrepublik Deutschland – drüben in der Regel mittlere „Straßenfeger“ – wird heftig der ständige Versuch kritisiert, eine „gesamtdeutsche Zuschauergemeinde“ vor dem Bildschirm zu vereinen.

Das „Informationsbüro West“ in Berlin machte jetzt auf eine aufschlußreiche Untersuchung der Leipziger Karl-Marx-Universität aufmerksam. Darin wird mit Rosenthal, Kulenkampff, Thoelke und Elstner unfreiwillig eher komisch als gnadenlos abgerechnet.

Der „DDR“-Autor kommt zu dem indirekten Schluß, daß die bisherigen Anstrengungen des eigenen Fernsehens, die 16 Millionen Mitteldeutschen durch Shows und perfekte Unterhaltung an sich zu fesseln, offenbar gescheitert sind. Ein größeres Lob für die West-Ware auf den Ost-Schirmen ließe sich wohl kaum finden.

In der sechsseitigen Studie heißt es: „Fernsehunterhaltung spielt auch eine wichtige Rolle im Konzept der ideologischen Einwirkung des BRD-Fernsehens auf die DDR. Die großen Unterhaltungssendungen sind in besonderer Weise geeignet, eine ‚gesamtdeutsche Zuschauergemeinde' zu konstituieren. Keiner der großen Showmaster vergißt, in jeder Sendung auch die Zuschauer in der DDR direkt anzusprechen und zu grüßen.“

Das größte Mißfallen bei den Genossen erregt offenkundig der Berliner Hans Rosenthal, von dem der Autor anerkennt, daß ihn das westliche (und nicht minder auch das östliche) TV-Publikum als den beliebtesten Showmaster ansieht. Der „Dalli-Dalli“-Chef aber habe 1978 auf einer Tagung gefordert, sich mit den „Verhältnissen im Ostblock“ auseinanderzusetzen. Dies finde nicht statt, habe Rosenthal kritisiert. Hier habe sich gezeigt, donnert der Autor, daß „das derart beliebte ‚Hänschen' als Unterhaltungschef des Hetzsenders RIAS von den Amerikanern“ gesprochen habe. Zitat: „Hinter der Maske des immer gut gelaunten, temperamentvollen und angeblich witzigen Hans-Dampf auf allen Fernsehkanälen verbirgt sich ein reaktionärer Ideologe und fanatischer Antikommunist.“

Was den Ideologen im Osten nicht paßt, aber den „DDR“-Zuschauern offenkundig immer wieder Freude bereitet, faßt der Leipziger Autor in fünf Punkten zusammen. Darin heißt es unter anderem: „Die ‚Vergnügungsmaschine' Fernsehen ist in den Händen imperialistischer Meinungsmanipulatoren eine ideologische Waffe mit Tiefenwirkung.“

Gleichviel – die Zuschauer zwischen Rostock und Zittau suchen weiter die westlichen TV-Unterhaltungskanäle – Hänschen Rosenthal & Co. . . .

Hussein wendet sich von Arafat ab

DW. New York

König Hussein von Jordanien hat erstmals Yassir Arafat als Führer der Palästinensischen Befreiungs-Organisation (PLO) in Frage gestellt. Er schlug vor, „das palästinensische Volk“ solle selbst über seine Vertreter entscheiden. In einem von der „New York Times“ veröffentlichten Interview erklärte Hussein, er werde eine Entscheidung durch das palästinensische Volk „respektieren“, mit der die PLO zum einzigen legitimen Vertreter der Palästinenser erklärt würde.

GEW ruft Lehrer zum Protest auf

DW. Frankfurt

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Dieter Wunder, fordert alle Mitglieder auf, am „Protesttag“ des DGB gegen den umstrittenen Paragraphen 116 teilzunehmen. Die Aktionen sollen am 6. März um 13 Uhr beginnen. Dabei müsse gegebenenfalls auch „Unterrichtsausfall in Kauf genommen“ werden. Nirgendwo stehe geschrieben, daß das Demonstrationsrecht erst ab 16 Uhr oder nur am Wochenende gelte, heißt es in dem Aufruf.

Seite 5: Amtseid oder Aktionen

Sozialisten zum KPdSU-Parteitag

DW. Moskau

In Anwesenheit der gesamten Ostblockführung beginnt heute in Moskau der 27. Parteitag der KPdSU. Wie der stellvertretende Leiter der Auslandsabteilung des ZK, Sagladin, mitteilte, sind zum ersten Mal auch eine Reihe von sozialistischen, sozialdemokratischen und Labourparteien eingeladen worden. Die sozialistische Partei Frankreichs repräsentiert auf dem Parteitag die Sozialistische Internationale. Die SPD schickt keine Delegation nach Moskau.

Lohnnebenkosten um 1000 Mark gestiegen

DW. Köln

Die durchschnittlichen Lohnnebenkosten pro Beschäftigten sind in der deutschen Industrie 1985 um 1000 Mark auf 24 800 Mark gestiegen. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) berichtete, die Zusatzkosten setzten sich überwiegend aus den Aufwendungen für arbeitsfreie Tage, Sonderzahlungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld) und für Vorsorgeeinrichtungen zusammen. Je 100 Mark Entgeld für geleistete Arbeit betrugen die Nebenkosten 80,20 Mark.

Plädoyer für Markt im Arbeitsrecht

Mk. Bonn

Mehr und sichere Arbeitsplätze können nur durch weniger und nicht durch mehr arbeitsrechtliche Schutzvorschriften geschaffen werden. Dies weist der Kronberger Kreis, ein Zusammenschluß namhafter liberaler Wirtschaftswissenschaftler, in seiner jüngsten Schrift „Mehr Markt im Arbeitsrecht“ nach. Er fordert eine tiefgreifende Reform. Die jetzige Arbeitsrechtpolitik sei nicht mehr zu vertreten.

Seite 13: Mehr Markt

Bei Reemtsma nur mangelhaft ermittelt

ub. Hamburg

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und Steuerfahndung in der Spendenaffäre um den Reemtsma-Konzern waren offenbar so mangelhaft, daß die Ergebnisse für eine steuerliche Nachveranlagung nicht ausreichen. Dies ergaben die Aussagen zweier Finanzbeamter vor dem Hamburger Landgericht. Andererseits baute die Staatsanwaltschaft auf diesen Ermittlungen ihre Anklage auf.

Seite 5: Zweifel wächst

Nur jedes vierte Umweltdelikt führte auch zu einer Anklage

Geldstrafen haben kaum abschreckende Wirkung

DW. Berlin

Bei fast 80 Prozent der Umweltdelikte ist 1981, dem Zieljahr einer jetzt vom Umweltbundesamt (UBA) vorgestellten Studie, keine Anklage erhoben worden, während die Einstellungsquote bei allen anderen Straftatbeständen etwa 30 Prozent betrug. Der Präsident des Amtes in Berlin, Heinrich von Lersner, erläuterte dies als ein Ergebnis der Studie über Umweltkriminalität. Vor Gericht sei, wie die Auswertung von 1036 Umweltstrafverfahren weiter ergab, dann dieser hohe Prozentsatz an Verfahren eingestellt oder durch Freisprüche erledigt worden.

Die Geldstrafen bewegten sich „in durchweg bescheidenem Rahmen“, heißt es weiter. In 85 Prozent der Fälle habe der Schadensersatz weniger als 1000 Mark betragen. Die Strafe „dürfte insbesondere für industrielle Umweltsünder kaum abschreckende Wirkung haben“, faßte das UBA zusammen. Die steigende Zahl von polizeilich registrierten Umweltdelikten führt das Amt auf ein erhöhtes Umweltbewußtsein zurück. Zwei Drittel der Delikte werden von speziell ausgerüsteten Polizeibehörden entdeckt und ein Drittel wird von Verwaltungsbehörden erfaßt. Es wird vorgeschlagen, die „wenig entwickelte Anzeigebereitschaft der Verwaltungen“ zu verbessern.

Werner Rüther vom Kriminologischen Seminar der Universität Bonn, der die Untersuchung für das UBA durchführte, erklärte die „enorme Einstellungsquote“ bei den Verfahren mit dem hohen Anteil von Bagatelldelikten, die im Grenzbereich zur Ordnungswidrigkeit lägen.

Die Zahl der Umweltdelikte entwickelt sich nach Rüthers Angaben rasant nach oben. 1985 lag sie bei über 10 000 Fällen. Wurden 1979 erst 4330 Fälle festgestellt, so stieg die Zahl 1981 auf 5850 und erreichte 1983 7500 Fällen. Die Verteilung über das Bundesgebiet ist sehr unterschiedlich. Während in Nordrhein-Westfalen „die Zahlen im Keller bleiben“, werden in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und den Stadtstaaten Hamburg, Bremen sowie in Berlin immer mehr Delikte angezeigt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Honeckers kleine Helfer

Von Enno v. Loewenstern

Es mußte wohl so kommen: Nachdem Sindermann ein paar unverbindliche Andeutungen ausgestreut hat, beeilt sich die SPD-Linke mit einem besonders unappetitlichen Vorleistungsversuch. Der Antrag wird gestellt werden, das Wiedervereinigungsgebot aus der Präambel zu streichen.

Die Tendenz ist nicht neu; Schmude und andere haben es schon damit versucht. Bisher wurden sie von der Partei zurückgepfiffen, soweit sie sich nicht selbst angesichts der öffentlichen Empörung zurückpfiffen. Jetzt aber soll anscheinend nicht mehr steter Tropfen den Stein höhlen, sondern ein Wasserfall. Daß diese Anbiedermänner auch noch das Festhalten an der Wiedervereinigung als – man glaubt es nicht – Opportunismus bezeichnen (SPD-MdB Gilges: Es müsse Schluß sein „mit dem zunehmenden Opportunismus in dieser Frage"), gehört wohl zur Technik der Fälschung. Ein anderes Beispiel dafür ist: „Das Akzeptieren von Realitäten in der Bevölkerung ist viel weiter fortgeschritten, als viele Politiker heute meinen" (dito Gilges).

Die Bevölkerung des freien Teils Deutschlands sieht ganz im Gegenteil mit zunehmender Beunruhigung, wie die Opportunisten um die Sindermänner scharwenzeln und Freiheitsrechte aufgeben nicht etwa für ein Linsengericht, sondern für Versprechungen eines Linsengerichts. Was Sindermann hier den Politikern vorgegaukelt hat, nämlich, es werde Reiseerleichterungen geben, das hat die SED-Presse sorgfältig aus ihren Hofberichten über seine Reise herausgestrichen.

Denn da wird es sehr wenig geben. Die SED versucht gerade, durch hektische Kontakte mit Bonn die zunehmende Unruhe in Mitteldeutschland abzulenken. Aber, auch wenn die „A-Leute", die Antragsteller, im Augenblick abwarten: Der Druck ist ungebrochen. Die neuen prominenten Überwechsler aus Regimekreisen sind nur der äußere Hinweis darauf. In dieser Lage will der maßgebliche Flügel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (noch immer Deutschlands?) unseren Landsleuten nahelegen, alle Hoffnung auf die freien Deutschen fahren zu lassen. Gewiß, diese Kräfte werden scheitern. Aber die Art, wie sie der Diktatur in die Hände zu spielen suchen, muß unsere Landsleute bitter treffen.

Das Gegenangebot

Von Cay Graf Brockdorff

Es ist zu früh, ein abschließendes Urteil über das Rüstungskontrollangebot Ronald Reagans zu fällen. Der Wortlaut seiner Vorschläge ist nicht bekannt. Mit diesem Vorbehalt kann gesagt werden, daß allen Anzeichen nach die Einwände der Verbündeten, nicht zuletzt Japans, gegen die „modifizierte Null-Lösung" ihre Wirkung in Washington hinterlassen haben. Ob aller jetzt entstehender Jubel gerechtfertigt ist, muß sich erst erweisen.

Die Diskussion um das Raketenthema wurde überwiegend emotional geführt. Sie hat den Blick dafür verstellt, daß Rüstungskontrolle kein Wert an sich ist. Sie muß eine Funktion der Sicherheitspolitik sein. Der Slogan „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen" ist kein Ersatz für eine auf Frieden und Sicherheit gerichtete Politik.

Beruhigend wirkt die Mitteilung, daß Washington den Abbau von Mittelstreckenwaffen nur proportional zu sowjetischen Reduzierungen vornehmen will. Beunruhigend hingegen wirkt die Information, daß es am Ende der Sowjetunion gestattet sein soll, eine bestimmte Anzahl von SS-20-Raketen in Zentralasien zu behalten. Sie sind mobil und auf Kommando verlegbar. Die Rückführung von US-Systemen nach Europa würde einen umständlichen politischen Konsultationsprozeß voraussetzen.

Die Einbeziehung der Kurzstreckensysteme in Reagans Offerte ist für die Europäer von fundamentaler Bedeutung: Mit ihnen könnte, blieben sie unbeeinflußt von Abrüstungsmaßnahmen stehen, die Sowjetunion Westeuropa, die Bundesrepublik besonders, bedrohen, ohne einen Gegenschlag auf ihr Territorium befürchten zu müssen. Darin liegt außerdem die Gefahr, falls Moskau, wo auch immer, eine begrenzte Zahl SS 20 behalten dürfte: Der Kreml hat schon immer danach getrachtet, Westeuropa zu einem strategisch zweitklassigen Gebiet zu degradieren, sich selbst aber zum schutzbedürftigen Staat erster Klasse zu proklamieren. Man wird noch sehen, ob die laute Zustimmung nicht vielleicht etwas gedämpft werden muß, wenn alle strategischen Implikationen voll verstanden worden sind.

Lehrer und Recht

Von Peter Philipps

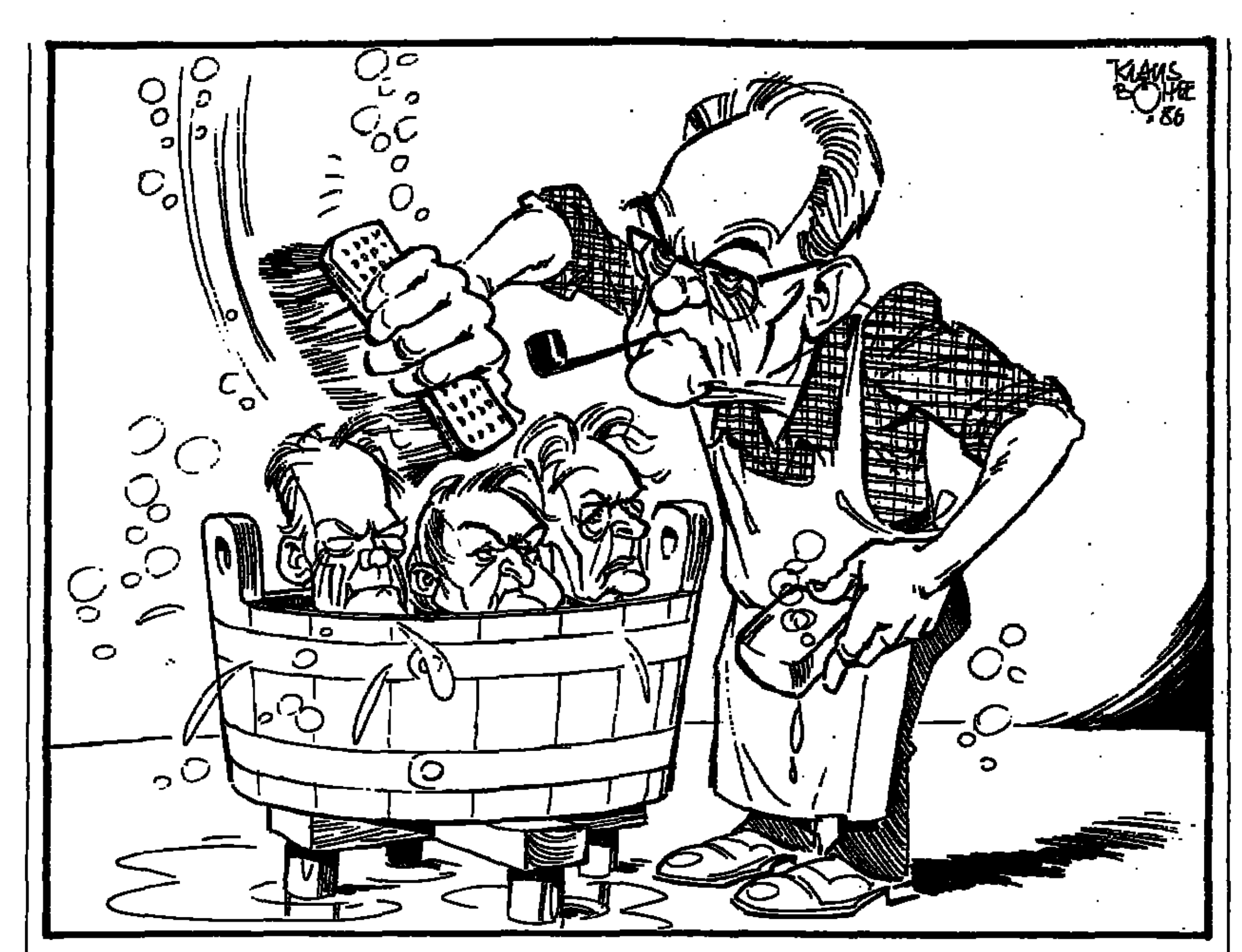
Die Lehrergewerkschaft leidet seit ihrer Gründung daran, daß sie von den gestandenen Industriegewerkschaften im DGB nicht so recht für voll genommen wird. Sie hat dies regelmäßig schmerzlich gespürt, wenn sie Unterstützung für ihre Ziele einforderte und gar nicht oder nur halbherzig erhielt. Die Folge ist Streben nach Zuneigung um fast jeden Preis.

Der schlimme Band an Unterrichtsmaterialien, mit dem die Schüler für den gewerkschaftlichen Einheitskampf gegen die Novelle des Neutralitäts-Paragraphen 116 im Unterricht indoktriniert werden sollen, gehört ebenso hierher wie der Aufruf des GEW-Vorsitzenden Wunder, den Unterricht ausfallen zu lassen, um sich an DGB-Demonstrationen zu beteiligen. Dies ist eindeutig Aufruf zum Rechtsbruch. Im vergleichbaren Agitations-Beispiel gegen die NATO-Nachrüstung ist das manchem allzu eifrigen GEW-Anhänger in Lehrerkollegien bereits gerichtlich schmerzhaft klargemacht worden. Die GEW hindert dies nicht, zu Wiederholungstaten aufzufordern.

Der baden-württembergische Kultusminister Mayer-Vorfelder hat nun in der ihm eigenen klaren Sprache gegenüber dieser Zeitung dafür gesorgt, daß sich niemand auf einen Verbotsirrtum wird berufen können. Wer Schulstunden streicht, um streiken zu können, wird jedenfalls in diesem Bundesland disziplinarrechtlich belangt werden.

Da hilft auch Wunders nonchalante Formulierung nicht, daß nirgendwo geschrieben stehe, daß das Demonstrationsrecht erst ab 16 Uhr gelte. Denn es steht sehr wohl geschrieben, wie die Rechte und Pflichten von Beamten aussehen, von Lehrern insbesondere im sensiblen Schulbereich allzumal. Und es gibt auch einen Diensteid, an den Mayer-Vorfelder noch einmal erinnert hat.

Im übrigen sei der GEW ins Gedächtnis gerufen: So sehr sie sich auch jedes Mal auf – disziplinarrechtliche – Kosten von Mitgliedern für die DGB-Kollegen in die Bresche geworfen hat, die Unbeliebtheit unter gestandenen Gewerkschaftern ist damit für die Lehrer nicht geringer geworden.



KLAUS BÖHLE

Abrechnung – und dann?

Von Carl Gustaf Ströhm

Der XXVII. Parteitag der KPdSU in Moskau fällt fast auf den Tag genau mit dem dreißigsten Jahrestag des historischen XX. Kongresses der sowjetischen Kommunisten zusammen, auf dem Nikita Chruschtschow 1956 die „Entstalinisierung" mit ihren inneren und äußeren Erschütterungen (ungarischer Volksaufstand, polnischer Oktober) einleitete. Auch diesmal weht ein Wind der Veränderung durch den Kreml.

Dennoch wird sich in der beginnenden Ära Gorbatschow die Geschichte nicht wiederholen. Im Gegensatz zu damals, als Chruschtschow die Parteitagsdelegierten so eindringlich mit den monströsen Verbrechen Stalins konfrontierte, daß einige von ihnen in Ohnmacht fielen und aus dem Saal getragen werden mußten, wird es diesmal schwerlich solche dramatischen Zwischenfälle geben. Die Abrechnung mit der Breschnew-Ära wird sich gedämpfter und „angepaßter" vollziehen. Allerdings, das seit Stalins Tod übliche Ritual, wonach jeder neue sowjetische Parteichef seine Macht damit festigt, daß er zunächst seine Vorgänger in Grund und Boden verdammt, wird auch diesmal zelebriert werden.

Der energische Gorbatschow hat das Politbüro bereits jetzt so weit gesäubert, daß nur noch drei alte Kämpfer aus der früheren Ära – der außenpolitisch entmachtete Gromyko und die beiden trotz Kritik und Selbstkritik wiedergewählten Parteichefs von Kasachstan und der Ukraine, Kunajew und Schtscherbizkij – ihm dort gegenübersitzen. Der neue Parteichef hat die Bürokratie beunruhigt und den Einfluß der Armee zurückgedrängt, was ihm in beiden Gruppierungen wenig Zuneigung eingetragen haben dürfte. Schon bei der Beurteilung der Ergebnisse des Genfer Treffens mit Reagan sind zwischen den politischen und den militärischen Spitzen erhebliche Differenzen sichtbar geworden. Allein die unterschiedlichen Akzente in den Gorbatschow unterstehenden Partei- und Regierungszeitungen „Prawda" und „Iswestija" gegenüber der Armeezeitung „Roter Stern" sprechen hier für sich.

Was kann Gorbatschow ändern, ohne das System in seinen Grundfesten zu erschüttern oder einen solchen Widerstand zu provozieren, daß am Ende er selber auf der Strecke bleibt? Es ist richtig, daß Alkoholismus, Korruption und Schlendrian ein Krebsübel der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft darstellen. Wenn aber Gorbatschow jetzt im Fernsehen Bilder aus den sowjetischen Zuchthäusern zeigen läßt, in denen kahlgeschorene Kalfaktoren den zum Tode verurteilten Schwarzhändlern eine Suppe in die Zelle reichen, dann schmeckt das eher nach polizeistaatlichem Psychoterror als nach Aufklärung und Liberalität.

Auch der Reformzar Peter der Große, mit dem eifrige westliche Kommentatoren Gorbatschow manchmal vergleichen, wollte Reformen durch Gewalt und Schrekken in die russischen Köpfe einbleuen. Das Ergebnis war letzten Endes negativ. Rußland kam aus seiner Misere nicht heraus, weil es nie eine freie, furchtlose Gesellschaft kennenlernte.

Gorbatschow mag die Wirtschaft stromlinienförmiger gestalten, Bürokratie abbauen und alt gewordene Funktionäre durch ehrgeizige jüngere Leute ersetzen. Aber auch Stalins neue Männer, die damals die in der Lubjanka hingerichteten oder im GULag verschwundenen alten Bolschewiken ersetzten, waren einmal jung und energisch. Gromyko etwa, der heute als Inbegriff der Greisenherrschaft gilt, war in den dreißiger und vierziger Jahren ein begabter Jüngling in Stalins Laufstall. Wie werden die Männer in Gorbatschows Umgebung, die heute so energisch ihrem Meister nacheifern, in den kommenden Jahren auf die westliche und die eigene Öffentlichkeit wirken?



Mit Gewalt allein geht es nicht auf die Dauer: Peter der Große FOTO: CAMERA PRESS

Bisher jedenfalls hat Gorbatschow der sowjetischen Gesellschaft außer einem Schnapsverbot, das an die fatale US-Prohibition erinnert, und Personalrochaden nichts geboten. Die Versorgung ist unter ihm nicht besser geworden – und wie lange sich das Volk durch immer neue Aufdeckung von Korruption von den wirklichen Problemen ablenken läßt, bleibt abzuwarten. Disziplin und Ordnung sind gewiß notwendige Elemente einer Gesellschaft, aber sie können nicht allein durch den Polizeiknüppel durchgesetzt werden. Daß die „Prawda" ausgerechnet am Vorabend des KPdSU-Kongresses Stalins Kultur-Einpeitscher Andrej Schdanow feiert, ist jedenfalls ein ominöser Auftakt.

Wie will Gorbatschow die Technologielücke gegenüber dem Westen verringern, die von Jahr zu Jahr größer wird und die Sowjetunion in eine immer hoffnungslosere Position treibt? Wie will er mit den nichtrussischen Nationen innerhalb und den Bundesgenossen außerhalb der Grenzen verfahren, die nicht länger Satelliten sein wollen? Wie will er mit den USA zu einer irgendwie tragbaren Rüstungskontrolle und Rüstungseindämmung kommen – ohne diese hätte er gar nicht die Mittel, um seine Wirtschaft zu modernisieren –, wenn ihm die Militärs immer wieder in den Arm fallen?

Eine oberflächliche westliche Öffentlichkeit mag sich vom neuen Mann, seiner verhältnismäßig gepflegten Aufmachung und seiner in Pelze gehüllten Ehefrau Raissa zeitweise ablenken und beschwichtigen lassen. In der sowjetischen Innen- und Wirtschaftspolitik gelten andere Kriterien. Hier wird sich bald zeigen, ob Gorbatschow überhaupt die Trinksitten seiner Landsleute, geschweige denn die Struktur des Regimes zu ändern vermag. Nicht die Korruptionisten sind am Elend des Systems schuld (auch nicht der den Deutschen wohlbekannte Botschafter Abrassimow, der jetzt beim Schmuggel auf dem Moskauer Flughafen erwischt worden sein soll), sondern das System produziert und reproduziert sein eigenes Versagen.

IM GESPRÄCH Donald Hodel

David schlug zu

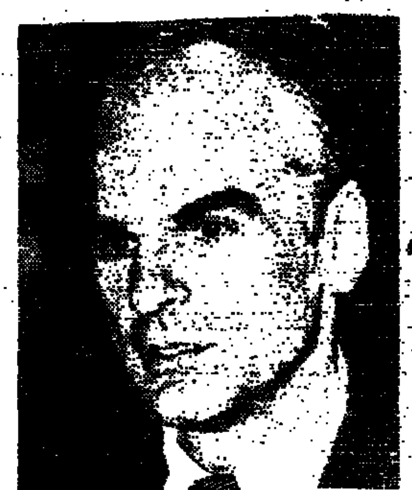
Von Fritz Wirth

Hunderte von Romanen und Filmen lebten von der Story: die Geschichte vom kleinen Mann, der dem „Big Boy" einen Fuß stellt. Für den kleinen Mann ergeben sich zwei Möglichkeiten: Er wird entweder fürchterlich verhauen, oder er profiliert sich als furchtloser David.

Es ist bis heute noch ungewiß, welche der beiden Möglichkeiten Donald Hodel, der Innenminister im Kabinett Ronald Reagans, vor Augen hatte, als er den aufregenden und aufgeregten Lee Iacocca als Vorsitzenden des Berater-Ausschusses für die Restauration der Freiheitsstatue auf die Straße setzte. Denn der Chrysler-Sanierer und Bestseller-Autor Iacocca ist selbst ein Denkmal geworden, ein Denkmal des Erfolgs, Leitbild und Wegweiser auf dem Weg nach oben. Wer diesen Mann tritt, verwundet zugleich Millionen seiner Verehrer.

Donald Hodel tat es nicht nur mit Wucht, sondern auch mit sehr bestimmter Endgültigkeit: „Ich habe beschlossen, daß diese Sache nicht mehr länger ein Gegenstand von Debatten ist." Und nun tobt nicht nur Lee Iacocca, sondern eine breite öffentliche Meinung. Der erzürnte Iacocca nannte diese Weigerung Hodels, mit sich reden zu lassen, „beinahe unamerikanisch".

Wer also ist dieser „Fliegengewichtler", der dem „Super-Schwergewicht" über alle Gewichtsklassen hinweg einen Uppercut verpaßte? Was ihn vor allem für die Rolle des David prädestiniert: Er ist ein weitgehend unterschätzter Mann. Hodel studierte Recht an der Universität in Oregon und in Harvard und sah weder in seiner Karriere als Rechtsanwalt noch als Politiker jemals eine Notwendigkeit, zum öffentlichen Schlagabtausch in die Arena zu steigen. Er war bisher eher ein Mann der kleinen Gesten und des unauffälligen Amtsstils. Einig sind sich Bewunderer und Gegner dieses Mannes jedoch in dem Urteil: Er ist ein exzellenter Administrator. Hodel bewies es von 1981 bis 1982 als stellvertretender Innenminister, von 1982 bis 1984 als Energieminister und seit einem guten Jahr als Innenminister.



Der Mann, der Lee Iacocca abschoß: Hodel FOTO: CAMERA PRESS

Sein etwas dünn gewordenes Haupthaar und seine hohe Stirn lassen ihn älter erscheinen, als er mit seinen fünfzig Jahren ist. Hinter diesem etwas blaß und unauffällig wirkenden Mann versteckt sich ein sehr harter Kämpfertyp und exzellenter Sportler. Er ist fast täglich in der Turnhalle seines Ministeriums anzutreffen und gilt als der schnellste amerikanische Politiker auf Skiern.

Die Theorie, daß er als Handlanger der Iacocca-Gegner innerhalb der Administration vorgeschickt worden sei, den Erfolgsmenschen aus Detroit öffentlich straucheln zu lassen, ist kaum zu halten. Hodel schwieg sich nämlich über seinen Coup aus in der Furcht, daß ihm das Weiße Haus in den Arm fallen könne. Er handelte also im Alleingang. Daß Lee Iacocca sich wehren würde, hatte er einkalkuliert. Daß er es so polterhaft laut tun würde, hat ihn überrascht.

Das Ergebnis jedenfalls ist eine Delle im Stolz des Lee Iacocca und eine deutliche Farbtönung im Image des Donald Hodel. Man nimmt es nicht mehr als selbstverständlich hin, daß Beamte blaß sein müssen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE QUOTIDIEN DE PARIS

In der Philippinen-Frage sieht die Zeitung einen Erfolg Reagans:

Paradoxerweise sieht man unter Reagans Herrschaft einige Länder, in denen es als einzige Alternative nur eine faschistische Tyrannei oder eine noch schrecklichere, totalitärere marxistisch-leninistische zu geben schien, sich zur Demokratie oder zu Formen entwickeln, die unseren Vorstellungen von Demokratie näher kommen. Gestern war es Haiti. Heute scheint dies auf den Philippinen zu geschehen. Unter Carter rührten sich die argentinischen, brasilianischen und uruguayischen Generäle nicht. Sie kehrten unter Reagans Schirm in die Kasernen zurück. Der Kampf für die Demokratie und die Menschenrechte setzt, wenn man aufrichtig ist, Stärke voraus.

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt meint zum Sindermann-Besuch:

Sindermanns Besuch hat in breiter Weise verdeutlicht, daß der 40jährige Teilungsprozeß kurz vor dem Abschluß steht. War schon die Begegnung von Bundeskanzler Kohl und Staatsratsvorsitzenden Honecker bei der Moskauer Trauerfeier für Tschernenko nach Ansicht Sindermanns „ein Meilenstein", so wird Honeckers Besuch in Bonn der Schlußstein werden. In den Augen der Weltöffentlichkeit wird das die vollständige Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik sein. Dafür kommt die DDR der Bundesregierung mit etwas erweiterten Reisemöglichkeiten für die Bürger entgegen, sie erleichtert Austauschprozesse auf verschiedenen Gebieten.

NORDSEE-ZEITUNG

Das Bremerhavener Blatt kommentiert die Lage der CDU in Niedersachsen:

Nach der Rede Albrechts auf dem Parteitag in Hannover gab es zwar viel Beifall, aber keinen Jubel. Dazu war auch kein Anlaß. Die Probleme, denen sich auch eine künftige, von der CDU geführte Regierung in Niedersachsen gegenübersieht, sind groß. Die immer noch hohen Arbeitslosenzahlen, die schwierige Situation in der Landwirtschaft und die fehlenden Möglichkeiten, junge Menschen in das Berufsleben zu integrieren, fordern eine überzeugende Politik mit Engagement und Verantwortungsbewußtsein.

HESSISCHE ALLGEMEINE

Zu Wehners Schelte bemerkt das Kasseler Blatt:

Eine Woche lang hat sich die Öffentlichkeit mit dem Bundeskanzler beschäftigt: Da kam Hilfe. Von oben. Der Altvater der SPD, Herbert Wehner, schleuderte – wie in seinen besten Zeiten – wie Gottvater Zeus zornige Blitze gen Bonn. Und zum Entsetzen aller, die ihn verehren und achten, nicht auf den gebeutelten Helmut Kohl, sondern auf die eigenen Genossen. Und insbesondere auf seinen Intimfeind Willy Brandt. Das erinnert an das Jahr 1974, als der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner von Moskau aus den Kanzler demontierte. Eben jenen Willy Brandt. Der bade gerne lau. Das leitete damals die Phase von Brandts Rücktritt ein ... Da schimmert die Sorge durch, daß das Hessen-Modell auch in Bonn Schule machen könnte. Und er sieht damit sein Lebenswerk, das Godesberger Programm, gefährdet ...

Südkorea: Präsident Chun muß Freilassungen anordnen

Noch ein asiatischer Staat, wo die Opposition sich rührt / Von Fred de La Trobe

Die Regierung des südkoreanischen Präsidenten Chun Do Hwan sorgt sich offenbar, daß ihr scharfes Einschreiten gegen die Opposition als Schuß nach hinten wirken könnte. Die oppositionelle Neue Demokratische Partei Koreas (NKDP) hatte eine Kampagne zur Sammlung von zehn Millionen Unterschriften für eine Verfassungsänderung gestartet, die auf eine Direktwahl des Präsidenten durch das Volk hinauslaufen soll. Das kritische Echo aus dem westlichen Ausland auf die Turbulenzen der letzten Tage hat Seoul jetzt zu vorsichtigerem Taktieren bewogen.

Mit der Freilassung der meisten von über hundert festgenommenen Oppositionellen hat die bisherige Hochspannung etwas nachgelassen. Zwar dauert der Hausarrest für den Dissidenten Kim Dae Jung noch fort, doch der für den anderen bekannten Regierungsgegner, Kim Young Sam, wurde aufgehoben.

Die Regierung pocht darauf, daß Petitionen zwar nicht grundsätzlich verboten sind, daß aber eine Verfassungsänderung nur durch den Präsidenten oder eine Mehrheit des Parlaments beschlossen werden könne. Die Unterschriftensammlung sei daher illegal. Die Opposition, der die nötige Mehrheit fehlt, kontert, daß die entsprechenden Verfassungsbestimmungen vor sechs Jahren unter Kriegsrecht zustande kamen, als Grundrechte wie Rede- und Pressefreiheit ausgesetzt waren.

Die Opposition will die Unterschriftenkampagne fortsetzen. Die Warnung Chuns, Nordkorea könne Unruhen im Süden für einen Überfall ausnutzen, nimmt sie nicht ernst. Sie verweist auf die Präsenz amerikanischer Truppen im Lande und den deutlichen Widerwillen der Sowjets und Chinesen, ein militärisches Abenteuer Pjöngjangs zu unterstützen. Präsident Chun machte am Montag einen Anfang zum Dialog, als er mit den Führern der beiden größten Oppositionsparteien zusammentraf. Außerdem hat sich die Regierungspartei jetzt bereit erklärt, die Frage einer Verfassungsänderung im Parlament zu besprechen.

Die Opposition ist kein kleines Grüppchen. Bei den letzten Parlamentswahlen im Februar 1985 erhielt die regierende Demokratische Gerechtigkeitspartei nur 35,3 Prozent der Stimmen. Die Hauptoppositionspartei, die NKDP, bekam 29,2 Prozent, den Rest teilten sich die Nationalpartei Koreas und die Unabhängigen. Auf Grund einer Verfassungsklausel bekommt die größte Partei ein Drittel der Sitze im Parlament zusätzlich. So hat die Regierungspartei 148 Sitze von insgesamt 276.

Die NKDP hatte bis vor kurzem 102 Sitze; zwölf spalteten sich ab, so daß die Partei jetzt mit neunzig Abgeordneten nicht mehr ein Drittel aller Mandate und somit nicht mehr die Möglichkeit hat, das Haus zu einer Sitzung einzuberufen oder die Vertrauensfrage zu stellen. Dabei kam es bei den letzten Wahlen zu verschiedenen Manipulationen, so daß die Opposition sicherlich stärker ist, als es ihre Zahl im Parlament andeutet.

Der Rückhalt der Opposition ist in den Städten besonders groß. Die NKDP ist eine konservative Partei, die aber einen linken Flügel hat, der etwa den deutschen Sozialdemokraten entspricht. Unter den Studenten rumort es schon seit Jahren. Demonstrationen und Zusammenstöße mit der Polizei haben in letzter Zeit zugenommen. Gegenwärtig sind allerdings die Semesterferien; das neue Semester beginnt im März.

Ein neomarxistischer Flügel der Studenten ist nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen die Oppositionsparteien, die ihm zu konservativ sind. Bis auf einige Agenten gibt es aber keine Anhänger Nordkoreas unter den Studenten. Hielt sich die Polizei bisher mit dem Eindringen in den Campus der Universitäten zurück, so hat sich das seit Anfang dieses Monats geändert. In den letzten beiden Wochen drang die Polizei in insgesamt 193 Universitätsgelände ein und durchsuchte sie nach aufrührerischen Schriften und Waffen.

Die wirtschaftlichen Erfolge Südkoreas in den letzten beiden Jahrzehnten sind sprichwörtlich; gegenwärtig ist die Wirtschaftslage aber nicht allzu günstig. Die Exporte stagnieren, und Korea hat beträchtliche Handelskonflikte mit den USA, die sich gegen die Flut billiger Importe aus Korea zu schützen suchen. Die koreanische Wirtschaft hängt sehr stark von den Exporten ab. Wegen der Stagnation kam es während der letzten Monate zu einer Welle von Konkursen, die das Bankensystem des Landes sehr bedrängt haben. Auch das trägt zu einer unruhigen Stimmung bei.

Freilich spielt in Korea die Furcht, daß der Norden jedes Nachlassen an Wachsamkeit und Einigkeit im Süden ausnützen könnte, immer eine große Rolle; andererseits aber stehen die Koreaner an Bildung und politischer Reife kaum den Japanern nach – und sind den meisten asiatischen Nationen voraus –, so daß eine gewisse Ungeduld mit dem paternalistischen System um sich greifen muß. Es ist Chuns Sache, diesen Tendenzen rechtzeitig und angemessen entgegenzukommen.

Das Regime des Ferdinand Marcos geht zu Ende – Washington forderte seinen Rücktritt und bot Flugzeug zur Flucht an

Sie feiern ein Volksfest am Rande des Bürgerkriegs

Von JOCHEN HEHN

Montag morgen 7.00 Uhr, auf der Avenue Epifanio de Los Santos in Manila herrscht Siegesstimmung. Wildfremde Menschen liegen sich in den Armen, lachen und weinen in einem, tanzen vor Freude. „We won, we won" (Wir haben gesiegt, wir haben gesiegt). Die Massen skandieren. „Cory, Cory; Ramos, Enrile." Andere wieder sinken auf die Knie und beten – Dankgebete.

Die Nachricht, Präsident Ferdinand Marcos habe das Land verlassen, verbreitet sich wie ein Lauffeuer unter den rund 100 000 Menschen, die die ganze Nacht ausgeharrt haben und seit dem Wochenende einen lebenden Schutzwall um die beiden Militärlager Aguinaldo und Crame bilden, in denen sich Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile und der stellvertretende Generalstabschef Fidel Ramos mit ihnen ergebenen Truppenteilen verschanzt halten. Sie haben ihre offene Gegnerschaft gegenüber Marcos erklärt.

Die Siegesmeldung war kurz vor 7.00 Uhr von General Ramos in einer eilig einberufenen Pressekonferenz im Lager Crame verkündet worden: „Das philippinische Volk hat gesiegt. Das Regime Marcos ist gestürzt. Wir sind die Sieger." Der Freudentaumel, der dieser Erklärung auf den Straßen vor den besetzten Militärlagern folgt, währt jedoch nicht lange. Die Falschinformation war von Angehörigen der philippinischen Luftwaffe an Ramos und Enrile übermittelt worden, Marcos und seine gesamte Familie hätten sich nach Guam abgesetzt. Enrile bleibt es schließlich vorbehalten, die Siegesfeiern mit einer über den katholischen Rundfunksender Veritas ausgestrahlten Erklärung zu dämpfen. Sein Dementi enthüllt, Marcos halte sich noch immer im Malacanang-Palast auf. Doch der friedliche Kampf gegen den Diktator gehe weiter.

Himmelhochjauchzend, zu Tode betrübt. Die Massen, gerade durch ein Wechselbad der Gefühle gegangen, rücken enger zusammen um die beiden Militärlager, um sie vor Angriffen Marcos-loyaler Truppen zu schützen.

9.15 Uhr. Malacanang-Palast, knapp fünf Kilometer Luftlinie von den beiden besetzten Camps entfernt: Präsident Ferdinand Marcos hat die Auslandspresse zu einer Pressekonferenz gerufen – seiner dritten innerhalb der letzten 24 Stunden. Marcos tritt nicht allein auf. Um das Gerücht von seiner Flucht Lügen zu strafen, ist die gesamte Familie (Ehefrau Imelda, Kinder und Enkelkinder) aufgeboten worden. Während Marcos den nationalen Notstand verkündet und den beiden Abtrünnigen Enrile und Ramos schärfste Konsequenzen androht, sitzt die First Lady Imelda sichtlich nervös neben dem Präsidenten und spielt mit den Enkelkindern. „Wir haben die Situation völlig unter Kontrolle", verkündet Marcos.

Die Kameras sind auf das müde Gesicht des Staatschefs gerichtet. Plötzlich erweitert sich der Blickwinkel. Neben Marcos erscheint Armeechef General Fabian Ver, der „starke Mann" des Regimes. Der General ist sehr erregt. Mehrmals schneidet er dem Präsidenten das Wort ab. Die Stimme des Staatschefs ist schwach, der Tonfall schleppend. „Herr Präsident", schreit General Ver, „wir müssen Hubschrauber einsetzen." Doch Marcos scheint am Ende seiner Kraft. „Ich weiß, daß der General Ver Hubschrauber einsetzen will", sagt er zu seinem bis dahin treuesten Verbündeten und Vetter. „Aber ich sage nein, nur Handfeuerwaffen." Dann verschwimmt das Bild der beiden Männer, die über zwanzig Jahre lang mit eiserner Hand die Philippinen regierten.

9.54 Uhr. Der noch amtierende Staatspräsident wird aus seiner eigenen Fernsehstation, die die Pressekonferenz landesweit ausstrahlen sollte, ausgeblendet. Etwa hundert von den rebellierenden Soldaten hatten kurz zuvor den Regierungssender gestürmt. Der Widerstand einer kleinen Gruppe Marcos-loyaler Soldaten ist schnell gebrochen. Einige Schüsse fallen, doch gibt es kein Blutvergießen. Während des Überraschungscoups sendet Kanal 4 Jazzmusik. Die Übernahme des Regierungssenders war offenbar gut geplant. Schon wenige Minuten später bilden sich Menschenketten um das Gebäude, um es vor einer Rückeroberung zu schützen. Über Radio Veritas und Kanal 7 – letzterer ebenfalls ein Rundfunksender der Opposition – gehen beschwörende Appelle an die Bevölkerung, die Zufahrtsstraßen zum Sender zu blockieren.

10.26 Uhr. Der rebellierende Verteidigungsminister Enrile erklärt über den Radiosender DZRB, es sei eine provisorische Regierung mit Corazon Aquino als Staatspräsident und Salvador Laurel als Vizepräsident gebildet worden. Enrile fordert seine Landsleute auf, zu den beiden Militärcamps zu strömen, um jeden Angriffsversuch von Marcos' Truppen schon im Keime zu ersticken. Einen ersten Versuch hatte Marcos kurz vor Morgengrauen unternommen. Sieben Kampfhubschrauber überraschten die im Militärlager Crame verschanzten Truppen. Doch der Kampf blieb aus. Die Marcos Soldaten legten ihre Waffen nieder und liefen zu den Rebellen über.

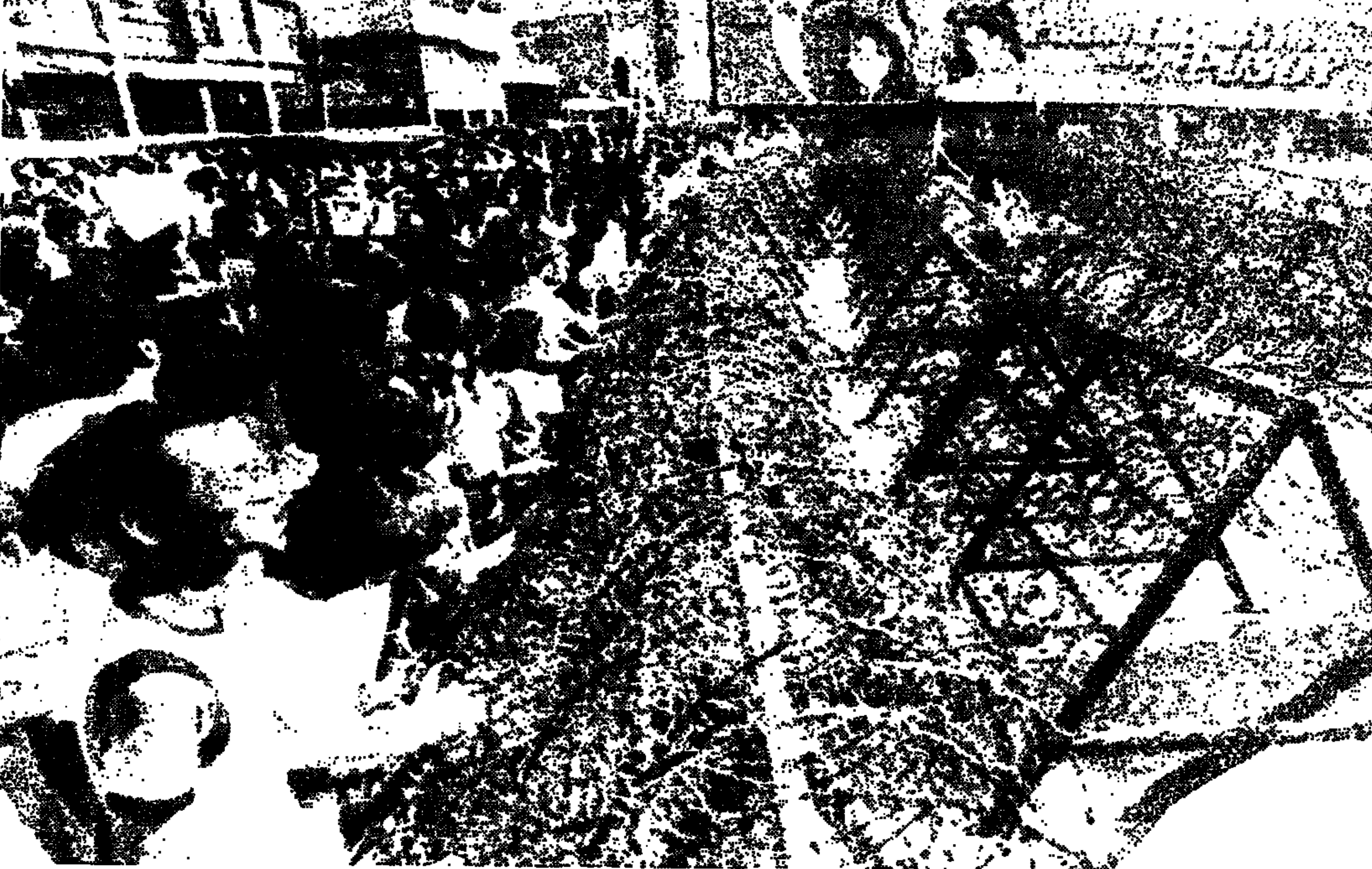
13.26 Uhr. Ein neuer Sender Radio und Fernsehen Filipino meldet sich über die Kanäle, über die wenige Stunden vorher noch die Programme der Regierung liefen. Eine Gruppe von vier Laienansagern verkündet freudestrahlend, das philippinische Volk habe die Kontrolle über Kanal 4 übernommen und würde von nun an nur noch Tatsachen verkünden. Eine Sprecherin ruft alle Fernsehtechniker, Direktoren, Ansager und Ansagerinnen auf, sich mit der Schattenregierung zu solidarisieren und sich dem neuen Sender zur Verfügung zu stellen.

Die ersten neuen „Fernsehstars" sind Militärs. Sie geben einen Überblick über die verworrene militärische Lage in der Hauptstadt. Jede Erfolgsmeldung der Rebellen wird mit lautem Jubel begleitet. Der Flughafen Manilas sei von Truppen Enriles und Ramos' besetzt worden. Eine Erklärung des Direktors der philippinischen Luftfahrtgesellschaft, Roman Cruz jun., wird verlesen. In seinem Schreiben, adressiert an „Dear Madam President", bietet der ehemals stramme Marcos-Gefolgsmann der „neuen Staatspräsidentin Cory Aquino" seinen Rücktritt an. Freimütig bekennt er, daß er Marcos zwar viel verdanke, doch hätten es ihm die Ereignisse während der letzten Wahlen unmöglich gemacht, weiterhin loyal zu Marcos zu stehen.

Die Nachrichten von Ergebenheitsadressen an General Ramos und Verteidigungsminister Enrile häufen sich. Sie kommen aus allen Waffengattungen. Mittlerweile dröhnen Jagdflugzeuge über die Radio- und Fernsehstation, um den Luftraum zu sichern. In den Straßen um die Sender drängen sich Tausende. Sie feiern den Erfolg an der Medienfront mit Tänzen und Gesängen. Auch die überwältigten Soldaten, die den Sender schützen sollten, beteiligen sich an den Feiern.

15.00 Uhr. Aus dem Provisorium des eroberten Senders ist ein professionelles Programm entstanden. Politik, Nachrichten, Interviews und Popmusik wechseln einander ab.

15.50 Uhr. Vor dem hermetisch abgeriegelten Malacanang-Palast von Ferdinand Marcos ziehen Tränengasschwaden über die dort versammelten Demonstranten. Zwischen 4000 und 5000 Menschen, meist Jugendliche und viele in weiß gekleidete Priester und Nonnen, rufen Anti-Marcos-Parolen. Die für die Sicherheit von Marcos verantwortlichen Truppeneinheiten bilden hinter Stacheldrahtverhauen einen engen Kordon. Allzu kesse Demonstranten werden mit Schlagstöcken abgewehrt.



Ein Präsident schützt sich vor seinem Volk: Um den Malacanang-Palast in Manila hat Ferdinand Marcos Barrikaden errichten lassen FOTO: AP

17.00 Uhr. Die Aufrufe der Oppositionssender an die Bevölkerung, die Zufahrtsstraßen zu den beiden besetzten Militärlagern zu blockieren, haben eine überwältigende Zustimmung gefunden. Über eine Million Menschen drängen und schieben durch die Avenue Epifanio de Los Santos und durch die Seitenstraßen. Den Aufruf von Marcos, die nähere Umgebung der Camps zu räumen, haben sie mißachtet. Sie sind gekommen um die beiden Militärlager vor Überraschungsangriffen des Generals Fabian Ver und seiner Gefolgsleute zu schützen.

Und sie wollen die Siegesansprache von Corazon Aquino hören, die über Radio Veritas ausgestrahlt wird. Die Ansprache, über zahlreiche Transistorradios und Lautsprecher in die Menge übertragen, löst Jubel aus, als „Cory" verkündet, sie würde am nächsten Morgen vom philippinischen Parlament, in dem die Opposition nun durch zahlreiche Überläufer die Mehrheit besitze, zum rechtmäßigen Sieger der Präsidentschaftswahlen erklärt. Beifall brandet auf, als „Cory" Aquino die Tatsache würdigt, daß zum erstenmal in der Geschichte „Zivilisten erfolgreich Militärs beschützen".

19.00 Uhr. Ferdinand Marcos verkündet über seinen Fernsehsender „Kanal 9" eine Ausgangssperre von 18.00 Uhr bis 06.00 Uhr. Die Macht, diese Ausgangssperre auch durchsetzen zu können, ist Marcos aber offensichtlich abhanden gekommen. Polizisten sind seit zwei Tagen aus dem Straßenbild Manilas verschwunden. Auch sie haben sich loyal gegenüber den Rebellentruppen erklärt.

Um die Militärbasen hat sich inzwischen eine unübersehbare Menschenmenge eingefunden. Viele sind schon am Nachmittag aus den umliegenden Provinzen in die Hauptstadt geströmt. Manche haben geschmückte Madonnenfiguren mitgebracht als Zeichen ihrer friedfertigen Absichten. Die Szenerie gleicht einem Volksfest. Es wird gesungen und getanzt zu den Klängen jugendlicher Musikanten. Kleine Garküchen und Getränkeverkäufer versorgen diejenigen, die sich für die lange Nacht nicht selbst mit Nahrungsmitteln eingedeckt haben.

Auch die rebellierenden Militärs werden versorgt. Aus Spendenmitteln der Bevölkerung finanziert, werden Reis, Zucker, Tee, Getränke und Dosennahrung auf Jeepneys, bunte jeepähnliche Taxis, die das Straßenbild Manilas prägen, zu den Eingängen der Camps gebracht.

20.30 Uhr. Im Militärlager Crame appellieren Minister Enrile und General Ramos an alle Offiziere und Soldaten der Gegenseite, sich ihrer Bewegung anzuschließen. Enrile verliest die Stellungnahme des Weißen Hauses, in der Marcos und General Ver aufgefordert werden, sich jede Angriffs auf die Rebellentruppen zu enthalten. Marcos selbst wird gedrängt, eine friedliche Übergabe der Regierung zu ermöglichen.

Wenig später geht wie ein Lauffeuer eine Nachricht durch die Stadt: Marcos-Truppen sollen den katholischen Sender Radio Veritas angegriffen haben.

Die Entwicklung eines politischen Dramas

3. November 1985: Marcos kündigt eine außerplanmäßige Präsidentenwahl an, um der Kritik im Inland den Boden zu entziehen und den amerikanischen Verbündeten zu zeigen, daß er politisch auf festen Füßen stehe. Die von seiner Partei, der Bewegung für eine neue Gesellschaft (KBL), beherrschte Nationalversammlung legt als Termin den 7. Februar 1986 fest.

2. Dezember 1985: Nach einem Jahr endet der Prozeß gegen den Stabschef der Streitkräfte, General Fabian Ver, und 25 weitere Angeklagte wegen des Mordes an Oppositionsführer Benigno Aquino mit dem Freispruch aller Beschuldigten.

3. Dezember 1985: Corazon Aquino, die Frau des ermordeten Oppositionsführers, gibt ihre Kandidatur bekannt. Die Opposition ist zunächst zersplittert. Auch Senator Salvador Laurel tritt als Präsidentenkandidat auf, erklärt sich aber später zum Zusammengehen mit Frau Aquino bereit und wird Vizepräsident-Kandidat.

18. Januar 1986: Der Erzbischof von Manila, Jaime Kardinal Sin, beschuldigt die Marcos-Partei, sie betreibe eine Verleumdungskampagne gegen Frau Aquino und nötige die Wählerschaft. Sin erklärt, wer sich mit solchen Methoden den Sieg verschaffe, habe kein moralisches Anrecht auf die Regierungsgewalt.

5. Februar 1986: Zwei Tage vor der Wahl spricht Frau Aquino in einem Park in Manila bei der größten politischen Kundgebung, die das Land je gesehen hat, zu rund einer Million Menschen. Eine „Nationale Bewegung für freie Wahlen" (NAMFREL) kündigt an, sie werde Wahlbeobachter einsetzen, um Wahlbetrug zu verhindern.

7. Februar 1986: Wahltag. NAMFREL-Beauftragte und amerikanische sowie weitere ausländische Beobachter berichten, sie seien Zeugen vieler Fälle von Wahlbetrug, Gewaltanwendung und Nötigung von seiten der Marcos-Anhänger geworden.

8. Februar 1986: Frau Aquino geht bei den von NAMFREL bekanntgegebenen Zwischenergebnissen in Führung. Die Auszählung durch die Behörden geht langsamer vor sich; ihre Ergebnisse zeigen Marcos vorn.

15. Februar 1986: Die für die Feststellung des Endergebnisses zuständige Nationalversammlung, in der Marcos die Zweidrittelmehrheit hat, spricht Marcos einen Stimmenvorsprung von 1,5 Millionen zu und proklamiert ihn zum Präsidenten.

16. Februar 1986: Frau Aquino, die sich um den Wahlsieg betrogen fühlt, fordert die Bürger zu gewaltlosem Ungehorsam auf, um Marcos zum Rücktritt zu zwingen. US-Präsident Ronald Reagan, der vier Tage zuvor andeutungsweise beiden Seiten Wahlbetrug angelastet hatte, vertritt jetzt die Ansicht, das Marcos-Lager habe derart massive Wahlfälschung betrieben, daß die Wahl vielleicht nicht mehr gültig sei.

20. Februar 1986: Marcos klagt über ausländische Einmischung in innere Angelegenheiten der Philippinen und droht den Oppositionsführern wegen der Ungehorsamskampagne mit Strafverfolgung.

22. Februar 1986: Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile und der stellvertretende Stabschef Generalleutnant Fidel Ramos stellen mit der Erklärung, daß ihnen die Verhaftung drohe, ihre Ämter zur Verfügung und verschanzen sich im Verteidigungsministerium. Sie fordern, Marcos solle zugunsten von Frau Aquino zurücktreten. (AP)

„Jetzt ist die Zeit für den Frieden"

Die philippinische Oppositionsführerin Corazon Aquino gab gestern folgende Erklärung ab:

„Wir haben unsere Freiheit, unsere Rechte und unsere Würde mit viel Mut und Gott sei Dank mit wenig Blutvergießen wiedergewonnen. Ich rufe unser Volk dazu auf, den Geist des Friedens zu bewahren, fest und leidenschaftlich zu bleiben, während wir die letzten Wurzeln der Tyrannei ausreißen. Laßt uns jetzt, wo wir gewonnen haben, nicht auf das Niveau der bösen Kräfte herabsinken, die wir besiegt haben.

Ich habe immer gesagt, daß ich im Sieg sehr großzügig sein kann – kein Haß mehr, keine weiteren Kämpfe. Ich appelliere an alle Filipinos auf beiden Seiten. Jetzt ist die Zeit des Friedens, die Zeit Wunden auszuheilen. Den letzten Anhängern von Marcos rufe ich zu: Helfen Sie mir, das Land wieder aufzubauen, anstatt die Hand gegen das Volk und seine Armee zu erheben. Da das Militär die körperliche Unversehrtheit des Volkes respektiert hat, fordere ich das Volk auf, mit dem letzten Soldaten Marcos' ebenso schonend umzugehen. Wie ich schon sagte: Jetzt ist die Zeit für den Frieden. Die einzige Weise, auf die wir unser Land wieder aufbauen können, ist die des Miteinander. Ich dehne diesen Appell auf die Offiziere und Soldaten aus, die noch immer gegen die neue Ordnung kämpfen. Ich lade sie alle dazu ein, gemeinsam mit dem Volk Cory (Corazon) Aquino und Doy (Salvador) Laurel zu unterstützen.

Der Sieg der Freiheit durch friedliche Mittel über eine Armee, die eine Tyrannei hinter sich hat, ist selten in der Geschichte; ein Sieg der Freiheit durch das Volk, das das Militär schützt, aber ist noch nicht dagewesen ..." (dpa)



Sorge und Zuversicht: Schwerbewaffnet und geschützt von Anhängern zieht der rebellierende Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile in das nationale Hauptquartier der Polizei FOTO: DPA



Präsident Ferdinand Marcos mit Familie: ein Fernsehbild, das die Nation beruhigen soll. Die Töchter Irene und Imee, Sohn Ferdinand und Frau Imelda (v.l.) FOTO: AP

Für das Weiße Haus ist Marcos schon Vergangenheit

Von FRITZ WIRTH

Ronald Reagan hatte Festkleidung angelegt. Auf dem Programm stand „Dinner mit den Gouverneuren im Blue Room des Weißen Hauses". In seinem Gesicht war zu lesen, daß er eine protokollarische Pflicht erfüllte mit seiner Anwesenheit, in Gedanken aber in seinem Dienstraum im „Oval Office" war. Über dem Dinner-Tisch riefen Journalisten ihm zu, ob er Marcos zum Rücktritt auffordern werde. Reagans leicht verlegene Antwort: „Kein Kommentar".

Das war am Sonntag abend um zehn. Was weder die anwesenden Journalisten noch die rund 40 amerikanischen Gouverneure zu diesem Zeitpunkt wußten: Die Entscheidung über das politische Schicksal des philippinischen Präsidenten Marcos war, soweit sie von Washington aus mitzubestimmen war, bereits gefallen. Die Reagan-Administration hatte Marcos fallengelassen.

Es war eine lange, mühsame, doch am Ende keine schwierige Entscheidung mehr. Die Zeiten, da Marcos noch mit Pomp im Weißen Haus empfangen wurde und Vizepräsident Bush Elogen auf sein Demokratieverständnis sang, sind lange vorbei. Die Betroffenheit und das Unbehagen über Marcos in der Reagan-Administration begannen lange vor den von ihm gefälschten Wahlen.

Reagan hatte schon im letzten Jahr seinen Freund, den Senator Laxalt, zu Marcos geschickt und ihn dringend zu Reformen aufgefordert. Die Mission Laxalts verlief unbefriedigend. Der Ärger über Marcos in Washington wuchs. Er wurde nach der gefälschten Wahl zu einer politischen Belastung. Bereits unmittelbar nach der Wahl herrschte in der Administration Einigkeit, daß es für Marcos keine politische Zukunft mehr gebe. Uneinigkeit gab es lediglich über das Ausmaß des Druckes, den Washington ausüben sollte, ihn zum Abgang zu bewegen. Im State Department plädierte man für einen härteren Kurs als im Weißen Haus.

Ronald Reagan hoffte, daß der Druck im eigenen Lande ausreichen würde, Marcos von der Aussichtslosigkeit seiner Position zu überzeugen. Für den Präsidenten gab es in seinem Philippinen-Kurs nur eine Priorität: nichts zu unternehmen, was zum offenen Ausbruch von Gewalt und zum Bürgerkrieg führen könnte. Es wäre für die Philippinen und für die USA die schlechtestmögliche Lösung.

Man setzte also auf Zeit im Weißen Haus, operierte mit zurückhaltenden und teilweise schon übertrieben vorsichtigen öffentlichen Erklärungen und entsandte Peter Habib als Sonderbotschafter auf die Szene.

Am Samstag verließ Habib Manila, um Präsident Reagan einen Zwischenbericht zu geben. Drei Stunden nach seiner Abreise begann in Manila die Rebellion des Juan Enrile und Fidel Ramos. Zufall? Ramos und Enrile versichern: Wir sind zu unserem Schritt nicht von amerikanischer Seite ermutigt worden. In Washington bestätigt man: Habib hat nichts von den Dingen geahnt, die am Samstag passierten.

Am Sonntag morgen berichtete Habib in Washington Außenminister Shultz und Sicherheitsberater Poindexter über die Lage. Shultz und Poindexter aber hatten schon am Samstag in telefonischem Kontakt mit Präsident Reagan in Camp David gestanden. Das Ergebnis war eine Erklärung des Weißen Hauses, die zum ersten Mal unmißverständlich die Wahl von Marcos als Fälschung verurteilte und sich in dieser Hinsicht dem Urteil der Rebellen Enrile und Ramos anschloß. Das Dokument des Weißen Hauses sagte es nicht in diesen Worten, doch die Botschaft war unmißverständlich: Das Kapitel Marcos war fürs Weiße Haus beendet.

Der Mann mußte weg, möglichst ohne Blutvergießen. Am Sonntag mittag ließ Präsident Reagan durch den amerikanischen Botschafter an Marcos die Warnung weiterleiten, gegen die Rebellen keine Gewalt zu brauchen. Als dennoch Nachrichten von Schießereien aus Manila kamen, drohte Larry Speakes, der Sprecher des Weißen Hauses, die Streichung amerikanischer Militärhilfe an. „Unsere Militärhilfe ist nicht für solche Zwecke gedacht".

Um Mitternacht, kurz nach dem Ende des „Dinners der Gouverneure" im Weißen Haus, das nach außen hin den Eindruck erweckte, als herrsche „business as usual", ließ man endgültig alle diplomatischen Floskeln und Warnungen fallen. Das Weiße Haus legte Marcos den Rücktritt nahe und bot ihm ein Militärflugzeug zur Flucht aus den Philippinen an.

„Werden wir Marcos Asyl anbieten?" wurde Larry Speakes gefragt. „Mr. Marcos hat bisher nicht darum gebeten, doch ich bin sicher, daß der Präsident bereit ist, einem alten Freund und Alliierten zu helfen."

„Und wenn Marcos sich weigert zu gehen?" Speakes: „Es könnte eine gefährliche Situation entstehen. Wir wollen einen ruhigen und friedlichen Machtwechsel. Die letzte Entscheidung liegt beim philippinischen Volk. Wir sind nicht gewillt, unsere beträchtlichen militärischen Reserven auf den Philippinen ins Spiel zu bringen."

Euphorie früherer Parteitage ist verflogen

Gorbatschow ist mit Reagans Offensive konfrontiert / Das Programm verknüpft stärker Innen- und Außenpolitik

Von R.-M. BORNGÄSSER

Zu Beginn des 27. Parteitages der KPdSU bietet die Moskauer Führung unter Michail Gorbatschow, flankiert von seiner hochgehievten Technokraten-Mannschaft, ein optisch verjüngtes Bild. Eine Mannschaft präsentiert sich der Welt, die jenseits der Ära Stalins, jenseits des Krieges steht, sie sind keine Kinder der Revolution, sondern nur noch des Systems. Aber Gorbatschow, dieser Disziplinierer und Modernisierer, wie er sich so mediengeschickt der Welt präsentiert, trägt schwer an der Last, das Sowjetreich zu regieren, außen- wie innenpolitisch. Moskaus große Gegenspieler, die Amerikaner, sind unter ihrem Präsidenten Reagan zur politischen Offensive übergegangen.

Gorbatschows anvisiertes, großes Ziel, die Amerikaner zu bewegen, ihr Projekt SDI fallen zu lassen, ist bisher mißlungen. Auch mit Japan schwelen weiterhin ungelöste Konflikte, trotz des kürzlichen Besuches von Außenminister Schewardnadse. In Europa hat sich das sowjetische Imperium als brüchig erwiesen. Überall gärt es. Die scharfe Gängelung Bulgariens trägt nicht zur Harmonie bei. Polen mag zwar äußerlich gebändigt erscheinen, doch tragfähig ist dieses Fundament gewiß nicht.

Dann der über sechs Jahre andauernde Afghanistan-Krieg, den die Sowjetunion führt. Ein Krieg, der seine Wunden bereits ins eigene Land schlägt. Man bekennt längst, daß dies ein großer Fehler war. Innenpolitisch sieht die Situation noch düsterer aus. Die Sowjetbevölkerung, so haben Statistiker errechnet, lebt an der Armutsgrenze in der Welt.

Die Hürden scheinen fast unüberwindbar für Parteichef Gorbatschow, dem Verweser einer Weltpolitik, die nur auf Festigung ihres Besitzstandes und Wahrung der strategischen Sicherheitsinteressen fixiert ist.

In der Neufassung des Parteiprogramms ist daher längst keine Rede mehr von „einem großen reinigenden Gewitter, das über die Welt braust und den Frühling der Menschheit kündigt", wie es das Parteiprogramm von 1961 jauchzend verhieß. Jetzt weht Moskau der Wind eher scharf ins Gesicht und zwingt zur Revision.

So gilt im Unterschied zur Chruschtschow-Fassung im neuen Programm ein Weltkrieg denn auch nicht nur vermeidbar. Vielmehr wird ausdrücklich betont, daß es in einem solchen Krieg „weder Sieger noch Besiegte geben würde, daß die Weltzivilisation untergehen könnte". „Die Bewahrung der historischen Errungenschaften ..., der militärstrategischen Parität zwischen UdSSR und USA" ist nun die Garantie zum Frieden. Zwar wird in dieser Fassung nicht verkannt, daß „der jungen, zukunftsträchtigen Welt des Sozialismus noch immer die starke und gefährliche Welt der kapitalistischen Ausbeutung gegenüberstehe". Doch vertiefe sich die „allgemeine Krise des Kapitalismus", er sei zum Untergang verurteilt. Sein Herrschaftsbereich verenge sich unausweichlich, immer deutlicher trete seine historische Überlebtheit zutage. „Der Imperialismus ist ein faulender Kapitalismus, der Vorabend der sozialistischen Revolution", wird suggeriert.

Doch gleichzeitig verkennt man nicht, daß er „immer noch stark und gefährlich" sei, über „gigantisch gewachsene Produktivkräfte" verfüge und sich an verändernde Umstände anpasse. „Die Hauptbastion der internationalen Reaktion ist der USA-Imperialismus". Von ihm gehe vor allem die Kriegsgefahr aus.

Große Bedeutung mißt das Programm „einer friedlichen, guten Nachbarschaft in Europa" bei. Unabdingbare Voraussetzung für die Stabilität positiver Prozesse sei aber „die Achtung der im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstandenen territorialen und politischen Realitäten". Die Partei würde entschieden gegen alle Versuche einer Revision treten, ganz gleich unter welchen Vorwänden „und jeglichem Revanchismus eine Abfuhr erteilen".

Zum asiatischen Komplex heißt es, man würde konsequent danach streben, gemeinsam mit anderen interessierten Staaten, die Sicherheit in Asien zu gewährleisten. „Asien, Afrika, Lateinamerika, der Stille und der Indische Ozean können und müssen Zonen des Friedens und guter Nachbarschaft werden."

In der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern strebt das überarbeitete Programm „feste kameradschaftliche Beziehungen und eine allseitige Zusammenarbeit der UdSSR mit allen Staaten des sozialistischen Weltsystems an". Die Neufassung richtet im Gegensatz zum Progamm von 1961 zum Beispiel keine Vorwürfe an Jugoslawien. Diesmal wird Belgrad nicht des „Revisionismus" bezichtigt. Betont wird, daß es, um Meinungsverschiedenheiten zu vermeiden, „eines tiefen Verstehens der nationalen und der gemeinsamen internationalen Interessen in ihrer organischen Wechselverbindung" bedürfe.

Mit dieser Tour d'horizon tritt nun die Kremlführung vor den Parteitag. Stärker als früher betont das neue Programm die enge Verknüpfung der sowjetischen Innenpolitik mit der Außenpolitik, die „günstige Bedingungen für die Vervollkommnung der sozialistischen Gesellschaft gewährleisten müsse".

Die Entwürfe für die „Neufassung des Programms der KPdSU", für „die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im 12. Fünfjahresplan (1986–1990) und bis zum Jahre 2000 „sowie Änderungen am Parteistatut" zeigen hohe Ziele auf und wecken große Erwartungen. Doch auch sie bleiben letztlich wieder an den alten Rezepten gebunden. Vergleiche mit dem Westen, den die Sowjetunion an Produktion und Produktivität gemäß Programm längst schon hätte überholen müssen, sucht man vergebens. Da ist Gorbatschow realistischer als seine Vorgänger.

Kulturpapst der Stalin-Ära gelobt

dpa, Moskau

Andreij Schdanow, der führende Kulturpapst der Stalin-Ära, ist in einem Jubiläumsartikel des Parteiorgans „Prawda" als „bedeutender Theoretiker und Propagandist der Idee des wissenschaftlichen Kommunismus" gepriesen worden. Der 1948 verstorbene Altbolschewist wäre am 26. Februar 90 Jahre alt geworden. Die „Prawda" verwies auch auf Schdanows „aktiven Kampf für die Geschlossenheit der internationalen Arbeiterbewegung.".

Als Politbüromitglied und ZK-Sekretär für Propaganda, Ideologie und marxistisch-leninistische Theorie hatte Schdanow eine ganze Generation sowjetischer Künstler, Philosophen, Historiker und Naturwissenschaftler auf das strenge Prinzip der Parteilichkeit festgelegt. Er war es, der beispielsweise den Dichter und Schriftsteller Boris Pasternak und den Komponisten Dmitri Schostakowitsch gemaßregelt hatte.

Zweifel an Anklage im Reemtsma-Prozeß wächst

Zeuge: Finanzamt konnte bisher keine Steuern nachfordern

UWE BAHNSEN, Hamburg

Im Parteispenden-Prozeß gegen drei Top-Manager des Reemtsma-Konzerns vor der Großen Strafkammer 22 des Hamburger Landgerichts haben Zeugenaussagen gestern erneut zu massiven Zweifeln an der Ermittlungstätigkeit der Staatsanwaltschaft und der Steuerfahndung in dieser Sache geführt. Beamte des Finanzamtes Hamburg-Altona, das für die Veranlagung des Unternehmens Reemtsma zuständig ist, erklärten im Zeugenstand, eine von der Firma gewünschte Nachveranlagung der Spendenzahlungen, die Gegenstand des Strafverfahrens sind, sei bislang nicht vorgenommen worden.

Nachbericht in Arbeit

Zugleich räumte der Steuerfahnder Lothar Schwarz vom Finanzamt für Prüfungsdienste, der ebenfalls als Zeuge vorgeladen worden war, auf eine entsprechende Frage der Verteidigung ein, daß er zur Zeit in der Sache Reemtsma mit einem Nachbericht für das Veranlagungsfinanzamt Hamburg-Altona beschäftigt sei. In diesem Zusammenhang wurde am Rande des Verfahrens bekannt, daß ein solcher Bericht von diesem Finanzamt bei der Steuerfahdung angefordert worden war, da sonst eine Nachveranlagung nicht möglich sei.

Aus beiden Aussagen sowie aus der Tatsache, daß die Firma Reemtsma dem Veranlagungsfinanzamt die Anklageschrift zugeleitet hatte, um eine Nachveranlagung zu erreichen, ergibt sich: Steuerfahndung und Staatsanwaltschaft haben in der Spendenaffäre Reemtsma so mangelhaft ermittelt, daß die Ergebnisse für eine steuerliche Bereinigung des Falles nicht zu gebrauchen waren. Gleichwohl dienten sie der Staatsanwaltschaft als Rohstoff für die Anklage und der Strafkammer als Grundlage für die Eröffnung der Hauptverhandlung.

Die Aussagen der Steuerbeamten wurden von den Verteidigern der drei angeklagten Manager Horst Wiethüchter, Professor Ernst Zander und Klaus Teubner als eine sachliche Bestätigung dafür gewertet, daß der zum Beginn des Verfahrens von der Verteidigung gestellte Antrag, den Prozeß auszusetzen, sachlich gerechtfertigt gewesen sei und vom Gericht nicht hätte zurückgewiesen werden dürfen. Die Kammer hatte stattdessen die auch von den Richtern erkannten sachlichen Mängel der Anklageschrift durch eigene Ermittlungen auszugleichen versucht und sich damit den Vorwurf eingehandelt, sie habe die Arbeit geleistet, die eigentlich Sache der Anklagebehörde gewesen wäre.

Es geht in dem Verfahren, wie berichtet, um den Vorwurf der Staatsanwaltschaft, die drei Beschuldigten hätten „von 1965 bis 1981 fortgesetzt und gemeinschaftlich handelnd" durch die Abgabe falscher Steuererklärungen 2,53 Millionen Mark an Körperschaftssteuer und rund 242000 Mark an Gewerbesteuern verkürzt. Begangen haben sollen die Angeklagten dieses Steuerdelikt, indem sie zu Unrecht Zahlungen von insgesamt 3,9 Millionen Mark mit Spendenbescheinigungen an zehn politische Vereinigungen steuerlich geltend gemacht hätten.

Urteil am 6. März?

Zum Auftakt des Prozesses hatten die Anwälte dazu unter Hinweis auf die einschlägige Literatur und Rechtsprechung erklärt, zur Aussetzung des Strafverfahrens zwinge allein schon „der Umstand, daß die zuständigen Finanzämter bislang in Kenntnis aller Fakten die ergangenen Steuerbescheide nicht geändert oder gar aufgehoben haben". Dies dokumentiere „die steuerrechtlichen Zweifel der Finanzverwaltung". Die Aussagen des gestern im Zeugenstand vernommenen Steuerfahnders Lothar Schwarz bestätigen nach Auffassung der Verteidiger diese Begründung.

In diesem bislang größten Parteispenden-Verfahren der Hamburger Justiz steht die Beweisaufnahme vor dem Abschluß. Experten rechnen damit, daß es im Hinblick auf bestimmte Teilbereiche der Prozeßmaterie zu einem Einstellungsbeschluß der Kammer kommen wird. Damit würden sich die Summen, die in der Anklageschrift als Ergebnis der angeblichen Steuerverkürzung genannt werden, ganz beträchtlich verringern. Für den Fall einer Verurteilung der drei Angeklagten würde das vermutlich zur Verhängung von Geldstrafen führen. Nach den Plädoyers der Staatsanwaltschaft und der insgesamt sechs Verteidiger wird die Strafkammer voraussichtlich am 6. März das Urteil verkünden.



Das spanische Königspaar in Bonn

König Juan Carlos I. und Königin Sofia von Spanien haben gestern einen fünftägigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland angetreten. Nach der Ankunft auf dem Flughafen Köln/Bonn, wo das Königspaar von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher empfangen wurde, begrüßte Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Gäste vor der Villa Hammerschmidt (Bild). Es ist der erste offizielle Aufenthalt des Königs in einem EG-Land seit der Mitgliedschaft Spaniens in der Europäischen Gemeinschaft. Juan Carlos wird in Bonn auch mit Bundeskanzler Helmut Kohl sowie mit Vertretern aller im Bundestag vertretenen Parteien zusammentreffen. Nach Bonn wird das Königspaar auch die Städte Köln, Düsseldorf, Berlin und München sowie das Volkswagenwerk in Wolfsburg besuchen.

FOTO: POLY-PRESS

Stoph-Vertrauter will in den Westen ausreisen

Fall wurde während des Sindermann-Besuches besprochen

WERNER KAHL, Bonn

Hermann von Berg, der „DDR"-Unterhändler für das erste Passierscheinabkommen, das West-Berlinern nach dem Mauerbau den Besuch ihrer Verwandten im Ostsektor der Stadt ermöglichte, hat einen Ausreiseantrag gestellt. Der 52jährige Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Ostberliner Humboldt-Universität gehörte zu dem engsten Kreis um „DDR"-Ministerpräsident Willi Stoph. Er war seit Anfang der sechziger Jahre auf dem deutschlandpolitischen Feld tätig. Der ehemalige hohe SED-Funktionär machte sich damals für die SED-Parole „Deutsche an einen Tisch" stark.

„Gesichtsverlust"?

In der Ostberliner Führung zeigt man sich offenbar geneigt, einer Übersiedlung des Funktionärs in den Westen zuzustimmen, nachdem der Fall am Rande der Begegnung des „DDR"-Volkskammerpräsidenten Horst Sindermann mit SPD-Politikern besprochen worden war. Vertreter des linken SPD-Flügels vertraten die Ansicht, daß ein Übertritt des überzeugten Sozialisten Berg in den Westen für Ost-Berlin nützlich sein könnte. Dieser Aspekt sei höher zu bewerten als ein möglicher „Gesichtsverlust" für die Ostberliner Führung, falls der ehemalige Passierschein-Unterhändler die „DDR" verlassen könne. Nach Angaben unterrichteter Kreise ist der stellvertretende Vorsitzende der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD), Manfred Grabig, von einem Besuch West-Berlins nicht mehr in den Ostteil der Stadt zurückgekehrt. Der 37jährige Jurist will, wie es hieß, künftig mit seiner Familie, die er in der „DDR" zurückgelassen hat, im Westen leben.

Der Vorsitzende des Parteibezirks von Ost-Berlin, Fritz Krausch, hatte von Ost-Berlin den Auftrag, Grabig zur Rückkehr in den Osten zu bewegen, was offenbar nicht gelang.

Auch Vorgänger reiste aus

Grabig, der seit etwa fünf Jahren stellvertretender Vorsitzender des Bezirks Ost-Berlin war, und im Gebäude des Hauptvorstands der Ost-LDPD unmittelbar an der Mauer arbeitete, hat sich zu seinem Wechsel bisher nicht geäußert. Bereits sein Partei-Vorgänger, Ulrich Dirksen, war vor fünf Jahren in die Bundesrepublik Deutschland gekommen.

Vor einigen Wochen ist, wie erst jetzt bekannt wurde, der Stiefsohn des „DDR"-Botschafters in Athen, Horst Brie, nach West-Berlin übergesiedelt. Der 35jährige Wissenschaftler Werner R. will künftig an der Freien Universität Berlin arbeiten. Sein Stiefvater gilt als enger Vertrauter von SED-Chef Erich Honecker.

Mit einer eigenen Lobby wollen die Bundesländer in Brüssel Fuß fassen

Hamburg, Saar und NRW bauen Regionalbüros aus / Sorge um Einfluß auf die EG

WILHELM HADLER, Brüssel

Französische oder britische EG-Kommissare hatten schon immer Mühe, mit den Feinheiten des deutschen Föderalismus zurechtzukommen. Seit sich die bayerische Landesregierung zur Anführerin einer Art Fronde gegen die Bonner Europapolitik gemacht hat, müssen in Brüssel auch manche deutsche Beamte umlernen.

Der Protest der Bundesratsmehrheit gegen die Art und Weise, in der die Revision der Europäischen Verträge ausgehandelt wurde, ist symptomatisch für die Sorge der Länder, im politischen Entscheidungsprozeß künftig an Einfluß zu verlieren. Sie äußert sich auch in dem offenen oder versteckten Bemühen um eine stärkere Präsenz der Länder am Sitz der Gemeinschaft.

Es gehörte zwar schon immer zu den Gewohnheiten deutscher Landesväter, den europäischen Behörden von Zeit zu Zeit einen Besuch abzustatten. Erinnerlich ist zum Beispiel, wie schwer es dem französischen Euratom-Präsidenten Pierre Chatenet in den sechziger Jahren klarzumachen war, daß ein Bremer Bürgermeister in der Bundesrepublik durchaus politisches Gewicht haben kann.

In der letzten Zeit hat sich das Gewicht Brüssels jedoch so vergrößert, daß sich die Landespolitiker gegenseitig beinahe die Klinke in die Hand geben. Immer mehr Regierungen gehen sogar dazu über, am Sitz der EG eine ständige Interessenvertretung einzurichten.

Den Anfang machte vor gut einem Jahr Hamburg. Es gewann den langjährigen EG-Vizepräsidenten Wilhelm Haferkamp dafür, in Brüssel gegen eine bescheidene Aufwandsentschädigung ein „Hanse-Office" zu gründen. Haferkamps Erfahrungen und persönliche Kontakte haben den sonst eher nach Übersee blickenden Hanseaten fraglos Vorteile gebracht, die auf der offiziellen Schiene nicht zu haben gewesen wären. Unter anderem bemüht sich Haferkamp darum, Forschungsaufträge nach Hamburg zu ziehen.

Als nächstes folgten die Saarländer. Sie holten sich nach dem Regierungswechsel gleich einen EG-Beamten als Minister für Bundes- und Europa-Angelegenheiten. Auch Ottokar Hahn machte sich schnell seine Erfahrungen zunutze und gründete nicht weit von der Kommission ein „Saarland-Büro". Er sieht sich nicht nur als Lobbyist im Kampf um die Genehmigung von Beihilfen für die Stahlindustrie, sondern auch als Promoter für eine grenzüberschreitende Regionalpolitik mit Lothringen und Luxemburg.

Schaufenster für das kulturelle Leben

Die saarländische Vertretung soll nach und nach auch Schaufenster des kulturellen Lebens im Lande Oskar Lafontaines werden.

Eines früheren Brüsseler Mannes versicherte sich schließlich auch der Berliner Bürgermeister Eberhard Diepgen. Er will allerdings vorerst noch keine ständige Vertretung am Sitz der Gemeinschaft errichten. Diepgens EG-Berater war früher Generaldirektor für Forschung bei der Kommission. Dagegen hat Nordrhein-Westfalen einen Düsseldorfer Ministerialbeamten als Beobachter entsandt. Über die im Grundsatz beschlossene bayerische Präsenz ist noch nichts näheres bekannt.

Fest steht, daß die „Länder-Lobby" keine offiziellen Verhandlungen mit der EG-Kommission oder mit Beamten des Ministerrates führen kann. Die Vertretung der deutschen Interessen in den europäischen Institutionen ist ausschließlich Sache der Bundesregierung. In Bonn wird die Europapolitik von einem Staatssekretärsausschuß koordiniert. Die Weisungen werden dann von der Brüsseler EG-Botschaft (einer Behörde mit Abgesandten der einzelnen Bonner Ministerien) ausgeführt.

In der Praxis freilich können Vertreter der Länder durchaus auf Gesetzgebungsvorhaben oder Finanzzuschüsse Einfluß nehmen. Auch die Wirtschaft macht sich die Erkenntnis zunutze, daß immer mehr Befugnisse auf die Europäische Gemeinschaft übergehen, und die Kommission ermuntert sie offen, in Brüssel vorstellig zu werden. Manch ein Beamter wird daher auch der Versuchung nicht widerstehen können, Bundes- und Länderinteressen von Fall zu Fall gegeneinander auszuspielen.

Die Besorgnis der Länder vor einer Beeinträchtigung des innerstaatlichen Machtgleichgewichts durch die europäische Integration muß also das Gesamtinteresse der Bundesrepublik an einer möglichst starken Verhand lungsposition gegenübergestellt werden. Manche Brüsseler Experten fürchten denn auch bereits „dänische Zustände".

Der Wunsch des Bundesrates, nach dem Vorbild des „Marktausschusses" Kopenhagen bereits vorher über wichtige Entscheidungen in Brüssel konsultiert zu werden, so meinen sie, könne Beschlüsse in der EG künftig noch schwieriger und komplizierter machen, als sie heute schon sind.

„Es bleibt nur die Wahl Amtseid oder Aktionen"

Kultusminister Mayer-Vorfelder warnt Lehrer vor Streiks

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Lehrer-Gewerkschaft GEW hat ihr Ziel erreicht, der Streit um den Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz gerät in die Schulen. Nach den umstrittenen „Unterrichtsmaterialien", die von der GEW-Zentrale an die Lehrer verschickt wurden, hat nun der GEW-Vorsitzende Dieter Wunder auch in einem Rundschreiben an alle Funktionäre dazu aufgefordert, alles zu tun, daß sich möglichst viele Lehrer an den DGB-Demonstrationen am 6.März gegen die Verabschiedung des § 116 beteiligen: „Es geht um die Wahrnehmung grundgesetzlich verbrieften Demonstrationsrechts." „Wir wissen, wir haben Recht, aber wir wissen auch, daß die Gefahr besteht, bei Behörden und Gerichten nicht Recht zu bekommen."

Daran ist nicht zu deuteln. Denn der baden-württembergische Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder, der GEW seit Jahren im Streit verbunden, hat gestern gegenüber der WELT angekündigt: „Die Lehrer haben die Wahl, ob sie ihrem Diensteid oder dem Gewerkschafts-Aufruf folgen wollen. Auf jeden Fall wird es in jedem Einzelfall zu Disziplinarmaßnahmen kommen, wenn dem Aufruf der Lehrergewerkschaft zum Bruch des Diensteides Folge geleistet wird. Es ist erschreckend, wie hemmungslos und zynisch die Scharfmacher in der Lehrergewerkschaft Staatsbeamte zum Bruch ihres Diensteides auffordern."

Mayer-Vorfelder bezog sich damit auch auf Wunders Satz, daß gegebenenfalls „Unterrichtsausfall und die Unterbrechung anderweitiger Aufgaben in Kauf genommen werden" müßten. Der Gewerkschaftschef: „Nirgendwo steht geschrieben, daß das Demonstrationsrecht erst ab 16 Uhr oder nur am Wochenende gelte."

Bereits in der vergangenen Woche hatte der Stuttgarter Kultusminister den GEW-Landesvorsitzenden Siegfried Vergin gewarnt: Er werde weder die Aktion hinnehmen, den Streit um den § 116 mit umstrittenen Materialien in den Unterricht zu tragen, noch die in einem GEW-Flugblatt angedrohte „kollegiale und menschliche Isolierung der Fachleiter, sofern sie dem neuen Erlaß, der ihre Aufgaben beschreibt, Folge leisten". Mayer-Vorfelder: Beide Aktionen laufen „auf eine Aufforderung zu rechtswidrigem Handeln" hinaus.

In dem Erlaß zur Aufgaben-Beschreibung „der Studiendirektoren als Fachleiter zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben an Gymnasien" sieht die GEW „die Wende direkt im Lehrerzimmer exekutiert. Die Kontrolle von uns Lehrern wird jetzt direkter, unmittelbarer ausgeübt werden können". Dagegen hat der baden-württembergische Landesverband in einem Flugblatt seine Mitglieder aufgefordert, „deutlich zu machen", daß sie „für Unfrieden im Kollegium sorgen werden", wenn Fachleiter „ihre Weisungsbefugnis entsprechend anwenden".

Mayer-Vorfelder hat der GEW klargemacht, daß „die Schule unserer pluralistischen Gesellschaft verpflichtet ist und daß einer berufsständischen Organisation grundsätzlich nicht die demokratische Legitimation zukommt, die Thematik des Unterrichts zu bestimmen". Genauso unzweifelhaft sei es auch, daß das Ministerium darauf bestehen müsse, daß „die geltenden Erlasse eingehalten werden". Denn: „Die Loyalität des Beamten gegenüber der gewählten Regierung ist keineswegs eine Begrenzung demokratischer Handlungsmöglichkeiten, sondern sie gibt im Gegenteil der Amtsführung des Beamten erst die demokratische Legitimation."

Parteispenden: Die meisten „Sünder" bleiben straffrei

Verschulden nicht nachzuweisen / Warten auf Bundesfinanzhof

dpa, Bonn

Rund fünf Jahre nach der Einleitung von insgesamt 1568 Ermittlungsverfahren wegen illegaler Parteispenden durch die Staatsanwaltschaft in Bonn zeichnet sich ab, daß die meisten Sünder ohne Strafen davonkommen werden. Dies ergibt sich aus einer Umfrage der Deutschen Presse-Agentur (dpa) bei Landesjustizverwaltungen und Staatsanwaltschaften.

Allein in der Bundeshauptstadt wurden 910 Verfahren eingestellt, darunter 406, weil ein Verschulden nicht nachzuweisen war, und 489 wegen geringer Schuld. Bei zehn Beschuldigten laufen ohnehin andere Verfahren wegen Steuerhinterziehung, gegen die der Vorwurf ungesetzlicher Spendenpraktiken nicht ins Gewicht fiel. Drei Betroffene starben vor Abschluß ihrer Verfahren.

Viele Fälle verjähren bald

Von den aus Bonn an andere Staatsanwaltschaften abgegebenen insgesamt 509 Ermittlungsverfahren – die Masse davon nach Hamburg (201) – wurden ebenfalls bereits mehr als 140 ohne Folgen für die Beschuldigten eingestellt. In Baden-Württemberg, wo noch gegen rund 300 Personen (zum Teil mehrere Beschuldigte pro Verfahren) Ermittlungen anhängig sind, wird mit der Einstellung in 250 Fällen gerechnet. In zahlreichen Fällen droht überdies Verjährung. Gar keine Spenden-Verfahren gibt es im Saarland, in Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

In Hessen laufen noch 50, in Bremen 47, in Bonn 22, in Bayern 20 und in Hamburg 10 Verfahren. Die spektakulärsten Fälle sind in Bonn der Prozeß gegen die beiden früheren FDP-Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und Hans Friderichs wegen Bestechlichkeit sowie gegen den früheren Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch wegen Bestechung, und in Hamburg die gerichtliche Auseinandersetzung gegen drei Reemtsma-Manager wegen Steuerhinterziehung.

Anklage erhoben wurde auch schon gegen den Chef des Duisburger Handelshauses Klöckner, Jörg Henle, wegen Steuerhinterziehung in Höhe von rund 1,4 Millionen Mark. Auf der Anklagebank in Essen werden vom 8. April an auch die beiden Karstadt-Bosse Walter Deuss und Theodor Althoff sitzen, die gegen Strafbefehle von 400 000 und 720 000 Mark Einspruch eingelegt haben. Kassiert hat der Staat auch schon: Bekannt wurden vier Verurteilungen von Unternehmern wegen Steuerhinterziehung in Nordrhein-Westfalen zu insgesamt rund knapp 590 000 Mark. Ferner endeten allein in Bonn 65 Verfahren mit der Zahlung von Geldbußen, deren Gesamthöhe 540 000 Mark beträgt. Gezahlt haben auch zwei CDU-Funktionäre in Berlin, nämlich 20 000 und 18 000 Mark, ebenso der bayerische CSU-Landtagspräsident Franz Heubl (20 000 Mark).

In Bremen und auch andernorts wartet man aber zunächst auf ein Urteil des Bundesfinanzhofs im München. Noch in diesem Jahr soll dort in zweiter Instanz über einen Spruch des Finanzgerichts Münster vom Oktober 1985 verhandelt werden, wonach der Grundsatz von Treu und Glauben im Einzelfall Geldgeber von politischen Parteien vor späteren Steuernachforderungen bewahren könne.

Keinen genauen Aufschluß ergab die dpa-Umfrage, welche „Spendenwaschanlagen", über die nach den Ermittlungen hunderte von Millionen Mark vor allem an CDU/CSU und FDP flossen, geschlossen wurden. Nach Angaben des Stuttgarter Finanzministeriums haben dort seit 1982 vier Wirtschaftsverbände und -vereinigungen ihre Anerkennung als steuerbegünstigt verloren, einem weiteren Wirtschaftsverband sei die Gemeinnützigkeit aberkannt worden.

Steuern nachbezahlt

Der FDP-Schatzmeister in Nordrhein-Westfalen, Hans Gattermann, antwortete auf die Frage nach Spendenvereinen: „Seit Februar 1981 ist keiner mehr aktiv – jegliche Tätigkeit wurde eingestellt. Damals haben wir die Liquidation beschlossen – ob sie schon in allen Fällen vollzogen ist, weiß ich nicht. Diese Vereine haben mittlerweile sämtliche von den Finanzämtern nachgeforderten Steuern bezahlt und zwar – darauf lege ich Wert – nach ihren eigenen Angaben. Das Finanzamt glaubte also den Vereinen."

Unlängst hat Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) die Parteivorsitzenden zur Mitteilung aufgefordert, ob wenigstens seit Geltung des neuen Parteiengesetzes Anfang 1984 die Bestimmung eingehalten wurde, daß Einzelspenden von 20 000 Mark und mehr in den jährlichen Rechenschaftsberichten ausgewiesen werden müssen. Geschieht dies nicht, wird das Doppelte der Spende von der Wahhlkampfpauschale abgezogen. Antworten der Parteien wurden noch nicht bekannt.

Wehners Abrechnung mit den Genossen

DW. Bonn

Mit tiefer Verbitterung hat sich Herbert Wehner, der frühere Fraktionsvorsitzende der SPD, in einem Interview mit seinem ehemaligen Pressesprecher Knut Terjung über die gegenwärtige Führung von SPD und FDP geäußert. Aus dem Interview, das in der März-Ausgabe der Hamburger Zeitschrift „Tempo" erscheint, zitiert die WELT die entscheidenden Passagen:

Zu Willy Brandt: Ich kenne Brandt. Ich kenne seine Art und Weise, wie er andere Leute behandelt, und so habe ich mich von ihm ferngehalten und nichts mit ihm gemacht. Ich habe ihn das machen lassen. Ich habe auch nicht den Ehrgeiz gehabt, ihn rausschmeißen zu lassen. Das ist ein Mann – nun kann er ja wohl noch einmal ein paar Jahre seine Position behalten –, der nichts zu tun hatte mit jemandem, der die ganze Arbeit im Parlament gemacht hat, der das organisiert und realisiert hat. Der Brandt kennt nur sich und läßt nur die Leute rankommen, mit denen er kann. Das ist seine Eigenart.

Zu den Grünen: Das ist ein Verein, der sich gegründet hat, und der das eine Weile machen und wieder auseinandergehen wird. Es gibt Leute bei uns, die wollen diesen Burschen alle Macht in die Hände geben, wie sie es schon einmal versucht haben. Grün ist jetzt die Mode, nicht? Vorher gab es auch schon viele solche Gruppen – ich scheiß darauf, ich sage nicht: Nur die, nur die, nur die. Die werden einige Zeit eine Rolle spielen und sich wieder selbst zerfransen, zerfasern, gegeneinander bringen. Die Grünen werden nur kurze Zeit leben!

Zum Verhältnis SPD und Grüne: Die Grünen werden genauso mies sein wie manche frühere Gruppierung oder frühere Organisation. Das hilft nichts, jetzt plötzlich mit den Grünen zu operieren.

Zu Hans-Dietrich Genscher: Wenn Sie mir mit Genscher kommen, muß ich Ihnen sagen: Das ist der schlimmste Mann in der deutschen . . . Das ist ein ganz fürchterlicher Mensch, ein schlimmer Manipulierer und Egoist. Das ist ein Mann, den ich zutiefst unterschätze, was seine Werte betrifft. Das ist ein Mann, der nichts anderes im Kopf hat, als die Sozialdemokratie kaputtgehen zu lassen und es auch jetzt noch in seinen ganzen Regierungspraktiken nicht sein läßt, sondern weiter so macht, bis er einmal umfallen wird, ich weiß es nicht, er ist ja noch nicht so alt.

Zu Martin Bangemann: Ja, das ist ein Mann, der seine eigene Klientel bedient, dem es immer nur darauf ankommt, so weit vorn zu stehen, wie es überhaupt geht, sonst ist mit ihm nichts.

Zu Hans-Jochen Vogel: Ich sage nur, daß er mich ganz schlimm behandelt hat. Und daß er mir nie auch nur eine einzige Information gegeben hat – weder als Minister noch später.

Zu Franz Josef Strauß: Strauß bewerte ich persönlich so, daß er im Grunde genommen der einzige ist, der Führung in Anspruch nehmen kann.

Zum Zustand der SPD und der Rückkehr in die Regierungsverantwortung: Die SPD ist gezwungen, sich künftig allein als Kraft durchzusetzen. Das ist alles. Das dauert, ich weiß nicht, vielleicht zehn Jahre. Ich sehe in der SPD nicht die, die so sind, daß man sagen kann: Gut, also das dauert noch ein paar Jahre, dann geht es wieder voran. Das sieht man noch nicht.

Zunächst müssen anständige Sozialdemokraten die Kraft aufbringen, wieder systematisch mit den sogenannten Gewerkschaften wirklich zusammenzuwirken. Die Gewerkschaften spielen ja zur Zeit kaum eine Rolle und sind nicht sehr eindrucksvoll.

Zum künftigen SPD-Parteivorsitzenden: Ich werde mich doch nicht hinstellen und ein paar von diesen Leuten, die jetzt eine Rolle in der SPD spielen, nennen! Die müssen zunächst einmal aus dieser Rolle raus und durch Sozialdemokraten ersetzt werden, die sich wirklich um die Arbeiterschaft und die Angestellten kümmern.

Zu Helmut Schmidt: Die Zusammenarbeit mit Helmut Schmidt funktionierte reibungslos und ohne Eifersucht und ohne Verärgerung. Ich kannte ihn ja aus der Hamburger Sozialdemokratie. Der Schmidt ist ein sehr intensiver Mann gewesen. Manchmal war er auch äußerst ironisch. Verständigungsmöglichkeiten im eigentlichen Sinne waren so einfach nicht zu betreiben. Ich hatte mit dem Schmidt ein ganz ordentliches Verhältnis, muß ich sagen – trotz seiner Art, sich sehr bedeutend zu halten, sehr wichtig zu halten und sich entsprechend wie ein Offizier zu verhalten, indem er kommandierte, was ich ihm nicht übelgenommen habe.

Mülheim-Kärlich geht ans Netz

Nea. Mainz

Mit der 8. Teilerrichtungsgenehmigung hat der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Rudi Geil (CDU) gestern das letzte Hindernis für die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich bei Koblenz aus dem Weg geräumt. Die Genehmigung gestattet dem Betreiber (RWE) zunächst die Aufnahme des nuklearen Probebetriebs (Beginn in den nächsten Wochen) sowie anschließend den sogenannten Leistungsbetrieb bis zu einem Kernabbrand von 20 000 Megawatt-Tagen pro Tonne Uran (etwa für ein Jahr) sowie den Umgang mit unbestrahlten und bestrahlten Brennelementen und radioaktiven Stoffen.

Die Entscheidung des Ministers stützt sich auf mehrere Sicherheitsgutachten des TÜV Rheinland und der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, ferner auf Beratungsergebnisse der Reaktorsicherheits- und der Strahlenkommission des Bundes, und sieht den sofortigen Vollzug vor.

Der Minister begründet dies unter anderem mit dem „großen Mißverhältnis zwischen Stromerzeugung und Stromverbrauch in Rheinland-Pfalz", das 87 Prozent seines Strombedarfs außerhalb der Landesgrenzen decken muß.

Das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich ist auf eine Kapazität von 1200 Megawatt (Leistung: ca. 8 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr) ausgelegt.

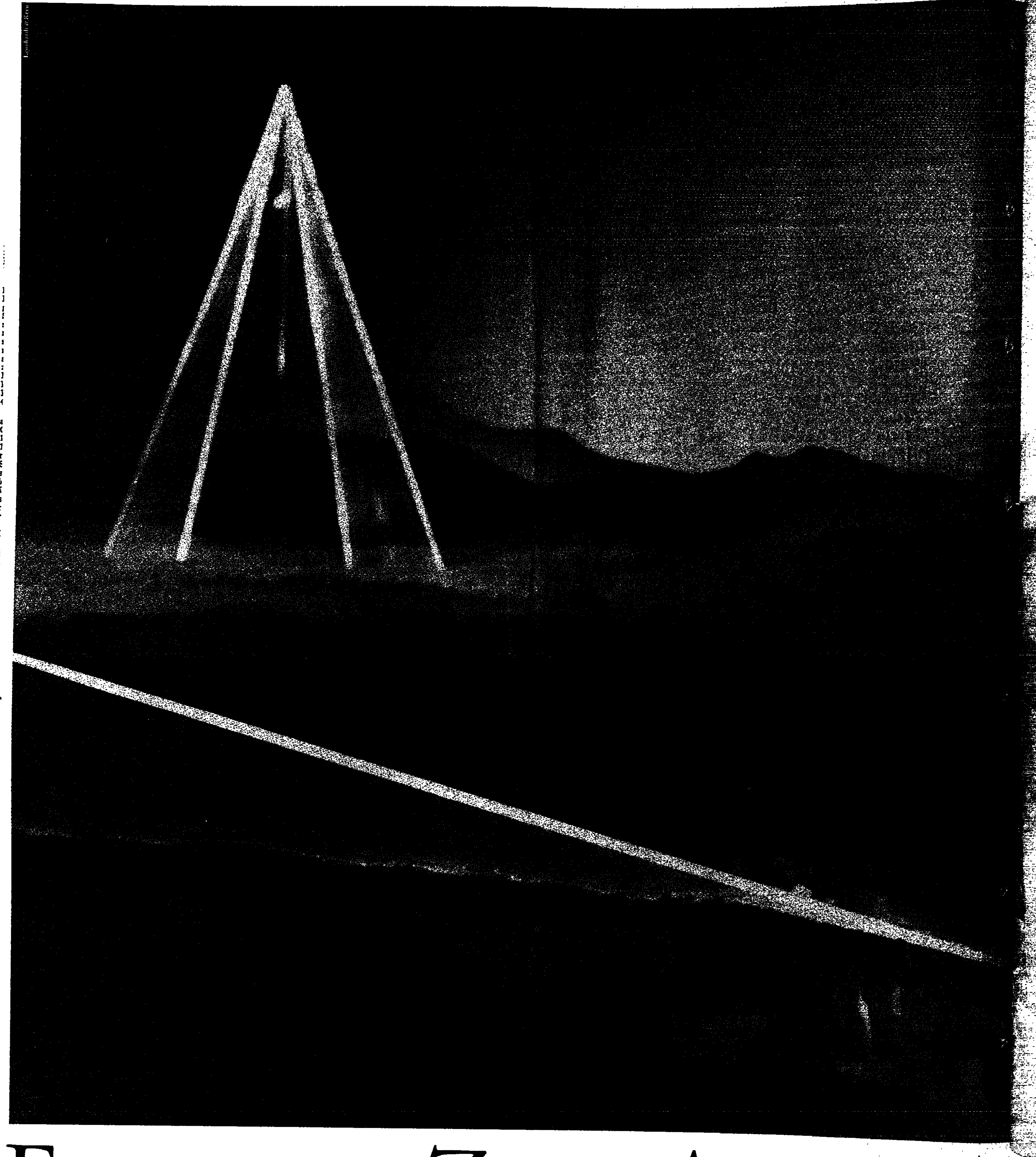
Hüttendorf wurde geräumt

dpa, Osterholz-Scharmbeck

Die Polizei hat gestern morgen auch das zweite von Demonstranten gegen den Bau einer Panzertraße errichtete Hüttendorf bei der Ortschaft Garlstedt (Niedersachsen) geräumt. Dabei wurden zwölf „Bewohner" weggetragen und die drei Hütten wenig später abgerissen. Zu Zwischenfällen kam es nicht. Wie ein Sprecher der Bürgerinitiative betonte, habe sich die Polizei zurückgehalten. Die Initiative kündigte aber weitere Aktionen an. Bereits am Samstag abend war das erste „Dorf" von der Polizei geräumt und abgetragen worden.

Die Rodungsarbeiten für den Bau einer Gleisstrasse, auf der in Zukunft amerikanische Panzer einer in Garlstedt stationierten Brigade transportiert werden sollen, hatten am Mittwoch begonnen. Die neun Kilometer lange Trasse wird etwa 30 Millionen Mark kosten. Bis Anfang März sollen 12,5 Hektar Wald gerodet werden. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hatte Einwände gegen die Planungen abgewiesen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



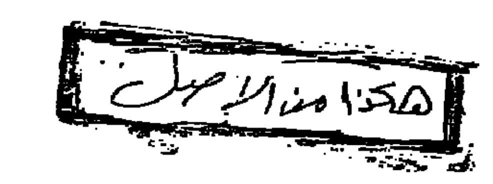
EIN NEUES ZEISS ALTER IN DE

Wann immer Zeiss der Mikroskopie auf den Grund gegangen ist, haben die Ergebnisse für Aufsehen gesorgt:

1846 begründete Carl Zeiss den Ruf seiner Werkstatt für Feinmechanik und Optik mit Mikroskopen von bis dahin unbekannter Präzision und Zuverlässigkeit.

1866 verfaßte Ernst Abbe in seinem Auftrag die »Theorie der Abbildung im Mikroskop«, die eine Serienfertigung erst ermöglichte.

1986 beginnt nun ein weiteres Kapitel in der Geschichte der Zeiss Mikroskopie: Zeiss präsentiert Mikroskope mit völlig neu gerechneter »ICS-Optik« und unendlicher Bildweite, die es durch eine neuartige, systemintegrierte »SI-Bauweise« endlich ermög-



Welche Ursachen hat der Verlust an politischem Einfluß, den Europa in den letzten zehn Jahren, insbesondere aber in den allerletzten Jahren hinnehmen mußte? Können diese Ursachen überwunden werden, angesichts nicht nur beharrender alter, sondern auch neuer und zukünftiger Probleme? Wie stehen die Aussichten für Europa und seine weltpolitische Rolle, während wir uns dem Ende des 20. Jahrhunderts nähern und in die fernere Zukunft blicken? Diese Fragen beantwortet der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt in drei Schritten: in der heutigen dritten Folge der neunteiligen Serie widmet er sich dem militärischen und Rüstungskontrollbereich; die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Fragen sowie der historische und politische Rahmen werden im vierten Teil erörtert.

Helmut Schmidt: Abschreckung, Glaubwürdigkeit und Gleichgewicht

Bundeswehr-Soldaten vor einem Appell: Ohne amerikanische Präsenz kein Gleichgewicht in Europa FOTO: MANFRED VOLLMER

Nachdem ich die aus der Geschichte ablesbare expansionistische Stoßrichtung der sowjetischen Politik skizziert habe, will ich nicht ein detailliertes Bild von der konkreten sowjetischen militärischen Bedrohung und ihrem Potential zu geben versuchen; ich rufe lediglich ein paar zentrale Tatsachen über die militärische Bedrohung Westeuropas in Erinnerung.

Zum ersten ist die Sowjetunion im Hinblick auf Truppenstärke, Panzer, Artilleriegeschütze, Kampfflugzeuge, Raketen, Abfangjäger und so weiter dem Westen überlegen. Dem steht in dem Gebiet zwischen der Sowjetunion und der Atlantikküste Europas, was die Zahl von Mannschaften und Waffen anlangt, kein gleichgewichtiges militärisches Arsenal gegenüber.

Zum zweiten besteht ein noch größeres Ungleichgewicht, wenn man nicht nur die auf dem mitteleuropäischen Kriegsschauplatz vorhandenen Truppen, sondern auch die großen mobilisierbaren Mannschaftsreserven im sowjetischen Hinterland berücksichtigt, die innerhalb von vierzehn Tagen ins Feld gebracht werden können. Der Westen besitzt zweifelsohne viel geringere Truppenreserven. Es gibt in den Vereinigten Staaten oder in Großbritannien keine Wehrpflicht, so daß diese beiden Staaten überhaupt keine nennenswerten Reserven mobilisieren können. Sie würden zwei Jahre brauchen, um Reserven aufzubauen, wie es schon einmal in den beiden Weltkriegen der Fall war. Frankreich und die Bundesrepublik haben zwar eine große Zahl von Reservisten, doch hat Frankreich seine gesamten Truppen, einschließlich der Reserven, aus dem militärischen Verband der NATO herausgenommen.

Wie soll Westeuropa verteidigt werden?

Deshalb besteht in Europa bezüglich der Reserven zwischen sowjetischer und westlicher Seite ein beträchtliches Ungleichgewicht bei den konventionellen Streitkräften. Zum dritten sind seit den siebziger Jahren neue Bedrohungen entstanden, nämlich die SS-20- und die SS-22-Raketen. Im besonderen verfügen die SS-20-Mittelstreckenraketen gegenwärtig über ungefähr eintausend getrennt steuerbare atomare Gefechtsköpfe; daneben stehen noch mehrere tausend Nuklearwaffen kürzerer Reichweite, die allesamt auf westeuropäische Ziele gerichtet sind.

Westeuropa verfügt lediglich über eine begrenzte Zahl französischer und britischer Nuklearwaffen, die gegenüber der unermeßlichen sowjetischen Anzahl ohne große Bedeutung sind. Dazu kommen ein paar hundert amerikanische atomare Gefechtsköpfe auf Mittelstrecken-Raketen und Marschflugkörpern, außerdem etwa 5000 Atomwaffen sehr viel kürzerer Reichweite, die übrigens nahezu ausschließlich auf deutschem Boden stationiert sind.

Mit anderen Worten: Auf dem Felde der Nuklearwaffen ist auf dem potentiellen europäischen Kriegsschauplatz ohne die Präsenz der amerikanischen Komponente kein Gleichgewicht möglich. Dies wird sich auch in Zukunft nicht ändern, da die europäischen Nationen, außer Frankreich und England, aber einschließlich der Bundesrepublik Deutschland sich durch die Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen verpflichtet haben, keine Atomwaffen zu kaufen, zu produzieren oder zu besitzen.

In dieser Situation lautet die erste Frage: Wie soll Westeuropa im Falle eines verlängerten konventionellen Angriffs, bei dem alle mobilisierbaren sowjetischen Reserven eingesetzt sind, verteidigt werden? Bis zu Robert McNamaras Athener Richtlinien von 1962, oder richtiger: Bis zur formalen Revision der NATO-Doktrin im Jahre 1967 bestand die strategische Antwort darin, im Falle eines solchen sowjetischen Angriffs „massive atomare Vergeltung" zu üben. 1962 wurde McNamara klar, daß diese Strategie nicht länger praktikabel war, und spätestens seit 1967 teilte der Rest des Bündnisses diese Ansicht. Und da das westliche Bündnis selber diese Strategie nicht für geeignet hielt, erschien sie auch den Russen nicht glaubwürdig.

Seit 1967 hieß die offizielle Strategie des Bündnisses „flexible Erwiderung". Gemeint ist der Versuch, die Russen wenigstens ein paar Tage lang – ich hoffe, eher ein paar Wochen lang – durch konventionelle Verteidigung aufzuhalten und dann aber doch ziemlich früh zum westlichen Einsatz sogenannter taktischer Atomwaffen überzugehen. (Ich sage ausdrücklich „sogenannt", weil es sich für die deutsche und polnische Bevölkerung, die auf diesem Kriegsschauplatz lebt, tatsächlich um todbringende Waffen handeln würde. Persönlich widerstrebt mir eine Terminologie, die nur solche Waffen, welche Amerikaner und Russen töten, als „strategisch" und Waffen, die „nur" Polen oder Deutschen töten, als „taktisch" bezeichnet. Das sind verharmlosende Begriffe für eine Waffenkategorie, die, in großer Zahl eingesetzt, den größeren Teil der mitteleuropäischen Völker töten oder zu Krüppeln machen würde.)

In den Jahren seit 1967 rückte die Problematik einer Strategie des „frühen Ersteinsatzes" der westlichen atomaren Waffen immer deutlicher ins Bewußtsein; vor allem stellte sich die Frage, ob eine derartige Strategie für die am stärksten Betroffenen akzeptabel sei. Eine solche Militär-Strategie für Europa zu akzeptieren, mag leicht sein für jemanden, der selber in Kalifornien wohnt oder in Georgia. Es ist weniger leicht – eigentlich fast unmöglich – , diese Strategie zu akzeptieren, wenn man in der Mitte Europas lebt.

Die Frage der Akzeptabilität – oder, sagen wir, das Prinzip, daß die eigene Strategie für die Nation akzeptabel sein muß, die man verteidigen will – ist meiner Ansicht nach eines der sechs wichtigsten militärstrategischen Prinzipien, die es zu berücksichtigen gilt, wenn man die Szene vom europäischen Standpunkt aus beurteilt. Diese sechs Prinzipien können und sollten von den Amerikanern geteilt werden.

1. Das erste Prinzip ist das Prinzip der *Abschreckung* Abschreckung ist keine Erfindung des 20. Jahrhunderts. Als strategisches Prinzip besitzt es schon seit der Zeit der Griechen und Römer Geltung: Den potentiellen Angreifer abschrecken, indem man ihm ein Übel androht, das den erreichbaren Gewinn übersteigt.

Ständig neue Beweise für das Akzeptanz-Defizit

2. Das zweite Prinzip ist das Prinzip der Plausibilität oder *Glaubwürdigkeit* Der Gegner muß überzeugt sein, daß man wirklich tun wird, was man zu tun androht. Hier liegt heute das Kernproblem aller unserer Nuklearstrategien. In dem Maße, wie im Westen Zweifel an der Glaubwürdigkeit unserer Militärstrategie aufkommen, vermindert sich auf sowjetischer Seite die Glaubwürdigkeit unserer Drohung.

3. Das dritte Prinzip nenne ich das Prinzip der *Verhältnismäßigkeit der Mittel* die unsere Verteidigungsstrategie anwenden will. Die Debatte über die Frage, was angemessen ist (oder: Wieviel ist genug?), ist ernster und wichtiger geworden; sie spielt heute eine größere politische Rolle als in irgendeiner der früheren Phasen westlicher Strategie seit 1945.

4. Das vierte Prinzip besteht in der regelmäßigen oder fortwährenden *Neubewertung* weil sich die Lage ständig verändert. Wir müssen unsere Bewertungen fortwährend revidieren. Wie die Geschichte der ersten fünfunddreißig Jahre der NATO zeigt, haben wir von Zeit zu Zeit unsere militärische Strategie revidiert, und wir werden dies auch in Zukunft tun müssen.

5. Das fünfte Prinzip ist das Prinzip des *Gleichgewichts*- oder der ungefähren gleichen Sicherheit für beide Seiten. Dieses Prinzip führt zu der Anstrengung, beiderseitig vereinbarte Rüstungsbegrenzungen zu erreichen. Ende der sechziger Jahre begonnen, hatte diese Politik in der ersten Hälfte der 70er Jahre erhebliche Erfolge, zu denen seitdem aber nichts hinzukam. SALT 2, 1979 ausgearbeitet, wurde von den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert und deshalb auch von den Russen nicht. Alle anderen Rüstungskontrollverhandlungen der letzten zwölf Jahre, an all den verschiedenen Tischen in Wien und Genf, sind gescheitert. Zu den Fragen, die in Rüstungsbegrenzungsverhandlungen auftauchen, gehören die folgenden: Was ist angemessen? Was wird morgen angemessen sein? Wie kommen wir zu einem Gleichgewicht? Wie stabilisieren wir das Gleichgewicht, nachdem wir es definiert oder gefunden haben? Was sind die notwendigen Bestandteile eines Abkommens?

Selbstverständlich würde keine Supermacht, aber auch keine kleinere Macht wie die Bundesrepublik Deutschland ein Abkommen unterschreiben, das der anderen Seite insgesamt größere Vorteile zu bieten scheint als der eigenen. Und natürlich würde die andere Seite kein Abkommen unterschreiben, das unserer Seite größere Vorteile böte als ihr selbst. Also ist das Prinzip des Gleichgewichts der Natur der Sache nach allen Bemühungen inhärent, ein Rüstungsbegrenzungsabkommen, zwischen beiden Seiten zu erzielen. Es ist einfach, dies festzustellen, aber für einige Politiker offenbar sehr schwer, es zu verstehen und zu akzeptieren.

6. Schließlich gibt es also das sechste Prinzip der *Akzeptabilität*, das eng mit dem zweiten Prinzip der Glaubwürdigkeit verbunden ist. Die Zweifel an unserer militärischen Haltung und unseren Absichten wachsen heute tatsächlich. Um es anders auszudrücken: Es besteht ein zunehmender Mangel an Akzeptanz innerhalb unserer eigenen öffentlichen Meinung. Ob in unseren Parlamenten – im Senat der Vereinigten Staaten, im Deutschen Bundestag, im Britischen Unterhaus –, ob in unseren Kirchen oder unseren Universitäten, ob bei denen, die sich als Experten betrachten, oder in der breiten Öffentlichkeit: In vielen Sektoren unserer öffentlichen Meinung gibt es ständig neue Beweise für das Akzeptanz-Defizit.

Die Prinzipien der Strategie

1 Abschreckung: Dieses Prinzip ist ganz und gar keine Erfindung des 20. Jahrhunderts. Griechen und Römer wußten schon, daß man den potentiellen Angreifer abschreckt, indem man ihm ein Übel androht, das den erreichbaren Gewinn übersteigt.

2 Glaubwürdigkeit: Der Gegner muß überzeugt sein, daß man wirklich tun wird, was man zu tun androht. Hier liegt das Kernproblem all unserer Nuklearstrategien. Westliche Zweifel an der eigenen Strategie vermindern die Glaubwürdigkeit unserer Drohung.

3 Verhältnismäßigkeit der Mittel: Die Debatte über die Frage, was angemessen ist (oder: Wieviel ist genug?), ist heute gewichtiger denn jemals seit 1945.

4 Neubewertung: Wir müssen unsere Bewertungen fortwährend revidieren, weil auch die Lage sich fortwährend ändert. Die Strategie-Diskussion der letzten Jahrzehnte belegt diesen Anpassungs-Prozeß.

5 Gleichgewicht: Das Prinzip des Gleichgewichts umschreibt den Zustand ungefähr gleicher Sicherheit für beide Seiten. Zu den Fragen, die in Rüstungskontrollverhandlungen auftauchen, gehören diese: Was ist angemessen? Was wird morgen angemessen sein? Wie kommen wir zu einem Gleichgewicht? Wie stabilisieren wir dieses Gleichgewicht?

6 Akzeptabilität: Ein Prinzip, das eng mit dem Satz von der Glaubwürdigkeit verbunden ist. Die Zweifel an unserer militärischen Haltung wie an unseren Absichten sind gewachsen. Die gegenwärtige militärische Struktur und Strategie haben weder für die westliche Öffentlichkeit noch für die Politiker und die politischen Eliten des Westens eine ausreichende Überzeugungskraft.

Mißverständnisse und Fehlkalkulationen

Das manifestiert sich in den verschiedenen Vorschlägen zum Einfrieren der Atomwaffen („freeze"), einschließlich der Forderung nach einseitigem Einfrieren, ebenso in der Ablehnung von Strategien des Ersteinsatzes („No first use") oder des „frühen Ersteinsatzes" („No early first use"). Ähnliches gilt für die Auseinandersetzungen um die Stationierung von Pershing-II-Raketen und bodengestützten Marschflugkörpern (Ground Launched Cruise Missiles). Schließlich gehört in diesen Bereich mangelnder Akzeptanz die Kontroverse über Präsident Reagans Strategische Verteidigungsinitiative (SDI).

Kurzum, die gegenwärtige westliche militärische Struktur und Strategie hat weder für unsere Öffentlichkeit, noch für unsere Politiker, noch für unsere eigenen politischen Eliten hinreichende Überzeugungskraft.

Dies ist von entscheidender Bedeutung: Wenn wir unsere eigene Öffentlichkeit, unsere eigenen Parlamente nicht überzeugen können, dann gehen wird das Risiko sehr gefährlicher Mißverständnisse und Fehlkalkulationen darüber ein, was wir tatsächlich im Falle einer Erpressung oder Aggression oder Verletzung unserer Grenzen tun würden. Unsere eigenen Kontroversen und Zweifel können sogar unter Umständen von ihnen als Aufforderung zum Handeln mißverstanden werden.

So sind heute die Fragen der Akzeptabilität und der Verhältnismäßigkeit der Kern des europäischen Sicherheitsproblems. Unsere Strategien sind nur dann glaubhaft – und werden es nur dann bleiben –, wenn wir sie selbst akzeptieren und wenn es in unseren eigenen Ländern keine ernstzunehmende abweichende Meinung gibt, welche diese Strategien nicht akzeptieren. Jetzt, da all diese Probleme der Öffentlichkeit bewußt geworden sind, wage ich die Voraussage, daß für den Rest dieses Jahrhunderts und sogar im nächsten Jahrhundert der Westen nie wieder in der Lage sein wird, eine militärische Strategie zu beschließen – oder eine militärische Struktur – , die von unserer eigenen Öffentlichkeit aus dem Grunde nicht akzeptiert wird, weil sie unausweichlich das zu zerstören scheint, was wir verteidigen wollen.

Wenn aber der frühe Ersteinsatz von Atomwaffen eine zunehmend inakzeptable militärische Strategie für jene europäischen Nationen ist, die auf dem potentiellen Kriegsschauplatz leben, dann erhebt sich unausweichlich die Frage: Wie kann eine Situation geschaffen werden, in der der frühe Ersteinsatz von Atomwaffen überflüssig ist? Wie kann eine Situation herbeigeführt werden, in der die Entscheidung, als erste Atomwaffen anzuwenden, der sowjetischen Seite zufällt?

Die Antwort lautet im ersten Fall, daß man bei den konventionellen Streitkräften ein Gleichgewicht herstellen muß – entweder durch eine Vergrößerung der westlichen Streitkräfte (und nicht etwa durch deren Reduzierung, wie es Senator Mike Mansfield vor etwa zwanzig Jahren vorgeschlagen hat und Senator Sam Nunn es noch heute vorschlägt), oder durch Abkommen zwischen West und Ost über beiderseitig ausgewogene Streitkräfte und danach – hoffentlich – über Reduzierungen auf ein niedrigeres Niveau auf beiden Seiten. Dieses Ziel wird unter dem Namen „beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen" („Mutual Balanced Forces Reduction", MBFR) am Verhandlungstisch in Wien seit über zwölf Jahren ohne Ergebnis angestrebt. Die Aussicht, ein MBFR-Abkommen zu erzielen, ist derzeit nicht sehr groß.

Die höchste Priorität gilt den Soldaten

In den Vereinigten Staaten scheinen viele Leute der Überzeugung zu sein, daß man, um sich selbst verteidigen zu können, soviel Geld wie möglich für Verteidigung ausgeben müsse. Meiner Ansicht nach ist das keine richtige Perspektive. Wenn unser Hauptproblem in der sowjetischen konventionellen Überlegenheit liegt, so brauchen wir nicht mehr Geld für Atom- oder Weltraumwaffen, sondern angemessene Truppenstärken und konventionelle Waffen auf unserer Seite. Am wichtigsten ist die Notwendigkeit, uns mit konventionellen Mitteln verteidigen zu können.



November '83: Nachrüstungsgegner demonstrieren in Bonn FOTO: SVEN SIMON

Dabei gilt die höchste Priorität den Soldaten, nicht dem Geld. Die zweite Priorität gilt der Motivation unserer Soldaten, also wieder nicht dem Geld. Die dritte Priorität lautet: Ausbildung, militärisches Training und Können unserer Soldaten – auch dies ist keine Geldfrage. Erst die vierte Priorität – Stiefel, Gewehre, Fahrzeuge, Panzer und was sonst noch nötig ist, um diese Soldaten auszurüsten – kostet wirklich Geld.

Die Menschen sind am wichtigsten, nicht nur im pragmatischen Sinne tatsächlicher Kriegserfahrung, sondern auch in einem ethischen und philosophischen Sinn. Es ist meine Überzeugung, daß eine Demokratie bei ihrer Verteidigung gegen fremde Gewalt sich nicht auf Freiwillige oder Söldner verlassen darf; vielmehr sollte jeder Bürger begreifen, daß er selber sein Leben einsetzen muß, wenn er eine sichere Verteidigung will. Ich verstehe die Ansicht vieler Amerikaner, daß das Prinzip der Wehrpflicht während des Vietnam-Krieges mißbraucht wurde. Aber die Wehrpflicht daraufhin kurzerhand abzuschaffen, war ein zu einfacher Ausweg aus der innenpolitischen Kontroverse. Keiner der kontinentalen Staaten Westeuropas hat diesen Weg eingeschlagen. Sie haben alle die Wehrpflicht beibehalten, was politisch gesehen ein viel größeres individuelles Opfer bedeutet, als das Geld der Steuerzahler auszugeben.

Weil die kontinentalen europäischen Staaten diesen politisch schwierigen Kurs beibehalten, während die Vereinigten Staaten ihn aufgegeben haben, halte ich die amerikanische Kritik an den angeblich zu geringen Verteidigungsausgaben der europäischen Länder für ungerechtfertigt. Als noch weniger legitim betrachte ich die amerikanischen Drohungen, die Zahl der amerikanischen Truppen in Europa zu reduzieren, um die europäischen Regierungen zu zwingen, mehr Geld auszugeben.

Offensichtlich werden die Vereinigten Staaten ihre militärische Denkweise und ihre Prioritätensetzung kurzfristig nicht ändern. Deshalb müssen die Engländer selber ihre Lage prüfen.

Dabei gibt es besonders ein zentrales Problem, das einer effektiven europäischen Verteidigungsanstrengung im Wege steht. Wenn Frankreich seine konventionellen Streitkräfte und seine Reserven in die gemeinsame Struktur der westlichen Verteidigung einbringen würde, so wäre hinsichtlich der konventionellen Streitkräfte ein zufriedenstellendes Gleichgewicht zwischen Westeuropa und der Sowjetunion leicht zu erreichen. Nach der Mobilisierung hätten wir dann etwa achtzehn deutsche Divisionen, etwa fünfzehn bis achtzehn französische Divisionen und mehrere Benelux-Divisionen – insgesamt annähernd vierzig westeuropäische Divisionen sowie einige britische Truppen. Solch eine Streitmacht müßte natürlich einem französischen Oberbefehlshaber unterstellt werden.

Wir dürfen nicht zerstören, was wir verteidigen wollen

Eine der Ungeheuerlichkeiten der gegenwärtigen Situation in Europa besteht darin, daß vielen Hunderttausenden europäischer Soldaten, die unter amerikanischem Oberbefehl stehen, immer wieder gesagt wird, sie könnten nicht sehr lange erfolgreich kämpfen, so daß der Westen gezwungen sein würde, taktische Nuklearwaffen einzusetzen, was auf die Zerstörung ihrer Heimatländer hinausläuft.

Wenn wir diese mißliche Situation ändern wollen, so erhebt sich die weitere Frage: Wie überzeugt man die politische Führung Frankreichs, deren Einschätzung strategischer Angelegenheiten noch im alles beherrschenden geistigen Schatten von Charles de Gaulle steht, den Schritt zu tun, den ich vorgeschlagen habe? De Gaulle war überzeugt, Frankreich müsse selbständig handeln können. Dabei hegte er die Hoffnung – die er aber öffentlich nicht aussprach –, daß andere Staaten bei der Verteidigung Europas (und damit auch Frankreichs) die Hauptlast übernehmen würden. Aber nur wenn sich die Franzosen für eine neue Politik entscheiden (weil sie beispielsweise durch einen immerhin möglichen Rückzug der Vereinigten Staaten aus Europa dazu gezwungen würden), nur dann würden zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, um die notwendigen Waffen, Fahrzeuge, Munition und so weiter für die dann mobilisierbaren Reserven zu kaufen.

Morgen in der WELT:
Wie gemeinsam ist der Gemeinsame Markt? – Warum Mitterrands Wirtschaftspolitik scheitern mußte – Die drei Schritte in eine bessere Zukunft – Wer Amerikas übermächtigem Druck widerstehen will, muß das Europäische Währungssystem stärken

Die SPD hat sich, seitdem sie in Bonn nicht mehr in der Regierungsverantwortung ist, in der Beurteilung der Sicherheitspolitik grundlegend geändert. Dies stellt Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) in seinem Beitrag für die WELT fest. Wörner analysiert die Haltung der Sozialdemokraten zur Strategischen Verteidigungsinitiative SDI Präsident Reagans und setzt damit die Diskussion um die Sicherheitspolitik aus seiner Sicht fort. Das Fazit Wörners: Eine Logik in der Argumentation sei nicht mehr zu erkennen, die SPD in dieser Sache innerlich zerrissen. Trotzdem führe die Partei den Kampf gegen SDI verbissen. Als Grund nennt Wörner den bei den Sozialdemokraten seit langem gepflegten „Anti-Reaganismus", der sich nun auch gegen „Reagans Erfindung" SDI richten müsse.

SDI und die sicherheitspolitische Volte der SPD

Von MANFRED WÖRNER

Die Zeiten ändern sich – und mit ihnen auch politische Parteien. Manchmal geht letzteres so schnell, daß selbst der Zeithistoriker in Atemnot gerät.

Ein Beispiel hierfür ist der Wandel der sicherheitspolitischen Rhetorik der SPD seit dem 23. März 1983, als der amerikanische Präsident Ronald Reagan seine Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) vorstellte.

Es beginnt damit, daß die SPD im Zuge ihres Kampfes gegen SDI heute stillschweigend, aber unübersehbar, das System gegenseitiger Abschreckung durch nukleare Vergeltungsdrohung akzeptiert, das sie noch vor wenigen Jahren als unmoralisch, instabil und daher als „zu überwinden" bezeichnete. Abschreckung, so hieß es damals, könne im „Zeitalter des nuklearen Wahns" keine Bedingungen schaffen, „die uns eine Überlebenschance lassen".

Seit dem 23. März 1983 ist das nun alles anders. SDI, so heißt es jetzt, destabilisiere das gegenwärtige System auf gefährliche Weise – woraus man nach den Gesetzen sprachlicher Logik doch wohl schließen muß, daß nach dem gegenwärtigen Stand sicherheitspolitischer Erkenntnis der SPD das gegenwärtige System stabil ist. Natürlich will die SPD dies nicht wahrhaben – und noch weniger öffentlich festgestellt wissen. Deshalb versucht sie, ihr Dilemma, in das sie durch SDI offenkundig geraten ist, durch die Aussage zu überdecken, sie wolle das System nuklearer Abschreckung „politisch überwinden". Das Problem hierbei ist nur, daß dies keine Antwort auf die militärische Frage ist, wie unter den gegenwärtigen internationalen Bedingungen, die eine „nur" politische Lösung nicht zulassen – und auch zu Regierungszeiten der SPD nicht zugelassen haben –, die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet werden kann. Der Ausweg in die unendlich ferne Utopie einer „politischen Überwindung" des Systems nuklearer Abschreckung beantwortet daher nicht die Frage, welches strategische System für die Zeit bis zur Realisierung dieser Utopie die Sicherheitspolitik bestimmen soll: das bisherige System nuklearer Abschreckung oder ein Konzept konventioneller strategischer Defensive (SDI).

Vor dieser unausweichlichen Alternative ergibt sich aus der Tatsache des unerbittlichen Kampfes der SPD

> ❞ Die SPD hat ihren – zugegebenermaßen stillen – Frieden mit dem System der Abschreckung durch nukleare Vergeltungsdrohung gemacht. ❞

gegen SDI die Antwort von selbst: Die SPD hat ihren – zugegebenermaßen stillen – Frieden mit dem System der Abschreckung durch nukleare Vergeltungsdrohung gemacht.

Illustriert wird diese sicherheitspolitische Volte durch das Schicksal der als Fortsetzung der Nachrüstungsdebatte vorgesehenen Kampagne gegen den „Krieg aus Versehen". Kaum begonnen, mußte diese Kampagne gegen den „Krieg aus Versehen" als dem unvermeidbaren Produkt eines instabilen und daher „unverantwortbaren" Abschreckungssystems schleunigst abgebrochen werden, als mit der Option eines auch nur begrenzt wirksamen strategischen Defensivsystems sich die Möglichkeit eröffnete, den „unautorisierten Einsatz" nuklearer Offensivsysteme zu neutralisieren.

Die SPD hat während der Nachrüstungsdebatte nicht nur klar gesagt, was sie will – nämlich die Beibehaltung des Systems gegenseitiger Abschreckung durch nukleare Offensivmittel –, sie hat auch formuliert, wie das alternative Ziel ihrer sicherheitspolitischen Wünsche aussehen müßte. Im einstimmig beschlossenen Leitantrag des Parteivorstandes der SPD anläßlich des Parteitages in Essen vom Mai 1984 heißt es: „Ein neues Sicherheitssystem muß von der nuklearen Abschreckung wegführen und schrittweise eine defensive konventionelle Struktur herstellen, so daß langfristig eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit erreicht wird." Was aber ist SDI, das die konventionelle Bekämpfung nuklearer Offensivraketen vorsieht und zum Aufbau eines beiderseits aus Defensivwaffen bestehenden Systems führen soll, wenn nicht die geradezu klassische Inkarnation dieser sozialdemokratischen Forderung nach allgemeiner struktureller Nichtangriffsfähigkeit? Das Argument, dies sei jedoch nur dann der Fall, wenn der Aufbau eines vollkommenen konventionellen Defensivsystems bei gleichzeitigem Abbau aller Offensivpotentiale gelinge, kann hier ernsthaft nicht ins Feld geführt werden. Schon der Aufbau begrenzt wirksamer strategischer Defensivsteme beider Supermächte reduziert – unter der Annahme rationalen Entscheidungsverhaltens – die Angriffsfähigkeit drastisch. Je wirksamer strategische Defensivsysteme auf beiden Seiten werden, desto stärker nähern sich die Supermächte dem Ziel gegenseitiger „struktureller Nichtangriffsfähigkeit" an.

Doch ist der „kooperative" Ansatz von SDI realistisch? Kann man dem amerikanischen Präsidenten glauben, daß er den Aufbau strategischer Defensivsysteme auf beiden Seiten und unter Verzicht auf einseitige Vorteile wirklich will? Die SPD hat hier große Zweifel; manche formulieren ein unmißverständliches Nein. Das ist um so erstaunlicher, als die SPD seit Jahrzehnten nicht nur Abrüstung und Rüstungskontrolle fordert, sondern als Vorstufe hierzu die „kooperative Rüstungssteuerung" als „unverzichtbaren Bestandteil der Entspannungspolitik" ins Spiel gebracht hat. Was aber ist SDI anderes als der Versuch „kooperativer Rüstungssteuerung" im strategischen Bereich? Was sollen dann aber die vielfachen und lautstarken Forderungen der SPD, der Bündnispartner möge doch nun endlich „kooperative Rüstungssteuerung" bilateral einleiten, wenn der erste umfassende Versuch dieser Art ohne beweisbare Zweifel an der Ernsthaftigkeit des amerikanischen Präsidenten als unglaubwürdig dargestellt wird?

Auch hinsichtlich der Bewertung der NATO-Strategie der „Flexible Response" hat sich in der SPD als Folge des mit absoluter Priorität geführten Kampfes gegen SDI ein drastischer Wandel vollzogen. Noch vor zwei Jahren war man der Meinung, die „Flexible Response" sei „nicht mehr glaubwürdig", „nicht mehr konsensfähig" und daher allenfalls noch als Übergangslösung tauglich. „Der Weg von der Strategie der Massiven Vergeltung zur Strategie der Flexiblen Antwort wollte die Abschreckung lückenlos machen, aber er hat zur Regionalisierung des Risikos geführt, zu Lasten Europas", schrieb Egon Bahr Ende 1983. Im Zentrum der damaligen Kritik standen dementsprechend diejenigen nuklearen Waffen, die nicht nur als nukleare Vergeltungssysteme in Frage kommen konnten: „nukleare Kriegsführungswaffen". Sie sollten ersatzlos beseitigt und Kernwaffen generell wieder in die Rolle strategischer Abschreckung zurückversetzt und auf das zur Mindestabschreckung Notwendige reduziert werden.

Nun aber beklagt die SPD, daß beim Aufbau eines sowjetischen strategischen Defensivsystems – als Folge einer amerikanischen „Vorrüstung" – die NATO die Option des selektiven und flexiblen Einsatzes nuklearer Waffen verliere und damit die „Flexible Response" an Glaubwürdigkeit einbüße. Zwar hat die SPD mit dieser Feststellung über die Auswirkungen beiderseits vorhandener strategischer Defensivsysteme nicht ganz unrecht, es bleibt allerdings erstaunlich mitanzusehen, wie die SPD heute über den Verlust einer militärischen Option Tränen vergießt, die sie noch vor zwei Jahren als „nukleare Kriegsführungsoption" denunziert hatte.

Doch dies ist in diesem Zusammenhang noch lange nicht alles. Die Zitate sind Legion, in denen prominente SPD-Politiker die „Konventionalisierung der NATO-Strategie" gefordert hatten. Nuklearwaffen sollten wieder ausschließlich „politische Waffen" werden, quantitativ auf Minimalabschreckung ausgelegt. Daß dies die Eliminierung der nuklearen Kurz- und Mittelstreckenraketen der NATO sowie die faktische Neutralisierung des strategischen Nuklearpotentials der USA in Krise und Konflikt bedeutete, war der SPD nicht nur klar, sondern erwünscht. Heute nun beklagt die SPD, daß durch SDI die Bedeutung konventioneller Streitkräfte wieder zunehme und der konventionelle Krieg wieder führbar und gewinnbar würde. Zwar ist in der Tat unbestreitbar, daß unter einem bilateralen „SDI-Regime" der Supermächte den konventionellen Streitkräften steigende Bedeutung zukommt, verblüfft fragt man sich jedoch, was die „moderne" SPD eigentlich erwartet hat, als sie die „Konventionalisierung der NATO-Strategie" zur programmatischen Forderung erhob. Dies um so mehr, als die „konservativen" Sicherheitspolitiker Schmidt und Apel noch 1983 ihre Partei daran erinnerten, daß es eine „kriegsverhindernde Funktion von Nuklearwaffen gibt", die nicht kompensierbar ist und deren Fehlen „insbesondere konventionelle Kriege in Europa dann wieder denkbar macht".

Angesichts der Tatsache, daß mit SDI versucht wird, die auf Menschen gerichteten sowjetischen Raketen schon im Flug zu neutralisieren und damit ausschließlich Waffen, aber keine Menschenleben zu vernichten, hätte die SPD über SDI geradezu in Jubelrufe ausbrechen müssen. Doch weit gefehlt. Derselbe Egon Bahr, der die Neutronenwaffe als eine „Perversion des menschlichen Denkens" bezeichnet hat, verurteilt heute SDI als „schlicht verrückt".

Der inhaltlich unbedeutendste und doch zugleich bezeichnendste Aspekt des Wandels sozialdemokratischer Rhetorik im Verlauf der SDI-Debatte ist der Umgang mit politischen Visionen Andersdenkender. Obwohl eine Partei, deren Programmatik bewußt visionär angelegt ist, hat die SPD heute keine Skrupel, die Vision des amerikanischen Präsidenten von einer Welt ohne nukleares Offensivpotential wider besseres Wissen zur konkret und kurzfristig beabsichtigten Politik umzudefinieren und sie dadurch – weil nicht unmittelbar realisierbar – unglaubwürdig zu machen. Die SPD tut also genau das, wogegen sie sich hierzulande immer massiv gewehrt hat: Daß ihr die programmatischen Visionen als kurzfristig erreich-

> ❞ Die SPD kann die Vision des amerikanischen Präsidenten von einer Welt ohne nukleares Offensivpotential ja gar nicht für verwerflich halten. ❞

bare und gewollte politische Absichten unterstellt und im politischen Tageskampf entsprechend genutzt wurden. Mit der Manipulation der Vision des amerikanischen Präsidenten entwertet die SPD damit zwangsläufig ihr traditionelles politisches Grundverständnis, daß eine nur pragmatische Politik immer zu kurz greifen müsse, wenn sie nicht auf langfristige Ziele, ja Visionen ausgerichtet sei. Der Einwand, es müsse legitim sein, „falsche" Visionen rechtzeitig zu bekämpfen, ist in diesem Zusammenhang irrelevant. Denn die SPD kann die Vision des amerikanischen Präsidenten von einer Welt ohne nukleares Offensivpotential ja gar nicht für verwerflich halten. Schließlich heißt es in ihrem 1984 verabschiedeten sicherheitspolitischen Programm nicht ohne Grund: „Strategie und Rüstung müssen auf eigene Offensivoptionen verzichten und Offensivoptionen des Gegners mit einem untragbar hohen Risiko belegen."

Man erinnere sich: Anfangs war die SPD auch gar nicht gegen SDI. Am 24. März 1983 lobte Egon Bahr den amerikanischen Präsidenten, er habe ein Tabu gebrochen und die Perspektive zur Abschaffung der Abschreckungsstrategie eröffnet; ja sogar die Sicherheitspartnerschaft mit der Sowjetunion sah Bahr näherrücken.

Was also ist in diese SPD gefahren, die nun entgegen allen bisherigen Aussagen plötzlich das System nuklearer Abschreckung für stabil erklärt, „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" für gefährlich hält, „kooperative Rüstungssteuerung" ablehnt, die Erhaltung der Option des selektiven und flexiblen Einsatzes von weitreichenden Nuklearwaffen anmahnt, von der „Konventionalisierung der NATO-Strategie" nichts mehr wissen will, ein menschenbedrohendes System einer ausschließlich materialzerstörenden Konzeption vorzieht und visionäre Programmatik bewußt denunziert?

Läßt man die Argumentation der SPD gegen SDI Revue passieren, dann stößt man gleich auf die im Mittelpunkt der Aussagen stehende Feststellung, SDI setze einen „neuen Rüstungswettlauf" in Gang – einen „neuen Rüstungswettlauf nicht nur ‚auf Erden', sondern auch ‚im Himmel'" (so der Abgeordnete Gansel am 13. 12. 1985 vor dem Deutschen Bundestag). Doch diese an sich gewichtige Aussage verliert schnell an Dramatik, wenn man sie in den Kontext der bisherigen programmatischen Aussagen der SPD stellte. So hat die SPD anläßlich ihres außerordentlichen Parteitags von 1983 in Köln unzweideutig beschlossen, „das Ziel der Kriegsverhütung (erfordere) das Abgehen von einer Politik und Strategie der nuklearen Konfrontation, die den Rüstungswettlauf in immer gefährlichere Höhen treibt". Es ist also das von der SPD einst bekämpfte, heute zumindest stillschweigend akzeptierte System gegenseitiger Abschreckung durch nukleare Vergeltungsdrohung, das aus der Sicht der SPD „den Rüstungswettlauf" antreibt. Soll nun auch SDI als strategische Alternativlösung ebenfalls einen „Rüstungswettlauf" auslösen, dann kann dies nach der Logik aller Aussagen der SPD doch nur heißen, daß beide strategischen Systeme dasselbe Defizit haben. Und nicht nur dies. Da es sich – um in der programmatischen Terminologie der SPD zu bleiben – beim alten System um einen „Rüstungswettlauf" bei Offensivwaffen, bei SDI aber allenfalls um einen „Rüstungswettlauf" im defensiven Bereich handelt, müßte die SPD nach ihrem bisherigen Selbstverständnis ohne Zögern für den „defensiven Rüstungswettlauf" als das kleinere Übel votieren.

Ist die Folge einer Realisierung von SDI aber nicht vielleicht eine Art „doppelter Rüstungswettlauf", das heißt eine offensive und defensive Rüstungskonkurrenz mit gigantischen Kosten? Die Aussagen der SPD zielen in diese Richtung. Doch ganz so einfach, wie hier vielfach argumentiert wird, liegen die Dinge nicht. Die Regierung der USA hat immer und unmißverständlich deutlich gemacht, daß SDI nur realisiert werden wird, wenn eine Nutzen-Kosten-Analyse eindeutige finanzielle und militärische Vorteile des strategischen Defensivkonzepts ergibt. Wenn aber Defensivwaffen unter Abwägung aller politischen, militärischen und finanziellen Faktoren erkennbar kostengünstiger wären als Offensivwaffen, dann würde sich der „Rüstungswettlauf" automatisch immer mehr in den Defensivbereich verlagern. Die von der SPD befürchtete Addition eines offensiven und defensiven „Rüstungswettlaufs", der auch – so wird ja suggeriert – doppelt so teuer ist wie der gegenwärtige, ist also eine Chimäre. Im übrigen dürften eventuelle Mehrkosten in einem begrenzten Umfang für die SPD in diesem Zusammenhang kein unüberwindliches Hindernis darstellen. Denn ihr müßte, wenn sie ihre Programmatik ernst nimmt, der Aufbau eines umfassenden Systems „struktureller Nichtangriffsfähigkeit" ja doch wohl mehr wert sein als die Erhaltung des Systems „nuklearer Konfrontation" zu gegenwärtigen Preisen.

Damit bleibt nur noch die Frage offen, ob ursächlich für das Abweichen der SPD von langjährigen programmatischen Aussagen nicht vielleicht die Tatsache ist, daß der „neue Rüstungswettlauf" in einer neuen Dimension, „im Himmel" stattfindet. In der Tat nimmt das Argument der „Militarisierung des Weltraums" nicht nur einen prominenten Platz auf der verbalen Anti-SDI-Skala der SPD ein, es findet sich im beschlossenen Leitantrag des Kölner Parteitages von 1984 auch der Passus, „die Bundesregierung soll sich innerhalb des Bündnisses für das Prinzip 'keine Rüstung im Weltraum' einsetzen". Ist also – um die zweite Eingangsfrage wieder aufzunehmen – die Programmatik der SPD vielleicht doch nicht so eindeutig, wie das bisher dargestellt wurde?

Untersucht man die sicherheitspolitische Programmatik der SPD auf Ambivalenz insbesondere hinsichtlich möglicher Anwendung auf das Problem SDI, dann wird man schwerlich einen positiven Befund melden können. Die Programmatik der SPD hat sich zwar unter dem Einfluß der Nachrüstungsdebatte etwas verändert – insbesondere aber aktualisiert –, es gibt jedoch keine logischen Brüche dergestalt, daß man ein programmatisches Für und Wider die Konzeption von SDI begrüßen könnte. Der Weltraum im allgemeinen und die Weltraumrüstung im besonderen spielen in der Programmatik der SPD vor 1984 praktisch keine Rolle. Auch die schon über viele Jahre laufenden und für jeden Interessierten erkennbaren Forschungsanstrengungen der Sowjetunion für ein strategisches Defensivsystem im allgemeinen und für weltraumgestützte Strahlenwaffen im besonderen haben die SPD offenbar wenig beeindruckt. Es bedurfte der Initiierung eines fünfjährigen Forschungsprogramms über die Realisierbarkeit eines strategischen Defensivsystems durch die USA, um die SPD nicht nur weltraumbewußt zu machen, sondern die Partei an die Spitze eines mit nahezu missionarischem Eifer betriebenen Kreuzzugs gegen dieses amerikanische Projekt zu setzen.

Es muß daher festgestellt werden, daß ein zunächst befristetes Forschungsprogramm SDI auch aus der Sicht der SPD nichts qualitativ derart Dramatisches an sich haben konnte, daß die SPD ihre einschlägige sicherheitspolitische Programmatik stillschweigend obsolet hätte werden lassen müssen. Warum dann aber dennoch die Entscheidung gegen SDI?

Die Antwort ist vergleichsweise einfach. Eine Zustimmung der SPD zu SDI hätte zugleich ein Ausmaß an positiver Identifizierung der SPD mit dem „Erfinder" von SDI, dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan, bedeutet, daß der seit Jahren kunstvoll aufgebaute und gepflegte „Anti-Reaganismus" der SPD nicht mehr glaubhaft und wirksam hätte fortgeführt werden können. Dieser Preis aber war und ist für die SPD zu hoch. Sie braucht das „Feindbild Reagan" einerseits als gemeinsamen Nenner der verschiedenen sicherheitspolitischen Strömungen in der SPD: Anti-Reaganismus als Instrument der inneren Befriedung und Konsolidierung der Partei. Sie braucht das „Feindbild Reagan" andererseits, um die Linke jenseits der

> ❞ Also wird die SPD den indirekten Kampf gegen Ronald Reagan mittels des Vehikels SDI um so intensiver führen. ❞

SPD über ein potentiell annäherungsfähiges Interessengebiet, die Sicherheitspolitik, an die SPD heranzuführen bzw. wieder einzugliedern: Anti-Reaganismus als Instrument der Re-Integration der Protestbewegung in ihre „natürliche" Mutterpartei. Schließlich braucht die SPD das „Feindbild Regan", weil sie es sich nicht leisten kann und will, auf die Unterstützung der linken und linksliberalen Presse zu verzichten, die – komme, was da wolle – ihr irreparables Anti-Reagan-Klischee weiterhin kultivieren wird: Anti-Reaganismus als Instrument der Sicherung genereller publizistischer Unterstützung.

Die Entscheidung der SPD gegen SDI ist daher keine eigentlich sicherheitspolitische, sondern eine ausschließlich parteitaktische. Die Führung der SPD stand im März 1983 vor der Alternative, entweder mit einem Ja zum Konzept des amerikanischen Präsidenten die sicherheitspolitische Agonie *fortdauern* zu lassen – und damit die SPD auf unabsehbare Zeit regierungsunfähig zu halten –, oder das sicherheitspolitische Programm der Partei weitgehend zu negieren.

Vor dem Hintergrund dieser Motivstruktur der SPD ist es unschwer vorherzusehen, daß eine veränderte Haltung der SPD zu SDI nicht zu erwarten ist. Im Gegenteil: Der direkte Angriff auf den amerikanischen Präsidenten ist inopportun geworden, seitdem Reagan durch seine staatsmännische Leistung in Genf den Kritikern viel Wind aus den Segeln nahm, und seitdem der eigene Kanzlerkandidat sich um Hoffähigkeit in Washington bemüht; also wird die SPD den indirekten Kampf gegen Ronald Reagan mittels des Vehikels SDI um so intensiver führen. Angesichts der Tatsache, daß sie um des Kampfes gegen SDI willen nahezu alle zentralen Aussagen ihres sicherheitspolitischen Programms verleugnen muß, heißt dies nichts anderes, als daß die SPD verstärkt eine Politik betreiben wird, die ihr zwar manche bisher ausgegrenzten Wähler zurückbringen kann, die aber eine Vielzahl konservativer Sozialdemokraten vor Identifikationsprobleme stellen muß. Daß die SPD hierbei Leute wie den ehemaligen amerikanischen Verteidigungsminister McNamara zu Kronzeugen ihrer Politik anruft, vergrößert das Ausmaß der Ungereimtheiten und Widersprüche vollends. Denn es war ja doch wohl McNamara, der zwischen 1961 und 1968 den Aufwuchs der strategisch-nuklearen Gefechtsköpfe der USA von 16 000 auf ca. 32 000 beaufsichtigte und die Vermehrung der taktisch-nuklearen Waffen in Europa von 2500 auf 7000 veranlaßte.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Griff in die Regale

„Finger frei"; WELT vom 13. Februar

Sehr geehrter Herr von Loewenstern,

Sie haben recht: Der Ladendiebstahl darf nicht verharmlost werden. Aber auch seine Behandlung durch die Staatsanwaltschaft darf nicht verzerrt dargestellt und dadurch ebenfalls verharmlost werden. Es kann keine Rede davon sein, daß das Eigentum der Kaufleute „vogelfrei" und „der Griff in die Regale" mit keinem Risiko mehr verbunden ist. Richtig ist vielmehr, daß gegen jeden Ladendieb, der zur Anzeige gebracht wird, auch ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren eingeleitet wird. Das weiß jeder gefaßte Ladendieb, und daraus allein ergibt sich für ihn schon ein wirksamer „Denkzettel", der in aller Regel eine Wiederholung verhindert. Das muß aber auch die Öffentlichkeit wissen, damit das Risiko des „Griffs in die Regale" allgemein richtig eingeschätzt wird und damit auch der generalpräventive Zweck des Strafrechts nicht durch Darstellungen, wie sie etwa in Ihrem Artikel enthalten sind, unterlaufen wird.

Eine andere Frage ist, ob und welche weitergehende strafrechtliche Sanktion auf den einzelnen Ladendiebstahl zu erfolgen hat. Diese Sanktion muß sich unter Prüfung der Umstände des Einzelfalles an den gesetzlich typisierten Schuldmerkmalen orientieren, wozu in erster Linie auch die Höhe des verursachten Schadens gehört. Jedenfalls wäre es unzulässig – was Ihr Artikel aber nahelegt –, jeden einzelnen Täter sozusagen gesamtschuldnerisch für den durch das Phänomen Ladendiebstahl verursachten volkswirtschaftlichen Gesamtschaden haften zu lassen.

Früher wurden bei dem Ladendiebstahl die Fälle geringen Schadens in der Regel nur als Mundraub, einer Übertretung mit geminderter Straferwartung, erfaßt. Seit der Abschaffung des Mundraubtatbestandes im Jahre 1974 handelt es sich jetzt auch im Bagatellbereich um ein Vergehen des Diebstahls. Deshalb hat der Gesetzgeber – gerade um nach Wegfall des Mundraubtatbestandes unverhältnismäßige Reaktionen zu vermeiden – den Bagatellbereich durch Änderung des Paragraphen 248 a StGB und – als notwendige verfahrensrechtliche Ergänzung dazu – durch Reform der Paragraphen 153, 153 a StPO neu geregelt.

Danach entspricht es – früher wie heute – nicht dem Auftrag des Gesetzgebers an Staatsanwaltschaften und Gerichte, beispielsweise wegen des Diebstahls eines Stücks Käse im Werte von 1,20 DM in jedem Falle eine Verurteilung wegen eines Vergehens des Diebstahls herbeizuführen. Die Strafverfolgungsorgane sind vielmehr zu einer differenzierten Reaktion aufgerufen, die von der Einstellung wegen Geringfügigkeit (Paragraph 153 StPO) über die Einstellung gegen eine Geld- oder sonstige Auflage (Paragraph 153 a StPO) bis hin zur Verurteilung reicht. Daß dabei gegen erkannte Wiederholungstäter, die sich die erstmalige Einleitung eines Ermittlungsverfahrens nicht haben zur Warnung dienen lassen, wie auch gegen Täter, die Sachen von erheblicherem Wert gestohlen haben, nachdrücklich und strafend eingeschritten wird, ist selbstverständlich.

Bei der dargestellten Regelung hat sich der Gesetzgeber nicht nur vom Prinzip der Verhältnismäßigkeit und der Theorie der „flexible response" leiten lassen. Ausweislich der Gesetzesmaterialien war auch der Gesichtspunkt der Arbeitsbelastung der Justiz und der Umstand, daß auch deren Ressourcen nur begrenzt sind, maßgebend. Nichts anderes besagt meine Äußerung, daß wir „unsere Leute dringend für zeitraubende Wirtschaftsstrafsachen" brauchen. Es wird sicher auch von Ihnen bejaht werden können, daß die Bekämpfung von Wirtschafts- und anderen umfangreichen Strafverfahren – u. a. wegen der damit in der Regel verbundenen erheblichen Schäden – ein wichtiges Anliegen der Allgemeinheit ist. Bei Wirtschaftsdelikten liegen die Schäden schon in vielen Einzelfällen weit über der von Ihnen angegebenen Zahl von 37 Mill. DM Gesamtschaden durch Ladendiebstahl in einem Jahr.

Deshalb muß die Strafjustiz von den Möglichkeiten beschleunigter und vereinfachter Verfahrenserledigung nach Paragraph 154, 153 a StPO vermehrt Gebrauch machen. Wenn darauf in einigen Bundesländern mehr und in anderen weniger hingewirkt wird, so liegt dies nicht zuletzt daran, daß es auch hier eine Art „Nord-Süd-Gefälle" gibt: So sind beispielsweise 1983 im Lande Bayern 7,4 Prozent aller Ermittlungsverfahren gemäß Paragraph 153 a StPO eingestellt worden, im Lande Nordrhein-Westfalen jedoch nur 4,5 Prozent. Mir ist nicht bekannt, daß deshalb die Quote der Ladendiebstähle in Bayern höher als in Nordrhein-Westfalen ist.

Ich glaube nicht, daß Sie mit Ihrem Artikel dem Einzelhandel im Ergebnis einen guten Dienst erwiesen haben, und stelle Ihnen anheim, mein Schreiben als Leserbrief zu veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Geißel,
Generalstaatsanwalt,
Hamm 1

Nichts Neues?

„Schrittweise verliert der Krebs sein dämonisches Gesicht"; WELT vom 19. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

ohne die journalistische Arbeit zu schmälern muß ich feststellen, daß die vorgelegten Darstellungen mich in keiner Weise als „Neuerung" überzeugen konnten.

Die Vorgehensweise mit Stahl oder Strahl, selbst mit gezielterer Strahlenbündelung, stellt doch keine revolutionierende Neuigkeit dar.

Neu wäre es, wenn über Interleukin-2 berichtet worden wäre. Mit diesem Präparat wurde vor einiger Zeit Präsident Reagan behandelt. In Deutschland wird mit diesem Präparat noch in Labors experimentiert.

Ein weiterer Schwachpunkt in Ihrer Darstellung ist doch wohl die bekanntermaßen erforderliche Psychohygiene des Krebspatienten nach operativen Eingriffen. Wie erforderlich die entsprechende Nachbehandlung ist, wurde während des Kongresses der Gesellschaft für Krebsnachsorge Ende 1985 in Bad Nauheim dargestellt. Beim Internationalen Kongreß für biologische Krebsabwehr 1985 in Mainz haben zu diesem Thema Krebspatienten gesprochen. Aussagen wurden dort gemacht, die den anwesenden Fachleuten sicherlich das Blut in den Adern gefrieren ließen.

Mit freundlichen Grüßen
Rolf Beutel,
Heilpraktiker, Limburg

Wort des Tages

„Jede Generation lächelt über die Väter, lacht über die Großväter und bewundert die Urgroßväter."

William Somerset Maugham, englischer Autor (1874–1966)

Schlammschlacht

„Geißlers Blackout"; WELT vom 21. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist schon recht interessant, wie in einer parlamentarischen Demokratie ein Verfassungsorgan wie der Bundeskanzler zum medialen Spielball degradiert wird. Da werden unnötige Mutmaßungen und Spekulationen laut, die der politische Gegner zum Bestandteil seiner verbalen Schlammschlacht macht.

Warum müssen Vorverurteilungen, die völlig aus der Luft gegriffen sind, Kampagnen einleiten, die nur den einen Zweck erfüllen sollen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß grüne Politik noch politikfähig ist?

Ferner ist zu fragen, ob der Generalsekretär der CDU es für sinnvoll erachtet, mit Begriffen zu operieren, die auch nach langen Dementis nicht zu entschuldigen sind? Auch ein Bundeskanzler hat in einer Demokratie das moralische Recht, der eigenen Partei Grenzen zu setzen, die eingehalten werden sollten, um eine gute Politik, die immerhin einen Aufschwung gebracht hat, nicht in Mißkredit zu bringen.

Mit freundlichem Gruß
Albert Alten jr.,
Bardowick

Verschleierung

„Beamte erhalten 3,5 Prozent mehr"; WELT 19. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit einer kleinen Meldung wird die Öffentlichkeit darüber informiert, daß die Besoldung im öffentlichen Bereich um 3,5 Prozent erhöht wird. Gleichzeitig mahnt der Beamtenbund „Einkommensrückstände" um 15 Prozent an, die noch zu bereinigen seien und spricht von „ungerechtfertigten Sparmaßnahmen" der vergangenen Jahre (WELT vom 13. 2. 86).

Warum erfährt die Öffentlichkeit nicht endlich etwas über die seit mehr als einem Jahr im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung vorliegende Studie „über die tatsächlichen Unterschiede zwischen Arbeitnehmerlohn und Beamtengehalt"? Es drängt sich die Vermutung auf, und sie wird durch die Zurückhaltung dieser Ergebnisse von Infratest durch das Ministerium bestätigt, hier liegt etwas im argen; hier liegen offensichtlich Zahlen vor, die der „gewünschten" öffentlichen Darstellung abträglich sind.

Nicht anders ist es doch bei der Altersversorgung. Für die Sozialrentner wird eine Bundestagssitzung erforderlich, um über die „Rentenanpassung" zu beschließen; bei den Pensionen erledigt das die „Automatik" im Nachgang zur Besoldungserhöhung.

In den unteren Einkommensgruppen hinkt der Sozialrentner den Pensionären im Nettoeinkommen um 15 Prozent hinterher, im gehobenen und höheren Dienst sogar um 25 Prozent.

In der Durchschnittsrechnung liegt laut Infratest-Studie das Nettoeinkommen der Sozialrentner um rund 750 DM unter dem der Pensionäre. Es gibt danach auch keinen Pensionärshaushalt, der unter der 1000-DM-Grenze liegt, wo immerhin knapp 20 Prozent der Rentnerhaushalte liegen.

Mit freundlichen Grüßen
Bruno Schulze-Wewezer,
Hamburg 90

Weimar?

Sehr geehrte Herren,

das Interview zwischen Professor Theodor Eschenburg und Armin Reck behandelt mit wissenschaftlicher Sachlichkeit klar und verständlich ein heißes Eisen. Hoffentlich trägt es im Interesse des sozialen Friedens dazu bei, für beide Seiten einen tragbaren Ausgleich zu schaffen.

Mit Sorge ist das Anwachsen der Werbeaktivitäten einiger politischer Splittergruppen für die kommenden Wahlen zu beobachten (Zentrum „Patrioten" in Niedersachsen usw.). Wenn diese Parteien auch kaum die 5 Prozent-Hürde erreichen, so kann es für die etablierten Parteien unter Umständen den Stimmenverlust bedeuten, der zur absoluten Mehrheit erforderlich ist.

Müßten sich nicht alle großen Parteien gegen diese Entwicklung stärker engagieren? Die Weimarer Republik ist sicherlich nicht zuletzt wegen der Vielzahl der sich bekämpfenden politischen Parteien gescheitert.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Brunk,
Delligsen

Freibrief

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist bezeichnend, wie man mit dem geflohenen Diktator Haitis, Duvalier, umgeht. Hätte man nicht den Mann, der in seinem Land gemordet und gefoltert und noch große Reichtümer in seinen Besitz brachte, vor ein internationales Gericht stellen müssen? Jetzt kann er, weil er reich ist, in der Welt herumfliegen, bis er eine Unterkunft gefunden hat. Gegen oder mit Geld ist ja bekanntlich alles möglich.

Mit freundlichen Grüßen
Johann Müller,
Elmlohe

Personalien

GEBURTSTAGE

75 Jahre alt wird heute der Schriftsteller und Publizist **Kurt Ziesel**, Mitbegründer der Deutschlandstiftung und Herausgeber des „Deutschland-Magazins". Die Deutschland-Stiftung verleiht seit 1967 den Konrad-Adenauer-Preis für Wissenschaft, Literatur und Publizistik. Ziesel, Innsbrucker, gründete nach dem Kriege zunächst in München den „Europäischen Kulturdienst". Erfolg hatte er auch als Romandichter. Bekannt wurden unter anderen seine Bücher „Der endlose Tag", „Daniel in der Löwengrube", „Das verlorene Gewissen". In dieser letzten Publikation wandte er sich „gegen die Einseitigkeit im Pressegeschäft und Literaturbetrieb, gegen politische Denunziation und Totschweigetaktik zahlreicher Publizisten". Es wurden Untersuchungen, die ihm bald den Haß der Linken eintrugen. **Franz Josef Strauß** sagte einmal zu Ziesel und seinen Arbeiten: „Man darf nicht sagen, was ankommt, sondern muß aussprechen, worauf es ankommt."

*

Der Verleger und Druckereibesitzer Dr. **Günther Neufang** feiert heute in Gelsenkirchen 60. Geburtstag. Der Volkswirt, der in Sachsen geboren ist, gibt eine Vielzahl von Fachzeitschriften und mehrere Schriftenreihen heraus. Er ist Inhaber des Verlages Dr. Neufang KG für den Bereich Luftfahrt, des Verlages Th. Mann für den Bereich Land- und Milchwirtschaft und des Damm Verlages für den Bereich Post- und Fernmeldewesen. Neufang hat ein großes Hobby: Er ist aktiver Flieger.

EHRUNGEN

Der Schweizer Journalist und Schriftsteller **Fritz René Allemann** erhielt das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Der 75jährige Publizist nahm den Orden in Würzburg aus der Hand des bayerischen Staatssekretärs **Heinz Rosenbauer** entgegen. In der Laudatio hieß es, Allemann habe „über Jahrzehnte hinweg in der Schweiz und weltweit zur Objektivierung des Deutschlandbildes beigetragen".

*

Der Münchner Landschaftsökologe Professor Dr. **Wolfgang Haber** hat von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse erhalten. Professor Haber ist Ordinarius für Landschaftsökologie an der Technischen Universität München in Weihenstephan. Haber vertritt in zahlreichen Gremien die Interessen des Natur- und Umweltschutzes. Er ist Sprecher des Naturschutzbeirates beim bayerischen Umweltministerium und Vorsitzender des Rates der Sachverständigen für Umweltfragen, die die Bundesregierung berät. Den Orden überreicht hat in München der bayerische Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen **Alfred Dick**.

*

Die Stadt Münster wird einen ihrer bekanntesten Bürger ehren, den mehrfachen Olympiasieger, Welt- und Europameister im Dressurreiten, **Dr. Reiner Klimke**. Am 11. März soll der international bekannte Sportler im historischen Rathaus von Münster die Ehrenbürgerrechte erhalten. Oberbürgermeister **Dr. Jörg Twenhöven** will den Ehrenbürgerbrief persönlich aushändigen. **Dr. Willi Daume**, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees, wird die Festansprache halten.

*

Nikolaus Schimmel, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Musikschulen, ist mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Schimmel hat in den zurückliegenden 20 Jahren das Musikleben in Deutschland in ganz besonderem Maße mitgeprägt. Niedersachsens Wissenschaftsminister **Johann-Toenjes Cassens** hat Nikolaus Schimmel in der Musikschule Hannover den Orden überreicht.

*

Hans Wilke, Geschäftsführer der Messe- und Ausstellungs-Gesellschaft in Köln, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Den Orden, den Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** verlieh, überreichte der Oberbürgermeister der Stadt Köln, **Norbert Burger**.

*

Das im vergangenen Jahr vom Sender Freies Berlin ausgestrahlte Fernsehspiel „Sie rüsten zur Reise ins Dritte Reich" von **Hans Prescher** ist von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft mit dem DAG-Fernsehpreis 1986 in Gold ausgezeichnet worden. Der Preis ist mit 10 000 Mark dotiert. Den Preis in Silber, der mit 5000 Mark dotiert ist, erhalten **Maria Matray**, **Thomas Hartwig** und **Nataniel Gutmann** für das Drehbuch „Im Schatten von gestern". Die Preisverleihung findet am 26. April in Köln statt.

Traum-Renditen machen schlaflose Nächte.

Echte Wunder gibt es in der Wirtschaft nicht. Es ist nach wie vor nichts umsonst. Wo sich überdurchschnittliche Gewinnchancen auftun, ist auch überdurchschnittlicher Einsatz angesagt. Der meist zur Hälfte in bar entrichtet wird, zur anderen Hälfte in den Nerven, die Risiko nun mal kostet. Wer so anlegt, muß also von beidem mehr als genug haben.

Wir sind allerdings der Ansicht, daß man mit Geld und Nerven Besseres anfangen kann, als sie aufs Spiel zu setzen. Deshalb setzen wir lieber unsere Kreativität ein, um in vernünftigen Anlegekompromissen das Risiko auf ein Minimum und den Gewinn auf ein Maximum zu bringen.

Und wenn Sie dabei ein paar Prozente vermissen, dann rechnen Sie uns doch bitte die 100% an, die Sie sich auf uns verlassen können.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Raimund Zikeli
HYPO-BANK

„DDR"-Presse übergeht Aussagen Sindermanns

AP, Berlin

Die „DDR"-Presse hat gestern über den Abschluß des Besuchs von Volkskammerpräsident Horst Sindermann in der Bundesrepublik Deutschland ausführlich berichtet, politische Aussagen des Politbüromitglieds jedoch weitgehend unerwähnt gelassen.

Sindermanns Ankündigung vor Journalisten im Saarland, daß Honecker noch in diesem Jahr die Bunderepublik besuchen wird, wurde vom SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" und der (Ost-) „Berliner Zeitung" nur verkürzt wiedergegeben. Dort wurde Sindermann in indirekter Rede mit den Worten zitiert „er sei davon überzeugt, daß es zu einem solchen Besuch kommen werde".

Die Aussage Sindermanns, daß es weitere Reiseerleichterungen geben werde, blieb unerwähnt. Nicht gedruckt wurden auch die Bemerkung des führenden SED-Mitglieds, er sehe keine Probleme darin, auch die West-Berliner Bundestagsabgeordneten in die von Ost-Berlin und der SPD angestrebten Beziehungen zwischen dem Bundestag und der Volkskammer einzubeziehen. Breiten Raum nahm die Berichterstattung über den Sindermann-Besuch im Geburtshaus von Karl Marx in Trier ein.

Gesamtmetall wendet sich gegen Bendas These

„Arbeitgeber setzen bei Aussperrung nicht auf Drittwirkung"

dpa/DW. Köln

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall hat gestern indirekt den Vorwurf des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, zurückgewiesen, mit dem Regierungsentwurf zum sogenannten Streikparagraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz bekämen die Arbeitgeber ein Arbeitskampfmittel in die Hand, mit dem sie mittelbare Aussperrungsfolgen herbeiführen könnten. Ohne auf Bendas Stellungnahme für die bevorstehende Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales einzugehen, erklärte Gesamtmetall-Geschäftsführer Dieter Kirchner in einem Interview mit dem „Handelsblatt", eine auf Drittwirkung gerichtete Arbeitgeberstrategie wäre in einer Arbeitskampfsituation absurd.

Die These, die Arbeitgeberverbände könnten durch eine auf maximale Fernwirkung bedachte Auswahl der zur Abwehraussperrung aufgerufenen Betriebe das Risiko der IG Metall unermeßlich erhöhen, übersieht nach Darstellung Kirchners den entscheidenden Gesichtspunkt. „Der durch eine solche Taktik verursachte Produktionsausfall trifft Unternehmen, die aus den Unterstützungskassen der Arbeitgeberverbände – anders als die direkt vom Arbeitskampf betroffenen Unternehmen – keine Hilfe erwarten können", erklärte Kirchner. Jede Drittwirkung löse bei den Unternehmen „starken innenverbandlichen Druck zur Kompromißfindung aus". Eine Kampfstrategie, die auf Drittwirkung setze, wäre nach Meinung Kirchners auf der Arbeitgeberseite daher „völlig absurd".

Der Gesamtmetall-Geschäftsführer vertrat die Auffassung, daß die intensive Produktionsverflechtung insbesondere in der Autoindustrie der IG Metall neue Druckmittel in die Hand gespielt habe, die von der Gewerkschaft 1984 im Arbeitskampf bereits zielbewußt eingesetzt worden seien. „12 700 Streikende hatten praktisch die gesamte Automobilindustrie in der Hand", sagte er. Kirchner gab zu bedenken, daß Abwehraussperrung das einzige Mittel der Arbeitgeber sei, durch Druck auf die Kasse der IG Metall die Gewerkschaft wieder an den Verhandlungstisch zu bringen.

Die Behauptung der IG Metall, 1984 sei die Auswirkung auf Drittbetriebe durch Abwehraussperrung größer gewesen als durch die „Minimax-Taktik", wies Kirchner als „unzutreffend" zurück. Die Automobilwerke außerhalb des Streikgebiets seien durch die „Minimax-Taktik" der Gewerkschaften bereits stillgelegt worden, bevor die später ausgerufene Aussperrung überhaupt wirksam werden konnte, sagte er.

Kirchner wies in dem Interview auch die Behauptung zurück, durch Aussperrung im Arbeitskampf 1984 sei der Verlust an Arbeitstagen erheblich stärker gewesen als durch Streik. Tatsächlich seien knapp zehn Millionen Arbeitstage ausgefallen: Durch Streik rund 2,4 Millionen, durch Aussperrung rund 2,5 Millionen und durch mittelbar Betroffene etwa 4,9 Millionen.

Der Gesamtmetall-Geschäftsführer verlangte, die durch „Minimax-Strategie" und Produktionsverflechtung verursachte Kräfteverschiebung im Arbeitskampf zugunsten der Gewerkschaften müsse zum Teil dadurch korrigiert werden, „daß künftig die Arbeitsämter nicht mehr zum unfreiwilligen Streikhelfer der IG Metall werden". Eine Klarstellung im Gesetz müsse deshalb die Neutralität des Staates im Arbeitskampf garantieren.

Bonn hofft nach Reagans Antwort auf Beseitigung aller Mittelstreckenwaffen

Die Unionsfraktion hat ihre Bedenken ausgeräumt / Bahr kritisiert die CDU/CSU

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die umfassende Antwort, die US-Präsident Reagan dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow auf dessen Abrüstungsvorschläge im Januar gegeben hat, ist von der Bundesregierung als „bedeutsamer Schritt in die Richtung auf die baldige Beseitigung aller sowjetischen und amerikanischen landgestützten Mittelstreckenflugkörper großer Reichweite" begrüßt worden. Mit diesen Worten reagierte Regierungssprecher Ost auf den Brief Reagans, der vergangenen Sonntag dem Kreml-Chef übermittelt worden war. Ost fügte hinzu, über dessen Inhalt sei die Bundesregierung schon vorab unterrichtet worden.

Die von Ost vorgetragene Erklärung der Bundesregierung geht auch auf das in der vergangenen Woche in Bonn hart umstrittene Problem einer allein auf Europa bezogenen Beseitigung der Mittelstreckenwaffen ein. Darin heißt es, Reagans Vorschläge zielten darauf ab, das zentrale Verhandlungsziel der weltweiten Beseitigung der Mittelstreckenwaffen zu erreichen.

Stufenprogramm bis 1989

Der Präsident habe dafür ein konkretes Stufenprogramm bis Ende 1989 vorgelegt. Im übrigen, so Ost weiter, orientiere sich die Antwort der USA an die Sowjetunion an den folgenden für die Sicherheit des Westens wichtigen Kriterien: Die Notwendigkeit gleicher Rechte und globaler Begrenzung, keine Einbeziehung von Waffensystemen dritter Staaten in eine Vereinbarung (womit die französischen und britischen Nuklearwaffen gemeint sind) sowie auch Reduzierungen bei den Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite und schließlich die Forderung nach Verifizierbarkeit eines Abkommens.

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in der vergangene Woche wegen der Möglichkeit einer auf Europa begrenzten Reduzierung von Mittelstreckenwaffen große Sorge vorherrschte, löste sich gestern nach Bekanntwerden der Antwort Reagans an Gorbatschow die Spannung. Ihr Vorsitzender Alfred Dregger erklärte im Einvernehmen mit den verteidigungs- und abrüstungspolitischen Sprechern, Willy Wimmer und Jürgen Todenhöfer, die amerikanische Antwort berücksichtige in ihrer jetzigen Fassung die deutschen Sicherheitsinteressen in angemessener Weise. Die von ihm, Dregger, in einem Interview mit der WELT letzten Donnerstag geäußerten Bedenken gegen einen ersten Entwurf der Reagan-Antwort seien nun ausgeräumt. Dregger hatte darin angemahnt, daß wegen der Beweglichkeit der sowjetischen SS 20-Raketen eine auf Europa begrenzte Limitierung von Mittelstreckenwaffen für die NATO gefährlich sei, und gleichzeitig gefordert, auch die sowjetischen Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite wie die Typen SS 21, SS 22 und SS 23 in der amerikanischen Antwort für ein Reduzierungsvorhaben nicht zu vergessen.

Dazu erklärte Dregger gestern, von entscheidender Bedeutung für die Bundesrepublik seien die volle Einbeziehung der Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite, bei denen die Sowjetunion im Verhältnis zur NATO zur Zeit eine Überlegenheit von sieben zu eins habe, sowie auch der im asiatischen Teil der Sowjetunion stationierten Mittelstreckenwaffen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU bat US-Botschafter Burt, seinen und den Dank der Fraktion für das kooperative Verhalten der USA an den amerikanischen Präsidenten und dessen Verteidigungsminister weiterzuleiten. Für ein Land in der exponierten Lage der Bundesrepublik sei es „sehr beruhigend" zu wissen, daß seine Sicherheitsinteressen von den USA als seinem Hauptverbündeten sorgfältig beachtet würden. Dregger fügte hinzu, die amerikanische Seite könne sich darauf verlassen, daß sich die Bundesrepublik nicht anders verhalten werde.

„Störfeuer"

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Bahr hingegen warf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor, mit „unverantwortlichem Störfeuer" eine amerikanisch-sowjetische Einigung bei den Mittelstreckenwaffen verhindern zu wollen. In der Union werde neuerdings der Standpunkt vertreten, als seien amerikanische Raketen für die Sicherheit unentbehrlich, gleichgültig, was die Sowjetunion zu deren Abschaffung anbiete. Bahr nannte das einen Betrug. Kreise der Union könnten nicht vergessen machen, was Kohl und Genscher vor dem Bundestag gesagt hätten. Sie hätten dort die Bereitschaft zum Abzug der amerikanischen Raketen erklärt, wenn die Sowjetunion bereit sei, ihre SS 20 zu vernichten. Aber auch Bahr schloß sich der Forderung Dreggers an, die in der „DDR" und CSSR stationierten SS 22 müßten dann verschwinden, wenn die Pershing 2 und Marschflugkörper verschwänden, gegen die die sowjetischen Systeme aufgestellt worden seien.

Die Kumpel wandern in den Süden ab

AP, Düsseldorf

Noch immer zieht es Arbeitnehmer von Rhein und Ruhr nach Süden. 1985 verlor das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen rund 14 000 Einwohner an die neuen Industriestandorte in Baden-Württemberg und Bayern. Nur gegenüber dem Saarland konnte das traditionelle Industrieland zwischen Rhein und Weser einen Wanderungsgewinn verzeichnen. Das geht aus dem Jahresbericht des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik in Nordrhein-Westfalen hervor.

Trotz steigender Ausländerzahlen sank die Bevölkerungszahl im Berichtszeitraum um 17 000 auf rund 17,7 Millionen. Auslöser für diese Entwicklung war den Angaben zufolge neben der Abwanderung in andere Bundesländer vor allem die Geburtenentwicklung. Während 1985 an Rhein und Ruhr 189 000 Sterbefälle registriert wurden, erblickten im gleichen Zeitraum nur 160.000 Kinder das Licht der Welt.

Spendenaffäre bei Saar-Grünen

dpa, Saarbrücken

Eine parteiinterne Spendenaffäre ist bei den Grünen im Saarland aufgedeckt worden. Gegen den ehemaligen Landesschatzmeister der Partei, Henning Burger, ist deswegen ein Parteiausschlußverfahren eingleitet worden. Dies teilte der Landesvorsitzende der Grünen-Saar, Jürgen Berthold, mit. Rechnungsprüpfer hatten festgestellt, daß Burger und vier andere Personen Ende 1984 insgesamt 11 200 Mark in größeren Teilbeträgen als Spenden eingezahlt hatten. Wenige Tage später waren sie an denselben Personenkreis als Aufwandsentschädigungen für den Wahlkampf wieder ausgezahlt worden.



Wählt Bayern früher?

Diskussion in der CSU / Der Konflikt um Minister Lang

PETER SCHMALZ, München

Der CSU-Landesvorstand diskutierte gestern über die Frage, ob angesichts der Weigerung der SPD-Opposition, an Parlamentssitzungen mit Justizminister Lang weiterhin teilzunehmen, die Landtagswahlen vorgezogen werden sollen. Als bisheriger Wahltermin wurde der 12. Oktober festgelegt. Die Aussprache verlief kontrovers, ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Als Befürworter einer Vorverlegung trat CSU-Generalsekretär Gerold Tandler auf, der befürchtet, wegen der SPD-Weigerung sei bis zur Sommerpause eine reguläre Parlamentsarbeit nicht mehr möglich. Hier stehe man vor einer einmaligen Situation in der deutschen Parlamentsgeschichte, die neu überdacht werden müsse.

Parteichef Franz Josef Strauß vertrat eine gegensätzliche Auffassung und begründet seine Haltung mit dem Hinweis, vorgezogene Wahlen würden bedeuten, daß die Auflösung des Parlaments durch die Opposition erzwungen werden könne: „Man regt sich auf über einen Satz, verlangt dann den Widerruf, und wenn der nicht erfolgt, stellt man die Mitarbeit ein." In Erinnerung an seine 29jährige Tätigkeit im Bundestag fügte Strauß hinzu: „Wenn ich jedesmal die Mitarbeit eingestellt hätte, wenn ich beleidigt wurde, dann wäre ich kaum nach Bonn gekommen."

Der Fall Wackersdorf

Anlaß der Kontroverse zwischen CSU und SPD war der Vorwurf des bayerischen Justizministers August Lang an die Sozialdemokraten, sie verbänden sich bei ihrem Widerstand gegen die atomare Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf mit Chaoten und Kriminellen.

Strauß will sich zumindest vorerst mit diesem Konflikt nicht befassen. Mit der Erklärung, „das ist nicht Sache des Vorstands", begründete er, weshalb sich die Parteispitze nicht mit der Frage befaßte, ob der Minister die von der SPD geforderte Entschuldigung abgeben soll. Er werde diese Frage auch nicht im Kabinett behandeln: „Das muß Lang selber entscheiden." Zumindest indirekt solidarisierte sich der Ministerpräsident jedoch mit seinem Justizminister, indem er meinte: „Tatsache ist doch, daß sich die SPD mit ihren Wackersdorfer Kumpanen in ganz schlechter Gesellschaft befindet."

Kritik an Staatsanwälten

Auf der „sehr farbigen" Sitzung habe man sich auch über das „Gesellschaftsthema vom Blackout bis zum totalen Quatsch" unterhalten. Er sei leider nicht der Psychoanalytiker und nicht der Psychotherapeut des Herrn Geißler, meint Strauß, deshalb sei ihm die Deutung nicht möglich, ob es ein Lapsus linguae oder ein mißglücktes Entlastungsmanöver für seinen Parteivorsitzenden war. Wörtlich fuhr der CSU-Vorsitzende fort: „Daß er seinem Parteivorsitzenden damit keinen Gefallen erwiesen hat, das wissen wir, denn einem Taxifahrer nimmt man einen Blackout nicht übel, aber wenn das ein Generalsekretär über seinen Parteivorsitzenden auch in bester Meinung sagt, dann wird das automatisch vom politischen Gegner aufgenommen und dann bei allen Anlässen als Argument benutzt." Die CSU habe dies erlebt, als Friedrich Zimmermann vor über 25 Jahren in einem Justizverfahren eine momentane Gedächtnisschwäche zugebilligt worden sei.

Kritisch äußerte sich Strauß zu der bei einigen Staatsanwaltschaften um sich greifende Praxis, aufgrund einer Anzeige in jedem Falle ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, gleich, ob die Anzeige plausibel begründet sei oder nicht, und erwähnte als positives Beispiel, die Staatsanwaltschaft Bonn habe nach einer gegen ihn von Schily erstatteten Strafanzeige das Ermittlungsverfahren erst gar nicht eingeleitet.

Raphael Keppel lebt in Paraguay

W. K. Wiesbaden

Der unter mysteriösen Umständen verschwundene Mitarbeiter der hessischen Grünen-Landtagsfraktion, Raphael Keppel, hält sich nach WELT-Informationen in Paraguay auf. In einem Schreiben aus Südamerika hat Keppel geäußert, seitdem er die Grünen verlassen habe, fühle er sich von allen Zwängen befreit. Aus Protest gegen die rot-grüne Koalition war Keppel aus der Öko-Partei ausgetreten. Keppel hatte 1979 eine Flugzeugentführung inszeniert. Nach Verbüßung einer Haftstrafe war er von den Grünen als Mitarbeiter eingestellt worden.

Rodungen für Salzhalde begonnen

AP, Gorleben

Die Rodungsarbeiten für die große Salzhalde im niedersächsischen Gorleben haben gestern ohne Zwischenfälle begonnen. Diese Salzhalde entsteht in der Nähe des geplanten Endlagers für Atommüll. Durch die Bohrungen soll das Gelände auf seine Eignung dafür untersucht werden.

Die Halde soll auf einer Fläche von 17 Hektar entstehen, rund 35 Meter hoch werden und 1,7 Millionen Kubikmeter Salz aufnehmen.

Künftig weniger Zivildienstler

idea, Bonn

Die Zahl der Zivildienstleistenden wird aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in den 90er Jahren stark zurückgehen. Damit rechnet der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Peter Hintze. Vor allem der Dienst an alten, kranken und behinderten Menschen habe dann bei der Verwendung von Ersatdienstleistenden Vorrang, erklärte er. Hintze geht aber nicht davon aus, daß die sozialen Dienste der Kirchen erheblich eingeschränkt werden müssen. Durch den Rückgang von „Zivis" würden vielmehr „neue Formen der Hilfe" Platz greifen, um die Lücken auszugleichen. Gegenwärtig verdrängten die hohen Zahlen von Zivildienstleistenden, – mehr als 50 000 sind zur Zeit im Einsatz –, zumindest in den Kirchen keine arbeitsplatzsuchenden Jugendlichen. Man bemühe sich um einen „arbeitsplatzneutralen" Einsatz der Wehrdienstverweigerer. Die Mehrzahl, so Hintze, betrachte ihren Dienst „in erster Linie als eine Pflicht an der Gemeinschaft".

Deutscher Soldat Patron in Polen

JGG. Köln

Die im vergangenen Jahr gegründete polnische Bewegung „Freiheit und Frieden" hat den früheren Wehrmachtssoldaten Otto Schimek zu ihrem Patron ernannt. Die Bewegung will am 5. Mai anläßlich seines Geburtstages an Schimeks Grab in Machow bei Tarnow eine große Friedens-Demonstration veranstalten.

Der aus einer österreichischen katholischen Arbeiterfamilie stammende Schimek hatte es am Ende des Zweiten Weltkrieges abgelehnt, an der Exekution polnischer Zivilisten teilzunehmen. Er war daraufhin standrechtlich erschossen worden. Das Grab steht heute unter besonderem Schutz des Bischofs von Tarnow.

Verschiedene Führungsmitglieder der polnischen Friedensbewegung sind in den vergangenen Tagen verhaftet worden. Außerdem nahm die Regierung 29 Wehrpflichtige fest, die den Wehrdienst unter anderem mit der Begründung verweigert hatten, sie könnten kein Treuegelöbnis auf die Sowjetunion ablegen.

Rau schreibt Kohl wegen Schnellbahn

rtr. Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau hat sich in einem Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl für die baldige Verwirklichung der geplanten Schienenschnellstrecke Paris–Brüssel–Köln ausgesprochen. Die geplante Schnellbahn könnte die wirtschaftliche Entwicklung Europas insgesamt positiv beeinflussen, schrieb Rau. Dies werde um so mehr der Fall sein, je eher der Rhein-Ruhr-Raum als bedeutender Wirtschafts- und Ballungsraum mit der geplanten Schnellstrecke Köln-Paris an die Verbindung Paris-London angeschlossen werde. Rau forderte, daß der Bau der Schnellstrecke Vorrang haben müsse.

Dollar und Zins

cd. – Der Dollar hat gestern mit einem Rückgang auf zeitweilig 2,2850 Mark erstmals seit vier Jahren die Marke von 2,30 deutlich unterschritten. Es waren nicht nur zwei große kommerzielle Verkaufsorder, die gestern auf die US-Währung drückten, sondern vor allem die Aussagen der fünf amerikanischen Wissenschaftler, die den Dollar trotz der gewaltigen Kurskorrektur um fast 1,20 Mark seit März letzten Jahres immer noch für überbewertet halten.

Ob dieses Urteil zutreffend ist oder nicht, mag dahingestellt bleiben. Für den Markt ist allein die Tatsache, daß namhafte Professoren solches äußern, ein Datum. Das um so mehr, als sich die Meinung mit offensichtlichen Intentionen des Schatzamtes deckt, mit einer Dollarabwertung die außenwirtschaftliche Schieflage der USA zu korrigieren. Wo schon bei nur genügend lautem Gerede alles nach Wunsch verläuft, kann es sich die Reagan-Mannschaft eigentlich schenken, sich ernsthaft über die Einführung von „Zielzonen" den Kopf zu zerbrechen. Denn die Diskussion über dieses Thema hatte ja nicht zuletzt den Zweck, der ob des hohen Dollarkurses besorgten Protektionistenlobby Wind aus den Segeln zu nehmen.

Niemand kann freilich ausschließen, daß der Dollar bei seiner Abwärtsbewegung über das Ziel hinausschießt. Um dem entgegenzuwirken, wird die Bundesbank wohl in der kommenden Woche den Diskontsatz senken und damit dem Zinssenkungsprozeß auch offiziell grünes Licht geben. Den USA, die auf mehr Wachstumspolitik ihrer Partner drängen, dürfte das nur recht sein.

Harmonie

J. G. – Doppelt so hoch wie in den USA und dreimal so hoch wie in Frankreich sei mittlerweile die Betriebskostenlast aus Umweltschutz im Umsatz der deutschen Chemieindustrie. Drei Jahresraten der gewohnten Gesamtinvestitionen müsse man nun in der eigenen Firma für eine Dünnsäure-Recycling-Anlage aufwenden, weil die Bundesregierung das Auskippen dieses Produktionsrückstands in die Nordsee ab 1990 auch unter dem Druck der „Greenpeace"-Protestler verboten hat. Die Duisburger Sachtleben Chemie hat abseits vom Stolz auf den da im eigenen Konzern gefundenen neuen Verfahrensweg des Rohstoffkreislaufs allen Anlaß, auf solche Relationen zu verweisen. Ihre Konkurrenten auch in Europa dürfen mit den gleichen Rückständen noch munter sündigen. Harmonie in den Umweltschutzauflagen wenigstens in Europa müsse endlich kommen, mahnt die Firma. Sonst geht's den Arbeitsplätzen daheim doch noch an den Kragen. Hilft da Einsicht oder wieder einmal nur „Greenpeace"?

KOHLEPFENNIG / Diskussion um Anhebung durch neue Lage am Energiemarkt

Der sinkende Ölpreis kann die Subventionen in die Höhe treiben

HEINZ HECK, **Bonn**

„Zum Schutz der deutschen Steinkohle bedarf es trotz sinkenden Ölpreises und Dollarkurses keiner neuen Maßnahmen, erst recht keiner neuen Steuern", erklärte der CDU-Abgeordnete Ludwig Gerstein, energiepolitischer Sprecher seiner Fraktion, gegenüber der WELT. Zugleich forderte er aber die Bundesregierung auf, „möglichst bald zu entscheiden, in welchem Umfang der Kohlepfennig erhöht werden muß".

Gerstein vertritt die Auffassung: Je früher der Kohlepfennig, also der prozentuale Zuschlag auf jede Stromrechnung, erhöht wird, desto geringer kann diese Erhöhung ausfallen. Mit den Milliardeneinnahmen aus dieser Abgabe wird unter anderem die Preisdifferenz zum schweren Heizöl für 22 Millionen Tonnen Steinkohle jährlich erstattet. Das ist im „Jahrhundertvertrag", der bis 1995 geltenden Absatz-Vereinbarung zwischen Steinkohlenbergbau und Elektrizitätswirtschaft, festgelegt. Mit der Talfahrt des Ölpreises wächst daher der Finanzbedarf für den Preisausgleich.

1985 waren angesichts der noch hohen Ölpreise nur etwa 20 Millionen Mark zu zahlen. Wirtschaftsminister Martin Bangemann entschloß sich daher, den Kohlepfennig zum 1. Januar 1986 von 3,5 auf 3,3 Prozent (Bundesdurchschnitt) zu senken. Legt man jedoch die Ölpreisnotierungen für Januar 1986 zugrunde, so ergibt sich – auf das ganze Jahr 1986 gerechnet – schon ein Zuschußbedarf von etwa 1,1 Milliarden Mark.

Der Minister steht nun vor der heiklen Frage, wenige Monate nach der Senkung wieder eine Erhöhung zu beschließen. Er hat die Befugnis, bis auf 4,5 Prozent zu gehen. Bei darüber hinausgehenden Erhöhungen bedarf er der Zustimmung des Parlaments (seit Einführung des Kohlepfennigs 1975 hat er nur einmal, von Januar bis September 1979, mit 6,2 Prozent oberhalb dieses Satzes gelegen). Schließlich steht dem aus dem Kohlepfennig gespeisten Verstromungsfonds noch ein Kreditrahmen von einer halben Milliarde Mark zur Verfügung.

Im Wirtschaftsministerium zögert man offenbar, über die „Schallmauer" von 4,5 Prozent hinauszugehen. Ein entsprechender Antrag würde, so lauten Befürchtungen, eine größere kohlepolitische Debatte auslösen, in der es nicht nur Befürworter der jetzt verfolgten Kohlevorrangpolitik gibt – nicht zuletzt deshalb, weil der Hauptnutznießer, das Land Nordrhein-Westfalen, mit seiner Haltung in Fragen der Kernenergiepolitik wachsende Verstimmung bei anderen Bundesländern auslöst. Um der öffentlichen Auseinandersetzung im Bundestag aus dem Wege zu gehen, ist im Wirtschaftsministerium sogar schon erwogen worden, hilfsweise auf den – höheren – Referenzpreis für leichtes Heizöl auszuweichen. Diese Maßnahme findet im Vertrag keine Stütze und dürfte bei den Betroffenen auf Ablehnung stoßen.

Gerstein ist dennoch zuversichtlich. Er betont zwar, daß Ölpreisverfall und sinkender Dollarkurs „die Rahmenbedingungen, die wir in der Bundesrepublik zum Schutz der deutschen Steinkohle haben, einer erneuten Bewährungsprobe aussetzen". Er fügt jedoch hinzu: „Ich bin sicher, daß sie diese Bewährungsprobe bestehen werden." Dadurch sei gewährleistet, daß es weder in der Stromwirtschaft noch bei der Stahlindustrie Absatzrückgänge geben werde. „Im Gegenteil: Der durch den Ölpreisverfall erzeugte zusätzliche Konjunkturschub wird auch einen zusätzlichen Energieverbrauch auslösen, der letztendlich auch der Kohle zugute kommen wird." Im Vergleich zur Entlastung der deutschen Volkswirtschaft durch die Ölpreissenkung mit 25 bis 35 Milliarden Mark werde die Inanspruchnahme der Verbraucher durch Kohlepfennig und Kokskohlebeihilfe „begrenzt und vertretbar sein". Gerstein spricht von 2 bis 3 Milliarden Mark.

Bangemann hingegen hält sich zurück. In seinem Zwölf-Seiten-Schreiben an Bundestagsabgeordnete zur Ölpreisentwicklung heißt es hierzu lediglich, daß der Absatz heimischer Kohle an die Elektrizitätswirtschaft im Jahrhundertvertrag abgesichert sei. „Allerdings könnte die Belastung des Verstromungsfonds bei weiter sinkendem Preis wieder ansteigen."

EG/EFTA-ABKOMMEN

Iberische Länder nun einbezogen

Ha. **Brüssel**

Die EG und die Efta-Staaten (Schweden, Norwegen, Finnland, Island, Österreich und die Schweiz) haben sich auf eine Reihe von Handelsregelungen verständigt, mit denen die 1972 abgeschlossenen Freihandelsabkommen schrittweise auf die neuen EG-Mitgliedsländer Portugal und Spanien ausgedehnt werden sollen.

Während Portugal als früheres Efta-Land keine Zollsenkungen vornehmen muß, wird Spanien seinen Außenschutz für gewerbliche Waren im gleichen Rhythmus (sieben Jahre) senken wie gegenüber den EG-Partnern. Ebenso bauen auch die Efta-Staaten ihre Einfuhrabgaben gegenüber Spanien ab.

In den viermonatigen Verhandlungen wurde außerdem sichergestellt, daß bei verarbeiteten Agrarerzeugnissen die bisherigen Handelsvorteile der beiden neuen EG-Staaten in der Efta aufrechterhalten und gleichzeitig die der Zehnergemeinschaft gewährten Präferenzen auf Spanien und Portugal ausgedehnt werden. Dadurch können die traditionellen Handelsströme gewahrt bleiben.

Schwierigkeiten machten vor allem die künftigen Textilexporte Portugals. Die Portugiesen verpflichten sich, sich bei Marktstörungen mit ihren Textillieferungen zurückzuhalten. Auch über die künftigen Käseausfuhren der Schweiz in die erweiterte EG sowie über die (bisher nur Spanien und Portugal eingeräumten) Fischereirechte bei Spitzbergen wurde Einvernehmen erzielt.

AUSSENHANDEL

Kritik an Preisprüfungen

Mk. **Bonn**

Die Exportpreisprüfungen breiten sich in der Bundesrepublik wie ein Krebsgeschwür aus. Kurz bevor im April die Genehmigungen für die Prüfungsgesellschaften, die auf deutschem Boden tätig sind, auslaufen, hat der Bundesverband des Deutschen Exporthandels (BdEX) seine grundsätzliche Kritik noch einmal zusammengefaßt. Im Bundeswirtschaftsministerium wird davon ausgegangen, daß die betreffenden Prüf-Firmen im Auftrag der jeweiligen Länder Anträge auf unbefristete Genehmigung stellen werden.

Nach Angaben des BdEX versuchen gegenwärtig bereits 15 afrikanische Länder, sieben lateinamerikanische Staaten und Indonesien ihre Verschuldung, den Devisenmangel und die Kapitalflucht dadurch einzugrenzen, daß sie Prüf-Firmen damit beauftragt haben, die Angebote deutscher Firmen zu untersuchen. Eine Reihe von Ländern wie Nigeria, Mexiko, Indonesien und Bolivien, die zu diesem Instrument gegriffen haben, gehörten zu den Ländern, in denen in Hamburg die Kapitalflucht am höchsten ist.

Nach Ansicht des Verbandes können die gewünschten Effekte durch diese Verfahren nicht erreicht werden. Immerhin kostet die Exportpreisprüfung Devisen, die von dem Land getragen werden müssen, das den Auftrag erteilt. Nigeria habe die größten Devisenverluste in einer Zeit erlitten, in der die Prüfgesellschaft schon zwei Jahre tätig war.

Knüppel des Kartellamtes

Von HANNA GIESKES

In seinem Kampf gegen die Konzentration im Handel steht dem Bundeskartellamt ein unangenehmes Gefecht bevor. Am 26. Februar wird das Kammergericht in Berlin prüfen, ob der Knüppel des Kartellverbots, den die Wettbewerbshüter vor einem Jahr gegen die Einkaufsvereinigung Selex + Tania aus dem Sack geholt haben, eine angemessene Waffe ist. Doch wie auch immer die Richter entscheiden mögen: Am Ende werden sich die Kartellbeamten zwischen allen Stühlen wiederfinden.

Wenn das Gericht der amtlichen Untersagung von Selex + Tania widerspricht – ein Versuch der Behörde, diese Kooperation über die Fusionskontrolle aufzubrechen, war schon 1983 gescheitert –, dann wird die Industrie gleiches Recht für sich verlangen. Ihr sind Kartelle grundsätzlich verboten, und sie wird nicht einsehen wollen, warum Handelsunternehmen – auch mächtigen – nicht untersagt werden kann, was Herstellern verwehrt ist.

Weit unangenehmer wird es allerdings für die Wettbewerbshüter, wenn sie das Verfahren gewinnen. Sie stehen dann vor der Notwendigkeit, ihren Knüppel auch gegen jene zu schwingen, die sie gar nicht treffen wollen: die mehr oder minder mittelständischen Einkaufszusammenschlüsse und Genossenschaften wie zum Beispiel Rewe oder Edeka.

Immer wieder hat das Amt Kartte Wohlwollen gegenüber Einkaufskooperationen kleiner und mittlerer Handelsunternehmen geäußert, obwohl hier kartellrechtlicher Sprengstoff verborgen ist; nicht alle sind so klein, daß ihr gemeinsames Auftreten als Nachfrager eine zu vernachlässigende Größe im Wettbewerb wäre.

Zur Entschärfung des Problems hat die Behörde einen Maßstab entwickelt, der anzeigen soll, wann das Mitglied eines Kontors mit behördlicher Gunst nicht mehr rechnen kann: Wenn es in der Lage ist, ohne Verlust an Wettbewerbsfähigkeit selbständig einzukaufen. Den Anschluß an einen Verband werten die Beamten in diesem Fall lediglich als Mittel zur Erzielung noch besserer Einkaufskonditionen, die dann zwecks Verdrängung kleinerer Wettbewerber eingesetzt werden können. Nach Auffassung des Amtes gehört der Zusammenschluß der ehemals selbständigen Kontore Selex und Tania in diese Kategorie: Rund 70 Prozent des gesamten Verrechnungsumsatzes von etwa acht Milliarden Mark werden mit nur zehn der über hundert Kontormitglieder abgewickelt. Auf der schwarzen Liste des Kartellamtes stehen aber unter anderen auch die Einkaufsgemeinschaften HKG und Gedelfi – diese wegen ihrer Mitglieder Allkauf, Hurler und Karstadt – und jüngst stießen Asko und Edeka hinzu.

Alle diese Fälle mögen bedenklich sein; die Art und Weise indes, in der das Kartellamt erwünschte und unerwünschte Kooperationen auseinandersortiert, ist nicht minder bedenklich, denn sie ist im Gesetz nicht vorgesehen. Das Recht macht keinen Unterschied zwichen guten und schlechten Kartellen; wenn eines fällt, dann müssen alle mit.

Das wäre nicht einmal ein großes Unglück, denn das Wettbewerbsrecht kennt ja die Einrichtung des Mittelstandskartells – die Industrie muß schließlich auch damit leben. Allerdings ist es unschön, den gesamten Handel mit einem Geflecht von Kartellen zu überziehen, die anschließend genehmigt und der Mißbrauchsaufsicht unterstellt würden. Zu diesem Zweck müßte überdies das Gesetz geändert werden, denn die einschlägige Bestimmung paßt zwar auf Hersteller, aber nicht auf den Handel.

Da wäre es wohl eleganter, aus der Bauwirtschaft die Idee der Arbeitsgemeinschaft zu übernehmen: Wettbewerbsbeschränkungen zwischen den Mitgliedern sind möglich, wenn ein Unternehmen eine bestimmte Leistung mangels Kapazität nicht allein erbringen kann. Und schließlich gibt es die Möglichkeit, eine „Spürbarkeitsgrenze" einzuziehen, nach dem Motto: Wenn zwei Kleine sich zusammentun, tut es niemandem weh.

Wo aber soll sie gezogen werden – bei zwei Milliarden Mark Umsatz oder schon bei einer? Ist eine Milliarde, die mit 200 000 Artikeln erlöst wird (Warenhaus), dasselbe wie eine Milliarde aus 650 Artikeln (Aldi)? Die Antwort kennt man wohl auch im Amt Kartte nicht – vermutlich wird sich also der Knüppel, mit dem die Wettbewerbshüter so effektvoll gedroht haben, demnächst selbständig machen.

AUF EIN WORT



„In einer sozialen Marktwirtschaft muß es auch Grenzen geben. Es geht hier nicht darum, einen Schutzraum zu errichten oder notwendige Strukturänderungen zu blockieren. Vielmehr geht es allein darum, daß im Wettbewerb nur die bessere Leistung entscheidet, nicht aber leistungsfremde oder unlautere Praktiken den Ausschlag geben."

Anton Jaumann, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr
FOTO: FRED SCHÖLLHORN

Ministererlaubnis wurde verweigert

dpa/VWD, **Bonn**

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hat es abgelehnt, der Vereinigten Elektrizitätswerke AG (VEW), Dortmund, die Erlaubnis für den Erwerb der Societe Nouvelle Sidechar S.A. (Sidechar), Paris, zu erteilen. Der Zusammenschluß war bereits vom Bundeskartellamt in Berlin untersagt worden. Mit dem Erwerb hätten die Vereinigten Elektrizitätswerke ihren Anteil an der Ruhrkohle AG (RAG) um die von der Sidechar gehaltenen rund acht Prozent auf rund 30 Prozent aufgestockt. Den Antragstellern steht jetzt noch eine Beschwerde beim Berliner Kammergericht offen.

FERNMELDEDIENSTE

Wirtschaft wehrt sich gegen Bevormundung durch Post

Go. **Bonn**

Die Wirtschaft will sich nicht länger von der Bundespost vorschreiben lassen, in welchen Bereichen und zu welchen Bedingungen sie die Fernmeldenetze und -dienste in Anspruch nehmen darf. Vielmehr verlangt sie von der Post gerade bei der Einrichtung der neuen Fernmeldedienste (Stichwort ISDN) mehr Flexibilität und mehr privatwirtschaftliche Mitwirkung insbesondere im Endgerätesektor.

In diesem Sinne äußert sich der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) in einem am Montag bekanntgewordenen Positionspapier zur Fernmeldepolitik. Seine Auffassung deckt sich, wie zu hören ist, in wesentlichen Punkten mit der internen Meinungsbildung beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Wie es in dem Papier unter anderem heißt, werde der Wirtschaft und speziell den Nutzern der künftigen Technik Zurückhaltung bei ihren Umstellungsentscheidungen zugebilligt werden müssen, solange die wesentlichen Rahmenbedingungen für die benutzungs- und gebührenrechtliche Seite der künftigen ISDN-Dienste noch ungeklärt seien.

Auf jeden Fall wollen die Anwender nicht genötigt werden, vollstandardisierte Dienste oder „überregulierte" Endeinrichtungen in Anspruch zu nehmen, wenn sie dafür keinen Bedarf hätten. Ob die neue Telekommunikationsordnung (TKO) Anschluß- und Benutzungsbedingungen praxisnäher regele, könne noch nicht beurteilt werden, da der Wirtschaft keine Gelegenheit gegeben wurde, am Verordnungsentwurf mitzuarbeiten.

FINANZMÄRKTE

Dollarkurs eher abwärts und Sorgen an der Schuldenfront

cd. **Luxemburg**

Der Dollarkurs wird nach Einschätzung von Hilmar Kopper, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, in den nächsten Monaten unter möglicherweise hektischen Schwankungen eher noch etwas sinken als steigen. Es erscheine zweifelhaft, ob es gelingen wird, den Dollarkurs auf einem allen Seiten genehmen mittleren Niveau zu stabilisieren. Auch für das Pfund sieht der Bankier wegen des Ölpreisrückschlags und der britischen binnenwirtschaftlichen und politischen Probleme keinen Anlaß zu Optimismus. Für nicht akut hält Kopper die Frage einer Wechselkurskorrektur im EWS.

Wie schon andere Bankiers warnt auch Kopper vor den Risiken mancher Finanzinnovationen, und er begrüßt daher Initiativen für eine internationale koordinierte Aufsicht über solche Geschäfte. Nationale Alleingänge oder Abstinenz in dieser Frage, die zu Wettbewerbsverzerrungen führen, müßten allerdings vermieden werden. Dennoch wären Einschränkungen nur in der Bundesrepublik und in einigen anderen Ländern ein kleineres Übel als überhaupt keine Aktivitäten der Aufsichtsbehörden.

Besorgt äußerte sich Vorstandsmitglied Werner Blessing zur internationalen Schuldenkrise. Er hält es für völlig ausgeschlossen, daß die privaten Banken allein den von Mexiko wegen des Ölpreisverfalls angemeldeten zusätzlichen externen Kreditbedarf von 3 Milliarden Dollar dekken. Er zweifelt daran, daß sich die Leistungsbilanzen der ölimportierenden Entwicklungsländer durch die Ölentlastung nennenswert verbessern können. Die Vorteile, so fürchtet er, werden teilweise durch das Nachholen anderer Importe wieder aufgefressen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bangemann setzt sich für ECU ein

Bonn (AP) – In einem Schreiben an Finanzminister Gerhard Stoltenberg hat sich Wirtschaftsminister Martin Bangemann dafür ausgesprochen, die Beschränkungen für eine private Verwendung der europäischen Währungseinheit ECU in der Bundesrepublik fallen zu lassen. Dies bestätigte das Wirtschaftsministerium. Angesichts der zunehmenden Verwendung des ECU im privaten Zahlungsverkehr innerhalb der Europäischen Gemeinschaft habe die deutsche Wirtschaft durch die Beschränkungen Wettbewerbsnachteile.

Bund senkt Zinsen

Bonn (AP) – Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche hat der Bund die Zinsen für Bundesobligationen gesenkt. Wie das Finanzministerium mitteilte, wird der Verkauf der 6,25-Prozent-Bundesobligationen, Serie 60 von 1986 (1991), mit einem Verkaufskurs von zuletzt 101,00 Prozent und einer Rendite von 6,01 Prozent mit Ablauf des Tages eingestellt. Ab heute werden die neuen 6,00-Prozent-Bundesobligationen, Serie 61 von 1986 (1991), zum Verkaufskurs von 100,10 Prozent und einer Rendite von 5,98 Prozent verkauft.

Höherer Güterumschlag

Hamburg (dpa/VWD) – Der Güterumschlag in den 13 wichtigsten deutschen Seehäfen ist 1985 um vier Prozent gestiegen. Wie das Bundesverkehrsministerium mitteilte, wurden 135,4 Mill. Tonnen umgeschlagen, das sind 5,2 Mill. Tonnen mehr als im Vorjahr. Die einzelnen Häfen schnitten dabei unterschiedlich ab. Hamburg erreichte mit 57,2 Millionen Tonnen einen Zuwachs von 11,2 Prozent. In Bremen stieg der Umschlag um 4,6 Prozent auf 27,9 Millionen Tonnen.

Gegen UWG-Novelle

Bonn (AP) – „Schwerste Bedenken" hat der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) gegen die geplante Änderung des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb erhoben. Der Zentralausschuß wandte sich gegen die vorgesehene Bestimmung, wonach bei der Verfolgung von Wettbewerbsverstößen der Beschwerdeführer die Kosten für die erste Abmahnung aus eigener Tasche zahlen soll. Der ZAW meinte dazu, die Neuregelung würde auch seriösen Vereinen und Mitbewerbern das Vorgehen erheblich erschweren.

Mit der D-Mark in Winterurlaub
Kaufkraft einer DM im Winter 1985/86

Land	in DM
Italien	1,10
Frankreich	0,99
Österreich	0,94
Schweiz	0,75

Quelle: Bundesverband deutscher Banken — CONDOR

Der Winterurlaub ist für die Bundesbürger ein relativ teures Vergnügen. Denn in drei von vier klassischen Winterurlaubsländern erhalten sie in dieser Saison für ihre D-Mark weniger als zu Hause und weniger als im Winter 84/85. Eine Ausnahme bildet Italien: Hier stieg der Wert der Urlaubsmark gegenüber der vorherigen Wintersaison, so daß der Kaufkraftvorteil nunmehr 10 Pfennige je Mark beträgt.
QUELLE: CONDOR

BFH: Bezeichnung wichtig

München (Kl.) – Ein Steuerbescheid ist nur dann wirksam, wenn das Finanzamt den Steuerschuldner richtig bezeichnet. Fehler in der Bezeichnung des Steuerschuldners können nach Auffassung des Großen Senats des Bundesfinanzhofs (GrS 4/84) nicht durch Richtigstellung im weiteren Verfahren geheilt werden. Der Bundesfinanzhof hielt aus diesem Grund die an eine GmbH gerichteten Kraftfahrzeugsteuerbescheide für rechtsunwirksam, weil die Gesellschaft bei Erlaß der Bescheide infolge Umwandlung in eine KG erloschen war.

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Personalzusatzkosten stiegen auf eine neue Höchstmarke

ep. **Bonn**

Die Personalzusatzkosten im Produzierenden Gewerbe haben 1985 mit 24 800 DM je Arbeitnehmer im Jahr einen neuen Höchststand erreicht. Damit stiegen sie gegenüber 1984 um 1000 DM, heißt es in einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW).

Während 1984 die zusätzlichen Aufwendungen 79,60 DM betrugen, zahlten die Unternehmen je 100 DM Entgelt für tatsächlich geleistete Arbeit im vergangenen Jahr 80,20 DM drauf. Die Zusatzkosten machen inzwischen 44,5 Prozent der gesamten Personalkosten und 80,2 Prozent des Direktentgeltes aus.

Die gesetzlichen Personalzusatzkosten (zum Beispiel Sozialversicherungsbeiträge) sind vor allem wegen der höheren Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung und der erhöhten durchschnittlichen Beitragssätze in der Krankenversicherung um 0,4 Prozentpunkte auf jetzt 35,8 Prozent gestiegen. Der Anstieg der tariflichen und betrieblichen Personalzusatzkosten um 0,2 Prozent ist hauptsächlich auf die höheren Sonderzahlungen – Tantiemen, erfolgsabhängige Prämien, Gratifikationen – zurückzuführen.

Die langfristige Tendenz, daß die Personalzusatzkosten stärker zunehmen als das Entgelt für geleistete Arbeit, blieb nach IW-Berechnungen auch 1985 ungebrochen: Von 1966 bis 1985 stiegen die Zusatzkosten jährlich um 10,1 Prozent, das Direktentgelt nahm jährlich nur um 6,6 Prozent zu. Das IW schätzt, daß höhere Beiträge zur Sozialversicherung die Personalzusatzkosten in diesem Jahr auf über 80,5 Prozent des Direktentgelts hochtreiben.

ARBEITSRECHT / Schutzvorschriften bewirken eher Nach- als Vorteile

Kronberger Kreis fordert mehr Markt

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Das Arbeitsrecht wirkt nach Ansicht des Kronberger Kreises, einem Zusammenschluß liberaler Wirtschaftswissenschaftler, nicht zum Nutzen, sondern zum Nachteil der Arbeitnehmer. „Mehr und sichere Arbeitsplätze können nur durch weniger und nicht durch mehr arbeitsrechtliche Schutzvorschriften geschaffen werden", heißt es in der neuen Schrift „Mehr Markt im Arbeitsrecht". Das Beschäftigungsförderungsgesetz enthält einige Elemente, die in die richtige Richtung weisen. Aber die Verkrustungen am Arbeitsmarkt seien damit nicht nachhaltig beseitigt worden. Deshalb schlägt der Kronberger Kreis im Bereich des Individualarbeitsrechts vor:

– Im Kündigungsschutzgesetz sollten die Kriterien der „sozialen" Auswahl auf Aspekte wie Leistung und Dauer der Betriebszugehörigkeit reduziert werden.

– Die Bestimmungen im Betriebsverfassungsgesetz über den Sozialplan sollten gestrichen werden.

– Die Befristung von Arbeitsverhältnissen und der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung sollten auf bis zu drei Jahre angehoben werden.

– Das Monopol der Bundesanstalt für Arbeit auf Vermittlung von Arbeitnehmern sollte beseitigt werden.

Im Bereich des kollektiven Arbeitsrechts befürwortet der Kronberger Kreis, daß durch eine Änderung des Tarifvertragsgesetzes den Unternehmen und den Betriebsräten die Möglichkeit eingeräumt wird, durch Betriebsvereinbarungen von den tarifvertraglichen Regelungen abzuweichen. Überdies sollte der Gesetzgeber eine verbindliche und vor allem klärende Rahmenordnung für den Ablauf von Arbeitskämpfen schaffen, so daß der Streik wirklich zur ultima ratio einer Tarifauseinandersetzung wird. Dies setze sowohl die in der Praxis aufgeweichte Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit als auch die Bindung der Arbeitskampfmittel an das Gebot der Verhältnismäßigkeit und der Erforderlichkeit voraus. Konkret wird ein zwingendes Erfordernis von Urabstimmungen, eine Festlegung bestimmter Quoten, die Einhaltung von Friedenspflichten, ein Verbot von Warnstreiks und die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen eine Abkühlphase vorzuschreiben, gefordert.

Der Kronberger Kreis unterstützt das Bemühen der Bundesregierung, den Neutralitätsparagraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz klarer zu formulieren. Er hält den eingeschlagenen Weg allerdings für wenig geeignet. Er plädiert dafür, aus dem Paragraphen lediglich die Ermächtigung zum Erlaß der Neutralitätsanordnung zu beseitigen. Dieses legislative Signal würde von den Sozialgerichten beachtet werden.

ITALIEN / Camping-Geschäft mit hohem Zuwachs

Gutes Touristikjahr erwartet

ds. Mailand

Die italienischen Fremdenverkehrs-Offiziellen sind fest entschlossen, die Stellung Italiens als größtes Urlaubsland Europas weiter zu festigen. Der italienische Fremdenverkehrsminister Lelio Lagorio erwartet, wie er auf der in Mailand stattfindenden Touristik-Messe BIT erklärte, für 1986 „ein gutes Touristikjahr, sobald wir das US-Loch gestopft haben". Die einzigen Schatten, die die sonst guten Aussichten derzeit etwas verdunkeln, sind die zahlreichen Abmeldungen aus den USA, wo die Angst vor dem Mittelmeer-Terrorismus die Lust am Mittelmeer-Tourismus verdorben hat.

Die Ausfälle, die sich hier abzeichnen, werden vor allem die First-Class- und Luxushotels betreffen, deren Gäste sich zu rund einem Drittel aus US-Touristen zusammensetzen. Demgegenüber erwarten das mittlere Beherbergungsgewerbe und die Campingbetriebe eine weitere Zunahme der Übernachtungen sowohl von Ausländern als auch Einheimischen. Große Hoffnungen werden nicht nur in die deutschsprachigen Urlauber gesetzt, die das Gros der Ausländertouristen stellen, sondern auch in die Nordeuropäer.

Im Jahre 1985 nahm Italien aus dem Auslandstourismus 17 000 Mrd. Lire (knapp 25 Mrd. DM) ein, 13 Prozent mehr als im Vorjahr, während für 1986 ein Devisenzustrom von 19 000 bis 20 000 Mrd. Lire erwartet wird. Dabei rechnen Fremdenverkehrs-Offizielle fest damit, daß die Lira im Rahmen einer Wechselkursanpassung innerhalb des Europäischen Währungssystems gegenüber der Mark mindestens sechs bis acht Prozent ihres Wertes einbüßen wird. Da die Inflationsrate in Italien 1986 nicht mehr als sechs Prozent betragen dürfte, erwarten italienische Touristikexperten, daß ein Italienaufenthalt an Attraktivität gewinnen könnte.

1985 wurde Italien von 50 Mill. Ausländern besucht, wovon aber 26 Mill. Tagesausflügler waren. Das Touristikgeschäft wird auf insgesamt 60 000 Mrd. Lire geschätzt, während die Zahl der Übernachtungen 341 Mill. erreichte (plus 2,9 Prozent). Davon entfielen 159 Mill. auf das Beherbergungsgewerbe, der Rest auf private Zimmervermietungen und Campingbetriebe, deren Anteil am Touristikgeschäft ständig zunimmt.

Gegenüber der Zahl der Franzosen und Westdeutschen, die 1985 im Ausland Urlaub machten (elf bzw. 18 Mill.), ist die der Italiener mit vier Mill. noch relativ bescheiden. Sie steigt aber ständig an; und zwar nicht nur in Richtung Übersee, sondern auch mit Ziel Europa. Auch die Bundesrepublik bekommt ihren Italiener-Tourismus ab: 1985 waren es immerhin 2,5 Mill. Übernachtungen. Nach Schätzungen der Mailänder Vertretung der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr gaben die italienischen Touristen 1985 in der Bundesrepublik 1,2 Mrd. DM aus. Sie standen damit in der Ausländerskala an fünfter Stelle.

US-GETRÄNKEMARKT / Aufweichung der Antitrustgesetze fördert Konzentration

Coca und Pepsi halten achtzig Prozent

H.-A. SIEBERT, Washington

Der US-Markt für alkoholfreie Getränke, auf dem jährlich 26 Mrd. Dollar umgesetzt werden, ist kräftig durchgeschüttelt worden. Das Ergebnis ist, wenn die Antitrustbehörden in Washington ihr Plazet geben, eine fast klassische Duopol-Situation: Der Makrtanteil von Coca-Cola und Pepsico steigt von 39 auf 46 beziehungsweise 28 auf 35 Prozent. Von der nationalen Konkurrenz bleibt kaum etwas übrig; es folgen Royal Crown Cola und Reynolds Industries (jeweils 4,6) sowie viele Kleinbetriebe (9,8 Prozent).

Das Beben ausgelöst hat die Pepsico Inc. unter ihrem Vorstandsvorsitzenden Donald M. Kendall, dem es Anfang der 70er Jahre mit Hilfe von Präsident Richard Nixon gelang, Coca-Cola den Rang abzulaufen und seine braune Brause in der Sowjetunion zu etablieren. In der letzten Januarwoche erwarb er von der Philip Morris Companies Inc. für 380 Mill. Dollar die Seven-Up Co., die Nummer drei unter Amerikas Limonadenherstellern. Damit hätte Pepsico sich sehr nah an den ewigen Ersten Coca-Cola heranrobben können.

Für Kendall waren die Aussichten, sich an die Spitze zu setzen, deshalb günstig, weil Seven-Up über ein weltweites Franchisenetz – besonders weit gespannt in den Niederlanden, Kanada, Mexiko, Argentinien und den Philippinen – verfügt. Auf den wichtigsten ausländischen Märkten erreichte sein Anteil am Absatz von Zitronenbrause, deren Nachfrage außergewöhnlich stark zunimmt, bereits 60 Prozent. Massiv einsetzen wollte Kendall auch Pepsicos globale Marketingorganisation – ein Instrument, das Philipp Morris, die Seven-Up 1978 für 520 Mill. Dollar kaufte, nicht besitzt. Der Zigarettenkonzern braut zwar Bier, darunter Löwenbräu in Milwaukee, wußte aber mit „Soft-Drinks" nichts anzufangen.

Jedoch dauerte es nicht einmal einen Monat, bis die Coca-Cola Co., die auch Lebensmittel und Spiefilme herstellt, die drohende Gefahr mit einem überraschenden Coup bannte: Der Konzern übernimmt für 470 Mill. Dollar von der Forstman Little & Co., eine New Yorker Invesitionsgemeinschaft, die Dr. Pepper Co., die vor allem im Südwesten der USA bekannt ist. Das Getränk mit würzigem Kirschgeschmack wird seit fast 100 Jahren zusammengegossen; mit 6,9 Prozent Marktanteil ist „Dr. Pepper" nach Seven-Up (sieben Prozent) die Nummer vier in den USA.

Mit Coca-Colas Schachzug ist der alte Abstand zwischen den Kontrahenten wiederhergestellt. Beide werden größer, indem sie die nachgeordneten Firmen schlucken. Sowohl Coca-Colas als auch Pepsicos Aktien schossen nach oben. Von den Zusammenschlüssen nicht betroffen sind die Abfüllfirmen, die „mit der Marke gehen" und deren Zahl in den USA von 1950 bis 1983 von 6330 auf 1500 gesunken ist. Jeder Amerikaner hat 1985 jedoch mehr als 150 Liter „Sodas" zu sich genommen, verglichen mit 61 Liter 1965.

Sturm gegen die Kontrolle des US-Marktes durch die Giganten läuft Royal Crown. Aber schon bisher haben Antitrustklagen keinen Erfolg gehabt, weil es auf die Einordnung der Marktsegmente ankommt. Wegen des umfangreichen Auslandsgeschäfts spricht die von Präsident Reagan vorgeschlagene Entschärfung der Antitrustgesetze gegen ein Kaufverbot. Wie die R. J. Reynolds Industries Inc. (Canada Dry, Hawaiian Punch und Sunkist) bleibt Royal Crown ein entfernter Mitbewerber.

Die größten Gewinner sind indes die 15 US-Bürger und zehn betrieblichen Pensionsfonds, die an der Forstman Little & Co. beteiligt sind. Die Investoren, die im Februar 1984 die Dr. Pepper Co. erwarben, erhalten das Zehnfache ihres Einsatzes zurück. Damals setzten sie 30 Mill. Dollar ein, während vom Kaufpreis abzüglich 170 Mill. Dollar Schulden 300 Mill. Dollar übrigblieben.

Das funktionierte so: Die Gruppe kaufte die Pepper-Aktien für 650 Mill. Dollar auf. Außer den Eigenmitteln borgte sie sich 620 Mill. Dollar. Das Pepper-Management übernahm 14 Prozent des Sachvermögens. Forstman Little & Co. verkaufte dann Dr. Peppers Canada Dry für 175 Mill. Dollar an die Reynolds Industries. Weitere 275 Mill. Dollar wurden durch das Abstoßen von Anlagevermögen erlöst. Die Restschulden zahlt Coca-Cola.

WGZ-BANK / Gutes Testat für das Kreditportefeuille

Dickes Liquiditätspolster

Py. Düsseldorf

Neben einer seit Jahren betriebenen Politik der inneren Stärkung und hohen Risikovorsorge hat die Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG (WGZ), Düsseldorf, 1985 ihr Eigenkapital beträchtlich aufgestockt. Nach den Worten von Vorstandsmitglied Werner Thiemann war dies durch die günstige Geschäftslage begünstigt, die eine Vorwegzuweisung von 50 (45) Mill. DM in die offenen Rücklagen ermöglichte.

Aber auch die 658 Mitgliedsinstitute haben ihren Teil mit einer Rekordzeichnung von 61 Mill. DM an Geschäftsanteilen beigetragen, was Thiemann als einen „klaren Vertrauensbeweis für die geschäftspolitische Linie der Bank" ansieht. Dieser ergiebige Liquiditätszufluß erlaubte den Zuwachs der Verbindlichkeiten gegenüber anderen Banken zu drosseln (siehe Tabelle).

Die Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gläubigern haben sich bei gesunkenem Sparbriefabsatz auf 1,6 Mrd. DM reduziert. In richtiger Zinseinschätzung wurden die umlaufenden eigenen Schuldverschreibungen stark „zurückgefahren". Auf der Aktivseite wurden die zugeflossenen Mittel von 1,2 Mrd. DM für Anlagen bei anderen Banken und für die Aufstockung der Wertpapierbestände (5,34 nach 4,67 Mrd. DM) verwandt. Zusammen mit den Bankenforderungen verfügt das Institut über ein ansehnliches Liquiditätspolster.

Im Kundenkreditgeschäft gab es einen kleinen Rückgang, unter Ausklammerung von Verkäufen und Fälligkeiten von Schuldscheinen hat jedoch das eigentliche Kundenkreditgeschäft trotz Tilgungsaufkommen von knapp 500 Mill. DM um fast ein Prozent zugenommen. Die Kreditrisiken, so betonte Thiemann, sind generell mit großer Sorgfalt bewertet. Das gelte für Einzel- wie für Länderrisiken. Der eigene Prüfungsverbund Treuverkehr und die staatliche Treuarbeit haben vor dem Hintergrund der Vorgänge um die Bayerische Raiffeisen Zentralbank auf Wunsch der WGZ das Kreditgeschäft geprüft und der WGZ ein „breit gestreutes, konventionelles, ordentliches Engagement" testiert.

Zu dem um 20 Prozent auf 250 Mill. DM gestiegenen Betriebsergebnis haben zinsabhängiges Geschäft und Provisionsüberschuß ebenso beigetragen wie der Wertpapier-Eigenhandel. Die Zinsspanne stieg auf 1,13 (1,08) Prozent.

WGZ-Bank	1985	±%
Kredite (Mill. DM) an		
Mitgliedsbanken	6 981	−9,0
Nichtbanken	3 115	−3,6
Einlagen von		
Mitgliedsbanken	12 093	+12,8
sonstige Banken	6 555	+3,0
Nichtbanken	1 624	−2,2
Bilanzsumme	22 456	+3,8
Geschäftsvolumen	24 962	+5,6
Zinsüberschuß	258	+7,1
Provisionsüberschuß	50	+11,5
Jahresüberschuß	64	+18,9
Eigenkapital	768	+16,9
in % d. Bilanzsumme	3,41	(3,09)

KONJUNKTUR / Briten erwarten kräftiges Wachstum

Inflationsrate soll sinken

fu, London

Zum ersten Mal seit 1964 könnte das Wirtschaftswachstum in Großbritannien im kommenden Jahr über der Inflationsrate liegen. Diese Entwicklung hält jedenfalls die angesehene London Business School (LBS) in ihrer jüngsten Konjunkturanalyse durchaus für möglich. Sie begründet ihren Optimismus mit den stark gefallenen Ölpreisen und einer entsprechend abgeschwächten Pfund-Parität gegenüber den Währungen der wichtigen Wettbewerbsländer wie etwa Deutschland.

Gegenwärtig liegt die Jahresinflationsrate bei 5,5 Prozent. Sie wird, so die LBS, im Jahresdurchschnitt 1987 nur 3,3 Prozent betragen. Von einem Anziehen der weltweiten Nachfrage aufgrund der Ölpreis-Baisse wird insbesondere die britische Wirtschaft mit einem günstigen Wechselkursniveau profitieren. Damit könnte das Bruttosozialprodukt im kommenden Jahr um mehr als 3,3 Prozent wachsen, nachdem sich das Wachstum den LBS-Prognosen zufolge in diesem Jahr gegenüber 1985 von 3,6 auf 2,4 Prozent abschwächen wird.

Nicht minder optimistisch ist das Ergebnis der jüngsten Umfrage des britischen Unternehmerverbandes CBI ausgefallen. Gegenüber den vergleichsweise pessimistischen Antworten der Januar-Umfrage wird ein regelrechter „Vertrauens-Sprung" deutlich. So rechnen 34 Prozent der Befragten in den kommenden vier Monaten mit einer Produktionsausweitung. Nur elf Prozent erwarten eine Abschwächung. Schon jetzt ist eine Verbesserung der Auftragslage sowohl aus dem Inland als auch bei Exporten nicht zu übersehen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: **Bad Hersfeld:** Heinrich Honstein, Bauuntern., Kirchheim-Goßmannsrode; **Bamberg:** Dr. med. Hans Dobroschke, Arzt; **Berlin:** EGTS Elektro-Gebäudetechnik-Service GmbH; **Bielefeld:** Nachl. d. Ekkard Henkenjohann; **Brake:** Nachl. d. Siegfried Bauer, Gastwirt; **Braunschweig:** Bernd Schaller, Inh. e. Glas- u. Teppichreinigungsgeschäfts; **Duisburg:** Nachl. d. Werner Röder; **Eutin:** Georg Jürgens KG, Fissau; **Hamburg:** Sanders Institute (Deutschland) GmbH; **Karlsruhe:** Nachl. d. Günther Gustav Werner Wilhutzki; **Mainz:** Hans-Peter Herlitzius, Walluf; **Menden:** M-K-Light Leuchten-Fabrikations- und Verwaltungs-Ges. mbH; M-K-Light Leuchten-Fabrikations-Ges. mbH & Co. KG; Menden 1; Hans-Dieter Bründl, Bauuntern.; **Münster:** Hohmann-Baustoffe GmbH, Ennigerloh; **Norden:** Heinz Burghardt, Busunternehmer; **Nürnberg:** Hörl Touristik GmbH; Herbert Zippel GmbH & Co. KG, Altdorf; **Offenbach:** Nachl. d. Erwin Friedrich Paul Albert Hoffmann, Dietzenbach; **Regensburg:** Kaletsch Damenoberbekleidung GmbH, Cham; **Rendsburg:** SEABEX Industr. Tiefseetechnik GmbH & Co. 1. Beteiligungs KG; SEABEX Industr. Tiefseetechnik GmbH; **Wesel:** Josefa van Clewe, Hamminkeln; **Wittlich:** Holzbau Johann Müller GmbH, Dockweiler.

Vergleich eröffnet: **Goslar:** BUHLIG-Verwaltungsges. mbH; **Wesel:** O & P Schuhstübchen GmbH.

GROSSBRITANNIEN / Verluste durch Ölpreisverfall erschweren Steuergeschenke

Nettokreditaufnahme relativ gering

WILHELM FURLER, London

Die Überraschung in der Londoner City war riesengroß: Über nur 3,2 Mrd. Pfund (10,7 Mrd. DM) lautete der Betrag der staatlichen Nettokreditaufnahme in den ersten zehn Monaten des Finanzjahres 1985/86 (es endet Anfang April). Für das ganze Finanzjahr liegt der Neuverschuldungsrahmen der Regierung in London bei 8 Mrd. Pfund. Selbst Pessimisten sind überzeugt, daß es der Regierung, trotz der zu erwartenden hohen Kreditaufnahme während der verbleibenden zwei Monate gelingen wird, unter diesem Ansatz zu bleiben.

Die extrem niedrige Nettokreditaufnahme in den ersten zehn Monaten resultiert in erster Linie daraus, daß die Regierung wegen erheblich über den Erwartungen liegender Steuereinnahmen (hohe Unternehmensgewinne, stark gestiegene Mehrwertsteuereinkünfte) im Januar immerhin 4,5 Mrd. Pfund an Nettorückzahlungen leisten konnte. Dieser Betrag ist mehr als doppelt so hoch wie der allgemein erwartete.

Exporte werden erleichtert

Für die Regierung kommt diese Nachricht genau zur rechten Zeit. Sie hat in den letzten Monaten mit rapide fallenden Ölpreisen und entsprechend niedrigeren Steuereinnahmen aus Nordseeöl ihren Spielraum für fiskale Geschenke dahinschmelzen sehen. Dabei sind Steuergeschenke gerade im kommenden März-Budget nach den empfindlichen Blessuren, die die Thatcher-Mannschaft mit der Westland-Affäre davongetragen hat, eine Notwendigkeit.

Ursprünglich, das heißt vor dem Einsetzen des Ölpreisverfalls, lag der Spielraum für fiskale Justierungen im Budget, das vom Schatzkanzler am 18. März vorgetragen wird, bei zwischen drei und 3,5 Mrd. Pfund, wenn die Höhe der Staatsverschuldung beibehalten werden sollte. Dieser Betrag wird nach Modellrechnungen des Schatzamtes im Verlauf des kommenden Finanzjahres durch Mindereinnahmen aus Nordseeöl mehr als aufgebraucht, falls die Ölpreise nicht wieder steigen.

Doch die Kehrseite der Medaille ist eine zu erwartende Wirtschaftsbelebung gerade auch in Großbritannien, die zu höheren Einnahmen für die Regierung in London führen wird. Der Ölpreisverfall hat das Pfund auf ein Niveau gedrückt, das britische Produkte in Europa und weltweit erheblich wettbewerbsfähiger macht.

Reduzierte Ölrechnungen in den Industrieländern bei einhergehender Inflatonsdämpfung beleben allgemein die Nachfrage, von der die britische Wirtschaft, deren Exporte zu 50 Prozent in westeuropäische Länder gehen.

So gesehen sind die Aussichten für die Regierung, doch noch Steuerkonzessionen in ihr Budget einzubauen, nicht schlecht, zumal die überraschend niedrige Nettokreditaufnahme während der ersten zehn Monate des jetzt auslaufenden Finanzjahres zusätzlichen Spielraum schafft. Er könnte durch eine inflationsneutrale Anhebung der Benzinsteuern nach dem jüngsten Rückgang der Benzinpreise noch ausgeweitet werden. Hohe Beamten im Schatzamt prüfen gegenwärtig die Möglichkeiten, im Budget eine Besteuerung der finanziellen Dienstleistungen, insbesondere eine Steuer auf Banktransaktionen, einzuführen.

Denkbar ist auch, daß Regierungschefin Thatcher zur raschen Wiederherstellung ihrer angeknacksten Popularität diesmal bereit ist, den Verschuldungsrahmen von 8 Mrd. Pfund um bis zu 1 Mrd. auszuweiten. Dies wäre möglich. Eine staatliche Nettokreditaufnahme im kommenden Finanzjahr von 9 Mrd. Pfund würde 2,25 Prozent des Bruttosozialproduktes ausmachen.

Ausgaben für den Bau

Die Frage, wo Steuererleichterungen ansetzen sollten, hat Frau Thatcher in den letzten Tagen bereits selbst beantwortet. Sie möchte die Steuerlast für die unteren 50 Prozent der Lohn- und Einkommensbezieher durch eine Anhebung der Freibeträge und Eintrittsgrenzen deutlich über die Inflationsrate hinaus erleichtern.

Durchaus denkbar ist darüber hinaus auch ein im Budget vorgelegtes Programm zusätzlicher Staatsausgaben, unter anderem in den Bereichen Haus- und Wohnungsrenovierung, Arbeitsprogramme der Gemeinden für Arbeitslose oder Infrastruktur, um entschiedener als bisher und insbesondere wählerwirksam das Problem der extrem hohen Arbeitslosigkeit direkt anzugehen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Fielmann-Optik kauft zu

Hamburg (Rei.) – Die Fielmann-Optik, größte Kette von Optiker-Fachgeschäften in der Bundesrepublik mit Sitz in Hamburg, übernimmt per 1. März den Branchen-Fünften, Optik Lühmann, ebenfalls Hamburg. Als Kaufpreis wurde „eine zweistellige Millionensumme" genannt. Wie Jürgen Lühmann gestern in Hamburg sagte, habe er auch mit Kapitalgesellschaften verhandelt, sich dann aber doch entschlossen, zur Wahrung des mittelständischen Charakters der Branche an Günther Fielmann zu verkaufen, der in 13 Jahren mit modischen Kassenbrillen und flotter Werbung an die Spitze der Branche gelangt war. Durch die Übernahme kommen 22 Fachgeschäfte zu den schon vorhandenen 85 von Fielmann hinzu. Mit 1470 Mitarbeitern will Fielmann 1986 einen Umsatz von 225 (1985: 198) Mill. DM erreichen. Jede zehnte der voraussichtlich zwölf Millionen Brillen, die 1986 verkauft werden, soll aus einem Geschäft der Fielmann-Kette stammen.

LSI Logic splittet Aktien

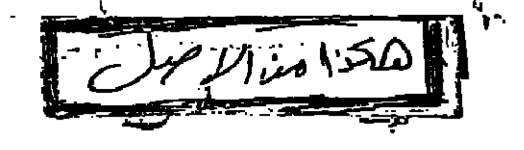
Hannover (dos) – Die LSI Logic Corp., Milpitas/Kalifornien, einer der führenden Hersteller von Anwender-spezifischen Schaltkreisen, will ihren Aktionärskreis über den Weg des Aktien-Splittings erweitern. Nach Angaben des Unternehmens, das in Braunschweig bis 1987 eine Fertigungsstätte errichtet, wird die Zahl der Aktien von derzeit 26 Mill. Stück auf 39 Mill. erhöht. Eine Kapitalerhöhung ist damit nicht verbunden. Die registrierten Aktionäre erhalten für jeweils zwei Stammaktien drei neue. Die LSI-Aktien werden in den USA im Freihandel verkauft. Das Unternehmen erwirtschaftete 1985 bei einem Umsatz von 140 Mill. Dollar einen Reingewinn von 10,1 Mill. Dollar.

Rechnungszins erhöht

Düsseldorf (Py.) – Als erstes Unternehmen hat jetzt die Vereinigte Eos-Isar Lebensversicherung AG, München, einen Tarif mit einem auf 3,5 (vorher 3) Prozent erhöhten Rechnungszins eingeführt. Es handelt sich um eine Pflegerenten-Versicherung. Die Erhöhung des Zinssatzes, über den die Lebensversicherer zur Zeit mit dem Bundesaufsichtsamt verhandeln, wird bei der Vereinigten Eos-Isar zu Beitragssenkungen um bis zu 20 Prozent führen.

Leffers bessert Gewinn

Düsseldorf (J. G.) – Das Bielefelder Textil- und Modehausunternehmen Leffers AG hat seinen Umsatz 1985 um 7,1 (17,4) Prozent auf 256 Mill. DM erhöht. Das hinter den Erwartungen zurückgebliebene Plus erklärt der Vorstand auch mit der Aufgabe des Heimtextiliengeschäfts in vier der sieben Filialen. Die Gesamtkosten seien um 7,3 Prozent gestiegen, darunter der Aufwand für die im Jahresdurchschnitt um 6 Prozent auf 1077 vermehrten „Vollbeschäftigten" um 9,8 Prozent auf 41,2 Mill. DM. Die Investitionen wurden auf 17 (38,1) Mill. DM zurückgenommen. Besserer Rohgewinn und nur umsatzproportionale Kostensteigerung lassen den Vorstand einen höheren Ertrag als 1984 erwarten. Damals hatte dies zur Reduzierung der Stammaktien-Dividende auf 7,50 (11) DM geführt.



„Diskussion über Kartellnovelle wäre verfrüht“

hg. Stuttgart

„Politiker müssen Werte setzen und nicht immer die Professoren fragen.“ Wolfgang Kartte, Präsident des Bundeskartellamts, hält nichts vom Glauben an selbständig ablaufende Mechanismen in der Marktwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft sei eine Wertordnung, unterstrich er in Stuttgart während eines Symposiums über die Konzentration im Handel, „und deshalb müssen die Politiker darüber nachdenken, was sie in ihr verwirklichen wollen“.

Für den Kartellamtspräsidenten ist auch die Vielfalt der Handelslandschaft ein „Wert an sich“ ebenso wie der Erhalt selbständiger Existenzen. Doch sieht er keinen Anlaß zu einer „voreiligen Diskussion“ über die nächste Kartellnovelle. Zur Zeit seien die Gerichte damit beschäftigt, das geltende Recht auf seine Anwendbarkeit im Handel auszuloten, „und Novellen entmutigen die Richter“.

Die Monopolkommission sieht ebenfalls wenig Handlungsbedarf für den Gesetzgeber. Ihr Generalsekretär Horst Greiffenberg hält allerdings einige Folgen der Konzentration im Handel für besonders schädlich, „weil eine Vielzahl miteinander verbundener Märkte betroffen ist, die in ihrer Gesamtheit sowohl für die Hersteller als auch für die Verbraucher unersetzlich sind“. Wie weit dieser Prozeß fortgeschritten ist, wird dadurch verdeutlicht, daß 0,1 Prozent der Unternehmen im Lebensmittelhandel 33 Prozent des gesamten Umsatzes in diesem Bereich auf sich vereinigen. Hier kann nach Ansicht der Monopolkommission eine Absenkung der Eingriffschwelle bei der Fusionskontrolle in Betracht gezogen werden. Bisher unterliegt der Erwerb von weniger als 25 Prozent dieser Kontrolle nicht.

Erwin Teufel, Vorsitzender der CDU-Fraktion im baden-württembergischen Landtag, sieht mit „großer Sorge“ den Rückgang der selbständigen Existenzen im Einzelhandel, „denn eine freie Gesellschaft lebt entscheidend von der Dynamik beruflicher Selbständigkeit“. In Gefahr gerate auch die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land.

BASF / Der Chemiekonzern peilt junge, dynamische Zielgruppe an – Nur Sportarten mit internationaler Resonanz

Lohnender Griff auf die Werbeflächen an den Pisten

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Auch Werbung ist manchmal Glückssache: Im Frühjahr 1985, als Boris Becker noch „ein vielversprechender und sympathischer junger Spieler war – aber nicht mehr“, nahm ihn die BASF für zwei Jahre unter Werbevertrag. Auf welches Rassepferd der Chemiekonzern gesetzt hatte, wurde erst ein halbes Jahr später offenbar, als fast über Nacht aus dem Nachwuchsspieler ein Tennis-Champion geworden war. Zufällig wohnt auch Axel Gietz, bei der BASF mit der Sportwerbung betraut, in Leimen und spielt dort Tennis wie auch Fußball ...



Skirennläuferin Marina Kiehl FOTO: BASF

Ein Neuling in den großen Sportarenen

So gelang der Glücksgriff einem Unternehmen, das selbst noch ein Neuling in den großen Sportarenen ist. Erst 1983, nachdem Hans Albers die Führungsspitze des Konzerns übernommen hatte, gab die BASF ihre langjährige Abstinenz in Sachen Sport auf. Zwar beschränkt sich das Endverbrauchergeschäft (und nur hier lohnt sich der „sportliche Einsatz“) der Ludwigshafener mehr oder minder auf einen einzigen Produktbereich, die Audio- und Video-Magnetbänder. Doch immerhin trägt dieses relativ kleine Segment schon eine zu den rund 40 Milliarden Mark Weltumsatz des Chemieriesen bei.

Und schon seit Jahren zeigt es sich sehr dynamisch, arbeitet in einem hart umkämpften Markt und peilt eine Zielgruppe an, bei der die Merkmale „jung“ und „überproportional stark am Sport interessiert“ besonders hervorstechen. Der Griff zu den Werbeflächen an den Pisten, in Stadien und Hallen lag also nicht fern.

Freilich: Die Sportart wollte sorgfältig gewählt sein. Denn sie hatte einige Voraussetzungen zu erfüllen:

- Ihr Image sollte zum Image der Produkte passen.
- Da die BASF ihr Video-Geschäft weltweit betreibt, sollte es sich auch um Sportwettbewerbe mit internationaler Resonanz handeln.
- Die Ereignisse sollten auch keine „Eintagsfliegen“ sein, sondern sich über einen längeren Zeitraum erstrecken.

In diesem Sieb blieb zunächst der Skisport hängen. 1983 schloß die BASF mit dem Internationalen Skiverband einen Vertrag ab, der sie zum Titelsponsor des „Ski World Cup“ machte, der fortan „BASF Ski World Cup“ hieß. Für einen Preis, den die Ludwigshafener wie alle anderen sportwerbenden Unternehmen diskret verschweigen, erhielten sie fernsehwirksame Werbeflächen: bei allen Läufen das Zielbanner, eine bestimmte Zahl von Banden und – beim Eröffnungs- und Schlußrennen sowie einer Zahl ausgewählter Rennen zwischendurch – die Flächen auf den Startnummern der Läufer.

Weil sich der Ski-Einsatz als erfolgreich erwies, gingen die Chemie-Werber bald auf die Suche nach einer regionalen und auch saisonalen Ergänzung. Wieder wurden sie fündig: Tennis sollte es sein, und das möglichst hoch angesiedelt. Der Davis-Cup war fest in japanischer Hand, so beschied man sich mit dem zweitbesten und wohl auch etwas verschlissenen Ereignis, dem einstigen King's Cup.

Titelsponsor des einstigen King's Cup

Aus ihm wurde – erstmals Anfang dieses Jahres – der „BASF European Cup“. Damit verzichteten die Veranstalter zwar auf die 50jährige Tradition des „King's“, hatten es aber sehr viel leichter, den neuen Sponsor an den Mann zu bringen. Der Cup, ausgerichtet vom Europäischen Tennisverband, wird in vier Divisionen in vier verschiedenen Städten Europas ausgetragen. London, Helsinki, Bordeaux und Bergen sind für 1986 ausgewählt. Und überall wird es viel Eindruck machen, wenn sich die Spieler mit großbedruckten BASF-Handtüchern den Schweiß von der Stirn wischen ...

Im Blickfeld will der Chemiekonzern auch sein, wenn es im Spätsommer 1986 um die Leichtathletik-Europameisterschaften geht. Die Werbeflächen auf den Startnummern sind schon gebucht. Doch nicht nur bei den großen Ereignissen mischt der europäische Magnetband-Marktführer mit, wenn auch hier die größte Medienresonanz zu erreichen ist.

Auch der Nachwuchs „läuft für BASF“, und das womöglich mit viel mehr Begeisterung. Denn 180 deutsche Mannschaften der Fußball-A-Jugend bekommen alle Jahre wieder ein dickes Paket (und einen kleinen finanziellen Zuschuß) aus Ludwigshafen: zwei Sätze Trikots mit dem Magnetband-Emblem, für einen kleinen Verein häufig schon eine spürbare Hilfe. Viermal im Jahr erhalten die Jugendfußballer zudem eine eigene Zeitschrift mit Informationen aus ihrem Interessenkreis.

Was die ganze Sportwerbung die „Aniliner“ kostet, verschweigen sie ebenso wie die Summen der Einzeletats. Geschätzt wird das Budget auf sechs bis sieben Millionen Mark. Und die sind gut angelegt, meint Axel Gietz mit dem Blick auf die Meldungen der Erfolgskontrolle. Allerdings: „Für die Sportwerbung braucht man einen langen Atem. Das ist keine Sache, die sich innerhalb eines Jahres bezahlt macht.“

BANKEN / Dienstleistungen gewinnen an Bedeutung

Die Versicherungen werden zu gefährlichen Konkurrenten

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die klassischen Marktsegmente im Kreditgewerbe werden aufbrechen, neue Mitbewerber, vor allem Versicherungsgesellschaften, werden traditionelle Bankprodukte und Dienstleistungen anbieten, und die Banken werden sich in neue Geschäftssparten vorwagen. Dadurch wird sich der Wettbewerb am Bankenmarkt in der Bundesrepublik weiter verschärfen. Das ist der Kern einer Studie, die von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Arthur Andersen & Co. GmbH, Frankfurt, in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Kreditwirtschaft an der Universität Hohenheim erstellt wurde und die sich auf die Antworten der 60 größten Institute aus dem Bereich der privaten Banken, der genossenschaftlichen Institute und der Sparkassen stützt.

Mit den Befragungsergebnissen, die in der von der weltweit tätigen Arthur Andersen & Co durchgeführten Studie „The Decade of Change – Banking in Europe – the next ten years“ veröffentlicht wurde, sollen vor allem kleine und mittlere Banken dazu angeregt werden, ihre Marketingstrategie dahingehend zu überprüfen, ob sie den Erfordernissen des Strukturwandels genügt.

Die Studie geht davon aus, daß die Zahl der großen nationalen Auslandsbanken weiter zunimmt und daß sich die Zahl der im traditionellen Geschäft tätigen deutschen Banken nicht wesentlich verändern wird. Vieles spreche dafür, daß Nichtbanken in traditionelle Bankmärkte wie das Depositengeschäft und den Konsumentenkredit eindringen und daß auf Spezialmärkten wie dem Merchant- und Investment-Banking tätige Institute ihre Angebotspalette verbreitern.

Zu direkten Wettbewerbern der Banken, so die Studie, werden vor allem Versicherungsgesellschaften, die künftig die volle Bankdienstleistungspalette einschließlich laufender Konten für Verbraucher anbieten. Die Einzelhandelsunternehmen werden dagegen, anders als sonst in Europa, wegen der großen Bankbeteiligungen an diesen Unternehmen keinen nennenswerten Anteil am Privatkundengeschäft erringen. Größere Erfolge billigt ihnen die Studie nur im Kreditkarten- und Teilzahlungsfinanzierungsgeschäft zu. Außerdem werde die Bundespost erfolgreich in neue Sparten wie das Home Banking und den Personalkredit eindringen. Zugleich wird erwartet, daß ausländische Broker, Kreditkartenorganisationen und Merchant-Banken dazu übergehen, Full-Service-Finanzberatung und Anlagenmanagement anzubieten.

Überhaupt rechnen die Befragten damit, daß Finanzdienstleistungen für Banken, Broker und Finanzvermittler immer wichtiger werden und daß sich die Nachfrage der Kunden vom traditionellen Kredit- und Einlagengeschäft zum nicht bilanzwirksamen Geschäft verlagert, wobei das Wertpapier- und Versicherungsgeschäft als am aussichtsreichsten hervorgehoben werden.

Im Konsumentenkreditgeschäft wird neben dem Zins die Qualität der persönlichen Beratung und die Schnelligkeit als besonders wichtig genannt. Das Manko neuer Anbieter sei trotz niedrigerer Zinsen und Gebühren die geringere Service- und Beratungsqualität und das Fehlen anderer Bankdienste. Auch im Firmengeschäft werde professionelle Beratung immer bedeutsamer, weil große Unternehmen unter Umgehung der Banken direkt an die Geldmärkte herantreten.

GESAMTMETALL / Trotz des 116-Streits setzen die Arbeitgeber auf Gemeinsamkeit

Dringlicher Appell an das „Wir-Gefühl“

THOMAS LINKE, Bonn

Die zeitliche Überschneidung der Ereignisse ist zufällig – aber nicht unerwünscht. Als der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall) im letzten Herbst seine Informationskampagnen „Weiter so“ und „Lohnvernunft '86“ plante, war die inzwischen stürmische Polemik um den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes noch ein laues Lüftchen.

Inzwischen hat die 116-Radikalisierung sogar vor der Forderung nach einem Generalstreik nicht haltgemacht – und dennoch sprechen die Metallarbeitgeber in der laufenden Anzeigen- und Plakataktion von Anfang Januar bis Mitte März von „gemeinsamen Leistungen der Unternehmer und ihrer Mitarbeiter“ und „gemeinsamen Aufgaben der Tarifpartner“. Als würde es inzwischen keine Arbeitsniederlegungen geben, die – obwohl der Gesetzgeber gemeint ist – sich gegen die Arbeitgeber richten, haben die Gesamtmetaller das „wir“ in den Mittelpunkt der Werbekampagne gestellt: „Wir haben wieder Stabilität“, „Wir haben wieder mehr zu tun“, „Wir haben 218 000 Beschäftigte mehr“.

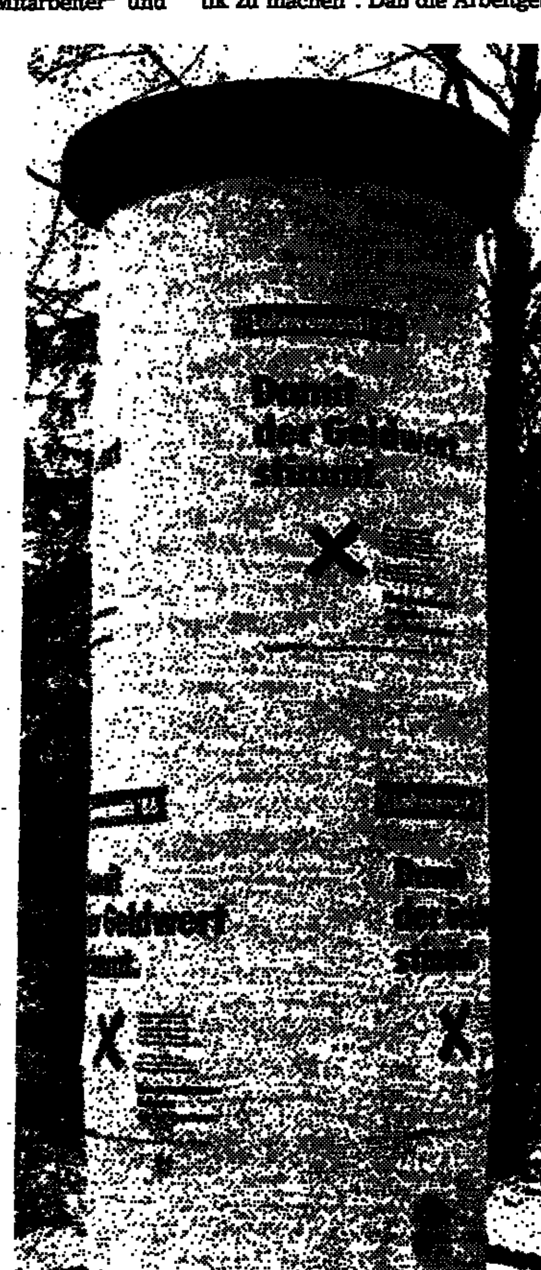


FOTO: THOMAS LINKE

Das „wir“ kommt auch in der Streuung der Anzeigen zum Ausdruck. In der „Managerlektüre“ Handelsblatt, in der WELT und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird die Gemeinsamkeit ebenso verkündet wie in den Boulevardblättern Bild und Express. „Zielgruppe sind alle Mitarbeiter im Betrieb, vom Arbeiter bis zur Führungskraft“, erklärt Gesamtmetall-Pressechef Werner Riek die Plazierung der Anzeigen. Das Gemeinsame soll herausgestellt werden und nicht die Meinungsverschiedenheiten, von denen es natürlich auch genug gäbe, meint Werner Stumpfe, Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, zum Tenor der Kampagne. Die Tarifpartner seien in den vergangenen Jahren einen vernünftigen Weg gegangen; während die Lohnstückkosten von 1980 bis 1982 jährlich um 4,6 Prozent gestiegen seien, kletterten sie in den Jahren 1983 bis 1985 nur noch um rund ein Prozent, heißt es in einer Broschüre, die die Gesamtmetaller als Ergänzung zur Anzeigen- und Plakataktion mit 200 000 Auflage in den Betrieben verteilen. Aufbereitet wird die Information von Profis einer Werbeagentur, die sich um einfache und klare Sprache bemühen.

Dieser Aufwand ist nach Meinung von Werner Riek unbedingt nötig, „denn kein Verband kann es sich auf Dauer leisten, nur mit den durch die Redaktionen transportierten Informationen und Argumentationen Politik zu machen“. Daß die Arbeitgeber dabei insbesondere durch die öffentlich-rechtlichen Medien benachteiligt werden, steht für Riek fest, doch dies sei nicht der Hauptgrund für diese Kampagne. Stimulierend habe sich ausgewirkt, daß die erste längere Informationsaktion der Gesamtmetaller anläßlich der Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung ein voller Erfolg geworden sei: „Vorher hatten wir immer nur mal ad hoc Anzeigen geschaltet.“

Um das „Weiter so“ in die Tat umzusetzen, muß nach Meinung der Metallarbeitgeber eine wichtige Voraussetzung erfüllt sein: „Lohnvernunft '86“. Nur so, hieß es in zwei weiteren Anzeigen- und Plakatserien, „gibt es noch mehr Arbeitsplätze“ und „stimmt der Geldwert“ auch weiterhin. Was für viele banal klingt, hat für Metallarbeitgeberpräsident Werner Stumpfe eine wichtige Funktion: „Es geht uns bei der Anzeigenkampagne darum, deutlich zu machen, daß die Grundregeln der Volkswirtschaft funktionieren, daß nämlich Zurückhaltung bei den Kosten zu mehr Investitionen führt, und mehr Investitionen mehr Arbeitsplätze bringen.“

Die offensive Darstellung der einfachen ökonomischen Sachverhalte kommt beim Empfänger an. Das beweisen täglich bis zu 70 Briefe, die auf den Tisch von Gesamtmetall-Pressechef Werner Riek flattern. „Die meisten sind positiv und fragen, wieso wir erst jetzt so etwas bringen oder wollen von uns detailliertere Informationen“, erklärt Riek. Den größten Erfolg sieht der Pressechef aber darin, daß die Stuttgarter IG Metall in einer Veröffentlichung das Motiv der Arbeitgeber „Lohnvernunft '86“ übernommen hat, wenn auch mit einem anderen Verständnis von Lohnvernunft: „Mehr Kaufkraft“.

Einen Nachholbedarf in Sachen „Kaufkraft“ sieht Gesamtmetall-Präsident Stumpfe nicht: „Wenn man die Kosten der Tariferhöungen und die Kosten der Arbeitszeitverkürzung addiert, dann sieht man, daß die Gesamtkosten der Tarifabschlüsse auch in den letzten beiden Jahren hoch waren.“ Daß die nächste Lohnrunde – wie in der Kampagne beschworen – in trauter Gemeinsamkeit verläuft, glaubt wohl auch Stumpfe nicht. Die Auseinandersetzung um den 116 wird seiner Meinung nach Wirkung zeigen: „Ich glaube, daß insbesondere die IG Metall ein Klima geschaffen hat, das einer rationalen und vernünftigen Verhandlung entgegensteht.“

Aggressive Vorwürfe mußte Gesamtmetall auch wegen der laufenden Kampagne einstecken. Unter dem Motto „Für solche Propaganda habt ihr Kapitalisten Geld“ machten einige Briefeschreiber ihrem Ärger über die Arbeitgeber-Aktion Luft. Schade findet es Riek nur, daß er auf diese kritischen Zuschriften nicht wie auf all die anderen auch antworten kann – sie kommen fast immer anonym.

PIERBURG

Mehrheit bei der Rheinmetall

nl. Stuttgart

Bei der Pierburg-Gruppe, Neuss, dem bedeutenden Hersteller von Vergasern, sind die Besitzverhältnisse nunmehr neu geordnet worden. Danach hat die Rheinmetall Berlin AG, Düsseldorf, 80 Prozent des Kapitals der Pierburg-Gruppe übernommen, während die Robert Bosch GmbH, Stuttgart, wie bisher mit 20 Prozent an Pierburg beteiligt bleibt. Nach einer gemeinsamen Erklärung ist der Zusammenschluß beim Bundeskartellamt in Berlin angemeldet worden.

Der bisherige Hauptgesellschafter Jürgen Pierburg werde aus der Geschäftsführung der Pierburg-Gruppe ausscheiden, während Bernd Pierburg auch weiterhin der Geschäftsleitung der zur Gruppe gehörenden Deutsche Vergaser Gesellschaft mbH & Co. KG, Berlin, angehören werde. Rheinmetall übernimmt die unternehmerische Führung der Pierburg-Gruppe. Außerdem vereinbarten Rheinmetall und Bosch für Pierburg eine technisch-industrielle Zusammenarbeit. Demzufolge wird Pierburg künftig zusätzlich zum bisherigen Produktprogramm ein eigenständiges Benzineinspritzsystem entwickeln, fertigen und vertreiben.

ADIG INVESTMENT / Von der freundlichen Aktienmarktentwicklung profitiert – Adifonds mit bestem Ergebnis

Rentenfonds bleiben in der Gunst der Anleger

DANKWARD SEITZ, München

Als einen „guten Schritt nach vorn" bewertet die Adig Allgemeine Deutsche Investment-GmbH, München/Frankfurt, das Ende 1985 vom EG-Ministerrat verabschiedete Richtlinien-Paket zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften für Wertpapierfonds sowie deren Einbeziehung in die Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Längerfristig wird dies nach Ansicht von Adig-Geschäftsführer Hans-Dieter auf der Springe zu einer kräftigen Belebung des Investmentwesens in der EG führen. Bislang war es für Investmentgesellschaften nämlich praktisch unmöglich, Anteile in einem fremden EG-Land zu vertreiben.

Gesetzesnovellierung nötig

Danach wird auch die Bundesregierung gezwungen, bis spätestens zum 1. Oktober 1989 das aus dem Jahr 1957 stammende deutsche Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften (KAGG) diesen Richtlinien anzupassen. Dennoch hält man bei Adig eine teilweise Novellierung des KAGG zu einem früheren Zeitpunkt für dringend notwendig. Auf der Springe: „Sie duldet keinen längeren Aufschub." Vor allem sollten dabei folgende Punkte geändert werden:

– Beseitigung der Genehmigungspflicht beim Überschreiten der Anlagegrenze von fünf Prozent; höchstens Anzeigepflicht.

– Anhebung der Nennkapitalgrenze auf zehn Prozent. Denn bisher ist es Investmentfonds nur gestattet, beispielsweise Aktien eines Unternehmens nur bis zu fünf Prozent seines Grundkapitals zu erwerben, was bei kleinen Neuemissionen schnell erreicht ist.

– Nichtanwendung der Konzernklausel auf Pfandbriefe und öffentliche Anleihen sowie auf Wertpapiere öffentlicher Emittenten.

– Erlaubnis zur Teilnahme an Optionsgeschäften, die Wertpapiere zum Gegenstand haben. Dies zumal auch, weil die EG-Richtlinie vorsieht, daß die jeweiligen Mitgliedstaaten dies den Gesellschaften gestatten können.

Als „zufriedenstellend" bezeichnete Adig-Geschäftsführer Paul Labatzki die Geschäftsentwicklung in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres 1985/86 (30. 6.). Insgesamt konnte für die mittlerweile zwölf Fonds – am 1. Oktober wurde der Victoriarent-Adig neu aufgelegt – ein Mittelzufluß von netto 1,25 (1,13) Mrd. DM verbucht werden. Fast ausschließlich flossen diese Gelder den Rentenfonds zu, und zwar fast unverändert 1,25 Mrd. DM. Spitzenreiter war hier wiederum der Adirenta mit 709 (509) Mill. DM; der neue Victoria kam auf 33 Mill. DM. Während hingegen die Aktienfonds noch einen Nettozufluß von 14,1 (minus 98) Mill. DM verbuchten, ergab sich bei den Gemischten Fonds nochmals ein Rückgang um 19,7 (20,6) Mill. DM.

Bezüglich der Wertentwicklung der Fonds konnte vor allem bei denjenigen mit Anlageschwerpunkt Deutschland, so Labatzki, die freundliche Aktienmarktentwicklung voll genutzt werden. Das beste Ergebnis erzielte der Adifonds mit plus 31,3 Prozent vor dem Fondak mit 29,6 Prozent.

Marktanteil gewachsen

Die übrigen Fonds erzielten Zuwachsraten zwischen 24,6 Prozent (Adiverba) und 1,4 Prozent (Adirewa). Unter dem Kursrückgang des US-Dollar hatte der Fondirent zu leiden (minus 4,5 Prozent). Alles in allem verwaltete die Adig Ende 1985 ein Fondsvermögen von 11,2 Mrd. DM – ein Plus von 14,3 Prozent gegenüber Ende Juni 1985. Damit erhöhte sich ihr Marktanteil auf insgesamt 22,6 (22,4) Prozent.

Relativ zuversichtlich beurteilt man bei der Adig noch die weitere Entwicklung an den Aktien- und Rentenmärkten. Dies vor allem vor dem Hintergrund, so Geschäftsführer Lutz Wille, daß die wirtschaftlichen Perspektiven der Bundesrepublik derzeit „hervorragend" sind und der Konjunkturzyklus auch über 1986 hinaus Bestand haben dürfe. So hätten auch die Zinsen gegenwärtig „noch Luft nach unten". Zudem dürfte der US-Dollar mit Kursen um 2,30 DM inzwischen den größten Teil seines Kursrückgangs hinter sich haben.

Aus alledem dürften sich für den Rentenmarkt keine größeren Belastungen ergeben. Und am Aktienmarkt geben die fundamentalen Daten weiteren Spielraum für Kursphantasie. Doch hohe Kurse verlockten immer wieder einmal zu Gewinnmitnahmen. „Timing und selektive Auswahl" dürften zunehmend wieder im Vordergrund stehen. Es zeige sich inzwischen schon wieder, daß das Geschäft zunehmend „professioneller" werde.

WEIDMÜLLER / Marktführer bei Leitungsverbindern

Kapazität wird ausgebaut

dos, Detmold

Die Weidmüller-Gruppe in Detmold, Marktführer auf dem Gebiet der elektrischen und elektronischen Verbindungstechnik, hat 1985 die hohen Zuwachsraten des Vorjahres wieder erreicht. Nach Angaben des Unternehmens stieg der Gruppenumsatz um 19 (24) Prozent auf 491 (411) Mill. DM. Zur Ertragsentwicklung werden keine Zahlen genannt. Immerhin äußert sich Geschäftsführer Uwe Schäkel auch in dieser Hinsicht „zufrieden". Das Ergebnis habe mit dem Umsatzwachstum Schritt gehalten. Innerhalb der Gruppe wurden 26 (24) Mill. DM investiert. Beschäftigt wurden 3450 (3100) Mitarbeiter, davon 1200 in Heimarbeit.

Die Stammgesellschaft C. A. Weidmüller GmbH & Co. verzeichnete im Berichtsjahr ein Umsatzplus von 17 (25) Prozent auf 244 (209) Mill. DM. Der Exportanteil lag bei unverändert 52 Prozent. Die Preise stiegen im Durchschnitt um 2,8 Prozent. Vor allem die noch jungen Produktbereiche Elektronik, Steckverbinder und Werkzeuge, auf die 71 Mill. DM oder 29 (24) Prozent des Umsatzes entfielen, trugen das Wachstum. Aber auch bei Leitungsverbindern konnte die weltweit führende Stellung ausgebaut werden.

Inzwischen hat Weidmüller in Baden-Baden die Produktion von berührungslosen Sensoren für den Einsatz in Robotern aufgenommen. Ein neuer Standort wird auch für den expandierenden Elektronik-Bereich gesucht. Schäkel rechnet damit, daß der Umsatz auch im laufenden Jahr zweistellig wachsen wird. Die Personalplanung sehe eine Aufstockung um 100 Mitarbeiter vor.

Die zuversichtliche Beurteilung der künftigen Entwicklung schlägt sich in dem Investitionsprogramm für 1986 und 1987 nieder. Innerhalb der Gruppe will Weidmüller rund 100 Mill. DM investieren; rund die Hälfte davon entfällt auf die Stammgesellschaft. Jeweils ein Drittel der Gesamtsumme betreffe den Ausbau maschineller Kapazitäten, die Einführung neuer Techniken und bauliche Maßnahmen. Finanzieren will Weidmüller die Investitionen vor allem aus Eigenmitteln. Dies sagt ebenso wie die im vergangenen Jahr auf 2,8 (2,2) Mill. DM erhöhte Ergebnisbeteiligung für die Stammbelegschaft einiges über die Ertragskraft des Familienunternehmens aus.

NAMEN

Dr. Günter Neufang, 1. Vorsitzender des Verbandes der Druckindustrie Westfalen-Lippe e. V. in Dortmund und Geschäftsführender Gesellschafter der Bürsche Druckerei Dr. Neufang KG, Gelsenkirchen-Buer, wird am 25. Februar 60 Jahre.

Carl Schult, geschäftsführender Gesellschafter der Hamburger Außenhandelsfirma Siemssen & Co. (GmbH & Co.) vollendet am 26. Februar 1986 das 65. Lebensjahr.

Carl-Heinz Illies, Präsident der Handelskammer Hamburg und seit 1983 Vizepräsident, und **Berthold Leibinger,** Präsident der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Nekker in Stuttgart, wurden zu Vizepräsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Bonn, gewählt. Leibinger, der zum ersten Mal zum DIHT-Vizepräsidenten gewählt wurde, ist Nachfolger von Roland Klett, der zehn Jahre lang Vizepräsident der Kammerorganisation war.

Henrich Wuppesahl, Senior und persönlich haftender Gesellschafter der Assekuranz-Makler C. Wuppesahl, Bremen, Düsseldorf, München, Wien, Basel, ist am 20. Februar 1986 im Alter von 83 Jahren gestorben.

Abschied aus der EG-Marktordnung?

nl. Stuttgart

Die württembergische Weinwirtschaft soll sich nach dem Willen der Weingärtnergenossenschaften, die fast 90 Prozent der Erzeugung in diesem Landesteil erfassen, aus der EG-Weinmarktordnung „verabschieden". Wie Präsident Reinhold Kißling in Stuttgart mitteilte, wollten die Weingärtnergenossenschaften selbst dafür sorgen, daß Produktion und Verkauf aufeinander abgestimmt werden. Das würde bedeuten, daß freiwillig auf begünstigende Maßnahmend der EG auf Dauer verzichtet wird. Dafür wolle man aber auch von allen europäischen Zwangsmaßnahmen, beispielsweise der obligatorischen Destillation von Tafelwein oder staatlichen Vorschriften über Erträge und Verkaufsmengen, frei bleiben. Gerade in Württemberg, mit einem Anteil von nur 0,1 Prozent an der EG-Rebfläche, sei es am ehesten denkbar, mit einer regionalbezogenen Agrarpolitik anzusetzen.

Die 95 württembergischen Weingärtnergenossenschaften haben im vergangenen Jahr 26,8 Mill. Liter Wein, das sind 88,6 Prozent der gesamten Erzeugung in Württemberg, in die Keller gebracht. Dies ist – infolge Frostschäden – lediglich ein starkes Viertel eines Normaljahrgangs. Verkauft wurden 87 Mill. Liter Wein, das ist 0,1 Prozent mehr als im bisherigen Rekordjahr 1984.

DEUTSCHE BANK LUXEMBURG / Gewinnausweis

Risikovorsorge weiter hoch

cd. Luxemburg

Vorsicht bestimmte im Geschäftsjahr 1985 die Politik der Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg (DBLux), die mit ihrem Schwerpunkt im internationalen Kreditgeschäft ein wichtiges Konzerninstrument im Euromarkt ist. Im langfristigen Kreditgeschäft operierte die DBLux zurückhaltend und selektiv, besonders bei der Nutzung von Finanzinnovationen, und ihre Geldhandelsaktivitäten führte sie bewußt zurück, so daß sich die Forderungen aus Geldanlagen an Banken von 3,6 auf 2,7 Mrd. DM ermäßigten. Die Schrumpfung der Bilanzsumme um 15,9 Prozent auf 26,2 Mrd. DM und des Kreditvolumens um 19,5 Prozent auf 20,9 Mrd. DM ist allerdings zur Hälfte auf die Dollarabwertung zurückzuführen; außerdem waren kurzfristige Kredite fällig, die vor einem Jahr die Bilanz aufgebläht hatten.

Trotz des Abschmelzprozesses und des anhaltenden Margendrucks hat sich das Betriebsergebnis mit rund 300 Mill. DM (minus 2,5 Prozent) knapp auf dem Vorjahresniveau gehalten. Das gelang mit einer vergleichsweise zinsgünstigen Anlage von Eigenmitteln in dem auf 1,9 Mrd. DM fast verdreifachten Wertpapierbestand und einer deutlichen Senkung der Geldbeschaffungskosten, die mit der Beschaffung langfristiger Mittel einherging. Für dieses Jahr rechnet die Bank mit einer weiteren Zunahme der Betriebsergebnisquote.

Den größten Teil des Betriebsgewinns hat die DBLux wieder zur Bildung von Rückstellungen und Wertberichtigungen verwendet, die mit 1,7 Mrd. DM rund die Hälfte der Kreditengagements in Problemländern decken; mit dieser Vorsorgequote, so Verwaltungsratsvorsitzender Ulrich Weiss, gehöre das Institut zur Spitzengruppe in Luxemburg. Der seit 1981 erste Ausweis eines Gewinns von 36,3 Mill. DM (nach 24,2 Mill. DM Steuern), der in die freie Rücklage gesteckt wird, bedeute noch keine Entwarnung bei der Risikovorsorge.

Noch keine Entscheidung ist darüber gefallen, ob das Privatkundengeschäft weiter über die Banque du Luxembourg (DB-Beteiligung 30 Prozent) läuft oder ob die Deutsche Bank selbst in Luxemburg Flagge zeigt.

LANDIS & GYR / Nur magerer Jahresüberschuß

Die Flaute überwunden

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Nach einem etwas weniger flotten Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) will die Landis & Gyr GmbH, Frankfurt, Tochtergesellschaft des gleichnamigen Schweizer Konzerns, in diesem Jahr wieder Fahrt aufnehmen. Mit einem Umsatzwachstum um sieben Prozent hätten die ersten vier Monate des neuen Geschäftsjahres den Zielsetzungen bereits entsprochen, berichtet Geschäftsführer Albert Grub.

Im vergangenen Jahr ist das Meß- und Regeltechnik-Unternehmen in den Sog sowohl der Bauflaute als auch der Zurückhaltung der Elektrizitätsversorger – Anteil an der Gesamtleistung: 25 Prozent – bei Investitionen in Projekte der Energieverteilung und -überwachung geraten. Die Folge: Der Umsatz stieg nur noch um gut ein Prozent auf 277 (273) Mill. DM. Der Auftragseingang nahm dabei allerdings schon um sechs Prozent auf 278 Mill. DM zu.

Deutlicher fiel die Zunahme auch bei den Umsätzen aus eigener Produktion aus, die etwa 55 Prozent des Gesamtvolumens ausmachen: Sie stiegen um runde zehn Prozent. Das führte sowohl zu steigenden Personalkosten als auch zu sinkenden Pro-Kopf-Umsätzen. Die Belegschaft wurde von 1630 auf 1710 Mitarbeiter aufgestockt.

Zusätzliche Kosten für die Vorinvestitionen in neue Produktlinien und den Abbau der Vertriebsorganisation sorgten dafür, daß der ohnehin magere Jahresüberschuß noch einmal auf 0,1 (0,3) Mill. DM zurückging. Dabei wurden allerdings Pensionsrückstellungen von 5,4 (6,1) Mill. DM gebildet, also einiges für die innere Stärkung getan.

Die Investitionen blieben mit 11 (9) Mill. DM unter den Plänen von 13 Mill. DM. Mit ihren Zuwachsraten blieb die deutsche Dependance deutlich hinter der Konzernentwicklung zurück. Die Gesamtgruppe steigerte ihre Umsätze 1984/85 um 19 Prozent auf 1,58 (1,33) Mrd. Schweizer Franken, die Auftragseingänge um elf Prozent auf 1,6 (1,44) Mrd. Schweizer Franken. Dabei wuchsen die Erträge sogar überproportional um 25 Prozent auf 75 (61) Mill. Schweizer Franken.

Etwa zwei Prozentpunkte des Konzernwachstums stammten freilich aus dem Erwerb der britischen Aeronautic General Instruments, mit der die Schweizer ihre Aktivitäten in der Kommunikationstechnik verstärkt haben. Die Gruppe beschäftigte zum Jahresende 1984/85 weltweit 16 050 (15 180) Mitarbeiter, davon gut 400 bei der neuen englischen Tochtergesellschaft.

SACHTLEBEN / 125-Millionen-DM-Gemeinschaftsinvestition löst das Dünnsäure-Problem

Freiraum für weiteres Wachstum gewonnen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

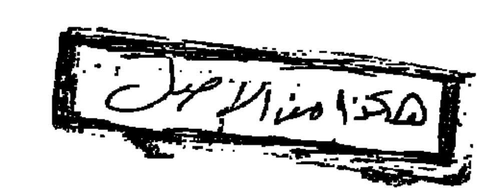
Ertragsstark und wachstumsträchtig nennt die Metallgesellschaft AG, Frankfurt, unter ihren fünf Konzerngliedern zumal den Chemiebereich. Er lasse für die drei hier konsolidierten Konzerntöchter 1985/86 (30. 9.) einen Umsatz von 1,3 Mrd. DM mit 4100 Beschäftigten erwarten, dazu noch 200 Mill. DM mit 350 Leuten bei sonstigen Beteiligungen. Anlaß solchen Konzernkommentars: Die seit gut einem Jahrhundert am Niederrhein verwurzelte Konzerntochter Sachtleben Chemie GmbH, Duisburg, in 1984/85 mit 450 Mill. DM Umsatz und 1480 Beschäftigten am Chemiegeschäft des Konzerns beteiligt, schafft sich – durch eine mit der Konkurrenz beschlossene Umweltschutz-Investition für ihr wichtigstes Produktfeld – die Fessel der „Rückstandsverwertung" vom Hals.

Die Hälfte des Sachtleben-Umsatzes stammt aus der Produktion des in der Farben- und Lackindustrie eingesetzten Weißpigments Titandioxid. Für den Produktionsrückstand „Dünnsäure" (ein Gemisch aus Wasser, Schwefelsäure und schwefelsauren Metallsalzen) muß laut Bonner Auflage die jahrzehntelang übliche „Verklappung" in der Nordsee ab 1990 aufhören.

Einer der großen Niederrhein-Konkurrenten von Sachtlebens Weißpigmenten (Bayer-Uerdingen) hat sich bereits mit teurem neuen Entsorgungsverfahren aus dem Ins-Meer-Kippen zurückgezogen. Mit einem von der Konzernschwester Lurgi entwickelten Verfahrensweg will auch Sachtleben durch eine 125-Mill.-DM-Investition künftig die Meer-Verklappung durch eine Rückgewinnungsanlage (nebst Kohlenkraftwerk) ersetzen.

Zwei Vorteile des Projekts: Erstens habe man den vom gleichen Problem geplagten Konkurrenten Kronos Titan-GmbH, Leverkusen (National Lead Konzern/USA) zum 30-Prozent-Partner dieser „gigantischen Umweltschutz-Investition" gewonnen. Zweitens bringe diese Investition den (Entsorgungs-)Freiraum, um auf weltweit in Blüte stehendem Titandioxid-Markt (2,5 Mill. Jahrestonnen mit knapp drei Prozent Sachtleben-Anteil) nun die eigene Kapazität um ein Viertel aufzustocken.

Ein Handicap bleibt eine solche Umweltschutz-Investition, die beim Dreifachen der üblichen Sachtleben-Jahresinvestitionen liegt, solange die gesamte Konkurrenz wenigstens in Europa nicht mitzieht. Auch beim Umweltschutz müsse die „vielberufene europäische Harmonisierung unter den Titandioxid-Herstellern" Realität werden, mahnt Sachtleben. Notfalls wünscht man die bei den Deutschen so wirkungsvollen „Greenpeace"-Protestler nun der noch lästigen Konkurrenz auf den Hals.



Die Gründe für Bleifrei sind naheliegend. Aral auch. Aral bleifrei schon über 1.500mal in Deutschland.

Ihr Autopartner mit dem größten Bleifrei-Netz und 30 Jahren Bleifrei-Erfahrung.



Bleifrei-Verzeichnis an Aral-Tankstellen und über Btx *24444#

Chemiewerte und AEG befestigt

Die Anleger wählten bei ihren Käufen sorgfältig aus

DW. – Selektive Anlagekäufe bestimmten an der Montagbörse die Tendenz an den deutschen Aktienmärkten. Dabei zeigte sich, daß die Ausländer trotz des niedrigen Dollarkurses den deutschen Aktienmarkt nicht links liegen lassen. Auf dem Börsenparkett wird überwiegend damit gerechnet, daß die durch das billige Öl eher noch verbesserten Fundamentaldaten der deutschen Konjunktur früher oder später auch an den Aktienmärkten allgemein wieder stärker in den Vordergrund rücken werden.

Am Chemiemarkt wurden die Notierungen in der Spitze bis um etwa 5 DM heraufgesetzt. Zu den Favoriten zählten auch AEG. Am Automarkt zeigten sich Daimler-Benz stabil. Ansätze für stärkere Kurssteigerungen bei VW wurden immer wieder durch Abgaben gebremst. Zu deutlich sieht die Börse, daß Erträge aus dem Seat-Engagement erst nach vielen Jahren fließen werden, und daß diese Beteiligung zunächst Milliardeninvestitionen erfordert. Dennoch lagen VW freundlich. Schwächer die Banken. Hier überwiegt in der Beurteilung noch die Sorge, daß das billige Öl die Probleme der internationalen Schuldnerländer zu stark vergrößern wird. Dabei zählt in den Augen der Börsianer geringer, daß die sinkenden Zinsen und die aufstrebende Konjunktur das deutsche Kreditgeschäft ankurbeln sollten. Fest auch Warenhäuser wegen wachsenden Konsums. Stahlpapiere und Maschinenbauer wenig verändert.

Frankfurt: Degussa gewannen 10 DM und Kali Chemie erhöhten um 15 DM. Heidelzement verbesserten sich um 10 DM, Köbau VA um 14 DM und MAN-Roland um 13,50 DM. Deckel gaben um 8 DM und Mainkraft um 15 DM nach.

Düsseldorf: AEG Kabel stockten um 20 DM und Balcke-Dürr um 18 DM auf. Aigner erhöhten um 3 DM und Kromschröder verbesserten sich um 6 DM. Schubert + Salzer verminderten um 6 DM und Isenbeck um 5 DM.

Hamburg: HEW lagen um 1,50 DM und bremer Vulkan um 1,10 DM fester. Phoenix Gummi gaben um 2,50 DM nach. Holsten Brauerei schwächten sich um 2 DM und Hapag Lloyd um 5 DM ab.

Berlin: Schering erholten sich um 3 DM, DeTeWe um 2 DM und Berliner Kindl um 1,10 DM. Lehmann gaben um 4,50 DM und Orenstein um 4 DM nach. Berthold bröckelten um 2,90 DM und Dt. Hypobank Berlin um 2 DM.

München: AKS verminderten um 1,50 DM, Flachglas gaben um 2 DM und Otto Stumpf AG um 1 DM nach. Tucher verloren 19 DM. Verbessert haben sich Electro 2000 um 9 DM und Spinnerei Kolbermoor um 10 DM.

Stuttgart: Salamander erhöhten um 5,10 DM. Kolb und Schüle verteuerten sich um 4 DM. Aesculap verbesserten sich um 4 DM. Boss zogen um 20 DM an. DLW waren um 9,50 DM nachgebend.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 276,98 (277,36)
WELT-Umsatzindex: 5344 (7875)
Advance-decline-Zahl: 118 (125)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

		24.2.	21.2.
H	Aach M Betl. 10	2381	2420
H	Aach. M. Vers. 7	1365	1395
D	Aach. Rück. 9	2950bG	2940
D	Aseag *4	348T	350T
M	Ack-Gögg. 6	158,8	155bG
H	Adca 3	171	172
D	Adler 9	315G	315G
F	AEG 0	324	318
D	AEG KABEL 9	495	475G
S	Aesculap 9	494	490
F	AGAB 5	115,1bG	115,2
D	Agrippina *0	3000B	3100B
F	Cobl.Genußsch.	117,25	116,8
D	Conc. Chem. 4,5+3	299	287
B	Conc. Spinne * 0	350G	350bG
D	Contigas 7,5	420	410
D	Conti Gummi 5	209,9	207,7
D	Dahlb. St. 7,65	267	265
D	dgl. Vz. 14,55	410G	410G
S	Daimler 10,5	1264	1265
M	Deckel AG 0	235	236
D	Dt. Atl. Tel.10+1	720G	700T
H	Doag 5	372	380
D	Dt. Babcock St. 5	211,5	211
D	dgl. Vz. 3,5	199	199
F	Dt. Bank 12	760	769
D	Dt. Centrboden 12	740	720
H	Hb.Hochb. *4+0,64	90	–
H	HEW 5	139,5	130
H	Hdl. Lüb. 9	540	541B
Hn	Hann. Papier 5,5	159	155
H	Harnstorf 0	87	87
D	Harpener 11	357	355
F	Harm. & B.St. 4	1250T	1220
F	dgl. Vz. 4	1170T	1140T
M	Hasen-Bräu 9	1050G	1050G
S	Heidelb. Zem. 7	454G	434G
M	Heilit & W. 5	275G	275
D	Hein, Lehm. *0	334G	334
D	Heinr. Ind. *14+4	740T	710
H	Hemmoor 0	–	222G
D	Henkel	391	380
F	MAB 6,5	430bB	
F	dgl. Vz. 6,5	365T	
D	Mannesmann 4	256,5	
F	Mannh. Vers. 8	920T	895
H	Markt & K. 7	208	
F	MAN St. 2	200,5	200
F	dgl. Vz. 6	180	180
F	MAN-Rol. 20,2	599,5T	584
S	M.Mül.Weing. *0	330G	330
D	Mauser 0	95,2	96,5
F	Mercedes 10,5	1117	1130
F	Metallges. 0	317	320
S	Met. u. Lack 0	134,5	
S	Milag 6,5	450G	450G
F	Moenus 0	95	95

Freiverkehr · Ungeregelt. Freiverkehr · Unnotierte Werte · Ausland in DM

Ausland

Amsterdam · Brüssel · Hongkong · Kopenhagen · London · Luxemburg · Madrid · Mailand · New York · Paris · Johannesburg · Stockholm · Singapur · Tokio · Toronto · Wien · Zürich

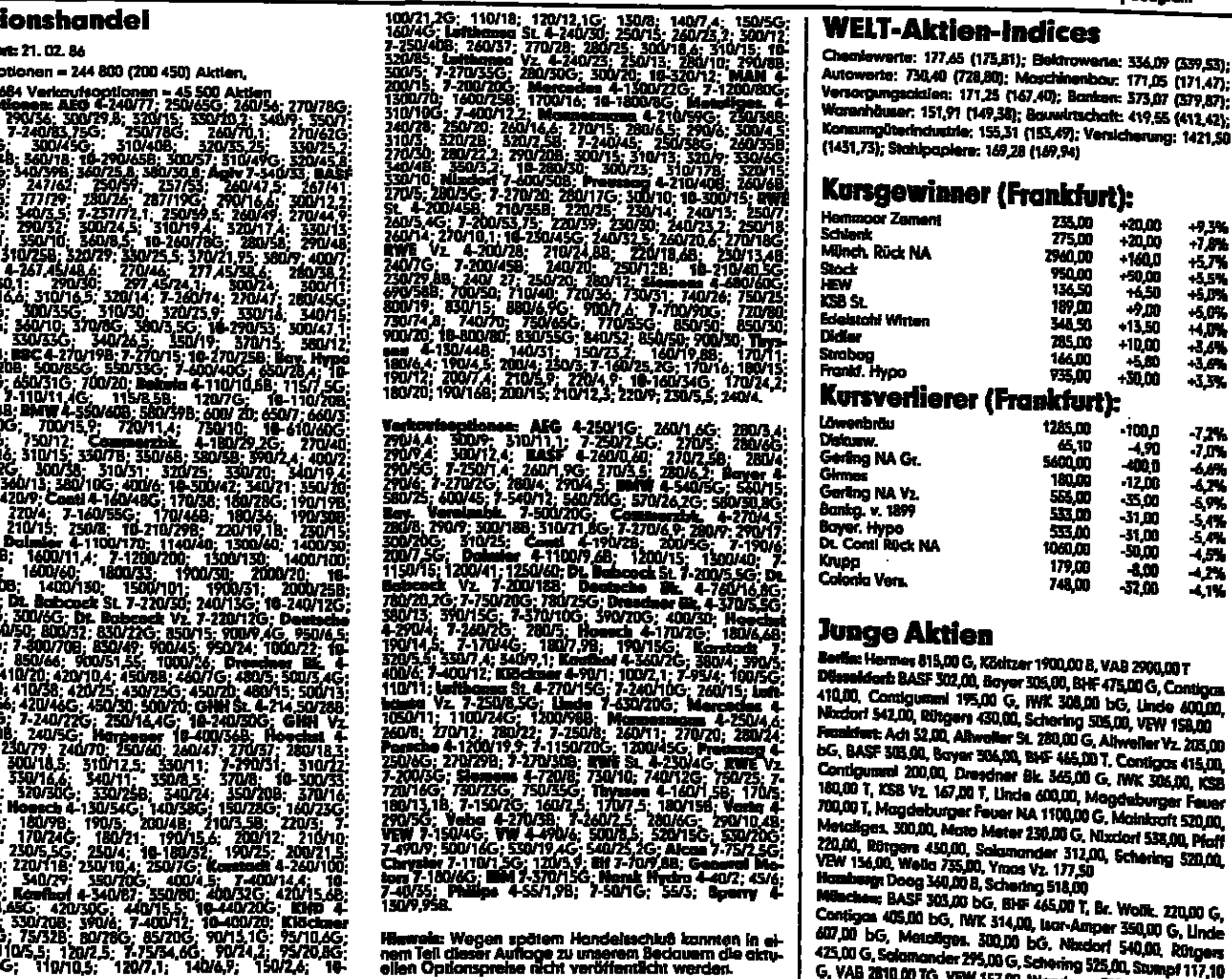
Oslo

	24.2.	21.2.
Bergen Bank	162	164
Borregaard	390	392,5
Den Norske Cred.	167	167,5
Elkem	100	100,5
Kreditkassen	167	166,5
Norsk Data	437,5	437,5
Norsk Hydro	123,5	122,5
Storebrand	262,5	263,5
OSE Ind. Index	356,57	353,77

Sydney

	24.2.	21.2.
ACI	3,35	3,35
Ampol. Explor.	1,85	1,9
Westpacific Banking	4,64	4,6
Bridge Oil	1,7	1,75
Bougainville Copper	2,35	2,27
Brok. Hill. Prop.	6,7	6,78
Coles	4,3	4,43
CRA	5,86	5,56
CSR (Theiss)	3,28	3,3
Metals Expl.	0,28	0,28
MIM-Holdings	2,65	2,55
Myer Emporium	–	–
North Broken Hill	2,58	2,53
Oakbridge	1,05	1,04
Peko Wallsend	5,2	5,16

Inlandszertifikate · Auslandszertifikate



Optionshandel

Frankfurt: 21. 02. 86

4482 Optionen = 244 800 (200 450) Aktien,

davon 684 Verkaufsoptionen = 45 500 Aktien

Kaufoptionen: AEG 4-240/77; 250/65G; 260/56; 270/78G; 280/38; 290/36; 300/29,8; 320/15; 330/10,2; 340/9; 350/7; 360/5; 7-240/83,75G; 250/78G; 260/70,1; 270/62G; 280/58G; 300/45G; 310/40B; 320/35,25; 330/25,2; 350/19,4B; 360/18; 10-290/65B; 300/57; 310/49G; 320/45,8; 330/42G; 340/39B; 360/25,8; 380/30,8; Agiv 7-340/33; BASF 4-240/69; 247/62; 250/59; 257/53; 260/47,5; 267/41; 270/37,5; 277/29; 280/26; 287/19G; 290/16,6; 300/12,2; 330/7,95; 340/3,5; 7-257/72,1; 250/59,5; 260/49; 270/44,9; 280/38,9; 290/32; 300/24,5; 310/19,4; 320/17,4; 330/13; 340/10,1; 350/10; 360/8,5; 10-260/78G; 280/58; 290/48; 300/39; 310/25B; 320/29; 330/25,5; 370/21,95; 380/9; 400/7; Bayer 4-267,45/48,6; 270/46; 277,45/38,6; 280/38,2; 287,45/30,1; 290/30; 297,45/24,1; 300/24; 300/11; 307,45/16,6; 310/16,5; 320/14; 7-260/74; 270/47; 280/45G; 290/42G; 300/35G; 310/30; 320/25,9; 330/16; 340/15; 350/10,5; 360/10; 370/8G; 380/3,5G; 10-290/53; 300/47,1; 310/47; 330/33G; 340/26,5; 350/19; 370/15; 380/12; 400/10,4; BBC 4-270/19B; 7-270/15; 10-270/25B; Bay. Hypo 4-450/120B; 500/85G; 550/33G; 7-600/40G; 650/28,4; 10-600/50G; 650/31G; 700/20; Bekula 4-110/10,6B; 115/7,5G; 120/5; 7-110/11,4G; 115/8,5B; 120/7G; 10-110/20B; 120/11,4B; BMW 4-550/40B; 580/39B; 600/20; 650/7; 660/3; 7-650/20G; 700/15,9; 720/11,4; 750/10; 10-610/60G; 700/26G; 750/12; Commerzbk. 4-180/29,2G; 270/40; 299,90/16; 310/15; 330/7B; 350/6B; 380/5B; 390/2,4; 400/2; 7-290/42G; 300/38; 310/31; 320/25; 330/20; 340/19,4; 350/19; 360/13; 380/10G; 400/6; 10-300/42; 340/21; 350/20; 400/15; 420/9; Conti 4-160/48G; 170/38; 180/28G; 190/19B; 200/15; 220/4; 7-160/55G; 170/46B; 180/36; 190/30B; 200/25; 210/15; 250/8; 10-210/29B; 220/19,1B; 230/15; 240/10; Daimler 4-1100/170; 1140/40; 1300/60; 1400/30; 1500/22B; 1600/11,4; 7-1200/200; 1300/130; 1400/100; 1500/80; 1600/60; 1800/33; 1900/30; 2000/20; 10-1300/160B; 1400/130; 1500/101; 1900/31; 2000/25B; 2500/15; Dt. Babcock St. 7-220/30; 240/13G; 10-240/12G; 280/10G; 300/6G; Dt. Babcock Vz. 7-220/12G; Deutsche Bk. 4-750/50; 800/32; 830/22G; 850/15; 900/9,4G; 950/6,5; 1000/5G; 7-800/70B; 850/49; 900/45; 950/24; 1000/22; 10-800/90B; 850/66; 900/51,5S; 1000/26; Dresdner Bk. 4-370/39; 410/20; 420/10,4; 450/8B; 460/7G; 480/5; 500/3,4G; 7-400/40; 410/38; 420/25; 430/25G; 450/20; 480/15; 500/13; 10-400/56; 420/46G; 450/30; 500/20; GHH St. 4-214,50/28B; 250/7,4G; 7-240/22G; 250/16,4G; 10-240/30G; GHH Vz. 7-210/30B; 240/5G; Harpener 10-400/36B; Hoechst 4-220/8B; 230/79; 240/70; 250/60; 260/47; 270/37; 280/18,3; 290/25; 300/18,5; 310/12,5; 330/11; 7-290/31; 310/22; 310/17; 330/16,6; 340/11; 350/8,5; 370/8; 10-300/33; 310/32B; 320/30G; 330/25B; 340/24; 350/20B; 370/16; 400/7,9; Hoesch 4-130/54G; 140/38G; 150/28G; 160/23G; 170/15,4; 180/9B; 190/5; 200/4B; 210/3,5B; 220/3; 7-150/46B; 170/24G; 180/21; 190/15,6; 200/12; 210/10; 220/7,4; 230/5,5G; 250/4; 10-180/32; 190/25; 200/21,5; 210/15G; 220/11B; 230/10,4; 250/7G; Karstadt 4-260/100; 310/55G; 340/29; 350/20G; 400/4,5; 7-400/14,4; 10-400/22G; Kaufhof 4-340/87; 350/80; 400/32G; 420/15,6B; 7-400/44,65G; 420/30G; 440/15,5; 10-440/20G; KHD 4-320/25B; 330/20B; 390/6; 7-400/12; 10-400/20; Klöckner 4-70/35G; 75/32B; 80/28G; 85/20G; 90/15,1G; 95/10,6G; 100/7; 110/5,5; 120/2,5; 7-75/34,6G; 90/24,2; 95/20,8G; 100/16,6G; 110/10,5; 120/7,1; 140/4,9; 150/2,6; 10-100/21,2G; 110/18; 120/12,1G; 130/8; 140/7,4; 150/5G; 160/4G; Lufthansa St. 4-240/30; 250/15; 260/23,2; 300/12; 7-250/40B; 260/37; 270/28; 280/25; 300/18,6; 310/15; 10-320/85; Lufthansa Vz. 4-240/23; 250/13; 280/10; 290/8B; 300/5; 7-270/35G; 280/30G; 300/20; 10-320/12; MAN 4-200/15; 7-200/20G; Mercedes 4-1300/22G; 7-1200/80G; 1300/70; 1600/25B; 1700/16; 10-1800/8G; Metallges. 4-310/10G; 7-400/12,2; Mannesmann 4-210/59G; 230/38B; 240/28; 250/20; 260/16,6; 270/15; 280/6,5; 290/6; 300/4,5; 310/3; 320/2B; 320/2,5B; 7-240/45; 250/38G; 260/35B; 270/30; 280/22,2; 290/20B; 300/15; 310/13; 320/9; 330/6G; 340/4B; 350/3,2; 10-280/30; 300/23; 310/17B; 320/15; 330/10; Nixdorf 7-600/50B; Preussag 4-210/40B; 260/6B; 270/5; 280/3G; 7-270/20; 280/17G; 300/10; 10-300/15; RWE St. 4-200/45B; 210/35B; 220/25; 230/14; 240/13; 250/7; 260/5,4G; 7-200/53,75; 220/39; 230/30; 240/23,2; 250/18; 260/14; 270/10,1; 10-230/45G; 240/32,5; 260/20,6; 270/18G; RWE Vz. 4-200/28; 210/24,8B; 220/18,6B; 230/13,4B; 240/7G; 7-200/45B; 240/20; 250/12B; 10-210/40,5G; 230/29,8B; 240/27; 250/20; 280/12; Siemens 4-680/60G; 690/58B; 700/50; 710/40; 720/36; 730/31; 740/26; 750/25; 800/19; 830/15; 880/6,9G; 900/7,4; 7-700/90G; 720/80; 730/74,8; 740/70; 750/65G; 770/55G; 850/50; 850/30; 900/20; 10-800/80; 830/55G; 840/52; 850/50; 900/30; Thyssen 4-130/44B; 140/31; 150/23,2; 160/19,8B; 170/11; 180/6,4; 190/4,5; 200/4; 230/3; 7-160/25,2G; 170/16; 180/15; 190/12; 200/7,4; 210/5,9; 220/4,9; 10-160/34G; 170/24,2; 180/20; 190/16B; 200/15; 210/12,3; 220/9; 230/5,5; 240/4.

Verkaufsoptionen: AEG 4-250/1G; 260/1,6G; 280/3,4; 290/4,4; 300/9; 310/11,1; 7-250/2,5G; 270/5; 280/6G; 290/9,4; 300/12,4; BASF 4-260/0,60; 270/2,5B; 280/4; 290/5G; 7-250/1,4; 260/1,9G; 270/3,5; 280/6,2; Bayer 4-290/6; 7-270/2G; 280/4; 290/4,5; BMW 4-540/5G; 560/15; 580/25; 600/45; 7-540/12; 560/20G; 570/26,2G; 580/30,8G; Bay. Vereinsbk. 7-500/20G; Commerzbk. 4-270/4,5; 280/8; 290/9; 300/18B; 310/21,8G; 7-270/6,9; 280/7; 290/17; 300/20G; 310/25; Conti 4-190/2B; 200/5G; 7-190/6; 200/7,5G; Daimler 4-1100/9,6B; 1200/15; 1300/40; 7-1150/15; 1200/41; 1250/60; Dt. Babcock St. 7-200/5,5G; Dt. Babcock Vz. 7-200/18B; Deutsche Bk. 4-760/16,8G; 780/20,2G; 7-750/20G; 780/25G; Dresdner Bk. 4-370/5,5G; 380/13; 390/15G; 7-370/10G; 390/20G; 400/30; Hoechst 4-290/4; 7-260/2G; 280/5; Hoesch 4-170/2G; 180/4,6B; 190/14,5; 7-170/4G; 180/7,9B; 190/15G; Karstadt 7-320/5,5; 330/7,4; 340/9,1; Kaufhof 4-360/2G; 380/4; 390/5; 400/6; 7-400/12; Klöckner 4-90/1; 100/2,1; 7-95/4; 100/5G; 110/11; Lufthansa St. 4-270/15G; 7-240/10G; 260/15; Lufthansa Vz. 7-250/8,5G; Linde 7-630/20G; Mercedes 4-1050/11; 1100/24G; 1200/98B; Mannesmann 4-250/4,6; 260/8; 270/12; 280/22; 7-250/8; 260/11; 270/20; 280/24; Porsche 4-1200/19,9; 7-1150/20G; 1200/45G; Preussag 4-250/6G; 270/29B; 7-270/30B; RWE St. 4-230/4G; RWE Vz. 7-200/3G; Siemens 4-720/8; 730/10; 740/12G; 750/25; 7-720/16G; 730/23G; 750/35G; Thyssen 4-160/1,5B; 170/5; 180/13,1B; 7-150/2G; 160/2,5; 170/7,5; 180/15B; Varta 4-290/5G; Veba 4-270/3B; 7-260/2,5; 280/6G; 290/10,4B; VEW 7-150/4G; VW 4-490/6; 500/8,5; 520/15G; 530/20G; 7-490/9; 500/16G; 530/19,4G; 540/25,2G; Alcan 7-75/2,5G; Chrysler 7-110/1,5G; 120/3,9; Eli 7-70/9,8B; General Motors 7-180/6G; IBM 7-370/15G; Norsk Hydro 4-40/2; 45/6; 7-40/35; Philips 4-55/1,9B; 7-50/1G; 55/3; Sperry 4-130/9,95B.

Hinweis: Wegen spätem Handelsschluß konnten in einem Teil dieser Auflage zu unserem Bedauern die aktuellen Optionspreise nicht veröffentlicht werden.

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 177,65 (175,81); Elektrowerte: 336,09 (339,53); Autowerte: 730,40 (728,80); Maschinenbau: 171,05 (171,47); Versorgungsaktien: 171,25 (167,40); Banken: 373,07 (379,87); Warenhäuser: 151,91 (149,38); Bauwirtschaft: 419,55 (412,42); Konsumgüterindustrie: 155,31 (153,49); Versicherung: 1421,50 (1431,73); Stahlpapiere: 169,28 (169,94)

Kursgewinner (Frankfurt):

Hemmoor Zement	235,00	+20,00	+9,3%
Schlenk	275,00	+20,00	+7,8%
Münch. Rück NA	2960,00	+160,0	+5,7%
Stock	950,00	+50,00	+5,5%
HEW	136,50	+6,50	+5,0%
KSB St.	189,00	+9,00	+5,0%
Edelstahl Witten	348,50	+13,50	+4,0%
Didier	285,00	+10,00	+3,6%
Strabag	166,00	+5,80	+3,6%
Frankf. Hypo	935,00	+30,00	+3,3%

Kursverlierer (Frankfurt):

Löwenbräu	1285,00	-100,0	-7,2%
Dielauw.	65,10	-4,90	-7,0%
Gerling NA Gr.	5600,00	-400,0	-6,6%
Girmes	180,00	-12,00	-6,2%
Gerling NA Vz.	555,00	-35,00	-5,9%
Bankg. v. 1899	533,00	-31,00	-5,4%
Bayer. Hypo	533,00	-31,00	-5,4%
Dt. Conti Rück NA	1060,00	-50,00	-4,5%
Krupp	179,00	-8,00	-4,2%
Colonia Vers.	748,00	-32,00	-4,1%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 815,00 G, Kölitzer 1900,00 B, VAB 2900,00 T
Düsseldorf: BASF 302,00, Bayer 305,00, BHF 475,00 G, Contigas 410,00, Contigummi 195,00 G, IWK 308,00 bG, Linde 600,00, Nixdorf 542,00, Rütgers 430,00, Schering 505,00, VEW 158,00
Frankfurt: Adt 52,00, Allweiler St. 280,00 G, Allweiler Vz. 205,00 bG, BASF 303,00, Bayer 304,00, BHF 465,00 T, Contigas 415,00, Contigummi 200,00, Dresdner Bk. 365,00 G, IWK 306,00, KSB 180,00 T, KSB Vz. 167,00 T, Linde 600,00, Magdeburger Feuer 700,00 T, Magdeburger Feuer NA 1100,00 G, Mainkraft 520,00, Metallges. 300,00, Mato Meter 230,00 G, Nixdorf 538,00, Pfaff 220,00, Rütgers 450,00, Salamander 312,00, Schering 520,00, VEW 156,00, Wella 735,00, Ymos Vz. 177,50
Hamburg: Doag 340,00 B, Schering 518,00
München: BASF 303,00 bG, BHF 465,00 T, Br. Wolfk. 220,00 G, Contigas 405,00 bG, IWK 314,00, Isar-Amper 350,00 G, Linde 607,00 bG, Metallges. 300,00 bG, Nixdorf 540,00, Rütgers 425,00 G, Salamander 295,00 G, Schering 525,00, Stumpf 117,10 G, VAB 2810,00 TG, VEW 157,00, Wanderer 530,00 T

Devisenmärkte

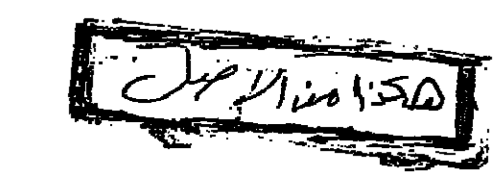
Für den US-Dollar waren am 24. Februar wieder rückläufige Kurse zu registrieren. Die Hausse an den Bondmärkten setzte sich am Freitag fort, das Mißtrauen gegenüber der US-Wirtschaftsentwicklung und den Haushaltsdefiziten blieb. Ohne großes Aufsehen näherte sich der Kurs am Nachmittag 2,283, dem Tief der Vorwoche von 2,28. Anfangs wurde von 2,295 bis 2,295 gehandelt. Die amtliche Notiz wurde noch mit 2,288 fixiert. Der Japanische Yen gab um 6 Promille auf 1,258 nach. Auf ein neues historisches Tief von 31,38 fiel die Schwedische Krone. Der Gulden notierte mit 88,47 erstmals in diesem Jahr unter 88,50. US-Dollar in: Amsterdam 2,5855; Brüssel 46,8525; Paris 7,025; Mailand 1555,00; Wien 16,072, Zürich 1,9107; Ir. Pfund/DM 3,025; Pfund/Dollar 1,4607; Pfund/DM 3,342.

Devisen und Sorten

24.2.1986	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs⁴	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,284	2,292	2,2745	2,23	2,33
London[2]	3,335	3,349	3,284	3,28	3,43
Dublin[2]	3,018	3,032	2,927	2,94	3,09
Montreal[1]	1,6447	1,6527	1,6244	1,61	1,71
Amsterd.	88,36	88,58	88,215	87,75	89,50
Zürich	119,65	119,85	119,36	118,25	121,00
Brüssel	4,874	4,894	4,814	4,72	4,92
Paris	32,475	32,635	31,81	31,75	33,50
Kopenh.	27,055	27,155	26,87	26,25	28,00
Oslo	31,96	32,08	31,335	31,00	32,75
Stockh.**	31,30	31,46	30,87	30,75	32,50
Mailand[3]**	1,465	1,475	1,4225	1,41	1,51
Wien	14,219	14,259	14,156	14,12	14,34
Madrid**	1,583	1,593	1,551	1,56	1,67
Lissabon**	1,515	1,535	1,426	1,10	1,90
Tokio	1,2565	1,2595	–	1,22	1,28
Helsinki	44,235	44,435	43,725	43,25	45,25
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	1,595	1,649	–	0,90	1,70
Frankl.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,605	1,622	–	1,56	1,66
Johannbg.*	1,128	1,162	–	0,93	1,25
Hongkong *	29,16	29,44	–	26,50	32,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.





Bundesanleihen

F	6¾ dgl. 77	5/89 102,9bG	102,75bG
F	8 dgl. 79 I	7/89 107,5G	107,1
F	6 dgl. 78 I	2/90 100,75	100,6
F	8 dgl. 80 II	7/90 107,95bG	107,7
F	9 dgl. 81	3/91 112,4	112G
F	10½ dgl. 81	9/91 119,6	119,25G
F	10¾ dgl. 81	11/1 119	118,6
F	8 dgl. 80 I	2/92 108,5G	108,2
F	10 dgl. 82	2/92 118,45	118,05
F	9½ dgl. 82	7/92 116,55G	116,25
F	8 dgl. 82	11/92 108,8	108,4
F	7¾ dgl. 83	1/93 107,5bG	107

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

F	6¾ dgl. 85/95	–	99,35
F	6¾ dgl. 85/95	100,9	100,7
F	6¾ dgl. 86/96	99G	99G
F	6 Lw. Rent. Bk. RS15	100,5G	100,5G
F	6 dgl. RS 16	100,65	100,65
F	6½ dgl. RS 60	101,65G	101,65G
F	7 dgl. 94	105,25G	105,25G
F	7 dgl. 99	100G	100G
F	8 dgl. 101	105,75G	105,75G
F	7½ dgl. 102	104,5G	104,5G
F	9½ dgl. 126	103,9G	103,9G
D	6½ LAG TS 77	102,15G	102,15G

Industrieanleihen

Optionsscheine

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Öffentliche Anleihen sehr fest

Am Rentenmarkt setzte sich die freundliche bis feste Tendenz an der Montagbörse fort. Öffentliche Anleihen wurden bei lebhaften Umsätzen in der Spitze bis um 1 DM heraufgesetzt. Bundesobligationen gewannen bis etwa 0,3 Prozentpunkte. Auch DM-Auslandsanleihen verzeichneten Kursgewinne, wurden aber doch weniger beachtet. Ruhiger verlief auch das Geschäft am Pfandbriefmarkt, der jedoch ebenfalls freundlicher tendierte. Im zehnjährigen Bereich ermäßigten sich die Renditen hier leicht auf etwa 6,75 bis 6,8 Prozent, im fünfjährigen Laufzeitbereich auf 6 bis 6,05 Prozent.

F	3¼ dgl. 84 o. O	90,75	90,7G
F	5½ Hanwa 84 m. O.	130G	128G
F	3½ dgl. 84 o. O.	95T	95,25bB
F	7½ Jap. Synth. 83 m. O.	220G	220
F	7½ dgl. 83 o. O	105G	105
F	5¼ Jusco 83 m. O	223,5G	226,5G
F	5¼ dgl. 83 o. O.	100G	100bG
F	3½ Kansai Paint 84 m O.	135T	130T
F	3½ dgl. 84 o. O.	95bG	95bG
F	3¼ Kaufhof 84 m. O.	176G	169
F	3¼ dgl. 84 o. O.	81	80,25T
F	3½ dgl. 85 m. O.	154	143
F	3½ dgl. 85 o. O.	79,25G	79,25
F	3½ Kobe S. 85 m. O.	128G	128G
F	3¼ dgl. 85 o. O	92,5T	92,5G
F	3½ Linde Int. m. O	175G	175G

6½ Argentinien 78/88	96,25	96
7½ dgl. 79/89	98,5	99
5½ Asiat. Entwbk. 78/88	100,4	100,4G
7¼ dgl. 79/89	102,5	102,2G
10 dgl. 80/90	106,8	107,1
8¾ dgl. 80/90	106G	106G
10 dgl. 81/91	108,5T	108,5
10¾ dgl. 81/89	112,25G	112,25G
9¾ dgl. 82/92	111,55	111,5G
9¾ dgl. 82/92 II	113,5T	113T
8¾ dgl. 82/92	107,7G	107,7G
7¾ dgl. 83/91	106,25	106,1G
8½ dgl. 83/95	109,5G	109,5G
7¾ dgl. 84/94	106G	105,85
8 dgl. 84/94	107,4	107G
7¾ dgl. 85/97	107,1G	107G

7¾ dgl. 83/93	104,2G	104G
6¾ Eurofima 72/87	100T	100T
6½ dgl. 73/88	102G	102G
5½ dgl. 78/88	100,35	100,25
6½ dgl. 79/89	102,75	102,25
10¾ dgl. 81/91	108,75	109T
9 dgl. 82/92	108,5G	108,5
8½ dgl. 82/90	109,5G	109,5G
7½ dgl. 83/91	105,75G	105,75G
7¾ dgl. 83/90	105,25G	105,25
7¾ dgl. 84/94	106,25	106,25
7¼ dgl. 84/92	105,75	105,35
6¾ dgl. 85/97	99,9	99,7
7 Europarat 73/88	100,5G	100,5G
6¼ dgl. 77/87	100,35G	100,5G
6¾ dgl. 78/88	100,5	100,5G

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kaffeenotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Gut behaupten konnte sich Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	21.2.	20.2.
März	333,50	331,50
Mai	278,50	275,00
Juli	255,50	254,75

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

21.2.	20.2.
21,00	21,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erdölerzeugnisse – Rohstoffpreise

Zinn-Preis Penang

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Bauholz

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Nullkupon-Anleihen (DM)

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Euro-Yen

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

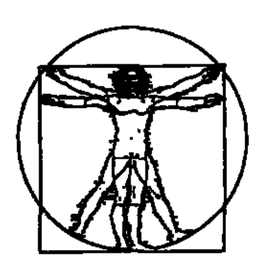
NOTIZEN

Giotto kehrt zurück

Paris (rtr) – Die von Europa zur Beobachtung des Kometen „Halley“ entsandte Sonde „Giotto“ hat nach Auskunft der Europäischen Raumfahrtbehörde (ESA) beste Chancen für eine heile Rückkehr nach der für den 18. März erwarteten Begegnung mit dem Kometen. Wie die ESA gestern mitteilte, haben Tests am 11. und 13. Februar das einwandfreie Funktionieren der Sonde bestätigt, die als einzige von fünf weiteren bis auf 500 Kilometer an den Eiskern des Kometen herankommen soll.

Pseudo-Krupp

Köln (dpa) – Das Gesundheitsamt der Stadt Köln will jetzt in Massenuntersuchungen an sechsjährigen Kölner Kindern klären, ob ein Zusammenhang zwischen Pseudokrupp und chronischer



Bronchitis mit Luftverschmutzung und Umweltbelastungen besteht. Wie der Kölner Gesundheitsdezernent Lothar Ruschmeier am Montag berichtete, können Eltern von Schulanfängern von Anfang März an bei den üblichen Einschulungsuntersuchungen zusätzlich und freiweillig einen entsprechenden Fragebogen ausfüllen.

Wieder mehr Seehunde

Hamburg (dpa) – Der Bestand an Seehunden in der Deutschen Bucht und den Mündungsgebieten von Elbe und Weser hat erfreulicherweise wieder zugenommen. Dort leben heute etwa 5000 Tiere. Wenn künftig Teile des „Nationalparks Wattenmeer“ für die Öffentlichkeit gesperrt werden, dürfte sich dies zusätzlich günstig für die weitere Vermehrung dieser bedrohten Tiere auswirken, die für die Aufzucht ihrer Jungen vor allem Ruhe brauchen.

Die Ergebnisse des Vorbeiflugs von „Voyager 2“ am Uranus, bei dem sich die Sonde am 24. Januar dem Planeten bis auf 81 000 Kilometer näherte, haben die Astronomen in Aufregung versetzt. Die Fotos und Messungen enthüllen nicht nur die ungewöhnlichen Eigenschaften des Uranus und seiner fünf bisher bekannten Monde, sondern zeigen auch zwei neue Ringe und zehn weitere Monde.

Zwei „Schäfermonde“ hüten eine gut erzogene Herde von Ringen

dpa/DW. **Pasadena**

Die Wissenschaftler im Jet Propulsion Laboratorium in Pasadena (Kalifornien) haben jetzt ein erstes Fazit der verblüffenden Funde über den Planeten Uranus gezogen. Während die Raumsonde „Voyager 2“ bereits zum Neptun weiterfliegt, den sie am 24. August 1989 – zwölf Jahre nach ihrem Start von der Erde – erreichen wird, haben die Forscher alle Hände voll zu tun, die große Menge der gewonnenen Daten auszuwerten.

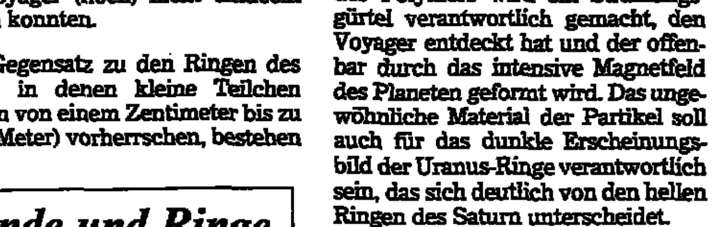
Obwohl viele von den früheren Erkenntnissen an diesem Planeten bestätigt wurden, fanden die Forscher eine Unzahl von Eigenheiten und neuen Rätseln. Die Ergebnisse deuten auf einen heißen, elektrisch geladenen Ozean unter einer Gaswolke aus Wasserstoff und Helium mit Tiefsttemperaturen von minus 180 Grad Celsius hin. In den über die Oberfläche jagenden orangefarbenen Wolken wurden Windgeschwindigkeiten bis zu 320 Stundenkilometern registriert.

Eine Besonderheit von Uranus ist die starke Neigung seiner Rotationsachse gegen die Ebene der Umlaufbahn, sie beträgt fast 100 Grad. Im Gegensatz zu den anderen Planeten (mit Ausnahme des Pluto) rollt Uranus also mit der Rotationsachse praktisch auf seiner Umlaufbahn. Im Abstand von ca. 42 Jahren (der Hälfte der Umlaufzeit) zeigt daher jeweils einer seiner Pole für kurze Zeit genau in Richtung Sonne.

Aus ungeklärten Gründen ist die obere Atmosphäre über dem der Sonne abgewandten Pol etwas wärmer als über dem Gegenpol, der in den vergangenen Jahren in Sonnenlicht getaucht war. Kurios ist auch ein „kalter Kragen“ um den Planeten, der in etwa 20 bis 40 Grad Breite vom Äquator verläuft. Eine unbekannte heiße Quelle als Wärmespender nur für bestimmte Zonen könnte nach Annahme der Forscher die Ursache sein. Überraschend war nicht zuletzt das bei Uranus gefundene Magnetfeld mit einer 55-Grad-Neigung zur Rotationsachse. Es wird möglicherweise durch einen Dynamoeffekt von den Trägern elektrischer Ladung im erwähnten Ozean oder von einem rotierenden heißen Kern im Innern erzeugt. Der Planet dreht sich offenbar in 16,8 Stunden einmal um sich selbst. Mit der gleichen Geschwindigkeit rotiert auch das Magnetfeld. Dieses bewegt zugleich die elektrisch geladenen Staubteilchen in dem Ringsystem.

Zwei Monde umrahmen den äußersten Ring

Zusätzlich zu den bisher bekannten neun Ringen entdeckte Voyager jetzt zwei weitere (siehe Kasten). Die Bilder zeigen zudem, daß der Raum zwischen ihnen mit Staub gefüllt ist, der – bei sehr genauer Betrachtung – wiederum ringförmige Strukturen bildet. Eine Sensation ist die Entdeckung von zwei kleinen Monden, die den äußersten Ring (Epsilon) einrahmen (Foto unten). Sie besitzen einen Durchmesser von 30 bzw. 40 Kilometern und sind von der Erde aus unsichtbar. Ihre Existenz war aber auf Grund theoretischer Berechnungen schon 1977 vorausgesagt worden. Ohne diese sogenannten „Schäfermonde“ könnten die Ringe gar nicht stabil sein: Die Milliarden von Felsbrocken, aus denen sie sich zusammensetzen, kollidieren nämlich ständig miteinander. Dies muß über kurz oder lang dazu führen, daß das Ringmaterial sich über eine große Fläche verstreut. Die Gravitation der beiden Monde zwingt die Partikel aber in einen engen Ring, der – im Fall von Epsilon – nur etwa 36 Kilometer breit ist und einen scharfen Rand besitzt. Die genauen physikalischen Abläufe kennt man bislang noch nicht, man erhofft sich aber an Hand der Voyager-Messungen eine endgültige Aufklärung. Auch die anderen Ringe des Uranus müssen von solchen Monden begleitet sein, doch sind sie offenbar so klein, daß sie auch auf den Bildern von Voyager (noch) nicht entdeckt werden konnten.



Im Gegensatz zu den Ringen des Saturn, in denen kleine Teilchen (Größen von einem Zentimeter bis zu einem Meter) vorherrschen, bestehen die von Uranus aus relativ großen Brocken. Der Grund dafür liegt möglicherweise in der Konsistenz dieser Partikel. Man vermutet, daß sie aus einem Methan-Polymer bestehen. Kleine Partikel könnten somit bei Kollisionen leicht mit größeren „verkleben“ und damit auf Dauer ganz verschwinden. Für die Entstehung des Polymers wird ein Strahlungsgürtel verantwortlich gemacht, den Voyager entdeckt hat und der offenbar durch das intensive Magnetfeld des Planeten geformt wird. Das ungewöhnliche Material der Partikel soll auch für das dunkle Erscheinungsbild der Uranus-Ringe verantwortlich sein, das sich deutlich von den hellen Ringen des Saturn unterscheidet.

Zwischen dem Epsilon-Ring und dem Mond Miranda, der bislang für den innersten Satelliten gehalten wurde, entdeckte Voyager acht weitere kleine Monde, die ebenfalls sehr dunkel sind. Über ihre Eigenschaften ist aber bisher kaum etwas bekannt geworden.

Die Bilder von den fünf äußeren großen Monden enthüllen, daß diese zu den ungewöhnlichsten Mitgliedern der „planetaren Gesellschaft“ gezählt werden können. Der Mond Miranda etwa vereint nach Ansicht des Voyager-Geologen Dr. Laurence Soderblom fast alle bizarren Erscheinungen unseres Sonnensystems auf sich.

Miranda hat die Form einer „mißlungenen“ Kugel mit einer Ausbeulung an der einen und einer Abflachung an der anderen Seite. Er zeichnet sich durch mindestens zehn verschiedene Oberflächenformationen aus: Gebirge, Gletscher, gradlinige rennbahnähnliche Strukturen, tiefe cañonähnliche Einschnitte, Klippen wie aus geflochtenen Seilen gedreht und Krater, all das findet man auf diesem Sonderling des Sonnensystems. Manche der Formationen auf dem Mond-Winzling von nur 400 Kilometer Durchmesser hätten die Forscher eher einem größeren Himmelskörper mit entsprechend stärkeren Gravitations- und thermodynamischen Kräften zugetraut. 25 Kilometer hohe Erhebungen und 16 Kilometer tiefe Einkerbungen besitzt dieser Mond, der allen anderen Mitwirkenden am Uranus die Schau gestohlen hat.

Miranda und seine Vettern bergen noch viele Rätsel

Hatte oder hat dieser Mond einen heißen Kern, der mit seiner aus dem Inneren geschleuderten Materie diese Oberflächenvielfalt hervorbringen konnte? Oder sollten Gezeitenkräfte am Uranus diese Deformationen bewerkstelligt haben, so fragen sich die Wissenschaftler.

Ebenso wie bei Miranda scheint es beim Nachbarmond Ariel mehr geologische Aktivität als vermutet gegeben zu haben. Krater von fünf bis zehn Kilometer Durchmesser und größere Verwerfungen mit riesigen Tälern zeichneten die Voyager-Kameras aus 130 000 Kilometer Entfernung auf. Geologisch eher langweilig und mit einer möglicherweise aus den Tagen seiner Entstehung bewahrten Oberfläche erwies sich Umbriel als der dunkelste aller Uranus-Monde. Er hat anscheinend nicht den geologischen Aufruhr erlebt, der so markante Merkmale auf der Oberfläche seines kleineren Vetters Miranda hinterließ.

Titania, der nach außen nächste Uranus-Mond, ist nach dem Voyager-Befund mit Kratern übersät und von spektakulären Verwerfungen – 2000 Kilometer lang und 80 Kilometer breit – als Ursache unbekannter geologischer Aktivitäten geprägt. Auf Oberon, dem letzten und größten der schon bekannten Monde, sah Voyager-Geologe Soderblom ein mächtiges Einschlagsgelände aus grauer Vorzeit mit einer dunklen Substanz ausgekleidet. Dynamische Prozesse mit Strömen möglicherweise vulkanischen Ursprungs könnten Soderblom zufolge nach den Einschlägen die dunkle Beschichtung verursacht haben.

Voyager 2 ist inzwischen von den Navigatoren im amerikanischen Jet Propulsion Laboratorium (Labor für Strahlantriebe) in Pasadena mit Hilfe der Gravitation des Uranus minuziös auf Kurs zu seinem letzten Ziel im Sonnensystem gebracht. Die Reise zum Planeten Neptun und zu dessen großen Mond Triton ist 48 Milliarden Kilometer weit. Das Unterfangen eines Zielschusses auf so große Distanz ist mit dem Versuch eines Golfers zu vergleichen, über 1–500 Kilometer hinweg ins Loch zu treffen.

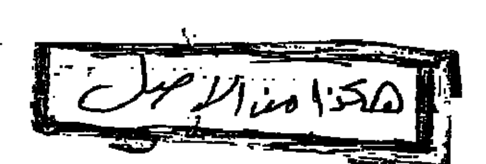


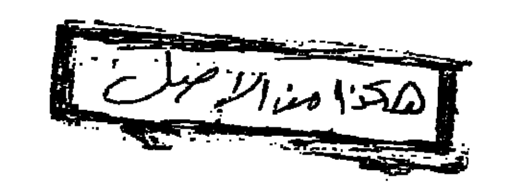
Dieses Bild des Mondes Ariel zeigt eine zerklüftete Oberfläche mit zahlreichen Kratern, die etwa fünf bis zehn Kilometer Durchmesser besitzen, sowie ein Muster aus Gräben und Falten. Das Bild ist aus vier Aufnahmen zusammengesetzt, die Voyager am 24. Januar aus einer Entfernung von 130 000 Kilometern aufgenommen hat. FOTO: AFP

Die Gravitation der zwei Monde (Kreise) zwingt die Ringpartikel in ihre enge Bahn FOTO: NASA/JPL

Monde und Ringe

Oberon: Durchmesser: 1630 km, Abstand von Uranus: 586 000 km, entdeckt: 1787
Titania: 1600 km, 438 000 km, 1787
Umbriel: 1110 km, 267 000 km, 1801
Ariel: 1330 km, 192 000 km, 1851
Miranda: 400 km, 130 000 km, 1948
8 kleine Monde: entdeckt von „Voyager 2“
Mond 1986U8: Äußerer „Schäfermond“ des Rings Epsilon
Ring Epsilon: ca. 36 km, 55 000 km, 1977
Mond 1986U7: Innerer „Schäfermond“ des Rings Epsilon
Ring 10: entdeckt von „Voyager 2“
Ringe Delta, Gamma, Eta, Beta, Alpha, 4, 5, 6: 1-7 km Durchmesser, entdeckt 1977
Ring 11: entdeckt von „Voyager 2“





ZAHLEN

SEGELN

Weltmeisterschaft in der Flying-Dutchman-Klasse vor Rio de Janeiro, Endstand nach sieben Wettfahrten: 1. Jörg und Eckart Diesch 40,4 Punkte, 2. Batzill/Wende (alle Deutschland) 46,0, 3. McLaughlin/Millen (Kanada) 66,0, 4. Turner/Allan (England) 79,7.

SKI NORDISCH

Weltcup-Springen in Engelberg/Schweiz: 1. Felder (Österreich) 215,7 Punkte (116,5+112), 2. Nykänen (Finnland) 211,4 (120,5+108), 3. Opaas (Norwegen) 205,6 (114,5+114,5). – Stand im Weltcup: 1. Nykänen 185 Punkte, 2. Vettori (Österreich) 179, 3. Felder 130.

FECHTEN

Fünftes Weltcup-Turnier der Degenfechter in Paris, Finale: Boisse (Frankreich) – Mazzoni (Italien) 10:7, um Platz drei: Poffet (Schweiz) – Schmitt 12:10, ... 10. Pusch, ... 14. Fischer, ... 16. Bellmann, ... 22. Löffler, ... 29. Borrmann (alle Deutschland).

RENNRODELN

Weltcup in St. Moritz, Herren, Einsitzer: 1. Hoffmann („DDR") 3:13,598 Min., ... 4. Hackl 3:14,461, ... 6. Schettel (beide Deutschland). – Doppelsitzer: 1. Hoffmann/Pietsch („DDR") 1:46,866, ... 3. Schwab/Staudinger (Deutschland) 1:47,627. – Damen, Einsitzer: 1. Schmidt („DDR") 2:41,232. – Endstand im Gesamt-Weltcup, Herren, Einsitzer: 1. Huber (Italien) 136 Punkte, 2. Schettel 117, 3. Hildgartner (Italien) 113. – Doppelsitzer: 1. Raffl/Huber (Italien) 50, 2. Schwab/Staudinger 44, 3. Ilsanker/Hackl (alle Deutschland) 42.

TENNIS

Turnier in Boca West/Kalifornien, Herren, Finale: Lendl (CSSR) – Wilander (Schweden) 3:6, 6:1, 7:6, 6:4. – Damen-Doppel: Shriver/Sukova (USA/CSSR) – Evert-Lloyd/Turnbull (USA/Australien) 6:2, 6:3. – Mixed: Fitzgerald/Smylie (Australien) – Sanchez/Graf (Spanien/Deutschland) 6:4, 7:5.

LEICHTATHLETIK

Hallen-Europameisterschaften in Madrid, zweiter Tag, Männer, 200 m: 1. Christie (England) 21,10. – 400 m: 1. Schönlebe („DDR") 46,97. – 800 m: 1. Braun 1:48,96, ... 5. Harries 1:50,04, 6. Udelhoven (alle Deutschland) 1:53,78. – 1500 m: 1. Gonzales (Spanien) 3:44,55, ... 4. Mönckemeyer (Deutschland) 3:46,47. – 60 m Hürden: 1. Moracho (Spanien) 7,67 Sek. – Stabhoch: 1. Tarev (Bulgarien) 5,70 m. – Dreisprung: 1. Bruschiks (UdSSR) 17,54 m (Hallen-Weltbestleistung), ... 13. Knabe (Deutschland) 16,03. – Frauen, 60 m: 1. Cooman (Holland) 7,00 Sek. (Hallen-Weltbestleistung), 2. Göhr („DDR") 7,08, ... 6. Gaugel (Deutschland) 7,45. – 200 m: 1. Koch („DDR") 22,58. – 400 m: 1. Busch („DDR") 51,40. – 800 m: 1. Ludwigs („DDR") 1:59,89 (Jahres-Weltbestzeit). – 1500 m: 1. Kitowa (UdSSR) 4:14,25. – 3000 m: 1. Bibernell („DDR") 8:54,52. – Hochsprung: 1. Bienias („DDR") 1,97 m.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 6, 26, 38, 39, 44, 45, Zusatzspiel: 42. – **Rennquintett**: Rennen A: 15, 1, 13. – Rennen B: 21, 24, 29. (Ohne Gewähr).

FUSSBALL / WELT-Interview mit dem Schiedsrichter-Obmann Malka

„Unsere Leute leisten im Prinzip gute Arbeit, aber sie sind verunsichert"

BERND WEBER, Herten

Teamchef Franz Beckenbauer hat den Platzverweis von Harald Schumacher (Köln) in München als „schwachsinnig" bezeichnet. Tatsächlich scheinen die Fernsehaufnahmen zu bestätigen, daß Schiedsrichter Werner Föckler die rote Karte für den Nationaltorwart zu Unrecht gezückt hat. Mithin stehen jetzt wieder die Schiedsrichter am Pranger. Die WELT sprach mit Johannes Malka, dem Schiedsrichter-Obmann des Deutschen Fußball-Bundes (DFB).

WELT: Fühlen sich die Schiedsrichter nicht immer mehr verunsichert, weil ihre Entscheidungen laufend durch Fernsehaufnahmen widerlegt werden?

Malka: Daß sie laufend widerlegt werden, muß ich entschieden zurückweisen. Unsere Leute leisten im Prinzip gute Arbeit. Aber natürlich, sie sind verunsichert.

WELT: Das Fernsehen wurde zum Oberschiedsrichter der Nation.

Malka: Mich stört in erster Linie, mit welcher Genüßlichkeit einige Fernsehreporter ihr Bildmaterial unterbreiten. Und zuweilen hat man den Eindruck, sie seien nur darauf aus, den Schiedsrichtern eins auszuwischen. Damit will ich gewiß nicht abstreiten, daß sich meine Kollegen mal irren können ...

WELT: ... wie beispielsweise jetzt im Fall Schumacher.

Malka: ... möglicherweise. Aber wir wissen auch, daß Kameras verzerren können. Zudem haben sie häufig einen anderen Blickwinkel als die Schiedsrichter, die in der Regel, das muß man doch anerkennen, sehr günstig zum Tatort postiert sind.

WELT: Gleichwohl greifen die Sportgerichte vor ihren Urteilsfindungen immer häufiger auf das Studium von Fernsehbildern zurück. Wie im noch nicht entschiedenen Fall Pezzey und analog dazu wohl auch bei Schumacher. Wenn beide Spieler freigesprochen werden, würden Sie das als Niederlage für Ihre Zunft empfinden?

Malka: Warum? Der bisherige Ablauf im Fall Pezzey macht doch eigentlich nur deutlich, wo die Schwierigkeiten liegen. Da tagt ein Sportgericht mehr als zwei Stunden, studiert Fernseh-Zeitlupenaufnahmen und kann sich selbst danach noch nicht festlegen, ob der Bremer foul oder nicht foul gespielt hat. Dem Schiedsrichter bleiben nur Bruchteile von Sekunden, um sich zu entscheiden. Wenn sie dann einmal daneben liegen, ist das doch entschuldbar.

WELT: Die Verantwortung in Sachen Pezzey liegt ja jetzt bei Südwestfunk-Sportchef Rudi Michel, der als Obergutachter vom Sportgericht geladen wurde.

Malka: Ich schätze Herrn Michel sehr, aber ich würde mir wünschen, daß er es ablehnt, vor dem Sportgericht zu erscheinen. Er hat das Spiel nicht gesehen, auch er kann sich irren. Und dann brauchen wir ja wohl den Ober-Obergutachter ...

WELT: Trainer Lattek forderte, daß in Fällen, in denen die rote Karte nur gezeigt wurde, weil es vorher bereits Gelb gab, die betroffenen Spieler nur für die jeweilige Begegnung gesperrt werden.

Malka: Darüber kann man reden, denn es ist ein guter Vorschlag. Allerdings, in einem Punkt müssen wir ganz konsequent bleiben. Wer brutal foult, muß hart bestraft werden.

NACHRICHTEN

Bundesliga: Terminnot

Stuttgart (dpa) – Von den fünf geplanten Nachholspielen der Fußball-Bundesliga können heute und morgen nur drei stattfinden: Heute Saarbrücken – Stuttgart und Mannheim gegen Dortmund (19.30 Uhr), morgen Uerdingen – Frankfurt (20.00).

Vier Wochen Sperre

Saarbrücken (sid) – Wegen versuchter Tätlichkeit ist Santos Muntubila vom Fußball-Bundesligaklub 1. FC Saarbrücken vom DFB-Sportgericht zu einer vierwöchigen Sperre verurteilt worden. Muntubila hatte mehrfach versucht, den Münchner Augenthaler zu foulen.

Zenkner Europameister

Baden bei Wien (dpa) – Der Münchner Wolfgang Zenkner wurde in Baden bei Wien Billard-Europameister im Cadre 47/1.

TENNIS / Boris Becker ist wieder im Einsatz

Noch im Tennisdreß düste Lendl im Privatjet davon

dpa, **Boca West**

Nach dem Reinfall beim 4,5-Millionen-Mark-Turnier von Boca West, das Ivan Lendl (CSSR) nach dreistündiger Regenunterbrechung mit 3:6, 6:1, 7:6, 6:4 gegen den Schweden Mats Wilander gewann, bleibt den deutschen Tennis-Herren als Generalprobe für die Davis-Cup-Begegnung in Mexiko (7.–9. März) nur noch das Turnier von La Quinta. Wimbledon-Sieger Boris Becker hat zwar in der ersten Runde Freilos, wird aber seinem ersten Spiel am Mittwoch sicherlich mit gemischten Gefühlen entgegenfiebern. Denn sein Gegner wird zwischen Mike Leach (USA) und dem Uruguayer Diego Perez ermittelt.

Perez, die Nummer 55 in der Weltrangliste, schaltete Becker in dessen ersten Turnier nach dem Wimbledonsieg in Kitzbühel sensationell in der ersten Runde aus. Gegen Leach, Nummer 38 im Tennis-Computer, hat Boris Becker beim Londoner Hallenturnier 1985 als Sieger die besseren Erfahrungen gemacht.

Nicht dabei ist in La Quinta der Weltranglisten-Erste Ivan Lendl. Er ruht sich nach dem Finale von Boca West aus, das insgesamt sechseinhalb Stunden dauerte. Bei fast 45 Grad in der Sonne hatte ein gewaltiger Gewitterschauer eine dreistündige Unterbrechung erzwungen.

Nach dem verzögerten Matchball war Lendl, der ganz eilig noch in Tenniskleidung seinen Privatjet bestieg und abdüste, nicht mit seiner Leistung zufrieden: „Über den Sieg freue ich mich zwar, aber nicht darüber, wie er zustande kam. Ich habe überhaupt die ganzen zwei Wochen nicht richtig zu meinem Spiel gefunden."

LEICHTATHLETIK / Marlies Göhr besiegt

Europameister Braun und der Kampf zu Hause

KLAUS BLUME, Bonn

„Wichtig war, daß er endlich mal ein Rennen bestimmt hat, daß er resolut von der Spitze aus gelaufen ist. Als er dann angegriffen wurde, dachte ich schon, jetzt ist wieder alles vorbei. Aber es war nicht so, und darauf läßt sich aufbauen." So sah Trainer Gerhard Schauer aus Tuttlingen das Europameisterschaftsstück seines 23jährigen Schützlings Peter Braun über 800 m in Madrid.

Denn Braun galt zwar bisher als eines der Talente, die den langen 800-m-Sprint mit viel Tempo laufen können, doch wenn es um Sieg und Placierungen geht, zumeist den Kopf verlieren. Wobei allerdings anzumerken ist, daß Braun bereits im letzten Sommer zur europäischen Spitzenklasse aufschloß. Hinter den beiden englischen Ausnahmeläufern Steve Cram und Sebastian Coe sowie dem Holländer Rob Druppers war er mit 1:44,15 Minuten 1985 schon der viertschnellste Europäer.

Braun hält viel von diesem Resultat, das nach Willi Wülbecks deutschem Rekord (1:43,65 Minuten) hierzulande die zweitbeste aller Zeiten ist. Sein Trainer und der erfahrene Hans-Peter Ferner – er schlug bei den Freiluft-Europameisterschaften 1982 in Athen sensationell Weltrekordler Coe – sind allerdings anderer Meinung.

Ferner sagt: „Wenn man ohnehin schnell ist und zusammen mit den schnellsten 800-m-Läufern der Welt ein entsprechendes Rennen erwischt, ist es keine allzu große Kunst, mit einer Superzeit Letzter zu werden. So wie Peter Braun vorigen Sommer in Koblenz." Trainer Schauer: „Es stimmt, der Peter ist halt hinterhergelaufen, und das war alles. Deshalb bin ich froh, daß er es jetzt anders gemacht hat. Auch, wenn die Konkurrenz und die Zeit nur mittelmäßig waren."

Im 800-m-Finale von Madrid standen übrigens drei deutsche Läufer: Neben Braun dessen Freund und zeitweiliger Trainingskamerad Axel Harries sowie Jussi Udelhoven, der Europameisterschafts-Zweite der Junioren 1985 von Cottbus. Udelhoven, der im deutschsprachigen Teil Belgiens lebt und ausschließlich im Gelände trainiert, war für den ehemaligen Hallen-Europameister Herbert Wursthorn eingesprungen, weil der zur Zeit Prüfungen ablegen muß. Brauns Trainer Schauer, zugleich Kletter-Kamerad des Hobby-Bergsteigers Wursthorn, erzählt: „Der Herbert trainiert trotzdem wie ein Wilder, der ist in Superform."

Womit bereits umrissen ist, was sich seit etwa eineinhalb Jahren auf der 800-m-Strecke in deutschen Landen tut und was sich bei den Europameisterschaften in der letzten August-Woche in Stuttgart ergeben kann. Denn merke: Wenn es darauf ankam, sind deutsche 800-m-Läufer stets recht couragiert zu Werke gegangen ...

Fünf deutsche Läufer wollen bei den Europameisterschaften in Stuttgart starten, nur drei dürfen es laut Reglement. So wird es zwischen Peter Braun, Axel Harries, Matthias Assmann (Schauer: „Er ist einwandfrei der Stärkste von allen"), Herbert Wursthorn und Hans-Peter Ferner einen Kampf auf Biegen oder Brechen geben. Denn auch Ferner – der 1985 die 800-m-Strecke immerhin in 1:45,13 Minuteen zurücklegte – hat wieder Spaß am schnellen Laufen. Schließlich ist er der Titelverteidiger. So hat er mit seinem Arbeitgeber ausgemacht, in diesem Jahr öfters zu trainieren und seltener ins Büro zu gehen. Ferner zur WELT: „Man wird nämlich um 1:45 Minuten herum laufen müssen, um sich überhaupt für das deutsche Team qualifizieren zu können, und man muß sicher noch eine Sekunde schneller sein, um dann auch im Europameisterschaftsfinale eine Siegchance zu haben."

Auf diese Sieg-Chance arbeitet auch Nellie Fiere-Cooman hin, die in Madrid über 60 Meter die große Marlies Göhr aus der „DDR" bezwang. Das ist der farbigen Holländerin zwar schon im letzten Jahr in Piräus gelungen, doch nun lief sie mit 7,00 Sekunden auch gleich noch Weltbestzeit. Vorbereitet hat sie sich dafür diesmal bei einer Serie von Hallen-Rennen in den USA. Ihre Hilfe für alte Leute in Rotterdam – Kochen, Saubermachen, Vorlesen – hat die nur 1,56 m große Nellie Fiere-Cooman des Sports wegen vorübergehend aufgegeben. Auch das Eishockey- und Fußballspielen. Im Frühjahr wird sie statt dessen nach Kalifornien gehen, um zu üben, wie man die Göhr schlägt – über 100 Meter.

STAND PUNKT

Siegertypen

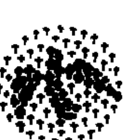
Es mag ja in der Natur der Sache liegen, daß wir so gerne heute schon wissen möchten, was morgen erst passiert. Doch weil dies eben nicht geht, wird also spekuliert, werden Prognosen aufgestellt, Träume preisgegeben und Hoffnungen geäußert. Nichts anderes passiert jetzt auch wieder vor dem Beginn der Handball-Weltmeisterschaft in der Schweiz. Bevor es heute abend (20.30 Uhr) beim ersten Gruppenspiel in Zürich gegen die Polen ernst wird, wurden sie alle, ob Spieler oder Trainer, noch einmal gefragt, wo sie sich denn am Ende plaziert sehen. Dabei kam heraus, daß die Trainer dem deutschen Team keine Wunderdinge zutrauen.

Die deutschen Spieler selbst hegen gemeinsam den Traum, durch einen sechsten Platz die direkte Qualifikation für das nächste Olympia-Turnier 1988 in Südkorea zu schaffen. Dieser Wunsch erscheint realistisch. Doch es gibt sie tatsächlich im deutschen Team, die Super-Optimisten, die die Handball-Hierarchie auf den Kopf stellen wollen. Also sagen Martin Schwalb, Michael Roth (beide Großwallstadt) sowie Jörn-Uwe Lommel (Essen) voraus, Deutschland wird Weltmeister. Die Torleute Hecker (Essen) und Roch (Großwallstadt) prophezeien immerhin den Einzug ins Finale. Ganz schön starker Tobak.

Damit haben sie sich selbst in Zugzwang gebracht. Bundestrainer Simon Schobel braucht sich über das Selbstbewußtsein seiner Spieler nicht zu wundern. Spätestens nach dem Gewinn der olympischen Silbermedaille in Los Angeles hat er sie als Siegertypen bezeichnet – obgleich der Ostblock damals nicht vertreten war. Sportler neigen aber nun einmal gerne dazu, sich von Superlativen geschmeichelt zu fühlen.

Seit Olympia konnten sie jedenfalls nicht den Beweis antreten, daß ihr Wille und ihr Streben so stark ausgeprägt sind, den Gegner unter allen Umständen zu beherrschen. Abgesehen vom Sieg beim Supercup über den Weltmeister UdSSR. Doch es gab auch Durchhänger, wo sich die Siegertypen versteckten. Nun sind sie gefordert.

ULRICH DOST





DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Klage-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanno Giesker, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lommon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

F. Kämpfers Untersuchung über das politische Plakat

Mit Kitchener fing es an

Schlage die Weißen mit dem roten Keil", El Lissitzkys berühmtes suprematistisches Plakat von 1920 für die sowjetische Westfront ziert den Umschlag des Buches „Der rote Keil", mit dem Frank Kämpfer, Ordinarius für Osteuropäische Geschichte an der Universität Münster, „Das politische Plakat – Theorie und Geschichte" darzustellen verspricht. Der Untertitel greift damit allerdings zu hoch.

Im ersten Teil befaßt sich Kämpfer mit dem politischen Plakat als historischer Quelle, mit Publizistik, Semiotik, Informatik und Psychologie, mit der Sprache der Plakate und der Aussage ihrer Bilder. Insgesamt ist dieser Teil schwer verdauliches Lesefutter für interessierte Laien, denen



auch manche der insgesamt 401 Fußnoten des ganzen Buches mehr als Fußangeln vorkommen dürften.

Im zweiten Teil seiner Monographie liefert Kämpfer nur eine – allerdings überaus materialreiche – Untersuchung über politische Plakate zwischen 1914 und 1945 ab. Eindeutiger Schwerpunkt dieses historischen Abschnittes und damit rund der Hälfte des Werkes ist das Beispiel Rußland/Sowjetunion, angereichert durch deutsche Plakatpropaganda und eine Handvoll Beispiele aus anderen Ländern. Dabei steht wiederum die Zeit vom Ersten Weltkrieg bis in die frühen dreißiger Jahre im Vordergrund, während für die anschließenden Jahre Kämpfer offenbar die Zeit, das Material oder der schöpferische Atem fehlten.

Zur frühen Zeit kann man dagegen immer wieder überraschende Entdeckungen machen. So belegt Kämpfer, daß das Motiv einer der populärsten Affichen dieses Jahrhunderts, die den Uncle Sam mit dem stechenden Blick und dem bohrenden Zeigefinger samt der fordernden Textzeile „I want you for U. S. Army" (J. M. Flagg, 1917) zeigt, bereits 1914 von dem Engländer Alfred Leete für ein Kriegsdienst-Werbeplakat mit Lord Kitchener erfunden wurde. Außerdem ist Uncle Sam nur eine von vielen Variationen (oder soll man sagen: Plagiaten?) in Ost und West bis hin zum Zweiten Weltkrieg.

Höchst lesenswert ist Kämpfers Darstellung der russisch-sowjetischen Plakatpropaganda vom Ersten Weltkrieg über die Revolutionen des Jahres 1917 und den Bürgerkrieg bis hin zu Lenins „Neuer Ökonomischer Politik", eingeschlossen Kampagnen gegen Deserteure und Bummelanten, für höhere Produktivität und moderne Methoden in Industrie und Landwirtschaft, für die Gleichstellung der Frau – kurzum gegen „Das Alte", für „Das Neue".

Das wichtige Thema der Rosta-Fenster kommt dabei leider etwas zu kurz. Wie überhaupt Kämpfer die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Hintergründe und Bezüge höchst ungleichgewichtig vermittelt. Merkwürdigerweise wird auch weder in Wort noch Bild jener als verschwommener Schattenriß über Nacht im Deutschland des Zweiten Weltkrieges aufgetauchte schwarze Mann mit dem beinahe beschwörenden Appell „Pst! Feind hört mit!" erwähnt (ein Thema, das fast eine eigene Abhandlung wert wäre).

Einleuchtend herausgearbeitet werden von Kämpfer die großen Themen der revolutionären Plakatpropaganda, nämlich „Der Führer", „Der Feind", „Das neue Bild der Frau" und „Heroismus der Arbeit". Und daß des Verfassers Herz für diese Blüteperiode des Massenmediums „Politisches Plakat" schlägt, ist verständlich, denn die Produkte waren von einer heute nicht mehr zu verzeichnenden Lebendigkeit – sowohl in ihrer künstlerischen Gestaltung als auch in ihrer vulgären Dämonisierung des Gegners oder den heroisch-pathetischen und provinziell-folkloristischen Glorifizierungen eigener Methoden und Ziele.

Die 148 Abbildungen des Bandes sind von unterschiedlichem Aussagewert, bedingt durch die Verkleinerung von Plakaten (über deren tatsächliches Format sich der Autor völlig ausschweigt) auf die Größe einer ganzen, halben oder viertel Buchseite. Trotzdem hat das Buch seine Meriten. Es erweist sich als eine gründliche Abhandlung über die sowjetische Plakatkunst.

HEINRICH KÖNIG

Frank Kämpfer: „Der rote Keil"; Gebr. Mann Verlag, Berlin. 324 S., 148 Abb., 39,80 Mark.



Wiener Atmosphäre: Mitte März wird im Centre Pompidou ein Kaffeehaus installiert FOTO: DIE WELT

Centre Pompidou in Paris: „Wien 1880–1938 – Die fröhliche Apokalypse"

Eine Sachertorte macht die Sache rund

Nun darf auch Paris an Wiens großer Zeit um die Jahrhundertwende teilhaben, nachdem zuvor Hamburg das „Experiment Weltuntergang" vorgeführt und Wien selbst sich zwischen „Traum und Wirklichkeit" bewegt hat. Im Pariser Centre Pompidou geht es nun um „Wien 1880–1938 – Die fröhliche Apokalypse". Die Ausstellung steht in der Tradition der Mammutunternehmen „Paris–Berlin", „Paris–Moskau" usw., mit denen sich das neugegründete Centre Pompidou Ende der 70er Jahre internationales Renommee erwarb. 1980 begann man, „Paris–Wien" zu planen, stellte aber bald fest, daß die Kulturbeziehungen zwischen beiden Metropolen um die Jahrhundertwende zu unbedeutend waren, um einen solchen Titel zu rechtfertigen.

Als Klimt in Wien gefeiert wurde, erregten in Paris die Fauves und die Kubisten Aufsehen. Zwar waren Freud, Musil oder Mahler seit langem an der Seine bekannt, aber ohne Einfluß. So entdeckt das französische Publikum erst jetzt die Zusammenhänge einer mitteleuropäischen Kulturepoche, aus der es bisher nur Ausschnitte aufgenommen hatte.

Die Ausstellung ist vortrefflich plaziert, weil Frankreich derzeit von einer „viennomanie", einer Wien-Begeisterung, überflutet wird, die von einer Übersetzungs- und Editionswelle österreichischer Autoren genährt wird. Ab 13. März wird man sich im Centre Pompidou sogar in ein nachgebautes „original Wiener Kaffeehaus" setzen können, um sich mit Sachertorte und Einspänner in Wien-Stimmung zu versetzen.

Mancher mag sich fragen, warum es nach Hamburg und Wien einer weiteren großen Schau über das Wiener Fin de siècle bedurfte. Denn im großen und ganzen zeigt das Centre Pompidou eine Kopie der letztjährigen Ausstellung im Wiener Künstlerhaus. Allerdings sind einige Akzente verschoben worden, was bereits bei den periodisierenden Eckdaten auffällt. Projektleiter Gérard Régnier hat nicht die beiden Wirtschaftskräche von 1873 und 1929 gewählt, er beginnt 1880 und will von dort einen Weg zum Totalitarismus dokumentieren. In jenem Jahr wurden zwei neue Parteien gegründet, die christlichsoziale des späteren Wiener Bürgermeisters Karl Lueger und die alldeutsche. Régnier sieht in beiden Parteien Wurzeln des Nationalsozialismus und schließt die Ausstellung deshalb mit dem „Anschluß" 1938.

Diese merkwürdige und für die Wiener Kultur willkürliche Perspektive wird glücklicherweise auf dem Parcours von der Fülle des Materials überdeckt. Er beginnt mit einem Raum zur Walzer- und Ringstraßen-Belle-Epoque, umfaßt anschließend alle Aspekte der Wiener Jahrhundertwendekultur von der Architektur über Malerei, Literatur, Musik, Design („Wiener Werkstätte") und Fotografie bis zur Arbeiterbewegung und den sozialen Errungenschaften des „Roten Wien" der Zwischenkriegszeit. Der Rundgang endet mit der Erinnerung an die Wiener Emigration nach 1938. „Wien 1880–1938" ist deshalb nicht nur eine Kunstausstellung, sondern eher ein kulturgeschichtlicher Rückblick.

MICHAEL SIEBERT

Bis 5. Mai; New York: Juni bis Sept., Kat., brosch., 360 Franc, geb., 450 Franc.

Blut'ge Rosen: Schlußbericht vom Berlinale-Forum

Schöne, verbotene Bilder

Rot sind die Rosen in Werner Schroeters neuem Film „Der Rosenkönig", rot wie die Liebe und das Blut. Ein jeder tötet hier, was er liebt. Albert, der Rosenzüchter, ersticht Arnold, seinen Geliebten. Er steckt dem Opfer eine letzte Rose in die blutende Wunde, läßt Rosen auf ihn regnen und bettet den Leichnam im Rosenbeet. Wie schrecklich, wie kitschig hätte das ins Auge gehen können. Es ging aber nicht. Im Gegenteil: Schroeter hat einen – auf die Schnelle und für wenig zusammengeborgtes Geld – optisch sehr schönen, poetischen Film geschaffen, zweifellos den herausragenden Spielfilm des diesjährigen Forum-Programms.

Sicherlich, er geizt wieder einmal nicht mit großer Oper („Tosca" und „La Traviata"), und manche Einfälle wirken abwegig und auch degoutant. Aber Arnolds Liebestod ist schiere Filmpoesie. Magdalena Montezuma, die große Nicht-Schauspielerin, spielt hier ihre letzte Rolle, Alberts Mutter. Von der tödlichen Krankheit gezeichnet, läßt sie noch einmal die geheimnisvollen Kräfte ihrer Ausstrahlung und Sprache walten. Mit großer Geste, fern von allem Manierismus, trotzt sie dem Leben „Tod und Verklärung" ab.

Es gab auf dem Forum auch ausdrücklich „Verbotene Bilder" zu sehen. Aber diese, in dem gleichnamigen Film des Duisburger Ehepaares Birgit und Wilhelm Hein, waren nur grenzenlos geschmacklos. Da wird dem Publikum eine Menge zugemutet, und da ziehen sich wieder einmal ausgerechnet jene Leute aus, die das besser sein ließen. Da werden pornographische Texte langwierig verlesen. Und das Hamburger Filmbüro fand diese Unappetitlichkeiten auch noch förderungswürdig. Glücklicherweise hat jedes Kino, auch das „Delphi" in Berlin, einen Ausgang ...

Vorteilhaft für die Programmgestaltung wirkte sich wieder einmal aus, daß das Forum keinen Zwängen unterworfen ist wie der Wettbewerb der Berlinale. Es braucht nicht auf dem Recht der ersten Nacht zu pochen. Es darf nachspielen, was andere Festivals schon vorgespielt haben, was möglicherweise an sonnigen Plätzen untergegangen ist, wie das große Dokument „Shoa" in Venedig.

Von Venedig hatte man auch die argentinisch-französische Koproduktion „Tangos – Das Exil Gardels" von Fernando E. Solanas übernommen (vergl. die WELT vom 2. 9. 85), in dem die Versuche einiger exilierter argentinischer Tänzer und Musiker, in Paris eine „tanguedia", ein Tango-Tanztheater, auf die Beine zu stellen, nicht so recht vom Fleck kommen. Immerhin, man sieht da, daß Marina Vlady, die man schon völlig vergessen hatte, immer noch eine sehr schöne Frau ist, und wenn wirklich Tango getanzt wird, weint man auch nicht um Argentinien. Nur vom Kinosessel reißt das alles niemanden.

Von einem der wundervollsten Filme der letzten Jahre, Ingmar Bergmans „Fanny und Alexander", durfte man nachträglich die gefilmte Entstehungsgeschichte bewundern. Erstmals hatte der schwedische Regisseur einen von ihm selbst gestalteten Film über einen seiner Filme für die Öffentlichkeit freigegeben. In dem „Dokument Fanny und Alexander" kann man enorm viel lernen über Schauspieler und Kameraführung und über Menschlichkeit im Umgang mit Künstlern. Aber was nützt es? Was Genies tun, ist nun einmal nicht nachzuahmen.

BERND PLAGEMANN

KULTURNOTIZEN

„Friedrich der Große in seiner Zeit" heißt ein wissenschaftliches Symposium, das in der Berliner Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz vom 3. bis zum 6. März stattfindet.

Werke von Vasarely werden in einer umfassenden Schau (267 Arbeiten) in der Esslinger Villa Merkel gezeigt (bis 30. März).

Die Lilian-Harvey-Ausstellung im Deutschen Filmmuseum in Frankfurt (vgl. WELT v. 11. 1.) wird bis zum 9. März verlängert.

„Clowns im Revier" heißt das dritte internationale Gaukler-Festival zwischen Dortmund und Duisburg, das morgen gestartet wird und bis zum 2. März dauert.

Niederländische Meister, darunter Rembrandt, Potter und Vermeer, aus dem Mauritshuis in Den Haag sind bis zum 30. Juni im Grand Palais in Paris ausgestellt.

Star der neuen deutschen Comic-Szene: „Werner"

Wo bleiben die Frauen?

Er habe, sagt er ohne nachzudenken auf die WELT-Frage, wie er denn auf die Idee zu diesem Beitrag kam, Brösels erstes „Werner"-Buch zerschmökert und dann auch noch verblüfft festgestellt, daß besagtes Buch seit über einem Jahr landauf landab die Buch-Bestsellerlisten okkupiert. Dann habe er sich des Phänomens etwas genauer angenommen, und heraus kam die Erkenntnis: „Es gibt eine neue deutsche Comic-Szene." Und ebendiese frohe Botschaft wird Regisseur/Autor Ulrich Leinweber zusammen mit Co-Autorin Ebba Geisler im neuen „Schüler-Expreß" all denen kund tun, die das noch nicht bemerkt haben.

Tatsächlich – nicht nur die französischen Nachbarn und deren belgische Nebenwohner, aus deren Landen die Schlümpfe ebenso kamen wie Asterix und Konsorten und der schlaksige Pferdejunge Lucky Luke, sondern wir Deutsche selber sind

Schüler-Express – ZDF, 16.20 Uhr

wahre Comics-Fresser, die vom blühenden Blödsinn über Abenteuer-Strips bis zum gezeichneten Softporno pro Monat satte elf Millionen Comics verschlingen.

Das ist, eigentlich, kein Wunder in einer Zeit, in der, wie ZDF-Autor Leinweber sagt, „die Lust auf Bilder ein Zug der Zeit" ist. Da greifen die Lehrer eben willig zur Krücke Asterix, wenn man weiß, daß sich Französisch und gar Latein mit dem winzigen Kraftgallier im entsprechenden O-Ton leichter büffelt.

Aber, wie gesagt, hierzulande gibt es so etwas wie eine „Neue deutsche Welle" im Comic. Und die neuen Helden der Papierstrips, so Ulrich Leinweber, „haben eben nicht mehr das Anrüchige, das Triviale, wie das früher der Fall war". Eine Subkultur habe sich da etabliert, eine neue Kunstform, die sich „sehr realistisch zeigt und sich vor allem Alltagssituationen annimmt".

Die Wurzel für den neuen Boom sieht Leinweber zuallererst in den florierenden „Stadtzeitungen der alternativen Szene", und „heute haben sich diese Stadtmagazine eben etabliert". So ist einer der neuen Boom-Motoren beispielsweise Volker Reiche, ein Mann, dessen Striche allenthalben vertraut sein dürften: Reiche verhilft dem deutschen Donald Duck zum gezeichneten Leben ebenso wie dem „Hörzu"-Mecki und liefert außerdem noch für das Satire-Blatt „Titanic" Cartoons und Kurzgeschichten. Und da sind Bernd Pfarr, ebenfalls „Titanic"-Mitarbeiter und Eva H., hinter deren Kürzel sich die Darmstädter Dozentin Frau Dr. Heller verbirgt, die zum Beispiel für „Petra" und „Brigitte" nicht gar so gallebitter-dogmatisch Frauenthemen aufgreift.

Einsamer Star der neuen Comic-Szene dürfte freilich Brösel sein, der Erfinder von „Werner", einer schier irrwitzigen Langnase, die in Stadtmagazinen und mittlerweile über 600 000 verkauften vier Büchern (soeben erschien das fünfte) zur wahrhaftigen Kultfigur geworden ist. Werners Gebärer ist in Wirklichkeit der Kieler Rötger Werner Feldmann, 35, der seinen Helden alles andere als sanftmütig in der Welt umherkariolen läßt.

Auf die Frage, warum Brösel Feldmann so wenig Weibliches in seinen



Kultfigur der neuen Comic-Welle: „Werner" von R. W. Feldmann, genannt „Brösel" FOTO: DIE WELT

Strips hat, antwortet Werners Vater, die Frauen „eignen sich nun mal weniger für Cartoons".

Auf jeden Fall für Werners nicht. Der Herr knattert nämlich mit Vorliebe auf seinem Horex-Feuerstuhl durch die Gegend, säuft ein „Flasch Bier" nach'm andern, drischt gern Skat und bringt mit seiner „coolen" Art, seiner so herrlich hirnrissig wirkenden Schlitzohrigkeit vor allem Behörden und deren Vasallen auf die Palme – undogmatisch, allemal auf Jux gepolt und gegen allzu dreistes Spießertum.

Und womit erkärt sich Ulrich Leinweber letztendlich das Faible für Comics? „Sie kommen den Sehgewohnheiten vor allem der Jüngeren entgegen", sagt er. Das bestätigte auch kürzlich ein Zwölfjähriger bei einer Umfrage: „Ich mag Comics, weil es nicht nur Wörter sind, sondern auch Bilder. Man kann sich alles besser vorstellen." Spricht so die Computer-Bildschirm-Video-Generation von morgen? ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Kommissar unter Mordverdacht

Sollten Deutschlands Kriminalkommissare so tollpatschig und sträflich dumm sein wie Kommissar Lutz vom **Tatort** in „Einer sah den Mörder" (ARD), müßte man sie schnellstens in die Kantine versetzen. Dabei sah es zu Beginn des Stuttgarter „Tatort"-Beitrages nach einem intelligenten Krimi aus.

Der Fall: Die 35jährige Lisa Kern, Frau eines Generalvertreters, wird in ihrer Wohnung erschossen aufgefunden. Als Kommissar Lutz die Untersuchungen aufnimmt, behauptet ein Zeuge, ihn zur Tatzeit beim Betreten der Mordwohnung gesehen zu haben. So viel stellt sich als wahr heraus: Lutz hatte früher ein Verhältnis mit der Frau, war am Mordtag bei ihr gewesen und besitzt deren Smaragdkollier, das er – vom Dienst suspendiert – zu verstecken versucht.

Endlich mal eine neue Krimi-Variante: Kommissar unter Mordverdacht. Aber da jeder Zuschauer davon ausgehen konnte, daß Kommissar Lutz, dieser Sauberbeamte mit treuem Blick und untadeligem Image, nicht der Mordbube sein würde, blieb nur ein verdächtiges Paar übrig: der jäh verwitwete Generalvertreter und dessen zwielichtige Sekretärin. Die waren es denn natürlich auch.

Mit diesem Krimi ohne echte Spannung (Buch: Fritz Eckhardt) nahm der Schauspieler Werner Schumacher – nach 16 „Tatort"-Jahren – Abschied vom TV-Polizeidienst. Sein Kommentar: „Man sollte aufhören, wenn es am schönsten ist." Es wäre diesem jetzt in München theaterspielenden Schauspieler zu gönnen gewesen, daß er sich in seiner letzten „Tatort"-Rolle als Verdächtigter nicht dümmer benehmen mußte, als selbst die Polizei erlaubt. Schumachers Nachfolger Horst Michael Neutze sind bessere Drehbücher zu wünschen. GÜNTER RUDORF

Gnadenbrot für Otto John?

Der Bundespräsident soll dreißig Jahre nach der Tat einen 1956 wegen Landesverrat rechtskräftig zu vier Jahren Haft Verurteilten begnadigen. Wenn eine so außergewöhnliche Forderung auch noch von dem ehemaligen Bundesverfassungsrichter Martin Hirsch erhoben und begründet wird, dann lohnt es sich schon, den Mann vorzustellen: Otto John, einst Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, jetzt 80 Jahre alt und im selbstgewählten Exil in Österreich.

Um es gleich zu sagen: Auch Christoph Maria Fröhders Film **Der Mann, der aus dem Westen kam** aus der ARD-Serie „Rück-Sichten", die sich mit der Affäre Otto John beschäftigte, brachte kein Licht in die vergangenen trüben Vorgänge. Damals war John nach Ost-Berlin gekommen und bereits vier Tage später mit Anti-Bonn-Bekundungen im „DDR"-Fernsehen präsentiert worden. Es war eine wichtige Bemerkung des ehemaligen Verfassungsschutz-Präsidenten Richard Meier, daß man aus solcher Abfolge wohl auf die Freiwilligkeit des zeitweiligen Übertritts schließen könne, die von John immer bestritten worden war.

Doch der Satz ging unter in den zahlreichen nicht immer sachdienlichen Auskünften des unübersichtlich groß werdenden Personals der Affäre. „Gnadenbrot" für John also, wie es der ehemalige Dienstherr und Bundesinnenminister Gerhard Schröder vorschlug? Fraglich, ob sich angesichts des abgelagerten Stoffes heute noch eine Debatte darüber entzünden kann.

EBERHARD NITSCHKE

Ein Haus, das keiner will

Es geht ja eine lange Zeit mit rechten Dingen zu in Joachim Roerings Fernsehkomödie **Gretchens Faust** (ZDF). Das Haus war vom Munde abgespart und ehrlich bezahlt. Einem Verkauf stand also nichts im Wege – sieht man einmal von den Marktbedingungen ab. Die Lösung, die Roering einfiel, ist jedoch nicht gerade neu: Wenn kein Käufer sich findet, muß eben die Versicherung her. Doch Drehbuchautor und Regisseur Joachim Roering verließ beim Griff nach nicht mehr Legalem den Raum des Wahrscheinlichen.

Gewiß: Daß die Versicherung den Braten – oder richtiger: Lunte – riecht, hatte sein Spiel noch berücksichtigt, auch die Fragen der Kriminalpolizei. Ob beide sich freilich bei offensichtlicher Brandstiftung mit bauernschlauen Antworten zufrieden geben, ist mehr als zweifelhaft. So war denn nicht nur dem gewissenhaften Bürger, sondern auch dem auf dramaturgische Stichhaltigkeit Bedachten etwas flau ums Herz.

Immerhin entschädigte mancher hübsche Einfall – so das mimisch so begabte Gemälde des verblichenen Ehemannes – und die Schauspieler, vor allem Bruni Löbel als Gretchen und Hans Korte als schlitzohriger Makler, für die vielen Unstimmigkeiten. Offensichtlich wußte das ZDF genau, warum es diese Art „Unterhaltung" so spät ins Programm nahm.

KATHRIN BERGMANN





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Sesamstraße
9.45 ZDF-Info
Zucker
10.00 heute
10.05 Liebling – Kreuzberg
10.50 WISO
11.20 Na, sowas!
12.10 Kein Land für fremde Herren
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Liebe, Schmerz und Tod
6. Heimliche Liebe
Auch in jedem noch so innigen Verhältnis gibt es Krisen. Wenn einer der Partner die Chance zum Ausbruch nutzt, beginnt meistens eine neue Freundschaft, die fast immer zuerst eine heimliche Liebe ist. Esther Slarist und Ludwig Brundiers unterhielten sich mit Betroffenen.
16.55 Spaß am Dienstag
Unterhaltungsmagazin
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Platz für Tiere
Professor Bernhard Grzimek besuchte den Keoladeo-Ghana-Nationalpark in Indien.
21.00 Report
Zwischen Ideologie und Evangelium: deutsche Kirchengelder in Südafrika / Spender unbekannt – Ex-Schatzminister Halstenberg über Einnahmequellen der SPD / Benzolgefahr aus dem Tank / Kinderheime – immer weniger Freigaben für Adoptionen
Moderator: Günther von Lojewski
21.45 Dallas
Zerbrochene Träume
22.30 Tagesthemen
23.00 Schaukasten
Kulturwelt Film
Von Michael Strauven
Am heutigen Schlußtag der Berliner Filmfestspiele zeigen wir ein Resümee. Zwölf Tage dauerte dieses internationale Festival, an dem sich ablesen läßt, ob 1986 ein besseres Filmjahr wird.
0.00 Tagesschau
0.05 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit H. J. Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
16.20 Schüler-Express
Magazin für junge Leute
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Tom und Jerry
Anschließend: heute-Schlagzeilen
18.20 Rate mal mit Rosenthal
19.00 heute
19.30 Die Reportage
Eine Klinik im Schwarzwald
Über Ärzte, Schwestern und Patienten berichten Manfred Teubner und Bernd Wiegmann
Die Glottertaler Schwarzwaldklinik kennt ein Millionenpublikum, die Arbeit von Professor Brinkmann und seinen Kollegen wird mit Einschaltquoten von über 60 Prozent verfolgt. Wie sieht es aber in einer echten Schwarzwaldklinik aus?
20.15 Zwei Kamele auf einem Pferd
Französischer Spielfilm von 1979
Mit Pierre Richard, Aldo Maccione, Valerie Mairesse u. a.
Regie: Pierre Richard
21.45 heute-journal
22.05 Die Sport-Reportage
Hallenhandball-WM
Deutschland – Polen
Eishockey-Bundesliga
Play-Off-Runde, Halbfinale
23.05 Das kleine Fernsehspiel:
Der Wächter Murtaza
Nach dem Roman „Murtaza – oder das Pflichtbewußtsein des kleinen Mannes" von Orhan Kemal
Der ehemalige Polizist Murtaza hat seinen Traumjob gefunden: Er soll in einer Baumwollspinnerei für Disziplin sorgen. Die Arbeiter stöhnen unter seiner Knute, denn Murtaza greift immer härter durch ...
0.45 heute

SAT 1

15.00 Perrine
Vom Unglück verfolgt
15.30 Lassie
Das Fahrrad
16.00 Musicbox
17.00 Die Leute von der Shiloh-Ranch
18.00 Taxi
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick:
18.45 Spezialauftrag
19.45 Love Boat
Anschließend: APF Wetterblick
Danach: Ihr Wochenhoroskop
20.45 Hunter
Doppelt hält schlechter
21.50 APF blick
22.15 F. A. Zetten
22.45 S. T. E. P. IN
Heute: Frank Sinatra: Concert for the Americas
23.35 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 OKAY
Jugend-TV-Illustrierte
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Der alte Richter
4. Die Bahn-Affäre
20.30 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
anschließend: 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.00 RTL-Spiel
18.15 Deutsche Szene
18.35 Blick in die Welt
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Knight Rider
20.20 Filmvorschau
20.30 Zeichentrick
20.40 Liveübertragung des Handballspiels Bundesrepublik – Polen
22.15 RTL-Spiel
22.20 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

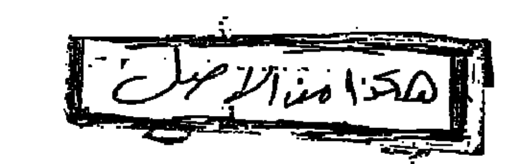
WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Begegnungen in Tokio
20.45 Rückblende
Vor 60 Jahren:
Winzeraufstand in Bernkastel
21.00 Formel Eins
21.45 Artists Unlimited
Kunst ohne Grenzen
22.15 Deutscher Alltag
Porträts zweier Bürgermeister aus Löbau/Oberlausitz und Witzenhausen/Nordhessen
23.00 Wie uns die Nachbarn sehen
Deutschland im Taumel?
23.45 Letzte Nachrichten

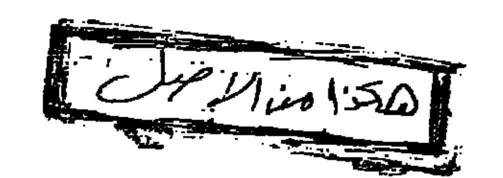
NORD
18.30 Formel Eins
19.15 Unsere Nachbarn – die Baltas (6)
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt
21.00 Unsere kleine Stadt
Schauspiel von Thornton Wilder
Mit Mathias Wiemann, Gert Tellkampf, Liselotte Pulver
Regie: Harald Braun
22.20 Francis Bacon und die Gewalttätigkeit des Wirklichen
23.20 Nachrichten

HESSEN
19.05 Formel Eins
20.00 Privatleben
Französ. Spielfilm (1961)
21.30 Drei aktuell
21.45 Kultur international
22.30 Kandinsky oder der Klang der Farbe
23.15 Soap

SÜDWEST
18.35 Fauna Iberica
18.58 Schlagzeilen
Für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt Südwest 3
19.26 Sandmännchen
19.30 Die Sprechstunde
Die ersten 365 Tage im seelischen Leben des Kindes.
Für Baden-Württemberg
20.15 Kinokalender
20.45 Landespolitik
Für Rheinland-Pfalz
20.15 Fragezeichen
Für das Saarland
20.15 Kulturspiegel
21.00 Fernsehgarten
Für Gesamt Südwest 3
21.15 Die Herrin von Thornhill
Engl. Spielfilm (1967)
23.50 Englischkurs (8)
0.20 Nachrichten

BAYERN
18.15 Spaß mit Sport
18.45 Rundschau
19.00 Jetzt red i
20.00 Im Land des Vergessens
Erinnerungen an jüdisches Leben in Unterfranken
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Willkommen Mr. Chance
Amerikanischer Spielfilm, 1979
23.55 Rundschau





Erst geklaut, dann gespießt

ebl. – „Weib gib acht auf dein Kind! Mann gib acht auf dein Pferd!" Das ist keine neue Folge des TV-Dauerbrenners „Die Kripo rät", das ist ein Zitat aus dem „Zigeunerbaron", Operette von Johann Strauß. Es singt: Saffi, ein Zigeunermädchen. Und sie warnt vor ihresgleichen, Zigeunern eben, nach der Überlieferung so eine Art menschliches Pendant zur sprichwörtlich diebischen Elster.

Gegen die Aufführung des „Zigeunerbaron" am Staatstheater Oldenburg hat jetzt der „Arbeitskreis Sinti Weser-Ems" protestiert, jedenfalls gegen das an der Aufführung, was die Betroffenen als Darstellung ihrer Operetten-Vorfahren als umherziehende Gauner verstehen. Was würden die erst sagen, wenn sie in Verdis „Troubadour" gingen, wo eine Zigeunerin sich damit brüstet, ein Kind von fremden Leuten ins Lagerfeuer geworfen zu haben! Oder in der „Carmen", wo zwar behauptet wird, daß die Liebe vom Zigeuner stamme, aber der Roma-Dame auch das Messer sehr locker sitzt!

Man hatte ja bereits des längeren damit gerechnet, daß die Sinti und Roma bei ihrem Feldzug gegen das Wort „Zigeuner" auch irgendwann bei jenen Kunst- und Kulturstükken anlangen mußten, die das Klischeebild vom geigenden, liebenden, klauenden Völkchen immer wieder zementieren. Wir hatten uns darauf eingestellt, zu Sinti-Liedern von Brahms, Liszt und Dvořák eingeladen zu werden, auch auf Premieren des Sinti-Baron. Wir hätten zugestimmt, daß die Liebe von den Roma stammt. Aber die Forderung, die Stücke nun so umzuschreiben, daß die Messer nicht mehr zum Stechen, sondern zum Schnitzen von Rosenkränzen benutzt werden und aus Pferdedieben brave Knechte werden, die mit der gefüllten Lohntüte heimkommen, das wird wirklich schwierig.

Während ich das schreibe, sitzen die Redaktionskollegen in der Kantine und essen Zigeunerspieß. Was der Koch sich damit noch einhandeln mag!

Platte: Zelenkas Requiem

Bachs böhmischer Bruder

Jan Dismas Zelenka (1679–1745), der böhmisch-katholische Zeitgenosse Johann Sebastian Bachs, ist musikgeschichtlich sicher eine Neuentdeckung, und sein Requiem c-Moll ist es auch. Denn nicht erst mit Bachs Söhnen ist jener empfindsame, geradezu meditative Stil neuer Einfachheit aufgekommen, auf dem die Klassik Haydns und Mozarts erwuchs, sondern er wurde bereits von Bachs sechs Jahre älterem Zeitgenossen im selben Kurfürstentum Sachsen und am königlich polnischen Hofe praktiziert. „Unbekannt" ist Zelenka für diesen Umkreis nicht: Jedem Dresdner Katholiken wird er ein Begriff sein, weil seine Messen dort Jahr für Jahr in der Hofkirche gesungen werden.

Bach soll diesen Hofcompositeur-Kollegen hoch geachtet haben, ohne ihm natürlich kompositorisch zu folgen, jedenfalls ohne sich in seinem Kontrapunkt irremachen zu lassen. Oder könnte die Innigkeit bestimmter Arien der Matthäus-Passion oder des Weihnachtsoratoriums etwas mit diesem abseitigen Stilvorbild zu tun haben? Könnte dieses sogar das Rätsel um Bachs Lukas-Passion lösen? Sie liegt ja nun einmal in seiner Handschrift vor, aber die Bachforscher sehen sie gleichwohl als unecht an, eben weil sie so wenig nach Bach klingt und mehr nach Zelenka.

Aber noch bedeutsamer stellt sich die Frage, was „Böhmen" in diesem Zusammenhang damals musikalisch bedeutete. Die „Mannheimer Schule" ging hiervon aus, Mozart erlebte hier seine größten Opernerfolge. Dabei war es ein tragisch geknechtetes Land, dem man militärisch seinen Hussitenglauben ausgetrieben, dessen Adel man vernichtet oder verjagt hatte, das in den Stand eines Bauern- und Analphabetenlandes zurückfiel, dessen Sprache erst im 19. Jahrhundert beinahe künstlich wiedererweckt werden mußte. Von daher vertrieben kamen die „Böhmischen Brüder" letztlich als Keimzelle des deutschen Pietismus nach Herrnhut. Aus diesem Land also kamen derartige musikalische Energien, die es zeitweise zum „Konservatorium Europas" machten. Musik als Vision einer besseren Welt?

Diese Platte wirft lauter Fragen auf, die nicht beantwortet werden, ebensowenig wie der heilige Nepomuk das Beichtgeheimnis brach und deswegen ersäuft wurde. Diese schöne meditative Sprache wird schwerelos gestaltet von Brigitte Fournier, Sopran, Brigitte Balleys, Alt, Kenzo Ishii, Tenor, Nikolaus Tüller, Baß, und dem Berner Kammerchor und -orchester unter Leitung von Jörg Ewald Dähler. Berner Bedächtigkeit hat hier ihren Sinn (Claves D 8501).

DETLEF GOJOWY

Zur Uraufführung der Oper „Die Weiße Rose": Interview mit Udo Zimmermann

Monologe vor dem Schafott

Der 42jährige Dresdner Udo Zimmermann ist einer der am meisten aufgeführten Komponisten der Gegenwart. Er wurde durch seine Opern „Levins Mühle", „Der Schuhu und die fliegende Prinzessin" und „Die wundersame Schustersfrau" bekannt. Er ist Ordinarius an der Dresdner Musikhochschule, ordentliches Mitglied der Akademie der Künste in der „DDR" und der Akademie der Freien Künste in Hamburg. In Hannover kam gerade sein Orchesterstück „Mein Gott, wer trommelt denn da?" zur Uraufführung (vergl. WELT v. 20. Febr.), in Hamburg wird übermorgen seine Kammeroper „Die weiße Rose" uraufgeführt. Die WELT sprach mit dem Komponisten über sein jüngstes Werk.

WELT: Herr Zimmermann, vor rund 20 Jahren schrieben Sie bereits eine „Weiße Rose". Weshalb die erneute Hinwendung zu diesem Stoff?

Zimmermann: Beim ersten Anlauf ging es mir vor allem um ein Stück Vergangenheitsbewältigung, um die Auseinandersetzung mit einer Zeit, die ich nicht selbst erlebt hatte, die aber als Vergangenheit für uns, die deutsche Nachkriegsgeneration, ein böses Erbe und eine verpflichtende Aufgabe zugleich bedeuten mußte. Ich habe das mutige Handeln der Widerstandsgruppe Weiße Rose gegen den Faschismus, besonders aber die Haltungen der Geschwister Scholl, immer bewundert und versucht, ihr Handeln zu verstehen.

Die neue „Weiße Rose" will am historischen Beispiel Fragen der Gegenwart dingfest machen. Heute geht es um mehr als politischen Widerstand, heute geht es um Widerstand des Geistes und um die Frage: wie leben, mit welchen politischen und weltanschaulichen Haltungen? Mit welcher Einstellung gegenüber Opportunismus und Tatbereitschaft? Sophie und Hans Scholl wurde die Todesgefahr zum Kriterium ihres Lebenswillens. Sie wären am Gefühl der Schande innerlich zugrunde gegangen, wenn sie nicht das Todeswagnis als einzige ehrliche Lebensmöglichkeit auf sich genommen hätten.

WELT: Nach verschiedenen Verfilmungen des Stoffes mußten Sie doch für das musikalische Theater neue Ansatzpunkte finden.

Zimmermann: Natürlich. Es konnte auf keinen Fall darum gehen, eine dramatische Vorlage zu musikalisieren, sondern mehr um Motivation als um Handlung. Aber dies kann eigentlich nur das Stück selbst glaubhaft machen, da nützen noch so gutgemeinte theoretische Absichtserklärungen nichts. Die Dramaturgie mußte sich, das kann ich vielleicht zu Ihrer Frage sagen, von aller Opernkonvention entfernen, mußte szenische Offenheit für Poesie, Traum und Utopie garantieren. Die Grenzen Realität und Irrealität sollten fließend bleiben und die lineare Handlungskausalität aufgehoben werden.

WELT: Führt das nicht in die multimediale Darstellungsweise?

Zimmermann: Auf jeden Fall bedeutet die ungewohnte Stückdramaturgie eine Herausforderung für das Inszenierungsteam. Aber es ist eine Herausforderung zur Disziplinierung der szenischen Mittel, zur Konzentration auf das Wesentliche von Figur und Situation. Und das heißt nichts anderes als Konzentration auf die innere Handlung: Ein Stück wird reduziert auf die Lage zweier junger Menschen eine Stunde vor der Hinrichtung. Alle ihre Erinnerungen an Erlebtes, ihre Zweifel, Hoffnungen und Ängste, die Rechtfertigung ihres Handelns, ereignet sich ausschließlich in und zwischen diesen beiden Figuren und dem dafür durch Musik und Szene strukturierten Raum.

WELT: Etwas Ähnliches versuchte Peter Hacks in „Ein Gespräch im Hause Stein..." Läßt sich so etwas beim Musiktheater durchhalten?

Zimmermann: Der Vergleich mit Peter Hacks ist richtig, wenn auch die psychologische und philosophische Dimension der Scholl-Geschichte tiefer liegt. Im Monologisieren versuchen zwei junge Menschen die Motivation einer getroffenen Gewissensentscheidung zwischen Leben und Tod. Dabei hilft kein psychopathischer Affekt wie beispielsweise im „Jakob Lenz" von Wolfgang Rihm. Halluzinationen an der Grenze des Wahnsinns, jähe und hintergründige Stimmungswechsel zwischen Leben und Tod, das Überdenken der eigenen Situation im Angesicht des unmittelbar bevorstehenden physischen Endes, dies bezeichnet schon eine Grenzsituation des Menschseins.

WELT: Ein Blick in Ihre Partitur vermittelt ein musikalisches Stenogramm szenischer Gesten. Die Zurücknahme auf wenige Seccoschläge, Linien, Flächen und Farben tendiert nach dem musikalischen Kammerspiel. Mit welchen kompositorischen Mitteln arbeiten Sie?

Zimmermann: Die neue Arbeit, und hier stehe ich ja nicht allein, zeigt ein verführerisches Bild permutatorischen Spiels: experimentelle Klangtechnik, Zitatkomposition und Collage, stochastische Feldkomposition, programmierte Programmsynthese, Computermusik, periodisch-graduelle Musik usw. sind sozusagen die morphologischen Elemente.

Der reflektierte Umgang mit der vorgegebenen Strukturierung belebt die Situation und die Reaktion der Agierenden. Der psychophysische Zustand der beiden Personen zwingt jede vokale und instrumentale Reaktion auf die Zurücknahme zur Stille, zur Pause und zum Schweigen. Daneben stehen aber auch Ausbrüche von Angst und Verzweiflung, die zeigen, daß die Scholls keine Heiligen oder Märtyrer waren, sondern Menschen mit Ängsten, Zweifeln und Hoffnungen.

WELT: Das Libretto haben Sie zusammen mit Wolfgang Willaschek erarbeitet.

Zimmermann: Willaschek hat sich zwei Jahre lang intensiv mit den Quellen beschäftigt. Dabei entstanden viele Textvarianten. Besuche bei Inge Aicher-Scholl, das Studium der noch vorhandenen Briefe und Textaufzeichnungen, die Suche nach Texten bei geistigen Verwandten wie Tadeusz Rozewicz, Franz Fühmann, Dietrich Bonhoeffer oder Reinhold Schneider bis hin zu den Psalmen führten zu Verbesserungen und Ergänzungen.

WELT: Nach Hamburg kündigen bereits ein Dutzend weiterer Bühnen in Ost und West Inszenierungen an, zum Teil auch sehr kleine Häuser. Worauf führen Sie das große Interesse an Ihrem Stück zurück?

Zimmermann: Ich hoffe sehr, es ist zunächst und vor allem die Scholl-Geschichte, also der politische Aspekt des Stoffes. Sicher spielt auch die praktikable Besetzung – eine lyrische Sopranistin, ein Bariton und fünfzehn Instrumentalisten – eine Rolle.

WELT: Wird es auch eine „Weiße Rose" mit dem Dirigenten Zimmermann geben?

Zimmermann: Ich dirigiere die „Weiße Rose" im April in München. Im Herbst werde ich die Bielefelder Inszenierung von Heiner Bruns musikalisch betreuen.

WELT: Haben Sie über die „Weiße Rose" und die „Sündflut" hinaus schon konkrete Pläne?

Zimmermann: Ich diskutiere mit zwei Auftraggebern sehr ernsthaft neue Projekte: für die 250-Jahr-Feier der Deutschen Staatsoper in Berlin Ost (1992) eine Oper nach Franz Fühmann und eine weitere Oper nach Mrozeks „Tango" für eine große amerikanische Bühne.

HEINZ LUDWIG



„Die Dramaturgie muß szenische Offenheit für Poesie, Traum und Utopie garantieren": Udo Zimmermann FOTO: GISO LÖWE

Bonn: Das Cleveland Orchestra unter Dohnányi

Klänge der Zauberharfe

Die Europa-Tournee, die das Cleveland-Orchestra derzeit unter seinem Chefdirigenten Christoph von Dohnányi absolviert, gleicht schon fast einem Triumphzug. Ob beim Start im Münchner Gasteig oder jetzt in der Bonner Beethovenhalle: Das Publikum ist rundum fasziniert von der Spielkultur dieses Ensembles. Das gibt es, auch unter Amerikas Elite-Orchestern, nur einmal.

Dabei reden die Clevelander dem Publikum durchaus nicht nach dem Munde. Sie spielen Charles Ives' rätselhaftes Fünf-Minuten-Stück „The Unanswered Question". Sie ließen sich dazu in München vernehmen mit Mendelssohns so schwer und undankbar aufzuführender „Italienischer" und mit Schumanns so sperriger Zweiter. Sie packten in Bonn Mozarts Oboenkonzert dazu und gar Bruckners Dritte. Das sind fürwahr kleine orchestrale Show-Programme, jene Crowd-Pleaser, ohne die eine Tournee doch angeblich nicht laufen soll. Das sind Programme von geordneter Strenge.

Ins Fäustchen lachen über diesen Riesenerfolg wird sich Christoph von Dohnányi. Als sich, Anfang der Achtziger Jahre, herumsprach, daß die Clevelander sich als Nachfolger des bei ihnen eher glücklosen Lorin Maazel einen deutschen Chef ausgesucht hätten, dessen Name aber partout nicht durchsickern wollte, da brach hier das große Kopfzerbrechen aus: Tennstedt? Sawallisch? Gielen? Auf Dohnányi kam keiner. Der war zwar hier zügig die Karrieretreppe hinaufgestiegen, von Lübeck über Kassel zum WDR nach Köln, dann Chef der Frankfurter und schließlich der Hamburger Oper, aber vom Charisma des ganz großen Dirigenten scheint er doch damals wenig verbreitet zu haben. Oder lag das nur daran, daß er mit seiner kühlen, überlegenen Art bei seinen deutschen Orchestern mehr zähneknirschende Folgsamkeit als Einsatz erwirkte? Auch für seinen Hamburger Abschied waren damals Differenzen mit dem Orchester einer der Hauptgründe.

Die Clevelander und Dohnányi haben sich gesucht und gefunden. Zwar läuft Dohnányis derzeitiger Vertrag erst bis 1988, aber der Dirigent läßt keinen Zweifel daran, daß sich die Zusammenarbeit in die neunziger Jahre verlängern wird. Gerade können die ersten Früchte auf Schallplatten geerntet werden (Dvořáks Achte auf Decca), ein wichtiger Zweig der Musikproduktion für ein US-Orchester, das ja praktisch ohne Subventionen auskommen muß, ein Zweig aber, der seit den Zeiten George Szells in Cleveland kümmerte. George Szell: Das war ja der Mann, der die Clevelander, bis dahin ein besseres Provinzorchester, während seines Tenure von 1946 bis zu seinem Tode im Jahre 1970 zu seiner Zauberharfe gemacht hatte. Szell, das war der Mann, an dem sich seine Nachfolger messen lassen mußten. Maazel scheiterte.

Dohnányi aber kann offenbar nicht nur über die gemeinsame ungarische Abstammung an Szell anknüpfen, er verfügt auch über die Fähigkeit zu messerscharfer musikalischer Analyse, über diese unnachahmliche Mischung von Leichtigkeit und Elan auf der einen Seite, Disziplin und Strenge auf der anderen. Und ein Orchester, das ein Vierteljahrhundert lang den Spott und Hohn des Sarkasten Szell ertragen hat, das mag auch gelernt haben, Dohnányis gelegentlich anmaßend erscheinende Art liebzuhaben.

Also: Das Orchester spielt wundervoll. Es läßt ein Forte, etwa im Adagio von Bruckners Dritter, verstummen ohne jeden falschen Nachklang oder Nachhall. Und dann stellen die Streicher eine ganz leise Gegenfrage, formuliert wie von Mozart. Sie schwebt gleichsam im Raum. Sie lotet in ein paar Takten auf das präziseste diverse dynamische Verschiebungen aus. Das klingt nicht mehr, wie von Menschenhand gespielt, sondern wie von einem elektronischen Regler gesteuert.

Der Bruckner der Clevelander hört sich, mirabile dictu, geradezu elegant an, leicht, er hat rhythmische Finesse.



Nach der Verstimmung in Hamburg der Triumph in Cleveland: Der Dirigent Christoph von Dohnányi FOTO: PETER PEITSCH

Er wird ganz und gar österreichische Musik, herauswachsend aus der Tradition von Mozart und Schubert. Das Pathos, den Nebel, den Orgelschwall haben schon andere Dirigenten aus Bruckner herausgekehrt. Das wurden dann schlanke, polyphone Interpretationen. Ein so bestrickendes Ergebnis wie Dohnányi haben sie nicht erzielt.

Natürlich liegt das an der Spielkultur dieser Musiker, die vor allem bei den Bläsern superb ist. Aber eine solche Finesse zu bewahren, das ist durchaus das Verdienst des Chefs. Den Solo-Oboisten John Mack auf einer solchen Tournee das Mozart-Konzert KV 314 vortragen zu lassen gehört dabei zu den aufmunternd-pädagogischen Maßnahmen. Mack ist ein ganz versierter Könner, der seinen Part fließen läßt, dabei vom Orchester auf das zarteste gestützt wird, ohne daß dieser spiegelglatte Mozart einem irgendwo ans Herz ginge. Ein Konzert der Clevelander appelliert erst einmal an den Verstand.

REINHARD BEUTH

Weitere Tournee-Stationen: 26. Febr. Berlin, 27. Febr. Hamburg, 28. Febr. Frankfurt-Hoechst, 1. März Frankfurt.

Feinste Abstufungen auf ungekochtem Reispapier: „Alte Akazie", Tuschmalerei von Song Di (1985) FOTO: WOLFGANG MORELL

Der chinesische Maler Song Di in Deutschland

Schwarz darf hell sein

Diese Malerei ist uns fremd. Nicht weil sie aus dem Fernen Osten kommt, sondern in ihrer Haltung. Sie ist gegenwärtig, ohne im Sujet oder Stil die Zeit herauszukehren, in der sie entstand. Sie ist neu, aber nicht auf Novitäten aus, traditionell, aber nicht konventionell.

In China gilt Song Di, 1945 in Shantung geboren, jedoch seit 1963 in Peking lernend und inzwischen lehrend, noch als junger Künstler. Wenn bei uns ein fragwürdiger Jugendkult nur den Jungen ein Kunstwerk, das alle Konventionen sprengt, zutraut, neigt China zum anderen Extrem, meint, weil die Kunst als Handwerk verstanden wird und Erfahrung und jahrzehntelange Übung als Voraussetzung des Gelingens gelten, nur das Alter sei zu Meisterwerken fähig. Deshalb wäre Song Di mit seinen 40 Jahren kaum für würdig befunden worden, sein Land in Deutschland zu vertreten, wäre er nicht von der Konrad-Adenauer-Stiftung eingeladen worden.

Seine Bilder, die ihre Tournee im Bonner Wissenschaftszentrum begannen und jetzt im Ettlinger Schloß gezeigt werden, entsprechen dem klassischen Stil chinesischer Malerei. Sie zeigen die Flußlandschaft bei Guilin, ein Bergdorf im Schnee, Berge im Nebel, dazu Blumen, Spatzen, eine ruhende Ente, die sich im Wasser spiegelt, einen Hahn aus breiten, grau-schwarzen Pinselstrichen, nur die Augen und der Kamm in Rot dagegengesetzt.

Song Di beherrscht die Kunst der Tuschmalerei auf ungekochtem Reispapier, das die Farben verlaufen läßt und damit feinste Abstufungen erlaubt. Die chinesischen Maler kennen fünf Schwarz, Nuancen des Dunklen, bei denen die Beschreibung versagen muß und die sich nur der Anschauung erschließen. So gewinnt ein Bergmassiv Tiefe, werden die weiter hinten liegenden Gipfel jeweils einen Ton heller, sind aber noch immer schwarz.

Song Di genügt allerdings die Aneignung der traditionellen Themen im Stil der alten Meister nicht, um Bilder zu malen, deren neue Handschrift nur der Kenner zu beurteilen vermag, dem der klassische Bilderschatz gegenwärtig ist. Song versucht beispielsweise, Themen westlicher Ölmalerei in die chinesische Wasserfarbentechnik zu übertragen, wenn er einen Vogelschwarm über einer weiten Landschaft malt, die ohne konkretes Profil nur aus verschiedenen, verlaufenden Brauntönen aufgebaut ist. Oder er verzichtet auf charakteristische Leere der Bildmitte, wie bei klassischen Kompositionen, und füllt die Bildfläche völlig aus, zum Beispiel mit großen Kieseln nach dem Regen, auf denen zwei Elstern (Vögel, die in China das Glück symbolisieren) stehen.

Es sind Bilder der Ruhe, geprägt vom Selbstbewußtsein eines Malers, der sich seiner Mittel, seiner selbst und der Traditionen seiner Kunst bewußt ist.

PETER DITTMAR

Bis 30. März; München: April; anschließend Berlin oder Hamburg.

Berliner Schaubühne mit „Phaidon" von Platon

Die Puppen des Sokrates

Will man eine der stillsten, gedankenvollsten, ideenhaft ergreifensten, zugleich aber auch zwei der exquisitesten Schauspielerleistungen erleben, die man in Berlin zur Zeit theatralisch erfahren kann – man muß bis ans Ende der Weststadt fahren, bis an den Rand des hier ganz unspektakulären Kreuzbergs. Der Kontrast ist schon fast bizarr.

Fast im Schatten der Mauer ist dort, wo die U-Bahn endet am Schlesischen Bahnhof die alte Probenremise der Berliner Schaubühne zu finden, ein kalter Handwerksschuppen. Hier hat man früher geprobt. Man tut es ausweichsweise manchmal noch. Hier spielt man gelegentlich. Hier hat vor zwei Jahren Grüber seine Tschechow-Erfahrung mit „An der großen Mauer" gezeigt.

Jetzt reist man dorthin, um des Sokrates Ende nach Platons Fassung des unsterblichen „Phaidon" szenisch zu erleben. Wolf Redl, einer der besten und treuesten Protagonisten der Schaubühne, hat die Sterbensdialoge eingerichtet. Er führt Regie. Er selber spricht die Worte des so unverdrossen und tapfer scheidenden Sokrates. Jochen Tovote, zuerst noch das Buch in der Hand, liest die Introduktion, später in glücklichem Austausch mit Sokrates gleich alle Stimmen seiner Abschied nehmenden Jünger.

Der Abend wird ergreifend. Unsereins sitzt mit rund einhundert anderen Lauschenden auf einem weiten, vierstöckigen Sitzpodest, der Raum vor uns ist von vornherein mit einem Halbdutzend kleiner Tische und Stühle bestückt, an denen Menschenpuppen aus des Sokrates nachdenklichem Gefolge hocken. Ein Bett ist zu sehen. Auch darin liegt eine Puppenfigur auf leuchtendem Leinen. Platons große Endprosa – dramatisiert.

Aus dem schönen Programmheft hat man, falls man es noch nicht wußte (ich wußte es nicht), erfahren, daß sich schon der große Aufklärer und Bühnendramaturg Diderot mit dem Gedanken trug, den „Phaidon" szenisch direkt auszubeuten und zu einem Theaterstück zu machen. Er hat es nicht getan. Moses Mendelssohn hat ihn später seiner unterlassenen Halbherzigkeit wegen bitter gerügt.

Jetzt findet das gewagte Experiment also statt. Man verläßt sich bei der Schaubühne auf die wunderbar stille und wörtlich eindringliche, alte Übersetzung von Schleiermacher. Diderots Projekt – jetzt wird es gewagt.

Es gelingt erstaunlich. Plötzlich ist Wolf Redl, angetan im Sacko von heute, unter den stummen, menschenhohen Pappfiguren erschienen. Er figuriert die Worte des Sokrates mit einer wunderbar milden Eindringlichkeit. Er läßt den Humor der Weisheit hören. Er ergeht sich in gedanklichen Finten. Er foppt seine Jünger. Er tröstet sie. Er läßt sie zu seinem bitteren Ende immer wieder Erkenntnis kosten und die Lust am freien Denken in seiner eigentlich doch untröstlichen Staatshaft.

Jochen Tovote, alle Fragen und Antworten seiner Jünger mit ruhiger Besorgtheit verlautend, den Meister des Denkens immer neu zu Weisheiten provozierend, dann aber zwischendurch immer wieder die platonischen Übergänge epischer Art direkt aus dem Buch in der Hand lesend – Tovote setzt die Denkmaschine Sokrates ständig in Bewegung. Er fordert vom Meister, fragend, die großen Antworten des Sokrates. Er tut es wie aus der immer spannender werdenden Stille eines Mitdenkenden. Er hält das andere Ende einer großen Dialektik fest in der Hand.

Man wohnt, wie hungrig, diesem großen Menschheitsgespräch lauschend, einer sehr abenteuerlichen und höchst belebenden, theatralischen Erfahrung bei. Platon – dramatisiert. „Des Sokrates Tod" als stille, als eine gedankenhafte Tragödie. Der Abend, so umflort er dauernd ist, wirkt am Ende durch seine Gedankenfülle wie erlösend.

Hin und wieder fliegt ein großer Vorhang zwischen das Publikum und die beiden tiefen Diskutanten der letzten Dinge; öffnet er sich neu, sind die stummen Pappfiguren in andere Positionen gebracht, ist der Bühnenraum sinnvoll verändert. Das Todesgespräch geht weiter. Sokrates, sterbend, siegt. Unsterblichkeit ist dramatisch belegt.

Die Aufnahme dieses Experimentes war, solange sie mit ihren 120 Minuten währte, fast atemlos. Der Beifall enorm.

FRIEDRICH LUFT

Nächste Aufführungen: 25. 2.–1. 3., Karteninformation: 030 / 89 00 23.

JOURNAL

Strehlers Pläne für das Vieux-Colombier-Theater

schw. **Paris**

Am 1. Juni wird das legendäre Theater Vieux-Colombier im Pariser Quartier Latin wieder eröffnet. In dem Gebäude befand sich seit 15 Jahren ein Nachtklub. Das neue Theater soll als drittes Haus der Comédie Française unter der Leitung von Giorgio Strehler eine internationale Schauspielerschule beherbergen und Gastregisseuren aus dem Ausland zur Verfügung stehen. Das Vieux-Colombier wurde 1913 gegründet und von Jacques Copeau geleitet. Von Claudel bis Giraudoux wurden die Autoren des neuen Theaters dort aufgeführt. Seine wichtigsten Schauspieler waren Louis Jouvet und Charles Dullin. Strehler ist zudem für drei weitere Jahre als Leiter des Pariser Europatheaters bestätigt worden.

Flucht und Vertreibung in der Literatur

DW. **Bonn**

„Flucht und Vertreibung in der Nachkriegsliteratur" sowie den „Formen ostdeutscher Kulturförderung" behandelt der Forschungsbericht 51 der Konrad-Adenauer-Stiftung. In dem Band sind die Vorträge zusammengefaßt, die bei einer Tagung im September vorigen Jahres gehalten wurden. Sie untersuchen zum einen, wie und von wem das Kriegsende in Schlesien, Ostpreußen, Pommern und dem Sudentenland als literarisches Thema aufgegriffen wurde, und stellen zum anderen dar, wie das kulturelle Leben der deutschen Ostgebiete, die unter polnischer Verwaltung stehen, gepflegt wird. Der Forschungsbericht kostet 14,80 Mark (Postfach 1365, 5047 Wesseling).

Komponistenpreis für Hausmusik gestiftet

dpa, **Kassel/Frankfurt**

Einen Komponistenpreis für Hausmusik hat der Kasseler Bärenreiter-Verlag ausgeschrieben. Die Auszeichnung soll alle zwei Jahre vergeben werden und neuen Komponisten gelten, die sowohl in Besetzung und Ensemblegröße wie auch in ihren technischen Anforderungen den Möglichkeiten von Laienmusikern gerecht werden. Der erste Preis beträgt 10 000 Mark.

Neuer Generalintendant für Nürnberger Bühnen

dpa, **Nürnberg**

Burkhard Mauer ist vom Nürnberger Stadtrat zum ersten Generalintendanten der Städtischen Bühnen berufen worden. Bisher leitete ein Dreierdirektorium Schauspiel, Musiktheater und Verwaltung. Mauer tritt seinen Fünfjahresvertrag bereits am 1. März an. Der Theatermann arbeitete zuvor als Dramaturg in Bremen, Nürnberg, Bochum und Berlin. Zuletzt war er Chefdramaturg in München.

Neugriechisch an Frankreichs Oberschulen

AFP, **Paris**

Neugriechisch wird künftig an den französischen Oberschulen wie Deutsch und Englisch als obligatorisches Wahlfach eingeführt. Das heißt, man kann Neugriechisch als erste Fremdsprache wählen und darin beim Abitur geprüft werden.

Rundgänge durch die Villa Adriana

DW. **Rom**

Am Eingang der Villa Adriana bei Tivoli südlich von Rom wurde jetzt in einem Bauernhaus aus dem 18. Jahrhundert ein didaktisches Museum eingerichtet. In den Räumen ersteht zum erstenmal, seitdem der großartige Palast- und Villenkomplex aus dem zweiten Jahrhundert n. Chr. Besuchern offensteht, ein vollständiges Bild von der Anlage mit ihren Gebäuden, Tempeln, Teichen, Nymphäen, Theatern und Wirtschaftsgebäuden. Schautafeln, Fotos und Rekonstruktionen empfehlen eine Reihe von Rundgängen, die vom Frühjahr an im ganzen Gelände entsprechend in Zahlen und Farben ausgeschildert sein werden.

Übersicht über Museen in Niedersachsen

DW. **Hannover**

Mehr als 300 Museen gibt es in Niedersachsen. Davon wurden 112 für den Sammelband „Museen in Niedersachsen" ausgewählt, den der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst herausgegeben hat. Meinolf Trudzinski vom Niedersächsischen Landesmuseum in Hannover stellt darin nicht nur die großen und weithin bekannten Häuser wie das Herzog-Anton-Ulrich Museum in Baunschweig, das Sprengel- oder Wilhelm-Busch-Museum in Hannover, das Roemer- und Pelizaeus-Museum in Hildesheim vor, sondern auch bemerkenswerte Spezialsammlungen wie das Wrackmuseum in Cuxhaven, das Hubschrauber-Museum in Bückeburg oder das Pferdemuseum in Verden. Der Band mit 316 Seiten und vielen farbigen Abbildungen (photographiert von Joachim Giesel) kostet im Buchhandel 73 Mark.

Die Seele des Hauses nimmt ihren Abschied

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Sie hat die Revolution überdauert, überstand alle Modernisierungsversuche – doch nun im Zuge der Fortschrittskampagnen im Lande Michail Gorbatschows scheint sie endgültig ausgedient zu haben: die „Deshurnaja", die Etagenfrau in den Hotels hierzulande.

Sie ist so alt wie die Sitte, einer Dame galant die Hand zu küssen. Doch nun hat das Ministerium für Wohnungs- und Kommunalwirtschaft beschlossen, daß in diesem Jahr die Stelle der Etagenfrau künftig eingespart werden soll. Schon sei der Anfang gemacht, jubelt die „Literaturnaja Gaseta", seien doch im Hotel „Moskau" bereits 130 „Stellen" freigeworden. 150 000 Rubel würden so im Jahr eingespart werden.

Egal, ob in Leningrad, Jerewan in Moskau oder Archangelsk, wo immer der Gast in einem Hotel in der Sowjetunion logierte, er konnte die Deshurnaja nicht übersehen. Sie „thronte" am strategisch wichtigsten Platz der Etage und konnte von ihrem Pult aus, ohne sich wegbewegen zu müssen, den Aufzug, die Treppen und Flure überblicken. Denn alle Wege führten an ihrem Platz vorbei. Sie verteilte die Zimmerschlüssel und nahm sie wieder in Empfang.

Sie achtete drauf, daß Zimmer-Rechnungen pünktlich bezahlt und Telefon-Gebühren korrekt beglichen wurden, daß der Gast mit seinem Koffer vom Portier, der hier „Schwejzar" heißt, hinausgelassen wurde. Ein weiblicher Zerberus, die Deshurnaja, paßte sie doch auf, daß sich Gäste zweierlei Geschlechtes, die nicht zusammengehörten, nicht noch nach Mitternacht gemeinsam auf ihre Zimmer schleichen konnten.

Wodkaflaschen aus den Tiefen des Schreibtischs

Wenn ein Hotelgast fror, besorgte sie zusätzliche Wolldecken, ersetzte zerbrochene Zahnputzgläser und hatte für den verkaterten Gast nicht nur Mineralwasser, sondern auch diverse Pillen parat. Und in den derzeitigen „alkoholarmen" Zeiten zauberte sie auch gegen entsprechende Rubel mal eine Flasche Wodka aus den Tiefen ihres Schreibtisches hervor. Kurzum diese „Diensthabende" war die Seele des Hauses. Auch das Reinigungspersonal hörte auf ihr Kommando, falls jemand Klagen vorbringen sollte.

Nachts streckte sich die Deshurnaja hinter ihrem Tisch auf einem Sofa aus und hielt ihr Nickerchen. Doch mit halben Ohr nahm sie auch noch den letzten Nachtbummler wahr, der sich zur späten oder gar frühen Stunde ins Hotel zurückbequemte. Diese älteren, meist fülligen Matronen, strahlten gleichermaßen Respekt wie Vertrauen aus.

Man fühlte sich als Gast behütet, wenn man zur späten Stunde die Deshurnaja am Ende der leeren dämmrigen Korridore friedlich beim Schein ihrer Tischlampe lesen sah. Sie erschien so vertraut wie ein Gegenstand des täglichen Gebrauchs, gleich einer älteren Strickjacke, von der man sich, obgleich kein Staat damit zu machen ist, um keinen Preis der Welt trennen würde. Der sowjetische Poet Jewgenij Jewtuschenko hat der Deshurnaja ein Gedicht gewidmet. In ihm beschreibt er, wie er nach Jahren wieder in ein Hotel kommt. Es ist inzwischen renoviert, modernisiert – doch sie sitzt noch immer auf ihrem angestammten Platz.

Die Realität aber geht über den Poeten hinweg. Bedarf es noch einer Deshurnaja, wenn elektronische „Aufpasser" diese Funktion viel genauer und emotionsloser erfüllen?

Feminines Feuerwerk gegen das Diktat der Mode

Die Zeit der Zwiebel ist vorbei. Passé der Look des vielfachen Übereinander. Körperbewußtsein lautet das Stichwort für die Sommersaison 1986. Und das bedeutet Fasten für die Damen, die allzu sichtbare Souvenirs fröhlicher Festtage auf den Hüften und sonstwo tragen.

Die internationale Garde der Modedesigner entdeckte wieder einmal den Ausgangspunkt ihres Schaffens, den weiblichen Körper. Beine, Busen, Taille – kurze knieumspielende Röcke, Korsagen vor allem für den Abend, breite Gürtel als wichtigstes Accessoire betonen, was im Fachjargon „neue Feminität" heißt.

Azzedine Alaia, zweifach mit dem Mode-Oscar ausgezeichnet, gilt als einer ihrer Kreateure. Signale aus dem Modemekka Paris für die Wende. Peu à peu vollzieht sie sich. Denn es ist nicht die Zeit modischer Revolutionen. Grundlegende Ideen überleben eine Saison. Neue Effekte kommen über eine Fülle von Innovationen, über Raffinesse in Stoffen, Farben und deren Kombinationen.

Effektvoll mischen auch deutsche Designer mit. Ihre Eigenständigkeit in der modischen Interpretation des Zeitgeistes wird inzwischen international beachtet. Facheinkäufer aus aller Welt reisen jetzt auch nach Düsseldorf, München und – der „quicklebendigen jungen Avantgarde wegen" – nach Berlin, um dort deutsche Mode zu sehen und zu kaufen.

Sogar im eigenen Lande erobert sich deusches Design einen Platz neben der Konkurrenz aus Frankreich, Italien und den USA. So stärkt zunehmend die „Handschrift" eines Designers das Prestigeverlangen seiner Kundin. Man bekennt sich gleichsam zu seinem Modeschöpfer. No-names-Modelle haben wenig Chancen. Dieser Trend zeigte sich auch am Wochenende bei der „Deutschen Designer-Schau" in Berlin, der Präsentation der Herbst/Winter-Mode 1986/87.

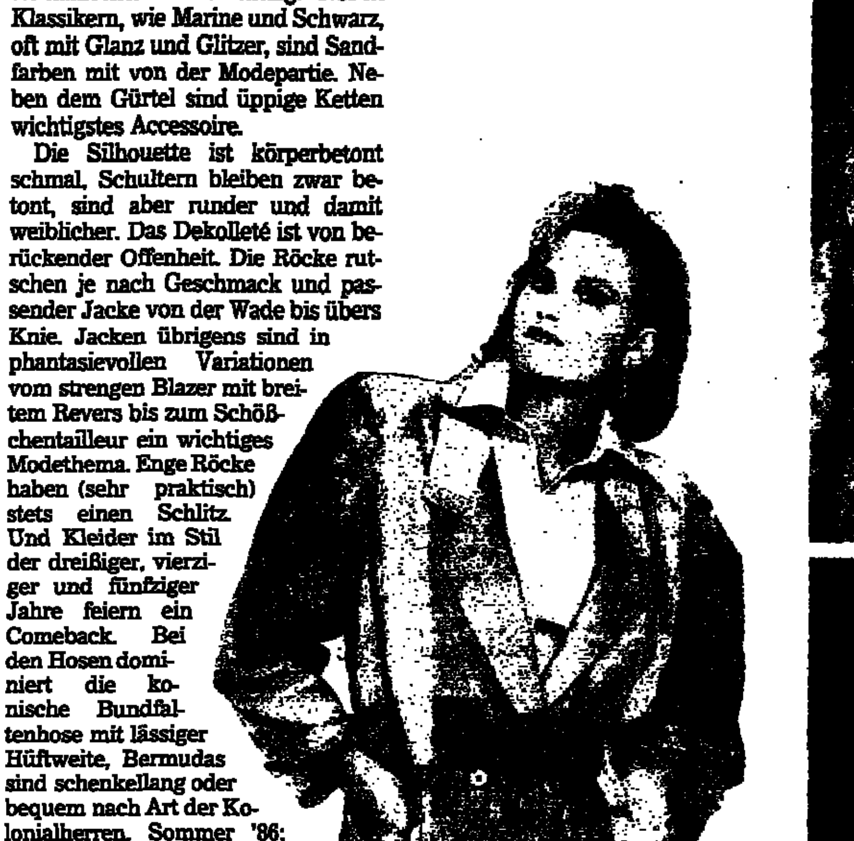
Doch während schon der neue Winter die Fachleute über die Laufstege wirbelt, hält der Sommer in den Schaufenstern der Boutiquen Einzug. Sonnenfarben von Gelb-Orange bis Pink, Wassertöne von Nilgrün, Türkis bis Smaragd leuchten als Vorboten der warmen Jahreszeit.

Weiß mit Glanzeffekten spielt eine Hauptrolle bei dem von der „Reise nach Indien" inspirierten Kolonialstil. Ornamentale Blumendessins, Hosen unter wadenlanken Röcken und Tuniken sind typisch dafür. Erdtöne bestimmen abstraktes Design afrikanischer Abstammung. Neben Klassikern, wie Marine und Schwarz, oft mit Glanz und Glitzer, sind Sandfarben mit von der Modepartie. Neben dem Gürtel sind üppige Ketten wichtigstes Accessoire.

Die Silhouette ist körperbetont schmal. Schultern bleiben zwar betont, sind aber runder und damit weiblicher. Das Dekolleté ist von berückender Offenheit. Die Röcke rutschen je nach Geschmack und passender Jacke von der Wade bis übers Knie. Jacken übrigens sind in phantasievollen Variationen vom strengen Blazer mit breitem Revers bis zum Schößchentailleur ein wichtiges Modethema. Enge Röcke haben (sehr praktisch) stets einen Schlitz. Und Kleider im Stil der dreißiger, vierziger und fünfziger Jahre feiern ein Comeback. Bei den Hosen dominiert die konische Bundfaltenhose mit lässiger Hüftweite, Bermudas sind schenkellang oder bequem nach Art der Kolonialherren. Sommer '86: ein fröhliches feminines Feuerwerk der Kreativität, aus dem die Frau mit Lust am Kombinieren nach Geschmack und Geldbeutel ihre Persönlichkeit durch Kleidung unterstreicht. Erlaubt ist, was gefällt, eigene Phantasie gefragt. Modediktat ist eine Vokabel aus vergangenen Zeiten.

GABRIELE HERLYN







Exotische Kostümierung ist für deutsche Modemacher kein Sommerthema. Mit edlen Materialien, Seide, Leinen und superleichter Wolle, entwerfen sie Klassisches mit Pep: wie Lutz Teutloff, der für sein großzügig geschnittenes Ensemble helle Töne wählt (ganz links); wie Reimer Claussen, der strenge Formen unkonventionell mit Anleihen aus dem Kolonialstil mixt (unten); wie Caren Pfleger, deren Modell (mit Mantel) die aktuellen warmen Sonnenfarben des Sommers '86 widerspiegelt (links). Tiefe Dekolletés und breite Gürtel als wichtigstes Accessoire geben dieser Mode das Attribut der „neuen Feminität".

FOTOS: DIE WELT



40 Zentimeter Schnee auf den Autobahnen

DW, Bonn

Klirrende Kälte im Norden und stundenlange Schneefälle im Süden – der Februar 1986 ist einer der kältesten, die es in jüngster Zeit gegeben hat. In Kassel wurden in der Nacht zum Montag minus 25 Grad gemessen, seit Beginn der Wetteraufzeichnungen war es dort im Februar noch nie so eisig. Bei Nachttemperaturen um minus 20 Grad friert die Ostsee zu. Auf den meisten Kanälen fahren die Binnenschiffe nicht mehr. Zu allem Überfluß schneite es seit Sonntagmorgen in Bayern und Baden-Württemberg. Bei 40 Zentimetern Schnee auf den Straßen und Autobahnen in Bayern erstickte der Berufsverkehr in der weißen Pracht. In Freiburg wurde mit 40 Zentimetern die zweithöchste Schneedecke des Jahrhunderts gemessen. Den bibbernden Bürgern habe die Meteorolgen keine erwärmenden Neuigkeiten zu bieten: Bis zum Wochenende bleibt es bitterkalt. Auch in der Schweiz haben ergiebige Schneefälle zu erheblichen Verkehrsbehinderungen geführt. In Basel fielen 24 Zentimeter Neuschnee, so viel wie seit 25 Jahren nicht mehr. Mehrere Hundert Autofahrer in Nordfrankreich mußten die Nacht zum Montag in Notquartieren verbringen. Feuerwehren und Gemeinden in der Bretagne und in den Gebieten rund um Paris stellten Turnhallen, Festsäle und Gemeindehäuser zur Verfügung, um die in Schnee und Eis steckengebliebenen Wochenendheimkehrer vor einer Nacht auf der Straße zu bewahren.

Pseudokrupp untersucht

dpa, Köln

Das Gesundheitsamt Köln will jetzt in Massenuntersuchungen an sechsjährigen Kindern klären, ob ein Zusammenhang zwischen Pseudokrupp und chronischer Bronchitis mit Luftverschmutzung und Umweltbelastungen besteht. Die Eltern von Schulanfängern sollen von Anfang März an bei den Einschulungsuntersuchungen freiwillig einen entsprechenden Fragebogen ausfüllen.

Bei Fest totgetrampelt

AP, Peking

Bei einem Laternenfest in der ostchinesischen Provinz Jiangsu sind am Wochenende 21 Menschen totgetrampelt worden. Nach Darstellung einer in Shanghai erscheinenden Zeitung ereignete sich der Zwischenfall am Freitagabend. Schätzungsweise zehntausend Menschen sollen an dem Fest teilgenommen haben.

„Satellit keine Gefahr"

dpa, Bonn

Die Gefahr, daß der offensichtlich außer Kontrolle geratene sowjetische Spionagesatellit „Kosmos 1714" auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland abstürzen könnte, wird von zuständigen Stellen in Bonn ausserordentlich gering eingeschätzt. Das Innenministerium rechnet damit, daß der Satellit am Wochenende bei seinem Eintritt in die Erdatmosphäre abgleitet.

Hunde fielen Mädchen an

dpa, Köln

Die Mutter eines neunjährigen Mädchens aus dem oberbergischen Nümbrecht, das am Freitagabend von drei Schäferhunden angefallen und schwer verletzt worden war, hat gegen den Hundehalter Strafanzeige gestellt. Die unbeaufsichtigt umherlaufenden Hunde hatten dem Mädchen daumengroße Fleischstücke aus Ober- und Unterschenkel herausgebissen sowie den Teil eines Ohres abgerissen. Das Kind wurde mehrere Stunden lang operiert.

Farida in Lebensgefahr

Nach Pakistan entführt, obwohl Flughäfen informiert waren

hd, München

Ein vierjähriges Mädchen aus Kempten, das am Wochenende von seinem pakistanischen Vater in dessen Heimatland entführt wurde, schwebt vermutlich in Lebensgefahr. Farida R. leidet an Tuberkulose und muß unverzüglich behandelt werden.

Nach den bisherigen Ermittlungen wurde Farida von zwei türkischen Männern und einer Frau im Auftrag ihres Vaters Naumann R. (34) gewaltsam aus dem Bungalow ihrer Großeltern herausgeholt. Einer der drei hatte sich an der Haustür als Postbote ausgegeben, der ein Telegramm zustellen wolle. Auf diese Weise gelangte das Trio in die Wohnung. Das alte Ehepaar wurde mit Handschellen an ein Bettgestell gefesselt. Erst eine halbe Stunde später hörten Nachbarn die verzweifelten Hilferufe und verständigten die Polizei.

Die Behörden reagierten unverzüglich, nachdem sie sich über den Tathergang informiert hatten, hieß es. Alle Flughäfen der Bundesrepublik waren binnen 30 Minuten informiert", versicherte ein Oberkommissar. Dennoch konnte der Pakistani mit seinem Kind auf dem Frankfurter Flughafen unbehelligt ein Flugzeug mit dem Ziel Islamabad besteigen. Wie es ihm gelang, die Ausweiskontrollen trotz des Fahndungsersuchens der bayerischen Polizei zu passieren, soll in einer inzwischen eingeleiteten Untersuchung geklärt werden.

Faridas Mutter, Ingrid R., war bei der Scheidung vor zwei Jahren das Sorgerecht für ihre Tochter zugesprochen worden. Nach islamischem Recht ging es jedoch auf den Vater über. Die Chancen, das Mädchen in die Bundesrepublik Deutschland zurückzuholen, sind deshalb nach Angaben eines Sprechers des Auswärtigen Amtes „sehr gering".

LEUTE HEUTE

Strategie

Was **Ronald Reagan** oder **Clint Eastwood** – der sich um den Bürgermeisterposten im kalifornischen Carmel bemüht – recht ist, ist einem Kollegen aus der Show-Branche nur billig. Nach „langen Gesprächen mit der Demokratischen Partei" liebäugelt **Harry Belafonte** mit dem Gedanken, seinen Namen bei den Kongreßwahlen im Herbst auf den New Yorker Stimmzettel setzen zu lassen. „Mister Calypso" stammt aus dem Schwarzenviertel Harlem und residiert heute in New Yorks vornehmer Upper-Eastside. Kandidiert er tatsächlich, müßte der 58jährige gegen den Republikaner **Alfonse D'Amato** antreten. Auf ein mögliches Duell freut der sich jetzt schon und verkündet auch gleich seine Wahlkampfstrategie: „Bei Belafontes tollem Namen würde ich als benachteiligter Underdog dastehen", ließ D'Amato wissen. „Und das hat sicher seine Vorteile ..."

„Bleifrei kein Problem"

Aktion von ADAC und Bundesinnenministerium gestartet

lz. München

Die Motoren von acht bis zehn Millionen der 26 Millionen in der Bundesrepublik zugelassenen Pkws vertragen nach Ansicht des ADAC bleifreies Benzin. Wenn aber im Dezember erst 2,5 Prozent und im Januar fünf Prozent des getankten Sprits ohne Bleizusatz war, dann liegt das – wie ADAC-Präsident Franz Stadler meint – an der „fast unerträglichen Unsicherheit vieler Kraftfahrer, ob ihr Fahrzeug tatsächlich und unschädlich den bleifreien Kraftstoff verträgt".

Diese Ungewißheit soll jetzt durch eine bundesweite Aktion beendet werden, die gestern in München der Automobilclub gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium und dem Zentralverband des Kraftfahrzeuggewerbes ins Leben rief. Ab sofort wird jedes Fahrzeug, das entweder bei einem ADAC-Prüfdienst oder einer Kfz-Werkstätte vorgefahren wird, auf die Bleifrei-Verträglichkeit seines Motors überprüft. Bei einem positiven Befund wird eine kleine Plakette mit der Aufschrift „Bleifrei kein Problem" auf das Seitenfenster über den Tankeinfüllstutzen geklebt. Für die Startphase der Aktion sind drei Millionen Aufkleber gedruckt.

Präsident Stadler appellierte gestern an alle Autofahrer, die bleifrei tanken können, davon Gebrauch zu machen. Bereits mehr als jede vierte deutsche Tankstelle bietet bleifreien Sprit an, der durch eine Steuerbegünstigung seit Januar billiger als verbleiter Kraftstoff ist. „Auch das Ausland zieht kräftig mit", erklärte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der von einer CSU-Vorstandssitzung herübergeeilt kam. „Es ist keine Utopie mehr, bleifrei von Norwegen nach Sizilien und von Spanien bis nach Ungarn zu fahren."

WETTER: Kalt

Lage: Zwischen einem Hochkeil und einer Tiefdruckrinne liegt Deutschland weiterhin in einer kalten nordöstlichen Strömung.

Vorhersage für Dienstag: Im Alpenvorland sowie stellenweise im Nordosten und Osten anfangs noch etwas Schneefall, sonst tagsüber meist heiter, nachts klar. Temperaturen zwischen minus 2 und minus 8 Grad, Tiefstwerte in der Nacht zum Mittwoch zwischen minus 10 und minus 15 Grad, örtlich bis minus 20 Grad. Überwiegend schwacher, tagsüber in freien Lagen mäßiger Wind aus nordöstlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Noch winterlich kalt und weitgehend niederschlagsfrei.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.14 Uhr*, Untergang: 17.56 Uhr; **Mondaufgang:** 20.25 Uhr, Untergang: 8.13 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 25. Feb., 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Reykjavik 1, Haparanda -20, Stockholm -16, Hamburg -14, Berlin -15, London 7, Frankfurt -12, Paris 10, München -10, Wien -11, Dubrovnik, Nizza 10, Rom 11, Madrid 10, Lissabon 13, Malaga 14, Palma 10, Tunis 13

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Berlin	-6	bw
Bielefeld	-6	bd
Braunlage	-6	be
Bremen	-4	be
Dortmund	-5	bw
Dresden	-8	wl
Düsseldorf	-5	bw
Erfurt	-11	be
Essen	-5	bw
Feldberg/S.	-11	IW
Flensburg	-4	be
Frankfurt/M.	-4	wl
Freiburg	-7	bw
Garmisch	-5	S
Greifswald	-4	S
Hamburg	-4	S
Hannover	-6	be
Kahler Asten	-8	bw
Kassel	-10	S
Kempten	-5	S
Kiel	-5	S
Koblenz	-4	bw
Köln-Bonn	-6	bw
Konstanz	-4	bd
Leipzig	-8	bw
List/Sylt	-5	be
Lübeck	-5	S
Mannheim	-3	be
München	-6	bd
Münster	-5	bw
Norderney	-4	bw
Nürnberg	-6	bw
Oberstdorf	-10	S
Passau	-5	wl
Saarbrücken	-4	be
Stuttgart	-7	bd
Trier	-4	be
Zugspitze	-16	S

Ausland:

Algier	18	be
Amsterdam	0	be
Athen	16	be
Barcelona	12	R
Belgrad	-2	S
Bordeaux	7	bw
Bozen	7	bw
Brüssel	-2	bw
Budapest	-3	S
Bukarest	-1	S
Casablanca	20	be
Dublin	4	be
Dubrovnik	12	bd
Edinburgh	4	bw
Faro	16	bw
Florenz	15	bd
Genf	2	bw
Helsinki	-14	be
Hongkong	17	be
Innsbruck	-5	S
Istanbul	14	be
Kairo	21	be
Klagenfurt	-2	bd
Konstanza	2	bd
Kopenhagen	-4	be
Korfu	14	bw
Las Palmas	16	be
Leningrad	-14	be
Lissabon	15	bw
Locarno	6	be
London	3	be
Los Angeles	15	wl
Luxemburg	-3	be
Madrid	10	Sp
Mailand	8	be
Malaga	21	bw
Mallorca	17	bw
Moskau	-8	bd
Neapel	16	bw
New York	2	bw
Nizza	15	bw
Oslo	-6	be
Ostende	1	bw
Palermo	18	be
Paris	-2	be
Peking	3	be
Prag	-9	wl
Rhodos	17	be
Rom	14	be
Salzburg	-3	be
Singapur	32	bw
Split	14	bw
Stockholm	-11	be
Straßburg	-6	be
Tel Aviv	18	bw
Tokio	9	bw
Tunis	24	be
Valencia	16	bd
Varna	7	bw
Venedig	6	be
Warschau	-7	be
Wien	-7	be
Zürich	-3	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Schmeicheleinheiten für den Chef

ANDREAS THEYSSEN, München

Sie sind die ungekrönten Könige, haben die Macht und grundsätzlich recht. Neuerungen blocken sie ab, mit einem „Das haben wir schon immer so gemacht" oder „Man muß in größeren Zusammenhängen denken". Sie sind die Chefs, uneingeschränkte Alleinherrscher ihrer Abteilung. Ist ihnen wirklich nicht beizukommen?

16 Untergebene wissen es jetzt besser. In einem Psychologieseminar des Augsburger Kontaktstudiums Management mit dem Titel „Einfluß auf Vorgesetztenentscheidungen" erfuhren sie, daß der „Übermensch" Chef manipulierbar ist – auch und vor allem durch die eigenen Mitarbeiter. Ein Geflecht von recht raffinierten psychologischen Tricks macht's möglich. Mehr Gehalt oder mehr Mitarbeiter, ein größerer Etat, ein unterschriebener Urlaubsantrag oder eine genehmigte Dienstreise – für Angestellte, die sich ihrer Macht über den Chef bewußt sind, gibt es in solchen Fällen kaum mehr ein Problem.

Subtile Möglichkeiten, den Boß zu „beherrschen"

Der Mitarbeiter muß nicht einmal mehr schwere Geschütze im Büro des Bosses auffahren, nicht mit Betriebsrat, Gewerkschaft und gar Kündigung drohen. Es gibt Subtileres. Wer den Boß beherrschen will, muß das Psycho-Skalpell ansetzen und dessen Psyche sezieren. Vorlieben und Ängste, Reizthemen und vor allem Spleens des Chefs zu kennen, ist für den „manipulierenden Mitarbeiter" unerläßlich. Sieht der Vorgesetzte Vorgänge am liebsten in grünen Plastikmappen vorgelegt, tut man ihm halt den Gefallen. Äußerlichkeiten sind wichtig. Exposés werden grundsätzlich so gegliedert, wie es dem Chef gefällt; den Inhalt gestaltet der machtbewußte Untergebene freilich nach seinem Gusto: Denn welcher Vorgesetzte hat noch die Zeit, alles ganz genau zu lesen. Ein Seminarteilnehmer brachte die Methode auf einen knappen Nenner: „Seine Kategorien, aber meine Inhalte".

Gute Kontakte zu Sekretärinnen oder zu engen Mitarbeitern des Chefs erleichtern die Analyse seiner Eigenheiten ungemein. Bernd Gasch, Psychologieprofessor an der Universität Dortmund, hat die Möglichkeiten des machtbewußten Mitarbeiters aufgelistet. Der Psychologe schult seit Jahren sowohl Chefs in punkto Führungseigenschaften als auch untergebene Mitarbeiter.

Auch ein Boß braucht seine „Schmeicheleinheiten". Macht er einen Vorschlag, sollte dem Untergebenen dann und wann und wohldosiert ein „Tolle Idee!" herausrutschen. Bei der nächsten Anregung des Mitarbeiters wird sich der Vorgesetzte lobend entsinnen und den Vorschlag wohlwollend begutachten.

Mitunter sollte der „manipulierende Mitarbeiter" auch in die Trickkiste der Politiker greifen. Stichwort: gemeinsames Feindbild. Bei gleichem Ausbildungsstand empfiehlt sich etwa der Satz: „Wir Praktiker müssen doch gegen die Akademiker zusammenhalten." Ansonsten helfen auch Floskeln wie „Wir vom Vertrieb lassen uns nicht von den Marketing-Leuten überrumpeln."

Nach dem Tennismatch läßt sich leichter reden

Nach Feierabend darf der zielstrebige Untergebene den Vorgesetzten nicht sich selbst überlassen. Er bemüht sich vielmehr um die Mitgliedschaft beispielsweise in dem Tennisklub, dem auch der Chef angehört. Das schafft Vertrautheit; und nach dem Match läßt sich dem Abteilungsleiter vielleicht das Zugeständnis abringen, zu dem er tagsüber im Büro nicht bereit war.

Nützen all diese Kniffe nicht, greift der Untergebene zu härteren Bandagen. Er weiß die Bedeutung des „Chefs vom Chef" richtig einzuschätzen. So setzt er wenig entscheidungsfreudige Vorgesetzte mit einer Aktennotiz unter Druck, bei der in der Spalte „Zur Kenntnisnahme an" der Name eines Vorstandsmitgliedes steht.

Das ABC der Chefmanipulation ist freilich nicht für jedermann geeignet. „Jeder muß selber wissen", erklärt Psychologe Gasch, „was er moralisch-ethisch vertreten kann". Denn: „Der Zweck heiligt nicht alle Mittel."

ZU GUTER LETZT

564 Sonstige Tiere

Verkäufe

Affen und Tiere aller Art, Tierparadies. [redacted]

Nette Spandauerin, 45, möchte nicht mehr allein durchs Leben krebsen. Welcher liebenswerte, große, schlanke Skorpion-, Fisch-, Stier-Mann möchte mich kennenlernen? [redacted] Morgenpost, Berlin 11, Postfach 110 303

Aus der Berliner Morgenpost